Gesetzentwurf

der Bundesregierung

Entwurf eines Gesetzes zu dem Übereinkommen vom 19. Juni 2023 im Rahmen des Seerechtsübereinkommens der Vereinten Nationen über die Erhaltung und nachhaltige Nutzung der biologischen Vielfalt der Meere von Gebieten außerhalb nationaler Hoheitsbefugnisse

A. Problem und Ziel

Das Meer bildet das größte zusammenhängende Ökosystem der Erde mit einer Vielzahl an unterschiedlichsten Arten und Lebensräumen. Rund 70 Prozent der Erdoberfläche sind vom Meer bedeckt, das zum größten Teil noch unerforscht ist. Die Grenzenlosigkeit des Meeres führt jedoch auch dazu, dass sich viele schädliche Einflüsse auf das gesamte Ökosystem negativ auswirken. Die Meeresgebiete jenseits der Hoheitsbefugnisse von Staaten, das heißt die sogenannte Hohe See und der Tiefseeboden jenseits der nationalen Festlandsockel, sind zunehmenden Bedrohungen ausgesetzt – darunter Klimawandel, Überfischung und Zerstörung von Lebensräumen, Verschmutzung und Versauerung sowie Unterwasserlärm. Für die genannten Meeresgebiete gab es zugleich bislang keine international einheitliche, über die allgemein gehaltenen Vorschriften des Seerechtsübereinkommens der Vereinten Nationen (im Folgenden: SRÜ) hinausgehende Regelung zum Schutz und der nachhaltigen Nutzung der dortigen biologischen Vielfalt. Diese Lücke wurde durch das Übereinkommen im Rahmen des Seerechtsübereinkommens der Vereinten Nationen über die Erhaltung und nachhaltige Nutzung der biologischen Vielfalt der Meere von Gebieten außerhalb nationaler Hoheitsbefugnisse (das sogenannte „VN-Hochseeschutz-Übereinkommen“, im Folgenden: das Übereinkommen) geschlossen. Das Übereinkommen enthält verschiedene Regelungen, die den Schutz und die nachhaltige Nutzung der biologischen Vielfalt im Bereich der Meeresgebiete außerhalb nationaler Hoheitsbefugnisse

ermöglichen sollen. Dazu zählen gebietsbezogene Managementinstrumente einschließlich der Ausweisung von Meeresschutzgebieten sowie ein umfassendes Verfahren für eine Umweltverträglichkeitsprüfung für neue und unregulierte Tätigkeiten in den betroffenen Meeresgebieten. Zudem enthält das Übereinkommen Bestimmungen zum ausgewogenen und gerechten Ausgleich der Vorteile, die sich aus der Nutzung maringenetischer Ressourcen und digitaler Sequenzinformationen über maringenetische Ressourcen von Gebieten außerhalb nationaler Hoheitsbefugnisse ergeben. Neben weiteren Maßnahmen wie Kapazitätsaufbau und der Weitergabe von Meerestechnologie soll dieser Vorteilsausgleichsmechanismus die Beteiligung von Entwicklungsländern an dem Übereinkommen und dessen Umsetzung fördern. Die Bundesrepublik Deutschland hat das Übereinkommen am 20. September 2023 unterzeichnet.

Gemäß Artikel 59 Absatz 2 Satz 1 des Grundgesetzes bedarf das Übereinkommen der Zustimmung der gesetzgebenden Körperschaften in Form eines Vertragsgesetzes als Voraussetzung für die Ratifikation.

B. Lösung

Durch das vorliegende Vertragsgesetz sollen die verfassungsrechtlichen Voraussetzungen nach Artikel 59 Absatz 2 Satz 1 des Grundgesetzes für die Ratifikation geschaffen werden.

Die vorläufige Anwendbarkeit soll nicht erklärt werden.

C. Alternativen

Keine.

D. Haushaltsausgaben ohne Erfüllungsaufwand

Als Vertragspartei des Übereinkommens übernimmt die Bundesrepublik Deutschland eine Verpflichtung zur Zahlung von Pflichtbeiträgen. Mit den Pflichtbeiträgen werden gemäß Artikel 52 Absatz 2 des Übereinkommens die Gremien des Übereinkommens finanziert. Daneben wird mit den Pflichtbeiträgen bis auf Weiteres auch der Sonderfonds für den Vorteilsausgleich für die Nutzung maringenetischer Ressourcen und digitalen Sequenzinformationen nach Artikel 14 Absatz 6 des Übereinkommens als Teil des Finanzierungsmechanismus nach Artikel 52 Absatz 3 des Übereinkommens finanziert. Die Zahlungen erfolgen so lange, bis die Konferenz der Vertragsparteien einen Beschluss über Zahlungen nach Artikel 14 Absatz 7 des Übereinkommens trifft und damit Modalitäten für den Vorteilsausgleich festlegt.

Die Pflichtbeiträge hängen von der durch die Konferenz der Vertragsparteien noch zu bestimmenden Höhe des Anfangsbudgets des Übereinkommens sowie vom noch zu bestimmenden Berechnungsschlüssel ab.

Die Ausgaben für die Pflichtbeiträge für die Bundesrepublik Deutschland werden innerhalb der geltenden Haushalts- und Finanzplanansätze des Einzelplans 16 getragen. Die Kosten trägt der Bund. Die Länder und Gemeinden werden nicht mit Mehrausgaben belastet.

Neben den Pflichtbeiträgen können zusätzliche Kosten durch die Zahlung von freiwilligen Beträgen für den Finanzierungsmechanismus in

Artikel 52 Absatz 4 Buchstabe a, b Ziffer iii und Buchstabe c des Übereinkommens entstehen.

Etwaige zusätzliche Haushaltsausgaben sind finanziell und (plan-)stellenmäßig im Einzelplan 16 auszugleichen.

E. Erfüllungsaufwand

E.1 Erfüllungsaufwand für Bürgerinnen und Bürger

Für Bürgerinnen und Bürger entsteht kein zusätzlicher Erfüllungsaufwand.

E.2 Erfüllungsaufwand für die Wirtschaft

Ein Erfüllungsaufwand für die Wirtschaft ergibt sich aus dem Vertragsgesetz nicht.

E.3 Erfüllungsaufwand der Verwaltung

Ein Erfüllungsaufwand für die Verwaltung ergibt sich aus dem Vertragsgesetz nicht.

F. Weitere Kosten

Weitere Kosten beziehungsweise Auswirkungen auf das Preisniveau sind derzeit nicht ersichtlich.

Gesetzentwurf der Bundesregierung

Entwurf

Gesetz
zu dem Übereinkommen vom 19. Juni 2023
im Rahmen des Seerechtsübereinkommens der Vereinten Nationen
über die Erhaltung und nachhaltige Nutzung der biologischen Vielfalt der Meere
von Gebieten außerhalb nationaler Hoheitsbefugnisse

Vom

Der Bundestag hat das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Dem in New York am 20. September 2023 von der Bundesrepublik Deutschland unterzeichneten Übereinkommen vom 19. Juni 2023 im Rahmen des Seerechtsübereinkommens der Vereinten Nationen über die Erhaltung und nachhaltige Nutzung der biologischen Vielfalt der Meere von Gebieten außerhalb nationaler Hoheitsbefugnisse wird zugestimmt. Das Übereinkommen wird nachstehend mit einer amtlichen deutschen Übersetzung veröffentlicht.

Artikel 2

Die Bundesregierung wird ermächtigt, Änderungen der Anlagen I und II gemäß Artikel 74 Absatz 3 des Übereinkommens, die sich im Rahmen des Zwecks des Artikels 2 des Übereinkommens halten, durch Rechtsverordnung ohne Zustimmung des Bundesrates in Kraft zu setzen.

Artikel 3

(1) Dieses Gesetz tritt am Tag nach der Verkündung in Kraft.

(2) Der Tag, an dem das Übereinkommen nach seinem Artikel 68 Absatz 1 oder 2 für die Bundesrepublik Deutschland in Kraft tritt, ist im Bundesgesetzblatt bekannt zu geben.

Begründung zum Vertragsgesetz

Zu Artikel 1

Auf das Übereinkommen findet Artikel 59 Absatz 2 Satz 1 des Grundgesetzes Anwendung, da es sich auf Gegenstände der Bundesgesetzgebung bezieht. Die erforderlichen innerstaatlichen Durchführungsvorschriften bleiben einem gesonderten Durchführungsgesetz vorbehalten.

Zu Artikel 2

Etwaig neu hinzukommende Anlagen unterliegen gemäß Artikel 74 Absatz 2 des Übereinkommens einem Ratifikationserfordernis. Für mögliche Änderungen bestehender Anlagen, bisher sind das die Anlagen I und II, sieht Artikel 74 Absatz 3 des Übereinkommens dagegen ein spezielles Verfahren vor. Die Anlagen können von der Konferenz der Vertragsparteien geändert werden, und die Änderungen treten für Vertragsparteien in Kraft, sofern nicht nach Artikel 74 Absatz 4 des Übereinkommens innerhalb von 180 Tagen ein Einspruch erfolgt. Für die Bundesrepublik Deutschland wird ein entsprechender Einspruch standardisiert erfolgen müssen, um sicherzustellen, dass vor Eintritt einer völkerrechtlichen Bindung der Bundesrepublik Deutschland an die Änderungen die erforderlichen innerstaatlichen Verfahren durchgeführt werden können – und die Vorgaben von Artikel 59 Absatz 2 Satz 1 des Grundgesetzes gewahrt bleiben. Denn auch Änderungen von völkerrechtlichen Verträgen, die das Erfordernis eines Vertragsgesetzes ausgelöst hatten, sind stets zustimmungsbedürftig im Sinne von Artikel 59 Absatz 2 Satz 1 des Grundgesetzes. Da die Anlagen nach Artikel 74 Absatz 1 Teile des Übereinkommens sind, gilt dies auch bei einer Änderung der Anlagen. Sobald die erforderlichen innerstaatlichen Verfahren abgeschlossen wurden, kann der Einspruch auf der internationalen Ebene zurückgenommen werden. Artikel 74 Absatz 4 Satz 2 des Übereinkommens lässt dieses Vorgehen zu.

Artikel 2 dient dazu, die erforderlichen innerstaatlichen Verfahren mit Blick auf die bisher im Übereinkommen enthaltenen Anlagen I und II zu verschlanken und zu beschleunigen: Die Bundesregierung wird ermächtigt, Änderungen der genannten Anlagen durch Rechtsverordnung in Kraft zu setzen.

Zu Artikel 3

Die Bestimmung des Absatzes 1 entspricht dem Erfordernis des Artikels 82 Absatz 2 Satz 1 des Grundgesetzes. Nach Absatz 2 ist der Zeitpunkt, in dem das Übereinkommen nach seinem Artikel 68 Absatz 1 oder 2 für die Bundesrepublik Deutschland in Kraft tritt, im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Schlussbemerkung

Der Bund wird durch die Ausführung des Gesetzes mit Kosten belastet, deren Art und Umfang unter Punkt D des Vorblatts zum Gesetzentwurf aufgeführt sind.

Aus dem Vertragsgesetz zum Übereinkommen ergibt sich kein Erfüllungsaufwand. Ein Erfüllungsaufwand ergibt sich aus dem nachfolgenden Ausführungsgesetz, mit dem die Verpflichtungen aus dem Übereinkommen in deutsches Recht umgesetzt werden.

Für Länder und Kommunen entstehen keine Mehrbelastungen.

Übereinkommen
im Rahmen des Seerechtsübereinkommens der Vereinten Nationen über die Erhaltung und nachhaltige Nutzung der biologischen Vielfalt der Meere von Gebieten außerhalb nationaler Hoheitsbefugnisse

Agreement
under the United Nations Convention on the Law of the Sea on the Conservation and Sustainable Use of Marine Biological Diversity of Areas beyond National Jurisdiction

Accord
se rapportant à la Convention des Nations Unies sur le droit de la mer et portant sur la Conservation et l'utilisation durable de la diversité biologique marine des zones ne relevant pas de la juridiction nationale

(Übersetzung)

Preamble

The Parties to this Agreement,

Recalling the relevant provisions of the United Nations Convention on the Law of the Sea of 10 December 1982, including the obligation to protect and preserve the marine environment,

Stressing the need to respect the balance of rights, obligations and interests set out in the Convention,

Recognizing the need to address, in a coherent and cooperative manner, biological diversity loss and degradation of ecosystems of the ocean, due, in particular, to climate change impacts on marine ecosystems, such as warming and ocean deoxygenation, as well as ocean acidification, pollution, including plastic pollution, and unsustainable use,

Conscious of the need for the comprehensive global regime under the Convention to better address the conservation and sustainable use of marine biological diversity of

Préambule

Les Parties au présent Accord,

Rappelant les dispositions pertinentes de la Convention des Nations Unies sur le droit de la mer du 10 décembre 1982, notamment l'obligation de protéger et de préserver le milieu marin,

Soulignant la nécessité de respecter l'équilibre des droits, obligations et intérêts consacré par la Convention,

Constatant la nécessité de lutter, de manière cohérente et coopérative, contre la perte de diversité biologique et la dégradation des écosystèmes de l'océan dues, notamment, aux impacts des changements climatiques sur les écosystèmes marins, tels que le réchauffement et la désoxygénation de l'océan, ainsi que l'acidification de celui-ci, sa pollution, y compris par les plastiques, et son utilisation non durable,

Conscientes de la nécessité de faire en sorte que le régime mondial complet créé par la Convention encadre mieux la conservation et l'utilisation durable de la diversité

Präambel

Die Vertragsparteien dieses Übereinkommens –

unter Hinweis auf die einschlägigen Bestimmungen des Seerechtsübereinkommens der Vereinten Nationen vom 10. Dezember 1982, einschließlich der Verpflichtung, die Meeresumwelt zu schützen und zu bewahren,

unter Betonung der Notwendigkeit, das im Seerechtsübereinkommen vorgesehene Gleichgewicht der Rechte, Pflichten und Interessen zu wahren,

in Anerkennung der Notwendigkeit, in kohärenter und kooperativer Weise den Verlust an biologischer Vielfalt und die Verschlechterung des Zustands der Ökosysteme der Ozeane zu verhindern, die insbesondere auf die Auswirkungen der Klimaänderungen auf die Meeresökosysteme, etwa Erwärmung und Sauerstoffmangel im Meer, sowie auf die Versauerung der Meere, Verschmutzung einschließlich Plastikverschmutzung und eine nicht nachhaltige Nutzung zurückzuführen sind,

im Bewusstsein der Notwendigkeit, dem nach dem Seerechtsübereinkommen eingerichteten umfassenden globalen Regime der Erhaltung und nachhaltigen Nutzung der

areas beyond national jurisdiction,

Recognizing the importance of contributing to the realization of a just and equitable international economic order which takes into account the interests and needs of humankind as a whole and, in particular, the special interests and needs of developing States, whether coastal or landlocked,

Recognizing also that support for developing States Parties through capacity-building and the development and transfer of marine technology are essential elements for the attainment of the objectives of the conservation and sustainable use of marine biological diversity of areas beyond national jurisdiction,

Recalling the United Nations Declaration on the Rights of Indigenous Peoples,

Affirming that nothing in this Agreement shall be construed as diminishing or extinguishing the existing rights of Indigenous Peoples, including as set out in the United Nations Declaration on the Rights of Indigenous Peoples, or of, as appropriate, local communities,

Recognizing the obligation set out in the Convention to assess, as far as practicable, the potential effects on the marine environment of activities under a State's jurisdiction or control when the State has reasonable grounds for believing that such activities may cause substantial pollution of or significant and harmful changes to the marine environment,

Mindful of the obligation set out in the Convention to take all measures necessary to ensure that pollution arising from incidents or activities does not spread beyond the areas where sovereign rights are exercised in accordance with the Convention,

Desiring to act as stewards of the ocean in areas beyond national jurisdiction on behalf of present and future generations by protecting, caring for and ensuring responsible use of the marine environment, maintaining the integrity of ocean ecosystems and conserving the inherent value of biological diversity of areas beyond national jurisdiction,

Acknowledging that the generation of, access to and utilization of digital sequence information on marine genetic resources of

biologique marine des zones ne relevant pas de la juridiction nationale,

Considérant qu'il importe de contribuer à l'avènement d'un ordre économique international juste et équitable dans lequel il serait tenu compte des intérêts et besoins de l'humanité tout entière et, en particulier, des intérêts et besoins spécifiques des États en développement, qu'ils soient côtiers ou sans littoral,

Considérant également que l'appui aux États Parties en développement par le renforcement de leurs capacités et le développement et le transfert de technologies marines sont essentiels à la réalisation des objectifs de conservation et d'utilisation durable de la diversité biologique marine des zones ne relevant pas de la juridiction nationale,

Rappelant la Déclaration des Nations Unies sur les droits des peuples autochtones,

Affirmant que rien dans le présent Accord ne doit être interprété comme diminuant ou éteignant les droits existants des peuples autochtones, notamment ceux inscrits dans la Déclaration des Nations Unies sur les droits des peuples autochtones, ou, selon le cas, des communautés locales,

Conscientes de l'obligation énoncée dans la Convention d'évaluer, dans la mesure du possible, les effets potentiels sur le milieu marin des activités relevant de la juridiction ou du contrôle d'un État lorsque celui-ci a de sérieuses raisons de penser que ces activités risquent d'entraîner une pollution importante ou des modifications considérables et nuisibles du milieu marin,

Ayant à l'esprit l'obligation énoncée dans la Convention de prendre toutes les mesures nécessaires pour que la pollution résultant d'incidents ou d'activités ne s'étende pas au-delà des zones où s'exercent les droits souverains conformément à la Convention,

Désireuses d'assurer la bonne gestion de l'océan dans les zones ne relevant pas de la juridiction nationale pour le compte des générations présentes et futures en protégeant le milieu marin, en en prenant soin et en veillant à ce qu'il en soit fait une utilisation responsable, en maintenant l'intégrité des écosystèmes océaniques et en conservant la valeur intrinsèque de la diversité biologique des zones ne relevant pas de la juridiction nationale,

Reconnaissant que la production d'informations de séquençage numérique sur les ressources génétiques marines des zones

biologischen Vielfalt der Meere von Gebieten außerhalb nationaler Hoheitsbefugnisse besser Rechnung zu tragen,

in der Erkenntnis, wie wichtig es ist, zur Verwirklichung einer gerechten und ausgewogenen internationalen Wirtschaftsordnung beizutragen, welche die Interessen und Bedürfnisse der gesamten Menschheit und vor allem die besonderen Interessen und Bedürfnisse der Entwicklungsstaaten, ob Küsten- oder Binnenstaaten, berücksichtigt,

sowie in der Erkenntnis, dass die Unterstützung der Entwicklungsstaaten, die Vertragsparteien sind, durch Kapazitätsaufbau und die Entwicklung und Weitergabe von Meerestechnologie wesentliche Elemente für die Erreichung der Ziele der Erhaltung und nachhaltigen Nutzung der biologischen Vielfalt der Meere von Gebieten außerhalb nationaler Hoheitsbefugnisse sind,

unter Hinweis auf die Erklärung der Vereinten Nationen über die Rechte der indigenen Völker,

in Bekräftigung dessen, dass dieses Übereinkommen nicht so auszulegen ist, als schmälere es die bestehenden Rechte der indigenen Völker, einschließlich der in der Erklärung der Vereinten Nationen über die Rechte der indigenen Völker dargelegten Rechte, oder gegebenenfalls die bestehenden Rechte der ortsansässigen Gemeinschaften oder hebe diese auf,

in Anerkennung der im Seerechtsübereinkommen dargelegten Verpflichtung, die möglichen Auswirkungen der den Hoheitsbefugnissen oder der Kontrolle eines Staates unterstehenden Tätigkeiten auf die Meeresumwelt soweit durchführbar zu beurteilen, wenn der Staat begründeten Anlass zu der Annahme hat, dass diese Tätigkeiten eine wesentliche Verschmutzung oder beträchtliche und schädliche Veränderungen der Meeresumwelt zur Folge haben können,

eingedenk der im Seerechtsübereinkommen dargelegten Verpflichtung, alle erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen, damit eine Verschmutzung als Folge von Ereignissen oder Tätigkeiten sich nicht über die Gebiete hinaus ausbreitet, in denen in Übereinstimmung mit dem Seerechtsübereinkommen souveräne Rechte ausgeübt werden,

in dem Wunsch, in Gebieten außerhalb nationaler Hoheitsbefugnisse im Namen heutiger und künftiger Generationen als Sachwalter der Meere zu agieren und so die Meeresumwelt zu schützen, zu bewahren und ihre verantwortungsvolle Nutzung sicherzustellen, die Integrität der Meeresökosysteme zu wahren und den Eigenwert der biologischen Vielfalt von Gebieten außerhalb nationaler Hoheitsbefugnisse zu erhalten,

in der Erkenntnis, dass die Gewinnung von, der Zugang zu und die Nutzung von digitalen Sequenzinformationen über

areas beyond national jurisdiction, together with the fair and equitable sharing of benefits arising from its utilization, contribute to research and innovation and to the general objective of this Agreement,

Respecting the sovereignty, territorial integrity and political independence of all States,

Recalling that the legal status of non-parties to the Convention or any other related agreements is governed by the rules of the law of treaties,

Recalling also that, as set out in the Convention, States are responsible for the fulfilment of their international obligations concerning the protection and preservation of the marine environment and may be liable in accordance with international law,

Committed to achieving sustainable development,

Aspiring to achieve universal participation,

Have agreed as follows:

ne relevant pas de la juridiction nationale, l'accès à ces informations et leur utilisation, conjugués au partage juste et équitable des avantages découlant de cette utilisation, servent la recherche et l'innovation ainsi que l'objectif général du présent Accord,

Respectueuses de la souveraineté, de l'intégrité territoriale et de l'indépendance politique de tous les États,

Rappelant que le statut juridique des non-parties à la Convention ou à tout autre accord connexe est régi par les règles du droit des traités,

Rappelant également que, comme l'énonce la Convention, les États sont tenus de veiller à l'accomplissement de leurs obligations internationales relatives à la protection et à la préservation du milieu marin et peuvent être tenus responsables à cet égard conformément au droit international,

Attachées à la réalisation du développement durable,

Aspirant à atteindre l'objectif d'une participation universelle,

Sont convenues de ce qui suit :

maringenetische Ressourcen von Gebieten außerhalb nationaler Hoheitsbefugnisse, zusammen mit der ausgewogenen und gerechten Aufteilung der sich aus ihrer Nutzung ergebenden Vorteile zu Forschung und Innovation und zum allgemeinen Ziel dieses Übereinkommens beitragen,

unter Achtung der Souveränität, territorialen Unversehrtheit und politischen Unabhängigkeit aller Staaten,

unter Hinweis darauf, dass die Rechtsstellung von Nichtvertragsparteien des Seerechtsübereinkommens oder anderer damit zusammenhängender Übereinkünfte von den Regeln des Rechts der Verträge bestimmt wird,

sowie unter Hinweis darauf, dass die Staaten entsprechend dem Seerechtsübereinkommen für die Erfüllung ihrer internationalen Verpflichtungen betreffend den Schutz und die Bewahrung der Meeresumwelt verantwortlich sind und in Übereinstimmung mit dem Völkerrecht haftbar gemacht werden können,

entschlossen, eine nachhaltige Entwicklung zu erreichen,

in dem Bestreben, universelle Beteiligung zu erreichen –

sind wie folgt übereingekommen:

Part I
General Provisions

Partie I
Dispositions générales

Teil I
Allgemeine Bestimmungen

Article 1
Use of terms

For the purposes of this Agreement:

1. "Area-based management tool" means a tool, including a marine protected area, for a geographically defined area through which one or several sectors or activities are managed with the aim of achieving particular conservation and sustainable use objectives in accordance with this Agreement.

2. "Areas beyond national jurisdiction" means the high seas and the Area.

3. "Biotechnology" means any technological application that uses biological systems, living organisms, or derivatives thereof, to make or modify products or processes for specific use.

4. "Collection in situ", in relation to marine genetic resources, means the collection or sampling of marine genetic resources in areas beyond national jurisdiction.

Article premier
Emploi des termes

Aux fins du présent Accord, on entend par :

1. « Outil de gestion par zone » un outil, y compris une aire marine protégée, visant une zone géographiquement définie et au moyen duquel un ou plusieurs secteurs ou activités sont gérés dans le but d'atteindre des objectifs particuliers de conservation et d'utilisation durable conformément au présent Accord.

2. « Zones ne relevant pas de la juridiction nationale » la haute mer et la Zone.

3. « Biotechnologie » toute application technologique qui utilise des systèmes biologiques, des organismes vivants, ou des dérivés de ceux-ci, pour réaliser ou modifier des produits ou des procédés à usage spécifique.

4. « Collecte in situ », en ce qui concerne les ressources génétiques marines, la collecte ou l'échantillonnage de ressources génétiques marines dans des zones ne relevant pas de la juridiction nationale.

Artikel 1
Begriffsbestimmungen

Im Sinne dieses Übereinkommens

1. bedeutet „gebietsbezogenes Managementinstrument" ein Instrument einschließlich eines Meeresschutzgebiets für ein geographisch festgelegtes Gebiet, mittels dessen ein oder mehrere Sektoren oder Tätigkeiten mit dem Ziel verwaltet werden, bestimmte Ziele zur Erhaltung und nachhaltigen Nutzung im Einklang mit diesem Übereinkommen zu verwirklichen,

2. bedeutet „Gebiete außerhalb nationaler Hoheitsbefugnisse" die Hohe See und das Gebiet,

3. bedeutet „Biotechnologie" jede technologische Anwendung, die biologische Systeme, lebende Organismen oder Derivate daraus benutzt, um Erzeugnisse oder Verfahren für eine bestimmte Nutzung herzustellen oder zu verändern,

4. bedeutet „In-situ-Sammlung" im Zusammenhang mit maringenetischen Ressourcen die Sammlung oder Probenahme maringenetischer Ressourcen von Gebieten außerhalb nationaler Hoheitsbefugnisse,

5. “Convention” means the United Nations Convention on the Law of the Sea of 10 December 1982.

6. “Cumulative impacts” means the combined and incremental impacts resulting from different activities, including known past and present and reasonably foreseeable activities, or from the repetition of similar activities over time, and the consequences of climate change, ocean acidification and related impacts.

7. “Environmental impact assessment” means a process to identify and evaluate the potential impacts of an activity to inform decision-making.

8. “Marine genetic resources” means any material of marine plant, animal, microbial or other origin containing functional units of heredity of actual or potential value.

9. “Marine protected area” means a geographically defined marine area that is designated and managed to achieve specific long-term biological diversity conservation objectives and may allow, where appropriate, sustainable use provided it is consistent with the conservation objectives.

10. “Marine technology” includes, inter alia, information and data, provided in a user-friendly format, on marine sciences and related marine operations and services; manuals, guidelines, criteria, standards and reference materials; sampling and methodology equipment; observation facilities and equipment for in situ and laboratory observations, analysis and experimentation; computer and computer software, including models and modelling techniques; related biotechnology; and expertise, knowledge, skills, technical, scientific and legal know-how and analytical methods related to the conservation and sustainable use of marine biological diversity.

11. “Party” means a State or regional economic integration organization that has consented to be bound by this Agreement and for which this Agreement is in force.

12. “Regional economic integration organization” means an organization constituted by sovereign States of a given

5. « Convention » la Convention des Nations Unies sur le droit de la mer du 10 décembre 1982.

6. « Impacts cumulés » les impacts combinés et graduels résultant de diverses activités, y compris des activités connues, passées ou présentes, ou raisonnablement prévisibles, ou de la répétition dans le temps d’activités similaires, et les conséquences des changements climatiques, de l’acidification de l’océan et leurs effets connexes.

7. « Évaluation d’impact sur l’environnement » la procédure visant à recenser et à évaluer les impacts qu’une activité peut avoir en vue d’éclairer la prise de décision.

8. « Ressources génétiques marines » tout matériel marin d’origine végétale, animale, microbienne ou autre, qui contient des unités fonctionnelles de l’hérédité ayant une valeur effective ou potentielle.

9. « Aire marine protégée » une aire marine géographiquement définie qui est désignée et gérée en vue d’atteindre des objectifs spécifiques de conservation à long terme de la diversité biologique et dans laquelle, selon qu’il convient, l’utilisation durable peut être autorisée pourvu qu’elle soit compatible avec de tels objectifs.

10. « Technologies marines », entre autres choses, les informations et données, présentées sous une forme facilement exploitable, qui concernent les sciences de la mer et les opérations et services marins connexes ; les manuels, lignes directrices, critères, normes et documents de référence ; le matériel et les méthodes d’échantillonnage ; les installations d’observation et le matériel d’observation, d’analyse et d’expérimentation *in situ* et en laboratoire ; les matériels et logiciels informatiques, y compris les modèles et les techniques de modélisation ; les biotechnologies connexes ; les compétences, connaissances, aptitudes, savoir-faire technique, scientifique ou juridique et méthodes d’analyse relatifs à la conservation et à l’utilisation durable de la diversité biologique marine.

11. « Partie » un État ou une organisation régionale d’intégration économique qui a consenti à être lié par le présent Accord et à l’égard duquel celui-ci est en vigueur.

12. « Organisation régionale d’intégration économique » toute organisation constituée d’États souverains d’une

5. bedeutet „Seerechtsübereinkommen“ das Seerechtsübereinkommen der Vereinten Nationen vom 10. Dezember 1982,

6. bedeutet „kumulative Auswirkungen“ die kombinierten und zunehmenden Auswirkungen, die sich aus verschiedenen Tätigkeiten, darunter bekannten vergangenen und gegenwärtigen sowie hinreichend vorhersehbaren Tätigkeiten, oder aus der Wiederholung ähnlicher Tätigkeiten im Zeitverlauf ergeben, sowie die Folgen des Klimawandels, der Versauerung der Meere und damit zusammenhängender Auswirkungen,

7. bedeutet „Umweltverträglichkeitsprüfung“ ein Verfahren zur Ermittlung und Bewertung der möglichen Auswirkungen einer Tätigkeit als Grundlage für die Beschlussfassung,

8. bedeutet „maringenetische Ressourcen“ jedes Material marinen pflanzlichen, tierischen, mikrobiellen oder sonstigen Ursprungs, das funktionale Erbeinheiten von tatsächlichem oder potenziellem Wert enthält,

9. bedeutet „Meeresschutzgebiet“ ein geographisch festgelegtes Meeresgebiet, das im Hinblick auf die Verwirklichung bestimmter Ziele zur langfristigen Erhaltung der biologischen Vielfalt ausgewiesen ist und verwaltet wird und gegebenenfalls eine nachhaltige Nutzung zulässt, sofern diese mit den Erhaltungszielen vereinbar ist,

10. umfasst „Meerestechnologie“ unter anderem in einem benutzerfreundlichen Format bereitgestellte Informationen und Daten über Meereswissenschaften und damit zusammenhängende maritime Tätigkeiten und Dienstleistungen; Handbücher, Richtlinien, Kriterien, Normen und Referenzmaterialien; Ausrüstung für Probenahme und Methodik; Beobachtungseinrichtungen und Ausrüstung für Beobachtungen, Analysen und Experimente in situ und im Labor; Computer und Computersoftware, darunter Modelle und Modellierungstechniken; damit zusammenhängende Biotechnologie sowie Fachwissen, Kenntnisse, Fertigkeiten, technische, wissenschaftliche und rechtliche Fachkenntnisse und Analysemethoden im Zusammenhang mit der Erhaltung und nachhaltigen Nutzung der biologischen Vielfalt der Meere,

11. bedeutet „Vertragspartei“ einen Staat oder eine Organisation der regionalen Wirtschaftsintegration, der beziehungsweise die zugestimmt hat, durch dieses Übereinkommen gebunden zu sein, und für den beziehungsweise die es in Kraft ist,

12. bedeutet „Organisation der regionalen Wirtschaftsintegration“ eine von souveränen Staaten einer bestimmten Re-

region to which its member States have transferred competence in respect of matters governed by this Agreement and which has been duly authorized, in accordance with its internal procedures, to sign, ratify, approve, accept or accede to this Agreement.

région donnée, à laquelle ses États membres ont transféré des compétences en ce qui concerne les questions régies par le présent Accord et qui a été dûment autorisée, conformément à ses procédures internes, à signer, ratifier, approuver, accepter l'Accord ou à y adhérer.

gion gebildete Organisation, der ihre Mitgliedstaaten die Zuständigkeit für die durch dieses Übereinkommen erfassten Angelegenheiten übertragen haben und die im Einklang mit ihren internen Verfahren ordnungsgemäß ermächtigt ist, dieses Übereinkommen zu unterzeichnen, zu ratifizieren, zu genehmigen, anzunehmen oder ihm beizutreten,

13. "Sustainable use" means the use of components of biological diversity in a way and at a rate that does not lead to a long-term decline of biological diversity, thereby maintaining its potential to meet the needs and aspirations of present and future generations.

13. « Utilisation durable » l'utilisation des éléments constitutifs de la diversité biologique d'une manière et à un rythme qui n'entraînent pas leur appauvrissement à long terme, et sauvegardent ainsi leur potentiel pour satisfaire les besoins et les aspirations des générations présentes et futures.

13. bedeutet „nachhaltige Nutzung" die Nutzung von Bestandteilen der biologischen Vielfalt in einer Weise und in einem Ausmaß, die nicht zum langfristigen Rückgang der biologischen Vielfalt führen, wodurch ihr Potenzial erhalten bleibt, die Bedürfnisse und Bestrebungen heutiger und künftiger Generationen zu erfüllen,

14. "Utilization of marine genetic resources" means to conduct research and development on the genetic and/or biochemical composition of marine genetic resources, including through the application of biotechnology, as defined in paragraph 3 above.

14. « Utilisation de ressources génétiques marines » le fait de mener des activités de recherche-développement sur la composition génétique et / ou biochimique de ressources génétiques marines, y compris au moyen de la biotechnologie au sens du paragraphe 3 ci-dessus.

14. bedeutet „Nutzung der maringenetischen Ressourcen" das Durchführen von Forschungs- und Entwicklungstätigkeiten an der genetischen und/oder biochemischen Zusammensetzung maringenetischer Ressourcen, einschließlich durch die Anwendung von Biotechnologie im Sinne der Nummer 3.

Article 2

General objective

The objective of this Agreement is to ensure the conservation and sustainable use of marine biological diversity of areas beyond national jurisdiction, for the present and in the long term, through effective implementation of the relevant provisions of the Convention and further international cooperation and coordination.

Article 2

Objectif général

Le présent Accord a pour objectif d'assurer la conservation et l'utilisation durable de la diversité biologique marine des zones ne relevant pas de la juridiction nationale, dans l'immédiat et à long terme, grâce à la mise en œuvre effective des dispositions pertinentes de la Convention et au renforcement de la coopération et de la coordination internationales.

Artikel 2

Allgemeines Ziel

Ziel dieses Übereinkommens ist es, die Erhaltung und nachhaltige Nutzung der biologischen Vielfalt der Meere von Gebieten außerhalb nationaler Hoheitsbefugnisse gegenwärtig und langfristig durch die wirksame Durchführung der einschlägigen Bestimmungen des Seerechtsübereinkommens und durch die Stärkung der internationalen Zusammenarbeit und Koordinierung sicherzustellen.

Article 3

Scope of application

This Agreement applies to areas beyond national jurisdiction.

Article 3

Champ d'application

Le présent Accord s'applique aux zones ne relevant pas de la juridiction nationale.

Artikel 3

Geltungsbereich

Dieses Übereinkommen gilt für Gebiete außerhalb nationaler Hoheitsbefugnisse.

Article 4

Exceptions

This Agreement does not apply to any warship, military aircraft or naval auxiliary. Except for Part II, this Agreement does not apply to other vessels or aircraft owned or operated by a Party and used, for the time being, only on government non-commercial service. However, each Party shall ensure, by the adoption of appropriate measures not impairing the operations or operational capabilities of such vessels or aircraft owned or operated by it, that such vessels or aircraft act in a manner consistent, so far as is reasonable and practicable, with this Agreement.

Article 4

Exceptions

Le présent Accord ne s'applique ni aux navires de guerre, ni aux aéronefs militaires, ni aux navires auxiliaires. À l'exception de sa partie II, il ne s'applique pas aux autres navires ou aéronefs appartenant à une Partie ou exploités par elle lorsqu'elle les utilise, au moment considéré, exclusivement à des fins de service public non commerciales. Cependant, chaque Partie prend des mesures appropriées n'affectant pas les opérations ou la capacité opérationnelle de ces navires ou aéronefs lui appartenant ou exploités par elle de façon à ce que ceux-ci agissent, autant que faire se peut, d'une manière compatible avec le présent Accord.

Artikel 4

Ausnahmen

Dieses Übereinkommen findet keine Anwendung auf Kriegsschiffe, Militärluftfahrzeuge oder Flottenhilfsschiffe. Mit Ausnahme des Teiles II findet dieses Übereinkommen keine Anwendung auf sonstige Schiffe oder Luftfahrzeuge, die einer Vertragspartei gehören oder von ihr eingesetzt sind und die zum gegebenen Zeitpunkt im Staatsdienst ausschließlich für andere als Handelszwecke genutzt werden. Jedoch stellt jede Vertragspartei durch geeignete Maßnahmen, die den Einsatz oder die Einsatzfähigkeit solcher ihr gehörender oder von ihr eingesetzter Schiffe oder Luftfahrzeuge nicht beeinträchtigen, sicher, dass diese, soweit zumutbar und durchführbar, in einer Weise betrieben werden, die mit dem Übereinkommen vereinbar ist.

Article 5

Relationship between this Agreement and the Convention and relevant legal instruments and frameworks and relevant global, regional, subregional and sectoral bodies

1. This Agreement shall be interpreted and applied in the context of and in a manner consistent with the Convention. Nothing in this Agreement shall prejudice the rights, jurisdiction and duties of States under the Convention, including in respect of the exclusive economic zone and the continental shelf within and beyond 200 nautical miles.

2. This Agreement shall be interpreted and applied in a manner that does not undermine relevant legal instruments and frameworks and relevant global, regional, subregional and sectoral bodies and that promotes coherence and coordination with those instruments, frameworks and bodies.

3. The legal status of non-parties to the Convention or any other related agreements with regard to those instruments is not affected by this Agreement.

Article 5

Relation entre le présent Accord et la Convention, les instruments et cadres juridiques pertinents et les organes mondiaux, régionaux, sous-régionaux et sectoriels pertinents

1. Le présent Accord est interprété et appliqué dans le contexte de la Convention et d'une manière compatible avec celle-ci. Aucune disposition du présent Accord ne porte préjudice aux droits, à la juridiction et aux obligations des États en vertu de la Convention, y compris en ce qui concerne la zone économique exclusive et le plateau continental jusqu'à 200 milles marins et au-delà.

2. Le présent Accord est interprété et appliqué d'une manière qui ne porte atteinte ni aux instruments et cadres juridiques pertinents, ni aux organes mondiaux, régionaux, sous-régionaux et sectoriels pertinents, et qui favorise la cohérence et la coordination avec ces instruments, cadres et organes.

3. Le statut juridique des non-parties à la Convention ou à d'autres accords connexes à l'égard de ces instruments n'est en rien affecté par le présent Accord.

Artikel 5

Verhältnis zwischen diesem Übereinkommen und dem Seerechtsübereinkommen sowie den einschlägigen Rechtsinstrumenten und rechtlichen Rahmen sowie den zuständigen weltweiten, regionalen, subregionalen und sektoralen Organen

(1) Dieses Übereinkommen wird im Zusammenhang und in Übereinstimmung mit dem Seerechtsübereinkommen ausgelegt und angewendet. Das Übereinkommen lässt die Rechte, Hoheitsbefugnisse und Pflichten der Staaten aus dem Seerechtsübereinkommen, auch in Bezug auf die ausschließliche Wirtschaftszone und den Festlandsockel innerhalb und außerhalb von 200 Seemeilen, unberührt.

(2) Dieses Übereinkommen wird in einer Weise ausgelegt und angewendet, die die einschlägigen Rechtsinstrumente und rechtlichen Rahmen sowie die zuständigen weltweiten, regionalen, subregionalen und sektoralen Organe nicht untergräbt und die Kohärenz und Koordinierung mit diesen Instrumenten, Rahmen und Organen fördert.

(3) Die Rechtsstellung von Nichtvertragsparteien des Seerechtsübereinkommens oder anderer damit zusammenhängender Übereinkünfte in Bezug auf diese Instrumente wird durch dieses Übereinkommen nicht berührt.

Article 6

Without prejudice

This Agreement, including any decision or recommendation of the Conference of the Parties or any of its subsidiary bodies, and any acts, measures or activities undertaken on the basis thereof, shall be without prejudice to, and shall not be relied upon as a basis for asserting or denying any claims to, sovereignty, sovereign rights or jurisdiction, including in respect of any disputes relating thereto.

Article 6

Sans préjudice

Le présent Accord, y compris toute décision ou recommandation de la Conférence des Parties ou de l'un de ses organes subsidiaires, et tout acte, toute mesure ou toute activité entrepris sur la base de celui-ci sont sans préjudice de toute souveraineté, de tout droit souverain ou de toute juridiction et ne peuvent être invoqués pour faire valoir ou rejeter une quelconque revendication à cet égard, y compris à l'occasion d'un différend en la matière.

Artikel 6

Unberührtheit

Dieses Übereinkommen, einschließlich aller Beschlüsse oder Empfehlungen der Konferenz der Vertragsparteien oder eines ihrer Nebenorgane, sowie alle darauf beruhenden Handlungen, Maßnahmen oder Tätigkeiten berühren weder Souveränität, souveräne Rechte oder Hoheitsbefugnisse noch dürfen sie als Grundlage für die Geltendmachung oder Verweigerung von Ansprüchen auf diese, auch in Bezug auf diesbezügliche Streitigkeiten, herangezogen werden.

Article 7

General principles and approaches

In order to achieve the objectives of this Agreement, Parties shall be guided by the following principles and approaches:

(a) The polluter-pays principle;

(b) The principle of the common heritage of humankind which is set out in the Convention;

(c) The freedom of marine scientific research, together with other freedoms of the high seas;

(d) The principle of equity and the fair and equitable sharing of benefits;

(e) The precautionary principle or precautionary approach, as appropriate;

Article 7

Principes généraux et approches

Pour atteindre les objectifs du présent Accord, les Parties sont orientées par les principes et approches suivants :

a) Le principe du pollueur-payeur ;

b) Le principe de patrimoine commun de l'humanité qui est énoncé dans la Convention ;

c) La liberté de la recherche scientifique marine, conjuguée aux autres libertés de la haute mer ;

d) Le principe de l'équité et du partage juste et équitable des avantages ;

e) Le principe de précaution ou l'approche de précaution, selon qu'il convient ;

Artikel 7

Allgemeine Grundsätze und Ansätze

Um die Ziele dieses Übereinkommens zu erreichen, lassen sich die Vertragsparteien von den folgenden Grundsätzen und Ansätzen leiten:

a) dem Grundsatz, dass der Verursacher der Verschmutzung dafür aufkommt;

b) dem im Seerechtsübereinkommen verankerten Grundsatz des gemeinsamen Erbes der Menschheit;

c) der Freiheit der wissenschaftlichen Meeresforschung sowie anderen Freiheiten der Hohen See;

d) dem Grundsatz der Gerechtigkeit und der ausgewogenen und gerechten Aufteilung der Vorteile;

e) dem Vorsorgeprinzip beziehungsweise dem Vorsorgeansatz;

(f) An ecosystem approach;

(g) An integrated approach to ocean management;

(h) An approach that builds ecosystem resilience, including to adverse effects of climate change and ocean acidification, and also maintains and restores ecosystem integrity, including the carbon cycling services that underpin the role of the ocean in climate;

(i) The use of the best available science and scientific information;

(j) The use of relevant traditional knowledge of Indigenous Peoples and local communities, where available;

(k) The respect, promotion and consideration of their respective obligations, as applicable, relating to the rights of Indigenous Peoples or of, as appropriate, local communities when taking action to address the conservation and sustainable use of marine biological diversity of areas beyond national jurisdiction;

(l) The non-transfer, directly or indirectly, of damage or hazards from one area to another and the non-transformation of one type of pollution into another in taking measures to prevent, reduce and control pollution of the marine environment;

(m) Full recognition of the special circumstances of small island developing States and of least developed countries;

(n) Acknowledgement of the special interests and needs of landlocked developing countries.

Article 8

International cooperation

1. Parties shall cooperate under this Agreement for the conservation and sustainable use of marine biological diversity of areas beyond national jurisdiction, including through strengthening and enhancing cooperation with and promoting cooperation among relevant legal instruments and frameworks and relevant global, regional, subregional and sectoral bodies in the achievement of the objectives of this Agreement.

2. Parties shall endeavour to promote, as appropriate, the objectives of this Agreement when participating in decision-making under other relevant legal instruments, frameworks, or global, regional, subregional or sectoral bodies.

f) Une approche écosystémique ;

g) Une approche intégrée de la gestion de l'océan ;

h) Une approche qui renforce la résilience des écosystèmes, notamment à l'égard des effets néfastes des changements climatiques et de l'acidification de l'océan et qui, en outre, préserve et restaure l'intégrité des écosystèmes, y compris les services rendus par le cycle du carbone qui sont à la base du rôle que l'océan joue dans le climat ;

i) L'utilisation des meilleures connaissances et informations scientifiques disponibles ;

j) L'utilisation, quand elles sont disponibles, des connaissances traditionnelles pertinentes des peuples autochtones et des communautés locales ;

k) Le respect, la promotion et la prise en compte de leurs obligations respectives, le cas échéant, en matière de droits des peuples autochtones ou, selon le cas, des communautés locales, lorsqu'elles prennent des mesures pour assurer la conservation et l'utilisation durable de la diversité biologique marine des zones ne relevant pas de la juridiction nationale ;

l) Le non-transfert, directement ou indirectement, de dommages ou de risques d'une zone à une autre et la non-transformation d'un type de pollution en un autre lorsqu'elles prennent des mesures pour prévenir, réduire et maîtriser la pollution du milieu marin ;

m) La pleine prise en considération de la situation particulière des petits États insulaires en développement et des pays les moins avancés ;

n) La reconnaissance des intérêts et besoins spécifiques des pays en développement sans littoral.

Article 8

Coopération internationale

1. Les Parties coopèrent au titre du présent Accord aux fins de la conservation et de l'utilisation durable de la diversité biologique marine des zones ne relevant pas de la juridiction nationale, notamment en renforçant et en intensifiant la coopération avec les instruments et cadres juridiques pertinents et les organes mondiaux, régionaux, sous-régionaux et sectoriels pertinents et en favorisant la coopération entre lesdits instruments, cadres et organes, en vue d'atteindre les objectifs du présent Accord.

2. Les Parties s'efforcent de promouvoir, selon qu'il convient, les objectifs du présent Accord lorsqu'elles participent aux décisions qui sont prises au titre d'autres instruments ou cadres juridiques pertinents ou au sein d'organes mondiaux, régionaux, sous-régio-

f) einem Ökosystemansatz;

g) einem integrierten Ansatz für die Meeresbewirtschaftung;

h) einem Ansatz, der die Widerstandsfähigkeit der Ökosysteme, auch gegenüber den nachteiligen Auswirkungen der Klimaänderungen und der Versauerung der Meere, stärkt und zudem die Integrität der Ökosysteme erhält und wiederherstellt, einschließlich der Leistungen des Kohlenstoffkreislaufs, auf denen sich die Rolle der Meere für das Klima begründet;

i) der Nutzung der besten verfügbaren wissenschaftlichen Erkenntnisse und Informationen;

j) der Nutzung des einschlägigen traditionellen Wissens indigener Völker und ortsansässiger Gemeinschaften, sofern solches verfügbar ist;

k) der Achtung, Förderung und Berücksichtigung ihrer gegebenenfalls bestehenden jeweiligen Verpflichtungen in Bezug auf die Rechte der indigenen Völker oder gegebenenfalls der ortsansässigen Gemeinschaften, wenn sie Maßnahmen zur Erhaltung und nachhaltigen Nutzung der biologischen Vielfalt der Meere von Gebieten außerhalb nationaler Hoheitsbefugnisse durchführen;

l) beim Ergreifen von Maßnahmen zur Vermeidung, Verringerung und Überwachung der Verschmutzung der Meeresumwelt Schäden oder Gefahren weder unmittelbar noch mittelbar von einem Gebiet in ein anderes zu verlagern oder eine Art der Verschmutzung in eine andere umzuwandeln;

m) der vollen Anerkennung der besonderen Umstände der kleinen Inselstaaten, die Entwicklungsstaaten sind, und der am wenigsten entwickelten Länder;

n) der Anerkennung der besonderen Interessen und Bedürfnisse der Binnenentwicklungsländer.

Artikel 8

Internationale Zusammenarbeit

(1) Die Vertragsparteien arbeiten im Rahmen dieses Übereinkommens bei der Erhaltung und nachhaltigen Nutzung der biologischen Vielfalt der Meere von Gebieten außerhalb nationaler Hoheitsbefugnisse zusammen, unter anderem indem sie bei der Erreichung der Ziele des Übereinkommens verstärkt und vertieft mit den einschlägigen Rechtsinstrumenten und rechtlichen Rahmen sowie den zuständigen weltweiten, regionalen, subregionalen und sektoralen Organen zusammenarbeiten und die Zusammenarbeit zwischen diesen Instrumenten, Rahmen und Organen fördern.

(2) Die Vertragsparteien bemühen sich, sofern angezeigt, die Ziele dieses Übereinkommens zu fördern, wenn sie sich an der Beschlussfassung innerhalb anderer einschlägiger Rechtsinstrumente oder rechtlicher Rahmen oder zuständiger weltweiter,

naux ou sectoriels pertinents.

3. Parties shall promote international cooperation in marine scientific research and in the development and transfer of marine technology consistent with the Convention in support of the objectives of this Agreement.

3. Les Parties favorisent la coopération internationale en matière de recherche scientifique marine et de développement et de transfert de technologies marines dans le respect de la Convention et à l'appui des objectifs du présent Accord.

regionaler, subregionaler oder sektoraler Organe beteiligen.

(3) Die Vertragsparteien fördern die internationale Zusammenarbeit in der wissenschaftlichen Meeresforschung und bei der Entwicklung und Weitergabe von Meerestechnologie in Übereinstimmung mit dem Seerechtsübereinkommen zur Unterstützung der Ziele dieses Übereinkommens.

Part II

Marine genetic resources, including the fair and equitable sharing of benefits

Partie II

Ressources génétiques marines et partage juste et équitable des avantages

Teil II

Maringenetische Ressourcen einschließlich der ausgewogenen und gerechten Aufteilung der Vorteile

Article 9

Objectives

The objectives of this Part are:

(a) The fair and equitable sharing of benefits arising from activities with respect to marine genetic resources and digital sequence information on marine genetic resources of areas beyond national jurisdiction for the conservation and sustainable use of marine biological diversity of areas beyond national jurisdiction;

(b) The building and development of the capacity of Parties, particularly developing States Parties, in particular the least developed countries, landlocked developing countries, geographically disadvantaged States, small island developing States, coastal African States, archipelagic States and developing middle-income countries, to carry out activities with respect to marine genetic resources and digital sequence information on marine genetic resources of areas beyond national jurisdiction;

(c) The generation of knowledge, scientific understanding and technological innovation, including through the development and conduct of marine scientific research, as fundamental contributions to the implementation of this Agreement;

(d) The development and transfer of marine technology in accordance with this Agreement.

Article 9

Objectifs

Les objectifs de la présente partie sont les suivants :

a) Le partage juste et équitable des avantages qui découlent des activités relatives aux ressources génétiques marines des zones ne relevant pas de la juridiction nationale et aux informations de séquençage numérique sur ces ressources génétiques marines, aux fins de la conservation et de l'utilisation durable de la diversité biologique marine desdites zones ;

b) Le renforcement et le développement de la capacité des Parties, en particulier les États Parties en développement, notamment les pays les moins avancés, les pays en développement sans littoral, les États géographiquement désavantagés, les petits États insulaires en développement, les États côtiers d'Afrique, les États archipels et les pays en développement à revenu intermédiaire, de mener des activités relatives aux ressources génétiques marines des zones ne relevant pas de la juridiction nationale et aux informations de séquençage numérique sur ces ressources génétiques marines ;

c) La production de connaissances, d'une compréhension scientifique et d'innovations technologiques, notamment par le développement et la conduite de la recherche scientifique marine, comme contributions essentielles à la mise en œuvre du présent Accord ;

d) Le développement et le transfert de technologies marines conformément au présent Accord.

Artikel 9

Ziele

Die Ziele dieses Teiles bestehen in

a) der gerechten und ausgewogenen Aufteilung der sich aus Tätigkeiten im Zusammenhang mit maringenetischen Ressourcen und digitalen Sequenzinformationen über maringenetische Ressourcen von Gebieten außerhalb nationaler Hoheitsbefugnisse ergebenden Vorteile für die Erhaltung und nachhaltige Nutzung der biologischen Vielfalt der Meere von Gebieten außerhalb nationaler Hoheitsbefugnisse;

b) dem Aufbau und der Weiterentwicklung der Kapazitäten der Vertragsparteien, insbesondere der Entwicklungsstaaten, die Vertragsparteien sind, vor allem der am wenigsten entwickelten Länder, der Binnenentwicklungsländer, der geographisch benachteiligten Staaten, der kleinen Inselstaaten, die Entwicklungsstaaten sind, der afrikanischen Küstenstaaten, der Archipelstaaten und der Entwicklungsländer mit mittlerem Einkommen, für die Durchführung von Tätigkeiten im Zusammenhang mit maringenetischen Ressourcen und digitalen Sequenzinformationen über maringenetische Ressourcen von Gebieten außerhalb nationaler Hoheitsbefugnisse;

c) der Gewinnung von Wissen, wissenschaftlichem Verständnis und technologischen Innovationen, unter anderem durch die Entwicklung und das Betreiben wissenschaftlicher Meeresforschung, als grundlegende Beiträge zur Durchführung dieses Übereinkommens;

d) der Entwicklung und Weitergabe von Meerestechnologie im Einklang mit diesem Übereinkommen.

Article 10

Application

1. The provisions of this Agreement shall apply to activities with respect to marine genetic resources and digital sequence information on marine genetic resources of areas beyond national jurisdiction collected and generated after the entry into force of this Agreement for the respective Party. The

Article 10

Application

1. Les dispositions du présent Accord s'appliquent aux activités relatives aux ressources génétiques marines des zones ne relevant pas de la juridiction nationale et aux informations de séquençage numérique sur ces ressources qui ont été collectées et produites après que l'Accord est entré en

Artikel 10

Anwendung

(1) Dieses Übereinkommen findet Anwendung auf Tätigkeiten im Zusammenhang mit maringenetischen Ressourcen und digitalen Sequenzinformationen über maringenetische Ressourcen von Gebieten außerhalb nationaler Hoheitsbefugnisse, die nach Inkrafttreten des Übereinkommens

application of the provisions of this Agreement shall extend to the utilization of marine genetic resources and digital sequence information on marine genetic resources of areas beyond national jurisdiction collected or generated before entry into force, unless a Party makes an exception in writing under article 70 when signing, ratifying, approving, accepting or acceding to this Agreement.

2. The provisions of this Part shall not apply to:

(a) Fishing regulated under relevant international law and fishing-related activities; or

(b) Fish or other living marine resources known to have been taken in fishing and fishing-related activities from areas beyond national jurisdiction, except where such fish or other living marine resources are regulated as utilization under this Part.

3. The obligations in this Part shall not apply to a Party's military activities, including military activities by government vessels and aircraft engaged in non-commercial service. The obligations in this Part with respect to the utilization of marine genetic resources and digital sequence information on marine genetic resources of areas beyond national jurisdiction shall apply to a Party's non-military activities.

vigueur pour la Partie concernée. L'application des dispositions de cet Accord s'étend à l'utilisation des ressources génétiques marines des zones ne relevant pas de la juridiction nationale et des informations de séquençage numérique sur ces ressources ayant été collectées ou produites avant que l'Accord ne soit entré en vigueur, sauf si une Partie présente une exception par écrit en vertu de l'article 70 au moment de la signature, de la ratification, de l'approbation ou de l'acceptation du présent Accord ou de l'adhésion à celui-ci.

2. Les dispositions de la présente partie ne s'appliquent pas à ce qui suit :

a) La pêche régie par les dispositions pertinentes du droit international et les activités liées à la pêche ; ou

b) Les poissons ou autres ressources biologiques marines dont on sait qu'ils ont été capturés dans le cadre d'activités de pêche ou liées à la pêche dans des zones ne relevant pas de la juridiction nationale, sauf s'ils tombent sous le régime de l'utilisation établi par la présente partie.

3. Les obligations énoncées dans la présente partie ne s'appliquent pas aux activités militaires des Parties, y compris les activités militaires menées par des navires et aéronefs d'État utilisés à des fins de service non commercial. Les obligations énoncées dans la présente partie qui se rapportent à l'utilisation des ressources génétiques marines des zones ne relevant pas de la juridiction nationale et des informations de séquençage numérique sur ces ressources s'appliquent aux activités non militaires des Parties.

für die jeweilige Vertragspartei gesammelt und generiert werden. Die Anwendung des Übereinkommens erstreckt sich auf die Nutzung maringenetischer Ressourcen und digitaler Sequenzinformationen über maringenetische Ressourcen von Gebieten außerhalb nationaler Hoheitsbefugnisse, die vor dem Inkrafttreten gesammelt oder generiert wurden, sofern eine Vertragspartei bei der Unterzeichnung, Ratifikation, Genehmigung oder Annahme des Übereinkommens oder dem Beitritt dazu nicht schriftlich eine Ausnahme nach Artikel 70 geltend macht.

(2) Dieser Teil findet keine Anwendung auf

a) die nach dem einschlägigen Völkerrecht geregelte Fischerei und fischereibezogene Tätigkeiten;

b) Fische oder sonstige lebende Meeresressourcen, die bekanntermaßen im Rahmen der Fischerei und von fischereibezogenen Tätigkeiten Gebieten außerhalb nationaler Hoheitsbefugnisse entnommen wurden, es sei denn, diese Fische oder sonstigen lebenden Meeresressourcen fallen unter die in diesem Teil aufgeführten Nutzungsregelungen.

(3) Die in diesem Teil dargelegten Verpflichtungen finden keine Anwendung auf militärische Handlungen einer Vertragspartei, einschließlich militärischer Handlungen von Staatsschiffen und staatlichen Luftfahrzeugen, die anderen als Handelszwecken dienen. Die in diesem Teil dargelegten Verpflichtungen in Bezug auf die Nutzung maringenetischer Ressourcen und digitaler Sequenzinformationen über maringenetische Ressourcen von Gebieten außerhalb nationaler Hoheitsbefugnisse finden Anwendung auf die nichtmilitärischen Tätigkeiten einer Vertragspartei.

Article 11

Activities with respect to marine genetic resources of areas beyond national jurisdiction

1. Activities with respect to marine genetic resources and digital sequence information on marine genetic resources of areas beyond national jurisdiction may be carried out by all Parties, irrespective of their geographical location, and by natural or juridical persons under the jurisdiction of the Parties. Such activities shall be carried out in accordance with this Agreement.

2. Parties shall promote cooperation in all activities with respect to marine genetic resources and digital sequence information on marine genetic resources of areas beyond national jurisdiction.

3. Collection in situ of marine genetic resources of areas beyond national jurisdiction shall be carried out with due regard for the rights and legitimate interests of coastal

Article 11

Activités relatives aux ressources génétiques marines des zones ne relevant pas de la juridiction nationale

1. Toutes les Parties, quelle que soit leur situation géographique, et les personnes physiques ou morales relevant de leur juridiction peuvent mener des activités relatives aux ressources génétiques marines des zones ne relevant pas de la juridiction nationale et aux informations de séquençage numérique sur ces ressources. De telles activités sont menées conformément au présent Accord.

2. Les Parties favorisent la coopération dans toutes les activités relatives aux ressources génétiques marines des zones ne relevant pas de la juridiction nationale et aux informations de séquençage numérique sur ces ressources.

3. La collecte *in situ* de ressources génétiques marines des zones ne relevant pas de la juridiction nationale s'effectue compte dûment tenu des droits et des intérêts

Artikel 11

Tätigkeiten im Zusammenhang mit maringenetischen Ressourcen von Gebieten außerhalb nationaler Hoheitsbefugnisse

(1) Tätigkeiten im Zusammenhang mit maringenetischen Ressourcen und digitalen Sequenzinformationen über maringenetische Ressourcen von Gebieten außerhalb nationaler Hoheitsbefugnisse dürfen von allen Vertragsparteien ungeachtet ihrer geographischen Lage und von der Gerichtsbarkeit der Vertragsparteien unterstehenden natürlichen oder juristischen Personen ausgeübt werden. Derartige Tätigkeiten werden im Einklang mit diesem Übereinkommen ausgeübt.

(2) Die Vertragsparteien fördern die Zusammenarbeit bei allen Tätigkeiten im Zusammenhang mit maringenetischen Ressourcen und digitalen Sequenzinformationen über maringenetische Ressourcen von Gebieten außerhalb nationaler Hoheitsbefugnisse.

(3) Die In-situ-Sammlung maringenetischer Ressourcen von Gebieten außerhalb nationaler Hoheitsbefugnisse wird im Einklang mit dem Seerechtsübereinkom-

States in areas within their national jurisdiction and with due regard for the interests of other States in areas beyond national jurisdiction, in accordance with the Convention. To this end, Parties shall endeavour to cooperate, as appropriate, including through specific modalities for the operation of the Clearing-House Mechanism determined under article 51, with a view to implementing this Agreement.

légitimes qu'ont les États côtiers dans les zones relevant de leur juridiction nationale et des intérêts qu'ont les autres États dans les zones ne relevant pas de la juridiction nationale, conformément à la Convention. À cette fin, les Parties s'efforcent de coopérer, selon que de besoin, y compris selon les modalités de fonctionnement du Centre d'échange définies à l'article 51, en vue de la mise en œuvre du présent Accord.

men unter gebührender Berücksichtigung der Rechte und berechtigten Interessen der Küstenstaaten in Gebieten innerhalb deren nationaler Hoheitsbefugnisse und unter gebührender Berücksichtigung der Interessen anderer Staaten in Gebieten außerhalb nationaler Hoheitsbefugnisse durchgeführt. Zu diesem Zweck bemühen sich die Vertragsparteien, soweit angezeigt, zusammenzuarbeiten, unter anderem durch spezifische Modalitäten für die Arbeit des Vermittlungsmechanismus nach Artikel 51, um die Durchführung dieses Übereinkommens sicherzustellen.

4. No State shall claim or exercise sovereignty or sovereign rights over marine genetic resources of areas beyond national jurisdiction. No such claim or exercise of sovereignty or sovereign rights shall be recognized.

4. Aucun État ne peut revendiquer ou exercer de souveraineté ou de droits souverains sur les ressources génétiques marines des zones ne relevant pas de la juridiction nationale. Aucune revendication ni aucun exercice de souveraineté ou de droits souverains de cette nature ne sera reconnu.

(4) Kein Staat darf über maringenetische Ressourcen von Gebieten außerhalb nationaler Hoheitsbefugnisse Souveränität oder souveräne Rechte beanspruchen oder ausüben. Eine solche Beanspruchung oder Ausübung von Souveränität oder souveränen Rechten wird nicht anerkannt.

5. Collection in situ of marine genetic resources of areas beyond national jurisdiction shall not constitute the legal basis for any claim to any part of the marine environment or its resources.

5. La collecte *in situ* de ressources génétiques marines des zones ne relevant pas de la juridiction nationale ne constitue le fondement juridique d'aucune revendication sur une partie quelconque du milieu marin ou de ses ressources.

(5) Die In-situ-Sammlung maringenetischer Ressourcen von Gebieten außerhalb nationaler Hoheitsbefugnisse bildet keine Rechtsgrundlage für einen Anspruch auf irgendeinen Teil der Meeresumwelt oder ihrer Ressourcen.

6. Activities with respect to marine genetic resources and digital sequence information on marine genetic resources of areas beyond national jurisdiction are in the interests of all States and for the benefit of all humanity, particularly for the benefit of advancing the scientific knowledge of humanity and promoting the conservation and sustainable use of marine biological diversity, taking into particular consideration the interests and needs of developing States.

6. Les activités relatives aux ressources génétiques marines des zones ne relevant pas de la juridiction nationale et aux informations de séquençage numérique sur ces ressources sont dans l'intérêt de tous les États et pour le bénéfice de l'humanité tout entière, et visent en particulier à faire progresser les connaissances scientifiques de l'humanité et à favoriser la conservation et l'utilisation durable de la diversité biologique marine, compte tenu, particulièrement, des intérêts et besoins des États en développement.

(6) Tätigkeiten im Zusammenhang mit maringenetischen Ressourcen und digitalen Sequenzinformationen über maringenetische Ressourcen von Gebieten außerhalb nationaler Hoheitsbefugnisse erfolgen im Interesse aller Staaten und zum Nutzen der gesamten Menschheit, insbesondere zur Verbesserung der wissenschaftlichen Kenntnisse der Menschheit und zur Förderung der Erhaltung und nachhaltigen Nutzung der biologischen Vielfalt der Meere, wobei die Interessen und Bedürfnisse der Entwicklungsstaaten besonders berücksichtigt werden.

7. Activities with respect to marine genetic resources and digital sequence information on marine genetic resources of areas beyond national jurisdiction shall be carried out exclusively for peaceful purposes.

7. Les activités relatives aux ressources génétiques marines des zones ne relevant pas de la juridiction nationale et aux informations de séquençage numérique sur ces ressources sont menées à des fins exclusivement pacifiques.

(7) Tätigkeiten im Zusammenhang mit maringenetischen Ressourcen und digitalen Sequenzinformationen über maringenetische Ressourcen von Gebieten außerhalb nationaler Hoheitsbefugnisse werden für ausschließlich friedliche Zwecke ausgeübt.

Article 12

Notification on activities with respect to marine genetic resources and digital sequence information on marine genetic resources of areas beyond national jurisdiction

Article 12

Notifications concernant les activités relatives aux ressources génétiques marines des zones ne relevant pas de la juridiction nationale et aux informations de séquençage numérique sur ces ressources génétiques marines

Artikel 12

Mitteilung über Tätigkeiten im Zusammenhang mit maringenetischen Ressourcen und digitalen Sequenzinformationen über maringenetische Ressourcen von Gebieten außerhalb nationaler Hoheitsbefugnisse

1. Parties shall take the necessary legislative, administrative or policy measures to ensure that information is notified to the Clearing-House Mechanism in accordance with this Part.

1. Les Parties prennent les mesures législatives, administratives ou de politique générale qui sont nécessaires pour que les informations soient notifiées au Centre d'échange conformément à la présente partie.

(1) Die Vertragsparteien ergreifen die erforderlichen Gesetzgebungs-, Verwaltungs- oder politischen Maßnahmen, um sicherzustellen, dass dem Vermittlungsmechanismus die Informationen nach diesem Teil mitgeteilt werden.

2. The following information shall be notified to the Clearing-House Mechanism six months or as early as possible prior to the collection in situ of marine genetic resources of areas beyond national jurisdiction:

2. Les informations ci-après sont notifiées au Centre d'échange six mois, ou dès que possible, avant la collecte *in situ* de ressources génétiques marines des zones ne relevant pas de la juridiction nationale :

(2) Die folgenden Informationen werden dem Vermittlungsmechanismus sechs Monate oder zum frühestmöglichen Zeitpunkt vor der In-situ-Sammlung maringenetischer Ressourcen von Gebieten außerhalb nationaler Hoheitsbefugnisse mitgeteilt:

(a) The nature and objectives under which the collection is carried out, including,

a) La nature de la collecte et les objectifs aux fins desquels elle est effectuée, y

a) die Art der Sammlung und die Ziele, denen sie dient, einschließlich etwaiger

as appropriate, any programme(s) of which it forms part;

(b) The subject matter of the research or, if known, the marine genetic resources to be targeted or collected, and the purposes for which such resources will be collected;

(c) The geographical areas in which the collection is to be undertaken;

(d) A summary of the method and means to be used for collection, including the name, tonnage, type and class of vessels, scientific equipment and/or study methods employed;

(e) Information concerning any other contributions to proposed major programmes;

(f) The expected date of first appearance and final departure of the research vessels, or deployment of the equipment and its removal, as appropriate;

(g) The name(s) of the sponsoring institution(s) and the person in charge of the project;

(h) Opportunities for scientists of all States, in particular scientists from developing States, to be involved in or associated with the project;

(i) The extent to which it is considered that States that may need and request technical assistance, in particular developing States, should be able to participate or to be represented in the project;

(j) A data management plan prepared according to open and responsible data governance, taking into account current international practice.

3. Upon notification referred to in paragraph 2 above, the Clearing-House Mechanism shall automatically generate a “BBNJ” standardized batch identifier.

4. Where there is a material change to the information provided to the Clearing-House Mechanism prior to the planned collection, updated information shall be notified to the Clearing-House Mechanism within a reasonable period of time and no later than the start of collection in situ, when practicable.

5. Parties shall ensure that the following information, along with the “BBNJ” standardized batch identifier, is notified to the Clearing-House Mechanism as soon as it becomes available, but no later than one year from the collection in situ of marine genetic resources of areas beyond national jurisdic-

compris, le cas échéant, le ou les programmes dont elle relève ;

b) L’objet des travaux de recherche ou, si cette information est connue, les ressources marines génétiques visées ou devant être collectées et les fins auxquelles elles seront collectées ;

c) Les zones géographiques où la collecte sera effectuée ;

d) Un résumé de la méthode et des moyens qui seront utilisés pour la collecte, y compris le nom, le tonnage, le type et la catégorie des navires, et un descriptif du matériel scientifique et / ou des méthodes d’étude employés ;

e) Des informations concernant toute autre contribution faite aux principaux programmes envisagés ;

f) Les dates prévues de la première arrivée et du dernier départ des navires de recherche ou celles de l’installation et du retrait du matériel de recherche, selon les cas ;

g) Le nom de l’institution ou des institutions patronnant le projet de recherche et du responsable du projet ;

h) Les possibilités pour les scientifiques de tous les États, en particulier ceux d’États en développement, de participer ou d’être associés au projet ;

i) La mesure dans laquelle on estime que les États qui pourraient avoir besoin et demander à bénéficier d’une assistance technique, en particulier les États en développement, devraient pouvoir participer au projet ou se faire représenter ;

j) Un plan de gestion des données établi selon les principes d’une gouvernance des données ouverte et responsable et conformément à la pratique internationale existante.

3. Lors de la notification visée au paragraphe 2 ci-dessus, le Centre d’échange génère automatiquement un identifiant de lot « BBNJ » normalisé.

4. Si les éléments communiqués au Centre d’échange ont fait l’objet d’une modification substantielle avant la collecte envisagée, toute mise à jour desdits éléments est notifiée au Centre d’échange dans un délai raisonnable et au plus tard au début de la collecte *in situ*, lorsque cela est faisable.

5. Les Parties veillent à ce que les éléments ci-après, avec mention de l’identifiant de lot « BBNJ » normalisé, soient notifiés au Centre d’échange dès qu’ils sont disponibles et au plus tard un an après la collecte *in situ* des ressources génétiques marines des zones ne relevant pas de la juridiction

Programme, unter die sie fällt;

b) der Forschungsgegenstand oder, sofern bekannt, die maringenetischen Ressourcen, die anvisiert oder gesammelt werden sollen, sowie die Zwecke, für die sie gesammelt werden;

c) die geographischen Gebiete, in denen die Sammlung vorgenommen werden soll;

d) eine Zusammenfassung der Methode und der Mittel, die für die Sammlung angewendet werden sollen, einschließlich des Namens, des Raumgehalts, des Typs und der Klasse der Schiffe und der wissenschaftlichen Ausrüstung beziehungsweise angewendeten Untersuchungsmethoden;

e) Informationen über sonstige Beiträge zu geplanten größeren Programmen;

f) das vorgesehene Datum des ersten Eintreffens und der endgültigen Abfahrt der Forschungsschiffe beziehungsweise der Installation und der Entfernung der Ausrüstung, soweit angemessen;

g) den beziehungsweise die Namen der das Vorhaben befürwortenden Institution beziehungsweise Institutionen und der für das Vorhaben verantwortlichen Person;

h) Möglichkeiten für Wissenschaftler aller Staaten, insbesondere für Wissenschaftler aus Entwicklungsstaaten, an dem Vorhaben mitzuwirken oder damit in Verbindung zu stehen;

i) das Ausmaß, in dem sich Staaten, die möglicherweise technische Hilfe benötigen und darum ersuchen, insbesondere Entwicklungsstaaten, voraussichtlich an dem Vorhaben beteiligen oder dabei vertreten lassen können;

j) ein Datenverwaltungsplan, der im Einklang mit einer offenen und verantwortungsvollen Daten-Governance und unter Berücksichtigung der aktuellen internationalen Praxis erstellt wurde.

(3) Nach der in Absatz 2 genannten Mitteilung erstellt der Vermittlungsmechanismus automatisch eine standardisierte „BBNJ“-Chargenkennung.

(4) Kommt es zu einer wesentlichen Änderung der dem Vermittlungsmechanismus vor der geplanten Sammlung zur Verfügung gestellten Informationen, so werden dem Vermittlungsmechanismus innerhalb eines angemessenen Zeitraums, spätestens jedoch zu Beginn der In-situ-Sammlung, aktualisierte Informationen mitgeteilt, soweit dies möglich ist.

(5) Die Vertragsparteien stellen sicher, dass dem Vermittlungsmechanismus unter Angabe der standardisierten „BBNJ“-Chargenkennung die folgenden Informationen, sobald sie verfügbar sind, spätestens jedoch ein Jahr nach der In-situ-Sammlung maringenetischer Ressourcen von Gebieten

tion:

(a) The repository or database where digital sequence information on marine genetic resources is or will be deposited;

(b) Where all marine genetic resources collected in situ are or will be deposited or held;

(c) A report detailing the geographical area from which marine genetic resources were collected, including information on the latitude, longitude and depth of collection, and, to the extent available, the findings from the activity undertaken;

(d) Any necessary updates to the data management plan provided under paragraph (2) (j) above.

6. Parties shall ensure that samples of marine genetic resources and digital sequence information on marine genetic resources of areas beyond national jurisdiction that are in repositories or databases under their jurisdiction can be identified as originating from areas beyond national jurisdiction, in accordance with current international practice and to the extent practicable.

7. Parties shall ensure that repositories, to the extent practicable, and databases under their jurisdiction prepare, on a biennial basis, an aggregate report on access to marine genetic resources and digital sequence information linked to their “BBNJ” standardized batch identifier, and make the report available to the access and benefit-sharing committee established under article 15.

8. Where marine genetic resources of areas beyond national jurisdiction, and where practicable, the digital sequence information on such resources are subject to utilization, including commercialization, by natural or juridical persons under their jurisdiction, Parties shall ensure that the following information, including the “BBNJ” standardized batch identifier, if available, be notified to the Clearing-House Mechanism as soon as such information becomes available:

(a) Where the results of the utilization, such as publications, patents granted, if available and to the extent possible, and products developed, can be found;

(b) Where available, details of the post-collection notification to the Clearing-House Mechanism related to the marine genetic resources that were the subject of utilization;

nationale :

a) Le référentiel de données ou la base de données où les informations de séquençage numérique sur les ressources génétiques marines sont ou seront déposées ;

b) Le lieu où toutes les ressources génétiques marines collectées *in situ* sont ou seront déposées ou conservées ;

c) Un rapport précisant la zone géographique dans laquelle les ressources génétiques marines ont été collectées, y compris la latitude, la longitude et la profondeur auxquelles a été effectuée la collecte, et, dans la mesure où elles sont disponibles, les conclusions auxquelles a permis d’aboutir l’activité ;

d) Toute mise à jour nécessaire du plan de gestion des données visé à l’alinéa j) du paragraphe 2 ci-dessus.

6. Les Parties veillent à ce que les échantillons de ressources génétiques marines des zones ne relevant pas de la juridiction nationale et les informations de séquençage numérique sur ces ressources génétiques marines qui se trouvent dans des référentiels de données ou des bases de données relevant de leur juridiction puissent être identifiées comme provenant de zones ne relevant pas de la juridiction nationale, conformément à la pratique internationale existante et autant que faire se peut.

7. Les Parties veillent à ce que les référentiels de données, autant que faire se peut, et les bases de données relevant de leur juridiction établissent tous les deux ans un rapport récapitulatif sur l’accès aux ressources génétiques marines et aux informations de séquençage numérique lié à leur identifiant de lot « BBNJ » normalisé, et le mettent à la disposition du comité sur l’accès et le partage des avantages créé à l’article 15.

8. Lorsque des ressources génétiques marines des zones ne relevant pas de la juridiction nationale et, lorsque cela est faisable, des informations de séquençage numérique sur ces ressources font l’objet d’une utilisation, y compris d’une commercialisation, par des personnes physiques ou morales relevant de leur juridiction, les Parties veillent à ce que les éléments ci-après, y compris l’identifiant de lot « BBNJ » normalisé s’il est disponible, soient notifiés au Centre d’échange dès qu’ils sont disponibles :

a) Le lieu où trouver les résultats de l’utilisation, tels que les publications, les brevets accordés, s’ils sont disponibles et dans la mesure du possible, et les produits développés ;

b) S’ils sont disponibles, les renseignements figurant dans la notification postérieure à la collecte adressée au Centre d’échange concernant les ressources génétiques marines qui ont fait l’objet de l’utilisation ;

außerhalb nationaler Hoheitsbefugnisse, mitgeteilt werden:

a) das Repositorium oder die Datenbank, in dem beziehungsweise der digitale Sequenzinformationen über maringenetische Ressourcen hinterlegt sind oder werden;

b) der Ort, an dem alle in situ gesammelten maringenetischen Ressourcen hinterlegt oder aufbewahrt sind oder werden;

c) ein Bericht, in dem das geographische Gebiet, in dem die maringenetischen Ressourcen gesammelt wurden, einschließlich Informationen über die Breiten- und Längengrade sowie die Tiefe der Sammlung und, soweit verfügbar, der Ergebnisse der durchgeführten Tätigkeit, aufgeführt sind;

d) alle erforderlichen Aktualisierungen des Datenverwaltungsplans nach Absatz 2 Buchstabe j.

(6) Die Vertragsparteien stellen sicher, dass Proben maringenetischer Ressourcen und digitale Sequenzinformationen über maringenetische Ressourcen von Gebieten außerhalb nationaler Hoheitsbefugnisse, die sich in ihren Hoheitsbefugnissen unterstehenden Repositorien oder Datenbanken befinden, im Einklang mit der aktuellen internationalen Praxis und, soweit durchführbar, als von Gebieten außerhalb nationaler Hoheitsbefugnisse stammend identifiziert werden können.

(7) Die Vertragsparteien stellen sicher, dass die ihren Hoheitsbefugnissen unterstehenden Repositorien, soweit durchführbar, und die ihren Hoheitsbefugnissen unterstehenden Datenbanken alle zwei Jahre einen zusammenfassenden Bericht über den Zugang zu maringenetischen Ressourcen und digitalen Sequenzinformationen in Verbindung mit ihrer standardisierten „BBNJ“-Chargenkennung erstellen und ihn dem nach Artikel 15 eingesetzten Ausschuss für den Zugang und die Aufteilung der Vorteile zur Verfügung stellen.

(8) Sind maringenetische Ressourcen von Gebieten außerhalb nationaler Hoheitsbefugnisse und, wo möglich, die digitalen Sequenzinformationen über diese Ressourcen Gegenstand der Nutzung einschließlich der Vermarktung durch ihrer Gerichtsbarkeit unterstehende natürliche oder juristische Personen, so stellen die Vertragsparteien sicher, dass dem Vermittlungsmechanismus die folgenden Informationen, einschließlich der standardisierten „BBNJ“-Chargenkennung, sofern vorhanden, mitgeteilt werden, sobald sie verfügbar werden:

a) der Ort, an dem die Ergebnisse der Nutzung, etwa Veröffentlichungen, erteilte Patente, sofern vorhanden und soweit möglich, und die entwickelten Produkte, zu finden sind;

b) sofern verfügbar, Angaben zu der Mitteilung an den Vermittlungsmechanismus im Anschluss an die Sammlung in Bezug auf die maringenetischen Ressourcen, die Gegenstand der Nutzung waren;

(c) Where the original sample that is the subject of utilization is held;

(d) The modalities envisaged for access to marine genetic resources and digital sequence information on marine genetic resources being utilized, and a data management plan for the same;

(e) Once marketed, information, if available, on sales of relevant products and any further development.

c) Le lieu où est conservé l'échantillon original qui fait l'objet de l'utilisation ;

d) Les modalités envisagées en ce qui concerne l'accès aux ressources génétiques marines utilisées et aux informations de séquençage numérique sur ces ressources génétiques marines, et un plan de gestion des données y relatif ;

e) Une fois les produits commercialisés, les informations relatives aux ventes et à tout développement ultérieur, si elles sont disponibles.

c) der Ort, an dem die Originalprobe, die Gegenstand der Nutzung ist, aufbewahrt wird;

d) die geplanten Modalitäten für den Zugang zu den genutzten maringenetischen Ressourcen und digitalen Sequenzinformationen über maringenetische Ressourcen sowie ein diesbezüglicher Datenverwaltungsplan;

e) nach Vermarktung, sofern verfügbar, Informationen über Verkaufszahlen der betreffenden Produkte und weitere Entwicklungen.

Article 13

Traditional knowledge of Indigenous Peoples and local communities associated with marine genetic resources in areas beyond national jurisdiction

Parties shall take legislative, administrative or policy measures, where relevant and as appropriate, with the aim of ensuring that traditional knowledge associated with marine genetic resources in areas beyond national jurisdiction that is held by Indigenous Peoples and local communities shall only be accessed with the free, prior and informed consent or approval and involvement of these Indigenous Peoples and local communities. Access to such traditional knowledge may be facilitated by the Clearing-House Mechanism. Access to and use of such traditional knowledge shall be on mutually agreed terms.

Article 13

Connaissances traditionnelles des peuples autochtones et des communautés locales associées aux ressources génétiques marines dans les zones ne relevant pas de la juridiction nationale

Les Parties prennent des mesures législatives, administratives ou de politique générale, le cas échéant et selon qu'il convient, afin de garantir que les connaissances traditionnelles détenues par les peuples autochtones et les communautés locales et associées aux ressources génétiques marines dans les zones ne relevant pas de la juridiction nationale ne soient accessibles qu'avec le consentement préalable, donné librement et en connaissance de cause, desdits peuples autochtones et communautés, ou leur approbation et leur participation. L'accès à ces connaissances traditionnelles peut être facilité par le Centre d'échange. Les conditions de cet accès et de l'utilisation de ces connaissances sont convenues d'un commun accord.

Artikel 13

Traditionelles Wissen indigener Völker und ortsansässiger Gemeinschaften, das sich auf maringenetische Ressourcen von Gebieten außerhalb nationaler Hoheitsbefugnisse bezieht

Die Vertragsparteien ergreifen, soweit relevant und angezeigt, Gesetzgebungs-, Verwaltungs- oder politische Maßnahmen mit dem Ziel, sicherzustellen, dass auf traditionelles Wissen indigener Völker und ortsansässiger Gemeinschaften, das sich auf maringenetische Ressourcen von Gebieten außerhalb nationaler Hoheitsbefugnisse bezieht, nur mit der freiwilligen und auf Kenntnis der Sachlage gegründeten vorherigen Zustimmung oder mit Billigung und unter Beteiligung dieser indigenen Völker und ortsansässigen Gemeinschaften zugegriffen wird. Der Zugang zu solchem traditionellen Wissen kann durch den Vermittlungsmechanismus erleichtert werden. Der Zugang zu solchem traditionellen Wissen und dessen Nutzung erfolgt zu einvernehmlich festgelegten Bedingungen.

Article 14

Fair and equitable sharing of benefits

1. The benefits arising from activities with respect to marine genetic resources and digital sequence information on marine genetic resources of areas beyond national jurisdiction shall be shared in a fair and equitable manner in accordance with this Part and contribute to the conservation and sustainable use of marine biological diversity of areas beyond national jurisdiction.

2. Non-monetary benefits shall be shared in accordance with this Agreement in the form of, inter alia:

(a) Access to samples and sample collections in accordance with current international practice;

(b) Access to digital sequence information in accordance with current international practice;

(c) Open access to findable, accessible, interoperable and reusable (FAIR) scientific data in accordance with current international practice and open and responsible data governance;

Article 14

Partage juste et équitable des avantages

1. Les avantages découlant des activités relatives aux ressources génétiques marines des zones ne relevant pas de la juridiction nationale et des informations de séquençage numérique sur ces ressources génétiques marines sont partagés de manière juste et équitable conformément à la présente partie et contribuent à la conservation et à l'utilisation durable de la diversité biologique marine des zones ne relevant pas de la juridiction nationale.

2. Les avantages non monétaires sont partagés conformément au présent Accord, notamment sous les formes suivantes :

a) Accès à des échantillons et à des collections d'échantillons conformément à la pratique internationale existante ;

b) Accès à des informations de séquençage numérique conformément à la pratique internationale existante ;

c) Accès libre à des données scientifiques faciles à trouver, accessibles, interopérables et réutilisables (dites « FAIR ») conformément à la pratique internationale existante et selon les principes

Artikel 14

Ausgewogene und gerechte Aufteilung der Vorteile

(1) Die Vorteile, die sich aus Tätigkeiten im Zusammenhang mit maringenetischen Ressourcen und digitalen Sequenzinformationen über maringenetische Ressourcen von Gebieten außerhalb nationaler Hoheitsbefugnisse ergeben, werden im Einklang mit diesem Teil ausgewogen und gerecht aufgeteilt und tragen zur Erhaltung und nachhaltigen Nutzung der biologischen Vielfalt der Meere von Gebieten außerhalb nationaler Hoheitsbefugnisse bei.

(2) Die nicht finanziellen Vorteile werden im Einklang mit diesem Übereinkommen aufgeteilt, unter anderem in folgender Form:

a) Zugang zu Proben und Probensammlungen entsprechend der aktuellen internationalen Praxis;

b) Zugang zu digitalen Sequenzinformationen entsprechend der aktuellen internationalen Praxis;

c) offener Zugang zu auffindbaren, zugänglichen, interoperablen und wiederverwendbaren wissenschaftlichen Daten (FAIR-Daten) entsprechend der aktuellen internationalen Praxis und einer of-

d'une gouvernance des données ouverte et responsable ;

fenen und verantwortungsvollen Daten-Governance;

(d) Information contained in the notifications, along with "BBNJ" standardized batch identifiers, provided in accordance with article 12, in publicly searchable and accessible forms;

d) Informations figurant dans les notifications faites conformément à l'article 12, accompagnées des identifiants de lots « BBNJ » normalisés correspondants, dans un format accessible et consultable par le public ;

d) in den Mitteilungen nach Artikel 12 enthaltene Informationen unter Angabe der standardisierten „BBNJ"-Chargenkennung in öffentlich durchsuchbarer und zugänglicher Form;

(e) Transfer of marine technology in line with relevant modalities provided under Part V of this Agreement;

e) Transfert de technologies marines selon les modalités applicables énoncées à la partie V du présent Accord ;

e) Weitergabe von Meerestechnologie in Übereinstimmung mit den in Teil V vorgesehenen einschlägigen Modalitäten;

(f) Capacity-building, including by financing research programmes, and partnership opportunities, particularly directly relevant and substantial ones, for scientists and researchers in research projects, as well as dedicated initiatives, in particular for developing States, taking into account the special circumstances of small island developing States and of least developed countries;

f) Renforcement des capacités, notamment par le financement de programmes de recherche, et possibilités de partenariats, en particulier ceux qui concernent directement et concrètement le sujet, pour des scientifiques et chercheurs participant à des projets de recherche, et initiatives spécifiques, en particulier pour les États en développement, compte tenu de la situation particulière des petits États insulaires en développement et des pays les moins avancés ;

f) Kapazitätsaufbau, auch durch die Finanzierung von Forschungsprogrammen, und Partnerschaftsmöglichkeiten, insbesondere solche mit unmittelbarer Relevanz und wesentlichem Bezug, für Wissenschaftler und Forscher, die an Forschungsvorhaben beteiligt sind, sowie gezielte Initiativen, insbesondere für Entwicklungsstaaten, unter Berücksichtigung der besonderen Umstände der kleinen Inselstaaten, die Entwicklungsstaaten sind, und der am wenigsten entwickelten Länder;

(g) Increased technical and scientific cooperation, in particular with scientists from and scientific institutions in developing States;

g) Renforcement de la coopération technique et scientifique, en particulier avec les scientifiques et les institutions scientifiques des États en développement ;

g) verstärkte technische und wissenschaftliche Zusammenarbeit, insbesondere mit Wissenschaftlern und wissenschaftlichen Einrichtungen in Entwicklungsstaaten;

(h) Other forms of benefits as determined by the Conference of the Parties, taking into account recommendations of the access and benefit-sharing committee established under article 15.

h) Autres formes d'avantages fixées par la Conférence des Parties en tenant compte des recommandations faites par le comité sur l'accès et le partage des avantages créé à l'article 15.

h) andere Formen von Vorteilen, die von der Konferenz der Vertragsparteien unter Berücksichtigung der Empfehlungen des nach Artikel 15 eingesetzten Ausschusses für den Zugang und die Aufteilung von Vorteilen festgelegt werden.

3. Parties shall take the necessary legislative, administrative or policy measures to ensure that marine genetic resources and digital sequence information on marine genetic resources of areas beyond national jurisdiction, together with their "BBNJ" standardized batch identifiers, subject to utilization by natural or juridical persons under their jurisdiction are deposited in publicly accessible repositories and databases, maintained either nationally or internationally, no later than three years from the start of such utilization, or as soon as they become available, taking into account current international practice.

3. Les Parties prennent les mesures législatives, administratives ou de politique générale nécessaires pour que les ressources génétiques marines des zones ne relevant pas de la juridiction nationale et les informations de séquençage numérique sur ces ressources génétiques marines, ainsi que les identifiants de lot « BBNJ » normalisés correspondants, qui font l'objet d'une utilisation par des personnes physiques ou morales relevant de leur juridiction soient déposés dans des référentiels de données et des bases de données librement accessibles, administrés soit au niveau national ou international, au plus tard trois ans après le début de cette utilisation ou dès qu'ils sont disponibles, en tenant compte de la pratique internationale existante.

(3) Die Vertragsparteien ergreifen die erforderlichen Gesetzgebungs-, Verwaltungs- oder politischen Maßnahmen, um sicherzustellen, dass maringenetische Ressourcen und digitale Sequenzinformationen über maringenetische Ressourcen von Gebieten außerhalb nationaler Hoheitsbefugnisse unter Angabe ihrer standardisierten „BBNJ"-Chargenkennung, die Gegenstand einer Nutzung durch ihrer Gerichtsbarkeit unterstehende natürliche oder juristische Personen sind, spätestens drei Jahre nach Beginn einer solchen Nutzung, oder sobald sie verfügbar werden, unter Berücksichtigung der aktuellen internationalen Praxis in öffentlich zugänglichen, entweder auf nationaler oder auf internationaler Ebene unterhaltenen Repositorien und Datenbanken hinterlegt werden.

4. Access to marine genetic resources and digital sequence information on marine genetic resources of areas beyond national jurisdiction in the repositories and databases under a Party's jurisdiction may be subject to reasonable conditions, as follows:

4. L'accès aux ressources génétiques marines des zones ne relevant pas de la juridiction nationale et aux informations de séquençage numérique sur ces ressources génétiques marines déposées dans les référentiels de données et les bases de données relevant de la juridiction d'une Partie peut être subordonné aux conditions raisonnables énumérées ci-après :

(4) Der Zugang zu maringenetischen Ressourcen und digitalen Sequenzinformationen über maringenetische Ressourcen von Gebieten außerhalb nationaler Hoheitsbefugnisse, die in den der Gerichtsbarkeit einer Vertragspartei unterstehenden Repositorien und Datenbanken hinterlegt sind, kann an folgende angemessene Bedingungen geknüpft sein:

(a) The need to preserve the physical integrity of marine genetic resources;

a) La nécessité de préserver l'intégrité physique des ressources génétiques marines ;

a) die Notwendigkeit, die physische Unversehrtheit der maringenetischen Ressourcen zu bewahren;

(b) The reasonable costs associated with maintaining the relevant gene bank, biorepository or database in which the sample, data or information is held;

b) Le caractère raisonnable des coûts liés à la gestion de la banque de gènes, du référentiel de données biologiques ou de la base de données dans lesquels

b) die angemessenen Kosten, die mit der Unterhaltung der Genbank, des Biorepositoriums oder der Datenbank, in der beziehungsweise dem die Probe,

l'échantillon, les données ou les informations sont conservés ;

(c) The reasonable costs associated with providing access to the marine genetic resource, data or information;

c) Le caractère raisonnable des coûts liés à la mise à disposition de ressources génétiques marines, aux données ou aux informations ;

(d) Other reasonable conditions in line with the objectives of this Agreement;

d) D'autres conditions raisonnables compatibles avec les objectifs du présent Accord ;

and opportunities for such access on fair and most favourable terms, including on concessional and preferential terms, may be provided to researchers and research institutions from developing States.

et possibilité pouvant être donnée aux chercheurs et aux institutions de recherche des États en développement de bénéficier de cet accès à des conditions justes et les plus favorables, y compris à des conditions de faveur et préférentielles.

5. Monetary benefits from the utilization of marine genetic resources and digital sequence information on marine genetic resources of areas beyond national jurisdiction, including commercialization, shall be shared fairly and equitably, through the financial mechanism established under article 52, for the conservation and sustainable use of marine biological diversity of areas beyond national jurisdiction.

5. Les avantages monétaires découlant de l'utilisation de ressources génétiques marines des zones ne relevant pas de la juridiction nationale et des informations de séquençage numérique sur ces ressources génétiques marines, y compris la commercialisation, sont partagés de manière juste et équitable, par l'intermédiaire du mécanisme de financement créé à l'article 52, aux fins de la conservation et de l'utilisation durable de la diversité biologique marine des zones ne relevant pas de la juridiction nationale.

6. After the entry into force of this Agreement, developed Parties shall make annual contributions to the special fund referred to in article 52. A Party's rate of contribution shall be 50 per cent of that Party's assessed contribution to the budget adopted by the Conference of the Parties under article 47, paragraph 6 (e). Such payment shall continue until a decision is taken by the Conference of the Parties under paragraph 7 below.

6. Après l'entrée en vigueur du présent Accord, les Parties développées versent des contributions annuelles au fonds spécial visé à l'article 52. Le taux de contribution d'une Partie est égal à 50 pour cent de la contribution de celle-ci au budget adopté par la Conférence des Parties au titre de l'alinéa e) du paragraphe 6 de l'article 47. Un tel paiement doit être maintenu jusqu'à ce que la Conférence des Parties prenne une décision en vertu du paragraphe 7 ci-dessous.

7. The Conference of the Parties shall decide on the modalities for the sharing of monetary benefits from the utilization of marine genetic resources and digital sequence information on marine genetic resources of areas beyond national jurisdiction, taking into account the recommendations of the access and benefit-sharing committee established under article 15. If all efforts to reach consensus have been exhausted, a decision shall be adopted by a three-fourths majority of the Parties present and voting. The payments shall be made through the special fund established under article 52. The modalities may include the following:

7. La Conférence des Parties décide des modalités du partage des avantages monétaires découlant de l'utilisation de ressources génétiques marines des zones ne relevant pas de la juridiction nationale et des informations de séquençage numérique sur ces ressources génétiques marines en tenant compte des recommandations faites par le comité sur l'accès et le partage des avantages créé à l'article 15. Si tous les moyens de parvenir à un consensus ont été épuisés, une décision est prise à la majorité des trois quarts des Parties présentes et votantes. Les fonds sont versés par l'intermédiaire du fonds spécial créé à l'article 52. Les modalités peuvent inclure les suivantes :

(a) Milestone payments;

a) Des paiements par étapes ;

(b) Payments or contributions related to the commercialization of products, including payment of a percentage of the revenue from sales of products;

b) Des paiements ou des contributions liés à la commercialisation de produits, y compris le versement d'un pourcentage du revenu tiré de la vente de ces produits ;

(c) A tiered fee, paid on a periodic basis, based on a diversified set of indicators measuring the aggregate level of activities by a Party;

c) Des droits progressifs, acquittés périodiquement, dont le montant serait fonction d'un ensemble divers d'indicateurs mesurant le niveau global des activités d'une Partie ;

die Daten oder die Informationen aufbewahrt werden, verbunden sind;

c) die angemessenen Kosten, die mit der Gewährung des Zugangs zu den maringenetischen Ressourcen, Daten oder Informationen verbunden sind;

d) andere angemessene Bedingungen in Übereinstimmung mit den Zielen dieses Übereinkommens;

zudem können Forschern und Forschungseinrichtungen aus Entwicklungsstaaten Möglichkeiten für einen solchen Zugang zu ausgewogenen und günstigsten Bedingungen, darunter auch zu Konzessions- und Vorzugsbedingungen, gewährt werden.

(5) Die finanziellen Vorteile, die sich aus der Nutzung maringenetischer Ressourcen und digitalen Sequenzinformationen über maringenetische Ressourcen von Gebieten außerhalb nationaler Hoheitsbefugnisse einschließlich der Vermarktung ergeben, werden über den nach Artikel 52 eingerichteten Finanzierungsmechanismus ausgewogen und gerecht zum Zweck der Erhaltung und nachhaltigen Nutzung der biologischen Vielfalt der Meere von Gebieten außerhalb nationaler Hoheitsbefugnisse aufgeteilt.

(6) Nach Inkrafttreten dieses Übereinkommens leisten die Vertragsparteien, die entwickelte Länder sind, jährliche Beiträge zu dem in Artikel 52 genannten Sonderfonds. Der Beitragssatz einer Vertragspartei beträgt 50 Prozent des Pflichtbeitrags dieser Vertragspartei zu dem von der Konferenz der Vertragsparteien nach Artikel 47 Absatz 6 Buchstabe e angenommenen Haushalt. Diese Zahlung erfolgt so lange, bis die Konferenz der Vertragsparteien einen Beschluss nach Absatz 7 fasst.

(7) Die Konferenz der Vertragsparteien beschließt unter Berücksichtigung der Empfehlungen des nach Artikel 15 eingesetzten Ausschusses für den Zugang und die Aufteilung der Vorteile die Modalitäten für die Aufteilung der finanziellen Vorteile aus der Nutzung maringenetischer Ressourcen und digitaler Sequenzinformationen über maringenetische Ressourcen von Gebieten außerhalb nationaler Hoheitsbefugnisse. Sind alle Bemühungen um einen Konsens erschöpft, so wird ein Beschluss mit Dreiviertelmehrheit der anwesenden und abstimmenden Vertragsparteien angenommen. Die Zahlungen werden über den nach Artikel 52 eingerichteten Sonderfonds geleistet. Die Modalitäten können Folgendes umfassen:

a) Meilensteinzahlungen;

b) Zahlungen oder Beiträge im Zusammenhang mit der Vermarktung von Produkten, einschließlich der Zahlung eines prozentualen Anteils der Verkaufseinnahmen;

c) eine gestaffelte, in regelmäßigen Abständen zu entrichtende Gebühr, die auf der Grundlage eines breit gefächerten Katalogs von Indikatoren zur Messung des Gesamtumfangs der Tätigkeiten einer Vertragspartei berechnet wird;

(d) Other forms as decided by the Conference of the Parties, taking into account recommendations of the access and benefit-sharing committee.

8. A Party may make a declaration at the time the Conference of the Parties adopts the modalities stating that those modalities shall not take effect for that Party for a period of up to four years, in order to allow time for necessary implementation. A Party that makes such a declaration shall continue to make the payment set out in paragraph 6 above until the new modalities take effect.

9. In deciding on the modalities for the sharing of monetary benefits from the use of digital sequence information on marine genetic resources of areas beyond national jurisdiction under paragraph 7 above, the Conference of the Parties shall take into account the recommendations of the access and benefit-sharing committee, recognizing that such modalities should be mutually supportive of and adaptable to other access and benefit-sharing instruments.

10. The Conference of the Parties, taking into account recommendations of the access and benefit-sharing committee established under article 15, shall review and assess, on a biennial basis, the monetary benefits from the utilization of marine genetic resources and digital sequence information on marine genetic resources of areas beyond national jurisdiction. The first review shall take place no later than five years after the entry into force of this Agreement. The review shall include consideration of the annual contributions referred to in paragraph 6 above.

11. Parties shall take the necessary legislative, administrative or policy measures, as appropriate, with the aim of ensuring that benefits arising from activities with respect to marine genetic resources and digital sequence information on marine genetic resources of areas beyond national jurisdiction by natural or juridical persons under their jurisdiction are shared in accordance with this Agreement.

d) D'autres modalités, fixées par la Conférence des Parties en tenant compte des recommandations faites par le comité sur l'accès et le partage des avantages.

8. Au moment où la Conférence des Parties adopte les modalités, toute Partie peut déclarer que celles-ci ne prendront pas effet pour elle pendant une période ne pouvant pas dépasser quatre ans afin de pouvoir en préparer la mise en œuvre. La Partie qui fait une telle déclaration continue de faire les versements prévus au paragraphe 6 ci-dessus jusqu'à ce que les nouvelles modalités prennent effet.

9. Lorsqu'elle fixe les modalités du partage des avantages monétaires découlant de l'utilisation d'informations de séquençage numérique sur les ressources génétiques marines des zones ne relevant pas de la juridiction nationale visées au paragraphe 7 ci-dessus, la Conférence des Parties tient compte des recommandations du comité sur l'accès et le partage des avantages, sachant que ces modalités devraient être complémentaires des autres instruments relatifs à l'accès et au partage des avantages et pouvoir y être adaptées.

10. En tenant compte des recommandations du comité sur l'accès et le partage des avantages créé à l'article 15, la Conférence des Parties examine et évalue tous les deux ans les avantages monétaires découlant de l'utilisation de ressources génétiques marines des zones ne relevant pas de la juridiction nationale et d'informations de séquençage numérique sur ces ressources génétiques marines. Le premier de ces examens aura lieu au plus tard cinq ans après l'entrée en vigueur du présent Accord. L'examen porte notamment sur les contributions annuelles visées au paragraphe 6 ci-dessus.

11. Les Parties prennent les mesures législatives, administratives ou de politique générale, selon qu'il convient, qui sont nécessaires pour garantir que les avantages découlant des activités relatives aux ressources génétiques marines des zones ne relevant pas de la juridiction nationale et des informations de séquençage numérique sur ces ressources génétiques marines qui sont menées par des personnes physiques ou morales relevant de leur juridiction sont partagés conformément au présent Accord.

d) andere Modalitäten, die von der Konferenz der Vertragsparteien unter Berücksichtigung der Empfehlungen des Ausschusses für den Zugang und die Aufteilung von Vorteilen beschlossen werden.

(8) Eine Vertragspartei kann zum Zeitpunkt der Annahme der Modalitäten durch die Konferenz der Vertragsparteien eine Erklärung abgeben, wonach diese Modalitäten für die betreffende Vertragspartei für einen Zeitraum von bis zu vier Jahren nicht wirksam werden, um Zeit für die erforderliche Durchführung zu lassen. Eine Vertragspartei, die eine solche Erklärung abgibt, leistet weiterhin die in Absatz 6 genannte Zahlung, bis die neuen Modalitäten wirksam werden.

(9) Wenn sie die Modalitäten für die Aufteilung der finanziellen Vorteile aus der Nutzung digitaler Sequenzinformationen über maringenetische Ressourcen von Gebieten außerhalb nationaler Hoheitsbefugnisse nach Absatz 7 beschließt, berücksichtigt die Konferenz der Vertragsparteien die Empfehlungen des Ausschusses für den Zugang und die Aufteilung der Vorteile, wobei sie anerkennt, dass diese Modalitäten andere Instrumente für den Zugang und die Aufteilung der Vorteile wechselseitig unterstützen und an diese anpassbar sein sollen.

(10) Die Konferenz der Vertragsparteien überprüft und beurteilt unter Berücksichtigung der Empfehlungen des nach Artikel 15 eingesetzten Ausschusses für den Zugang und die Aufteilung der Vorteile alle zwei Jahre die finanziellen Vorteile, die sich aus der Nutzung maringenetischer Ressourcen und digitaler Sequenzinformationen über maringenetische Ressourcen von Gebieten außerhalb nationaler Hoheitsbefugnisse ergeben. Die erste Überprüfung findet spätestens fünf Jahre nach dem Inkrafttreten dieses Übereinkommens statt. Die Überprüfung umfasst die in Absatz 6 genannten jährlichen Beiträge.

(11) Die Vertragsparteien ergreifen die gegebenenfalls erforderlichen Gesetzgebungs-, Verwaltungs- oder politischen Maßnahmen, um sicherzustellen, dass Vorteile, die sich aus Tätigkeiten ihrer Gerichtsbarkeit unterstehender natürlicher oder juristischer Personen im Zusammenhang mit maringenetischen Ressourcen und digitalen Sequenzinformationen über maringenetische Ressourcen von Gebieten außerhalb nationaler Hoheitsbefugnisse ergeben, im Einklang mit diesem Übereinkommen aufgeteilt werden.

Article 15

Access and benefit-sharing committee

1. An access and benefit-sharing committee is hereby established. It shall serve, inter alia, as a means for establishing guidelines for benefit-sharing, in accordance with article 14, providing transparency and ensuring a fair and equitable sharing of both monetary and non-monetary benefits.

Article 15

Comité sur l'acces et le partage des avantages

1. Il est créé un comité sur l'accès et le partage des avantages. Ce comité doit permettre notamment d'établir des lignes directrices pour le partage des avantages conformément à l'article 14, d'assurer la transparence et de garantir un partage juste et équitable des avantages tant monétaires

Artikel 15

Ausschuss für den Zugang und die Aufteilung der Vorteile

(1) Hiermit wird ein Ausschuss für den Zugang und die Aufteilung der Vorteile eingesetzt. Er dient unter anderem dazu, Richtlinien für die Aufteilung der Vorteile im Einklang mit Artikel 14 festzulegen, für Transparenz zu sorgen und eine ausgewogene und gerechte Aufteilung der finan-

que non monétaires.

2. The access and benefit-sharing committee shall be composed of 15 members possessing appropriate qualifications in related fields, so as to ensure the effective exercise of the functions of the committee. The members shall be nominated by Parties and elected by the Conference of the Parties, taking into account gender balance and equitable geographical distribution and providing for representation on the committee from developing States, including from the least developed countries, from small island developing States and from landlocked developing countries. The terms of reference and modalities for the operation of the committee shall be determined by the Conference of the Parties.

2. Le comité sur l'accès et le partage des avantages est composé de 15 membres possédant les qualifications appropriées dans les domaines concernés pour qu'il puisse bien s'acquitter de ses fonctions. Les membres sont désignés par les Parties et élus par la Conférence des Parties, en tenant compte de l'équilibre des genres et d'une répartition géographique équitable, et en garantissant la représentation au sein du comité des États en développement, y compris les pays les moins développés, les petits États insulaires en développement et les pays en développement sans littoral. Le mandat et les modalités de fonctionnement du comité sont définis par la Conférence des Parties.

ziellen wie nicht finanziellen Vorteile zu gewährleisten.

(2) Der Ausschuss für den Zugang und die Aufteilung der Vorteile setzt sich aus 15 Mitgliedern zusammen, die geeignete Fähigkeiten auf den entsprechenden Gebieten besitzen, um die wirksame Wahrnehmung der Aufgaben des Ausschusses zu gewährleisten. Die Mitglieder werden von den Vertragsparteien benannt und von der Konferenz der Vertragsparteien gewählt, unter Berücksichtigung eines ausgewogenen Geschlechterverhältnisses und einer gerechten geographischen Verteilung sowie mit der Maßgabe, dass Entwicklungsstaaten, einschließlich die am wenigsten entwickelten Länder, kleine Inselstaaten, die Entwicklungsstaaten sind, und Binnenentwicklungsländer, im Ausschuss vertreten sind. Das Mandat und die Arbeitsmodalitäten des Ausschusses werden von der Konferenz der Vertragsparteien festgelegt.

3. The committee may make recommendations to the Conference of the Parties on matters relating to this Part, including on the following matters:

3. Le comité peut faire des recommandations à la Conférence des Parties sur les questions se rapportant à la présente partie, y compris en ce qui concerne :

(3) Der Ausschuss kann Empfehlungen zu Angelegenheiten im Zusammenhang mit diesem Teil an die Konferenz der Vertragsparteien richten, unter anderem in Bezug auf folgende Angelegenheiten:

(a) Guidelines or a code of conduct for activities with respect to marine genetic resources and digital sequence information on marine genetic resources of areas beyond national jurisdiction in accordance with this Part;

a) Des lignes directrices ou un code de conduite concernant les activités relatives aux ressources génétiques marines des zones ne relevant pas de la juridiction nationale et aux informations de séquençage numérique sur ces ressources génétiques marines conformément à la présente partie ;

a) Richtlinien oder einen Verhaltenskodex für Tätigkeiten im Zusammenhang mit maringenetischen Ressourcen und digitalen Sequenzinformationen über maringenetische Ressourcen von Gebieten außerhalb nationaler Hoheitsbefugnisse im Einklang mit diesem Teil;

(b) Measures to implement decisions taken in accordance with this Part;

b) Des mesures pour mettre en œuvre les décisions prises au titre de la présente partie ;

b) Maßnahmen zur Durchführung der im Einklang mit diesem Teil gefassten Beschlüsse;

(c) Rates or mechanisms for the sharing of monetary benefits in accordance with article 14;

c) Des taux ou des mécanismes pour le partage des avantages monétaires conformément à l'article 14 ;

c) Sätze oder Mechanismen für die Aufteilung der finanziellen Vorteile im Einklang mit Artikel 14;

(d) Matters relating to this Part in relation to the Clearing-House Mechanism;

d) Les questions relevant de la présente partie et intéressant le Centre d'échange ;

d) Angelegenheiten im Zusammenhang mit diesem Teil, die den Vermittlungsmechanismus betreffen;

(e) Matters relating to this Part in relation to the financial mechanism established under article 52;

e) Les questions relevant de la présente partie et intéressant le mécanisme de financement créé à l'article 52 ;

e) Angelegenheiten im Zusammenhang mit diesem Teil, die den nach Artikel 52 eingerichteten Finanzierungsmechanismus betreffen;

(f) Any other matters relating to this Part that the Conference of the Parties may request the access and benefit-sharing committee to address.

f) Toute autre question relevant de la présente partie dont l'examen par le comité sur l'accès et le partage des avantages est requis par la Conférence des Parties.

f) sonstige Angelegenheiten im Zusammenhang mit diesem Teil, mit denen sich der Ausschuss für den Zugang und die Aufteilung der Vorteile auf Ersuchen der Konferenz der Vertragsparteien befasst.

4. Each Party shall make available to the access and benefit-sharing committee, through the Clearing-House Mechanism, the information required under this Agreement, which shall include:

4. Chaque Partie tient à la disposition du comité sur l'accès et le partage des avantages, par l'intermédiaire du Centre d'échange, les informations requises par le présent Accord, notamment :

(4) Jede Vertragspartei stellt dem Ausschuss für den Zugang und die Aufteilung der Vorteile über den Vermittlungsmechanismus die nach diesem Übereinkommen geforderten Informationen zur Verfügung, die unter anderem Folgendes umfassen:

(a) Legislative, administrative and policy measures on access and benefit-sharing;

a) Les renseignements sur les mesures législatives, administratives ou de politique générale relatives à l'accès et au partage des avantages ;

a) den Zugang und die Aufteilung der Vorteile betreffende Gesetzgebungs-, Verwaltungs- und politische Maßnahmen;

(b) Contact details and other relevant information on national focal points;

b) Les coordonnées des correspondants nationaux et autres informations utiles les concernant ;

b) Kontaktdaten und sonstige zweckdienliche Informationen zu nationalen Anlaufstellen;

(c) Other information required pursuant to the decisions taken by the Conference of the Parties.

5. The access and benefit-sharing committee may consult and facilitate the exchange of information with relevant legal instruments and frameworks and relevant global, regional, subregional and sectoral bodies on activities under its mandate, including benefit-sharing, the use of digital sequence information on marine genetic resources, best practices, tools and methodologies, data governance and lessons learned.

6. The access and benefit-sharing committee may make recommendations to the Conference of the Parties in relation to information obtained under paragraph 5 above.

c) Toute autre information devant être communiquée en application des décisions prises par la Conférence des Parties.

5. Le comité sur l'accès et le partage des avantages peut consulter les instruments et cadres juridiques pertinents et les organes mondiaux, régionaux, sous-régionaux et sectoriels pertinents et faciliter l'échange d'informations avec eux au sujet des activités relevant de son mandat, y compris le partage des avantages, l'utilisation d'informations de séquençage numérique sur les ressources génétiques marines, les meilleures pratiques, les outils et les méthodes, la gouvernance des données et les enseignements tirés de l'expérience.

6. Le comité sur l'accès et le partage des avantages peut faire des recommandations à la Conférence des Parties en ce qui concerne les informations obtenues dans le cadre prévu au paragraphe 5 ci-dessus.

c) sonstige entsprechend den Beschlüssen der Konferenz der Vertragsparteien erforderliche Informationen.

(5) Der Ausschuss für den Zugang und die Aufteilung der Vorteile kann die einschlägigen Rechtsinstrumente und rechtlichen Rahmen sowie die zuständigen weltweiten, regionalen, subregionalen und sektoralen Organe zu den unter sein Mandat fallenden Tätigkeiten, einschließlich der Aufteilung der Vorteile, der Nutzung digitaler Sequenzinformationen über maringenetische Ressourcen, bewährter Praktiken, Instrumente und Methoden, Daten-Governance und gewonnener Erkenntnisse, konsultieren und den diesbezüglichen Informationsaustausch mit ihnen erleichtern.

(6) Der Ausschuss für den Zugang und die Aufteilung der Vorteile kann Empfehlungen zu den nach Absatz 5 erlangten Informationen an die Konferenz der Vertragsparteien richten.

Article 16

Monitoring and transparency

1. Monitoring and transparency of activities with respect to marine genetic resources and digital sequence information on marine genetic resources of areas beyond national jurisdiction shall be achieved through notification to the Clearing-House Mechanism, through the use of "BBNJ" standardized batch identifiers in accordance with this Part and according to procedures adopted by the Conference of the Parties as recommended by the access and benefit-sharing committee.

2. Parties shall periodically submit reports to the access and benefit-sharing committee on their implementation of the provisions in this Part on activities with respect to marine genetic resources and digital sequence information on marine genetic resources of areas beyond national jurisdiction and the sharing of benefits therefrom, in accordance with this Part.

3. The access and benefit-sharing committee shall prepare a report based on the information received through the Clearing-House Mechanism and make it available to Parties, which may submit comments. The access and benefit-sharing committee shall submit the report, including comments received, for the consideration of the Conference of the Parties. The Conference of the Parties, taking into account the recommendation of the access and benefit-sharing committee, may determine appropriate guidelines for the implementation of this article, which shall take into account the national capabilities and circumstances of Parties.

Article 16

Suivi et transparence

1. Le suivi et la transparence des activités relatives aux ressources génétiques marines des zones ne relevant pas de la juridiction nationale et aux informations de séquençage numérique sur ces ressources génétiques marines sont assurés par la notification au Centre d'échange et l'utilisation d'identifiants de lot « BBNJ » normalisés conformément à la présente partie et aux procédures adoptées par la Conférence des Parties telles que recommandées par le comité sur l'accès et le partage des avantages.

2. Les Parties soumettent périodiquement au comité sur l'accès et le partage des avantages des rapports relatifs à la mise en œuvre des dispositions de la présente partie sur les activités relatives aux ressources génétiques marines des zones ne relevant pas de la juridiction nationale et aux informations de séquençage numérique sur ces ressources génétiques marines et sur le partage des avantages en découlant, conformément à la présente partie.

3. Le comité sur l'accès et le partage des avantages établit un rapport à partir des informations reçues par l'intermédiaire du Centre d'échange et le met à la disposition des Parties, qui peuvent formuler des commentaires. Il soumet ce rapport, dans lequel figurent les commentaires reçus, à la Conférence des Parties pour examen. La Conférence des Parties peut, en tenant compte de la recommandation du comité sur l'accès et le partage des avantages, déterminer les lignes directrices à suivre pour la mise en œuvre du présent article, qui tiennent compte des capacités nationales et de la situation des Parties.

Artikel 16

Überwachung und Transparenz

(1) Die Überwachung und Transparenz von Tätigkeiten im Zusammenhang mit maringenetischen Ressourcen und digitalen Sequenzinformationen über maringenetische Ressourcen von Gebieten außerhalb nationaler Hoheitsbefugnisse erfolgt durch Mitteilung an den Vermittlungsmechanismus, durch Verwendung der standardisierten „BBNJ"-Chargenkennungen nach diesem Teil und entsprechend den von der Konferenz der Vertragsparteien auf Empfehlung des Ausschusses für den Zugang und die Aufteilung der Vorteile angenommenen Verfahren.

(2) Die Vertragsparteien legen dem Ausschuss für den Zugang und die Aufteilung der Vorteile in regelmäßigen Abständen Berichte vor über ihre Durchführung der Bestimmungen dieses Teiles über Tätigkeiten im Zusammenhang mit maringenetischen Ressourcen und digitalen Sequenzinformationen über maringenetische Ressourcen von Gebieten außerhalb nationaler Hoheitsbefugnisse sowie über die Aufteilung der sich daraus ergebenden Vorteile im Einklang mit diesem Teil.

(3) Der Ausschuss für den Zugang und die Aufteilung der Vorteile erstellt einen Bericht auf der Grundlage der über den Vermittlungsmechanismus bezogenen Informationen und stellt ihn den Vertragsparteien zur Verfügung, die Stellungnahmen abgeben können. Der Ausschuss für den Zugang und die Aufteilung der Vorteile legt den Bericht, einschließlich der eingegangenen Stellungnahmen, der Konferenz der Vertragsparteien zur Prüfung vor. Die Konferenz der Vertragsparteien kann unter Berücksichtigung der Empfehlung des Ausschusses für den Zugang und die Aufteilung der Vorteile geeignete Richtlinien für die Durchführung dieses Artikels festlegen, die den nationalen Fähigkeiten und Gegebenheiten der Vertragsparteien Rechnung tragen.

Part III

Measures such as area-based management tools, including marine protected areas

Article 17

Objectives

The objectives of this Part are to:

(a) Conserve and sustainably use areas requiring protection, including through the establishment of a comprehensive system of area-based management tools, with ecologically representative and well-connected networks of marine protected areas;

(b) Strengthen cooperation and coordination in the use of area-based management tools, including marine protected areas, among States, relevant legal instruments and frameworks and relevant global, regional, subregional and sectoral bodies;

(c) Protect, preserve, restore and maintain biological diversity and ecosystems, including with a view to enhancing their productivity and health, and strengthen resilience to stressors, including those related to climate change, ocean acidification and marine pollution;

(d) Support food security and other socioeconomic objectives, including the protection of cultural values;

(e) Support developing States Parties, in particular the least developed countries, landlocked developing countries, geographically disadvantaged States, small island developing States, coastal African States, archipelagic States and developing middle-income countries, taking into account the special circumstances of small island developing States, through capacity-building and the development and transfer of marine technology in developing, implementing, monitoring, managing and enforcing area-based management tools, including marine protected areas.

Article 18

Area of application

The establishment of area-based management tools, including marine protected areas, shall not include any areas within national jurisdiction and shall not be relied upon as a basis for asserting or denying any claims to sovereignty, sovereign rights or

Partie III

Mesures telles que les outils de gestion par zone, y compris les aires marines protégées

Article 17

Objectifs

Les objectifs de la présente partie sont les suivants :

a) Conserver et utiliser de manière durable les zones nécessitant une protection notamment par la mise en place d'un système global d'outils de gestion par zone comprenant des réseaux d'aires marines protégées écologiquement représentatifs et bien reliés entre eux ;

b) Renforcer la coopération et la coordination dans l'utilisation des outils de gestion par zone, y compris les aires marines protégées, entre les États, les instruments et cadres juridiques pertinents et les organes mondiaux, régionaux, sous-régionaux et sectoriels pertinents ;

c) Protéger, préserver, restaurer et maintenir la diversité biologique et les écosystèmes, notamment en vue d'améliorer leur productivité et leur santé et de renforcer la résilience aux facteurs de stress, y compris ceux liés aux changements climatiques, à l'acidification de l'océan et à la pollution marine ;

d) Concourir à la sécurité alimentaire et à d'autres objectifs socioéconomiques, y compris la protection des valeurs culturelles ;

e) Aider les États Parties en développement, en particulier les pays les moins avancés, les pays en développement sans littoral, les États géographiquement désavantagés, les petits États insulaires en développement, les États côtiers d'Afrique, les États archipels et les pays en développement à revenu intermédiaire, en tenant compte de la situation particulière des petits États insulaires en développement, par le renforcement des capacités et le développement et le transfert de technologies marines, à élaborer, mettre en œuvre, surveiller, gérer et faire respecter les outils de gestion par zone, y compris les aires marines protégées.

Article 18

Zone d'application

La création d'outils de gestion par zone, y compris d'aires marines protégées, ne porte sur aucune zone relevant de la juridiction nationale et ne peut être invoquée pour faire valoir ou rejeter une quelconque revendication de souveraineté, de droits

Teil III

Maßnahmen wie gebietsbezogene Managementinstrumente einschließlich Meeresschutzgebiete

Artikel 17

Ziele

Die Ziele dieses Teiles bestehen darin,

a) schutzbedürftige Gebiete zu erhalten und nachhaltig zu nutzen, unter anderem durch die Einrichtung eines umfassenden Systems gebietsbezogener Managementinstrumente mit ökologisch repräsentativen und gut vernetzten Meeresschutzgebieten;

b) die Zusammenarbeit und Koordinierung zwischen Staaten, den einschlägigen Rechtsinstrumenten und rechtlichen Rahmen sowie den zuständigen weltweiten, regionalen, subregionalen und sektoralen Organen bei der Nutzung gebietsbezogener Managementinstrumente einschließlich Meeresschutzgebiete zu stärken;

c) die biologische Vielfalt und die Ökosysteme auch im Hinblick auf die Verbesserung ihrer Produktivität und Gesundheit zu schützen, zu bewahren, wiederherzustellen und zu erhalten und die Widerstandsfähigkeit gegenüber Stressfaktoren einschließlich derjenigen, die mit dem Klimawandel, der Versauerung der Meere und der Meeresverschmutzung zusammenhängen, zu stärken;

d) die Ernährungssicherheit und andere sozioökonomische Ziele einschließlich des Schutzes kultureller Werte zu unterstützen;

e) die Entwicklungsstaaten, die Vertragsparteien sind, vor allem die am wenigsten entwickelten Länder, die Binnenentwicklungsländer, die geographisch benachteiligten Staaten, die kleinen Inselstaaten, die Entwicklungsstaaten sind, die afrikanischen Küstenstaaten, die Archipelstaaten und die Entwicklungsländer mit mittlerem Einkommen, unter Berücksichtigung der besonderen Umstände der kleinen Inselstaaten, die Entwicklungsstaaten sind, durch Kapazitätsaufbau und die Entwicklung und Weitergabe von Meerestechnologie bei der Entwicklung, Durchführung, Überwachung, Verwaltung und Durchsetzung gebietsbezogener Managementinstrumente einschließlich Meeresschutzgebiete zu unterstützen.

Artikel 18

Anwendungsbereich

Die Einrichtung gebietsbezogener Managementinstrumente einschließlich Meeresschutzgebiete umfasst keine Gebiete innerhalb nationaler Hoheitsbefugnisse und darf nicht als Grundlage für die Geltendmachung oder Verweigerung von Ansprü-

jurisdiction, including in respect of any disputes relating thereto. The Conference of the Parties shall not consider for decision proposals for the establishment of such area-based management tools, including marine protected areas, and in no case shall such proposals be interpreted as recognition or non-recognition of any claims to sovereignty, sovereign rights or jurisdiction.

souverains ou de juridiction, y compris à l'occasion d'un différend en la matière. La Conférence des Parties n'examine pas les propositions de création de tels outils de gestion par zone, y compris d'aires marines protégées, et de telles propositions ne doivent en aucun cas être interprétées comme valant reconnaissance ou non d'une quelconque revendication de souveraineté, de droits souverains ou de juridiction.

chen auf Souveränität, souveräne Rechte oder Hoheitsbefugnisse, auch in Bezug auf diesbezügliche Streitigkeiten, herangezogen werden. Die Konferenz der Vertragsparteien prüft im Rahmen ihrer Beschlussfassung Vorschläge für die Einrichtung derartiger gebietsbezogener Managementinstrumente einschließlich Meeresschutzgebiete nicht und derartige Vorschläge dürfen nicht als Anerkennung oder Nichtanerkennung von Ansprüchen auf Souveränität, souveräne Rechte oder Hoheitsbefugnisse ausgelegt werden.

Article 19

Proposals

1. Proposals regarding the establishment of area-based management tools, including marine protected areas, under this Part shall be submitted by Parties, individually or collectively, to the secretariat.

2. Parties shall collaborate and consult, as appropriate, with relevant stakeholders, including States and global, regional, subregional and sectoral bodies, as well as civil society, the scientific community, the private sector, Indigenous Peoples and local communities, for the development of proposals, as set out in this Part.

3. Proposals shall be formulated on the basis of the best available science and scientific information and, where available, relevant traditional knowledge of Indigenous Peoples and local communities, taking into account the precautionary approach and an ecosystem approach.

4. Proposals with regard to identified areas shall include the following key elements:

(a) A geographic or spatial description of the area that is the subject of the proposal by reference to the indicative criteria specified in Annex I;

(b) Information on any of the criteria specified in Annex I, as well as any criteria that may be further developed and revised in accordance with paragraph 5 below applied in identifying the area;

(c) Human activities in the area, including uses by Indigenous Peoples and local communities, and their possible impact, if any;

(d) A description of the state of the marine environment and biological diversity in the identified area;

(e) A description of the conservation and, where appropriate, sustainable use objectives that are to be applied to the area;

Article 19

Propositions

1. Les propositions de création d'outils de gestion par zone, y compris d'aires marines protégées, sous le régime de la présente partie sont soumises au secrétariat par les Parties agissant individuellement ou collectivement.

2. Les Parties collaborent avec les parties prenantes concernées, dont les États et les organes mondiaux, régionaux, sous-régionaux et sectoriels, ainsi que la société civile, la communauté scientifique, le secteur privé, les peuples autochtones et les communautés locales, à l'élaboration des propositions, conformément à la présente partie, et les consultent, selon qu'il convient.

3. Les propositions sont formulées à partir des meilleures connaissances et informations scientifiques disponibles et, lorsqu'elles sont disponibles, des connaissances traditionnelles pertinentes des peuples autochtones et des communautés locales, compte tenu de l'approche de précaution et d'une approche écosystémique.

4. Les propositions visant une aire déterminée doivent comporter les principaux éléments suivants :

a) La description géographique ou spatiale de l'aire qui fait l'objet de la proposition, référence étant faite aux critères indicatifs visés à l'annexe I ;

b) Les informations sur tout critère spécifié à l'annexe I, ainsi que sur tout critère qui pourrait être défini et révisé conformément au paragraphe 5 ci-dessous, appliqué pour déterminer l'aire ;

c) Les informations sur les activités humaines menées dans l'aire, y compris les usages qu'en font les peuples autochtones et les communautés locales, et leur impact éventuel ;

d) La description de l'état du milieu marin et de la diversité biologique dans l'aire déterminée ;

e) La description des objectifs de conservation et, le cas échéant, des objectifs d'utilisation durable devant s'appliquer à l'aire ;

Artikel 19

Vorschläge

(1) Vorschläge für die Einrichtung gebietsbezogener Managementinstrumente einschließlich Meeresschutzgebiete nach diesem Teil werden von den Vertragsparteien einzeln oder gemeinsam beim Sekretariat vorgelegt.

(2) Die Vertragsparteien arbeiten bei der Erstellung von Vorschlägen entsprechend diesem Teil je nach Bedarf mit maßgeblichen Interessenträgern, einschließlich Staaten und weltweiter, regionaler, subregionaler und sektoraler Organe, sowie der Zivilgesellschaft, der Wissenschaftsgemeinschaft, dem privaten Sektor, indigenen Völkern und ortsansässigen Gemeinschaften zusammen und konsultieren sie.

(3) Die Vorschläge werden auf der Grundlage der besten verfügbaren wissenschaftlichen Erkenntnisse und Informationen und, sofern dieses verfügbar ist, einschlägigen traditionellen Wissens indigener Völker und ortsansässiger Gemeinschaften unter Berücksichtigung des Vorsorgeansatzes und eines Ökosystemansatzes ausgearbeitet.

(4) Vorschläge zu identifizierten Gebieten enthalten die folgenden wesentlichen Elemente:

a) eine geographische oder räumliche Beschreibung des Gebiets, das Gegenstand des Vorschlags ist, unter Bezugnahme auf die in Anlage I aufgeführten als Anhalt dienenden Kriterien;

b) Angaben zu den in Anlage I genannten Kriterien sowie zu den bei der Identifizierung des Gebiets angewendeten Kriterien, die im Einklang mit Absatz 5 weiterentwickelt und überarbeitet werden können;

c) Angaben zu menschlichen Tätigkeiten in dem Gebiet, darunter Nutzungen durch indigene Völker und ortsansässige Gemeinschaften, und gegebenenfalls deren mögliche Auswirkungen;

d) eine Beschreibung des Zustands der Meeresumwelt und der biologischen Vielfalt in dem identifizierten Gebiet;

e) eine Beschreibung der die Erhaltung und gegebenenfalls die nachhaltige Nutzung betreffenden Ziele, die für das Gebiet gelten sollen;

(f) A draft management plan encompassing the proposed measures and outlining proposed monitoring, research and review activities to achieve the specified objectives;

(g) The duration of the proposed area and measures, if any;

(h) Information on any consultations undertaken with States, including adjacent coastal States and/or relevant global, regional, subregional and sectoral bodies, if any;

(i) Information on area-based management tools, including marine protected areas, implemented under relevant legal instruments and frameworks and relevant global, regional, subregional and sectoral bodies;

(j) Relevant scientific input and, where available, traditional knowledge of Indigenous Peoples and local communities.

5. Indicative criteria for the identification of such areas shall include, as relevant, those specified in Annex I and may be further developed and revised as necessary by the Scientific and Technical Body for consideration and adoption by the Conference of the Parties.

6. Further requirements regarding the contents of proposals, including the modalities for the application of indicative criteria as specified in paragraph 5 above, and guidance on proposals specified in paragraph 4 (b) above shall be elaborated by the Scientific and Technical Body, as necessary, for consideration and adoption by the Conference of the Parties.

f) Le projet de plan de gestion englobant les mesures qu'il est proposé d'adopter et décrivant les activités de suivi, de recherche et d'examen qu'il est proposé de mener pour atteindre les objectifs retenus ;

g) Le cas échéant, la durée de l'aire et des mesures proposées ;

h) Les informations sur toute consultation éventuellement menée avec les États, y compris les États côtiers adjacents, et / ou les organes mondiaux, régionaux, sous-régionaux et sectoriels pertinents ;

i) Les informations sur les outils de gestion par zone, y compris les aires marines protégées, mis en œuvre sous le régime des instruments et cadres juridiques pertinents et par des organes mondiaux, régionaux, sous-régionaux et sectoriels pertinents ;

j) Les contributions scientifiques pertinentes et, lorsqu'elles sont disponibles, les connaissances traditionnelles pertinentes des peuples autochtones et des communautés locales.

5. Les critères indicatifs utilisés aux fins de la détermination de ces aires sont, selon qu'il convient, ceux énoncés à l'annexe I et qui peuvent être définis ultérieurement et révisés en tant que de besoin par l'Organe scientifique et technique en vue de leur examen et adoption par la Conférence des Parties.

6. L'Organe scientifique et technique définit, selon que de besoin, d'autres éléments relatifs au contenu des propositions, y compris les modalités d'application des critères indicatifs visés au paragraphe 5 ci-dessus et les orientations relatives aux propositions visées à l'alinéa b) du paragraphe 4 ci-dessus, pour examen et adoption par la Conférence des Parties.

f) den Entwurf eines Bewirtschaftungsplans, in dem die vorgeschlagenen Maßnahmen aufgeführt und die vorgeschlagenen Überwachungs-, Forschungs- und Überprüfungstätigkeiten zur Erreichung der festgelegten Ziele beschrieben werden;

g) gegebenenfalls die Dauer des vorgeschlagenen Gebiets und der vorgeschlagenen Maßnahmen;

h) gegebenenfalls Angaben zu etwaigen Konsultationen mit Staaten einschließlich angrenzender Küstenstaaten beziehungsweise zuständiger weltweiter, regionaler, subregionaler und sektoraler Organe;

i) Angaben zu gebietsbezogenen Managementinstrumenten einschließlich Meeresschutzgebiete, die nach den einschlägigen Rechtsinstrumenten und rechtlichen Rahmen sowie von den zuständigen weltweiten, regionalen, subregionalen und sektoralen Organen umgesetzt werden;

j) zweckdienliche wissenschaftliche Beiträge und, sofern dieses verfügbar ist, einschlägiges traditionelles Wissen indigener Völker und ortsansässiger Gemeinschaften.

(5) Die als Anhalt dienenden Kriterien für die Identifizierung solcher Gebiete umfassen, sofern angezeigt, die in Anlage I aufgeführten Kriterien und können bei Bedarf vom wissenschaftlich-technischen Organ zur Prüfung und Annahme durch die Konferenz der Vertragsparteien weiterentwickelt und überarbeitet werden.

(6) Weitere Anforderungen hinsichtlich des Inhalts der Vorschläge, einschließlich der Modalitäten für die Anwendung der in Absatz 5 genannten als Anhalt dienenden Kriterien, sowie Leitlinien zu den in Absatz 4 Buchstabe b genannten Vorschlägen werden bei Bedarf vom wissenschaftlich-technischen Organ zur Prüfung und Annahme durch die Konferenz der Vertragsparteien ausgearbeitet.

Article 20

Publicity and preliminary review of proposals

Upon receipt of a proposal in writing, the secretariat shall make the proposal publicly available and transmit it to the Scientific and Technical Body for a preliminary review. The purpose of the review is to ascertain that the proposal contains the information required under article 19, including indicative criteria described in this Part and in Annex I. The outcome of that review shall be made publicly available and shall be conveyed to the proponent by the secretariat. The proponent shall retransmit the proposal to the secretariat, having taken into account the preliminary review by the Scientific and Technical Body. The secretariat shall notify the Parties and make that retransmitted proposal publicly available and facilitate consultations

Article 20

Publication et examen préliminaire des propositions

Dès réception d'une proposition écrite, le secrétariat la rend publique et la transmet à l'Organe scientifique et technique, qui procède à un examen préliminaire. L'objet de cet examen est de vérifier que la proposition comporte les éléments requis à l'article 19, y compris les critères indicatifs énoncés dans la présente partie et à l'annexe I. Les conclusions de l'examen sont rendues publiques et communiquées par le secrétariat à l'auteur de la proposition. Ce dernier, après avoir pris en compte l'examen préliminaire de l'Organe scientifique et technique, renvoie sa proposition au secrétariat. Ce dernier en informe les Parties, rend la nouvelle proposition publique et facilite les consultations visées à

Artikel 20

Bekanntmachung und vorläufige Überprüfung der Vorschläge

Nach Eingang eines schriftlichen Vorschlags macht das Sekretariat den Vorschlag öffentlich zugänglich und leitet ihn zur vorläufigen Überprüfung an das wissenschaftlich-technische Organ weiter. Zweck dieser Überprüfung ist es, sicherzustellen, dass der Vorschlag die nach Artikel 19 erforderlichen Angaben enthält, einschließlich der in diesem Teil und in Anlage I beschriebenen als Anhalt dienenden Kriterien. Das Ergebnis der Überprüfung wird öffentlich zugänglich gemacht und dem Verfasser des Vorschlags durch das Sekretariat mitgeteilt. Nach Berücksichtigung der vorläufigen Überprüfung durch das wissenschaftlich-technische Organ übermittelt der Verfasser den Vorschlag erneut an das Sekretariat.

pursuant to article 21.

l'article 21.

Das Sekretariat unterrichtet die Vertragsparteien, macht den erneut übermittelten Vorschlag öffentlich zugänglich und führt die Konsultationen nach Artikel 21 durch.

Article 21

Consultations on and assessment of proposals

1. Consultations on proposals submitted under article 19 shall be inclusive, transparent and open to all relevant stakeholders, including States and global, regional, subregional and sectoral bodies, as well as civil society, the scientific community, Indigenous Peoples and local communities.

2. The secretariat shall facilitate consultations and gather input as follows:

(a) States, in particular adjacent coastal States, shall be notified and invited to submit, inter alia:

(i) Views on the merits and geographic scope of the proposal;

(ii) Any other relevant scientific input;

(iii) Information regarding any existing measures or activities in adjacent or related areas within national jurisdiction and beyond national jurisdiction;

(iv) Views on the potential implications of the proposal for areas within national jurisdiction;

(v) Any other relevant information;

(b) Bodies of relevant legal instruments and frameworks and relevant global, regional, subregional and sectoral bodies shall be notified and invited to submit, inter alia:

(i) Views on the merits of the proposal;

(ii) Any other relevant scientific input;

(iii) Information regarding any existing measures adopted by that instrument, framework or body for the relevant area or for adjacent areas;

(iv) Views regarding any aspects of the measures and other elements for a draft management plan identified in the proposal that fall within the competence of that body;

(v) Views regarding any relevant additional measures that fall within the

Article 21

Consultations et évaluation des propositions

1. Les consultations sur les propositions soumises conformément à l'article 19 sont inclusives, transparentes et ouvertes à toutes les parties prenantes concernées, y compris les États et les organes mondiaux, régionaux, sous-régionaux et sectoriels, ainsi que la société civile, la communauté scientifique, les peuples autochtones et les communautés locales.

2. Le secrétariat facilite les consultations et recueille les contributions comme suit :

a) Il notifie la proposition aux États, en particulier les États côtiers adjacents, qui sont invités à communiquer, entre autres :

i) Leurs observations sur le bien-fondé de la proposition et l'étendue géographique visée ;

ii) Tout autre apport scientifique pertinent ;

iii) Des informations relatives à toute mesure existante ou activité en cours dans les zones adjacentes ou connexes relevant de leur juridiction nationale et dans celles ne relevant pas de la juridiction nationale ;

iv) Leurs observations sur les éventuelles incidences de la proposition sur les zones relevant de leur juridiction nationale ;

v) Toute autre information pertinente ;

b) Il notifie la proposition aux organes créés en vertu des instruments et cadres juridiques pertinents et aux organes mondiaux, régionaux, sous-régionaux et sectoriels pertinents, qui sont invités à communiquer, entre autres :

i) Leurs observations sur le bien-fondé de la proposition ;

ii) Tout autre apport scientifique pertinent ;

iii) Des informations relatives à toute mesure existante adoptée par ces instruments, cadres ou organes pour la zone concernée ou les zones adjacentes ;

iv) Leurs observations sur tout aspect des mesures et des autres éléments du projet de plan de gestion mentionnés dans la proposition qui relèvent de leur compétence ;

v) Leurs observations sur d'éventuelles mesures supplémentaires

Artikel 21

Konsultationen zu den Vorschlägen und Beurteilung der Vorschläge

(1) Die Konsultationen zu den nach Artikel 19 vorgelegten Vorschlägen sind inklusiv und transparent und stehen allen maßgeblichen Interessenträgern, einschließlich Staaten und weltweiter, regionaler, subregionaler und sektoraler Organe, sowie der Zivilgesellschaft, der Wissenschaftsgemeinschaft, indigenen Völkern und ortsansässigen Gemeinschaften offen.

(2) Das Sekretariat führt die Konsultationen durch und sammelt Beiträge wie folgt:

a) Die Staaten, insbesondere die angrenzenden Küstenstaaten, werden benachrichtigt und aufgefordert, unter anderem Folgendes vorzulegen:

i) ihre Auffassungen zur Substanz und zum geographischen Geltungsbereich des Vorschlags;

ii) sonstige zweckdienliche wissenschaftliche Beiträge;

iii) Angaben zu etwaigen bestehenden Maßnahmen oder Tätigkeiten in angrenzenden oder damit verbundenen Gebieten innerhalb und außerhalb nationaler Hoheitsbefugnisse;

iv) ihre Auffassungen zu den möglichen Auswirkungen des Vorschlags auf Gebiete innerhalb nationaler Hoheitsbefugnisse;

v) sonstige zweckdienliche Informationen.

b) Die nach den einschlägigen Rechtsinstrumenten und rechtlichen Rahmen eingesetzten Organe sowie die zuständigen weltweiten, regionalen, subregionalen und sektoralen Organe werden benachrichtigt und aufgefordert, unter anderem Folgendes vorzulegen:

i) ihre Auffassungen zur Substanz des Vorschlags;

ii) sonstige zweckdienliche wissenschaftliche Beiträge;

iii) Angaben zu etwaigen bestehenden Maßnahmen, die von dem betreffenden Instrument, Rahmen oder Organ für das betreffende Gebiet oder für angrenzende Gebiete angenommen wurden;

iv) ihre Auffassungen zu allen Aspekten der im Vorschlag genannten Maßnahmen und sonstigen Elemente des Entwurfs des Bewirtschaftungsplans, die in die Zuständigkeit des betreffenden Organs fallen;

v) ihre Auffassungen zu weiteren einschlägigen Maßnahmen, die in die

competence of that instrument, framework or body;

(vi) Any other relevant information;

(c) Indigenous Peoples and local communities with relevant traditional knowledge, the scientific community, civil society and other relevant stakeholders shall be invited to submit, inter alia:

(i) Views on the merits of the proposal;

(ii) Any other relevant scientific input;

(iii) Any relevant traditional knowledge of Indigenous Peoples and local communities;

(iv) Any other relevant information.

3. Contributions received pursuant to paragraph 2 above shall be made publicly available by the secretariat.

4. In cases where the proposed measure affects areas that are entirely surrounded by the exclusive economic zones of States, proponents shall:

(a) Undertake targeted and proactive consultations, including prior notification, with such States;

(b) Consider the views and comments of such States on the proposed measure and provide written responses specifically addressing such views and comments and, where appropriate, revise the proposed measure accordingly.

5. The proponent shall consider the contributions received during the consultation period, as well as the views of and information from the Scientific and Technical Body, and, as appropriate, revise the proposal accordingly or respond to substantive contributions not reflected in the proposal.

6. The consultation period shall be timebound.

7. The revised proposal shall be submitted to the Scientific and Technical Body, which shall assess the proposal and make recommendations to the Conference of the Parties.

8. The modalities for the consultation and assessment process, including duration, shall be further elaborated by the Scientific and Technical Body, as necessary, at its first meeting, for consideration and adoption by the Conference of the Parties, taking into account the special circumstances of small island developing States.

pertinentes qui relèvent de leur compétence ;

vi) Toute autre information pertinente ;

c) Il invite les peuples autochtones et les communautés locales détenant des connaissances traditionnelles pertinentes, la communauté scientifique, la société civile et les autres parties prenantes pertinentes à communiquer, entre autres :

i) Leurs observations sur le bien-fondé de la proposition ;

ii) Tout autre apport scientifique pertinent ;

iii) Toutes connaissances traditionnelles pertinentes des peuples autochtones et des communautés locales ;

iv) Toute autre information pertinente.

3. Les contributions reçues en application du paragraphe 2 ci-dessus sont rendues publiques par le secrétariat.

4. Lorsque la mesure proposée touche des zones complètement entourées par les zones économiques exclusives d'États, les auteurs de la proposition :

a) Procèdent à des consultations ciblées et proactives, y compris par des notifications préalables, avec ces États ;

b) Examinent les observations et commentaires de ces États sur la mesure proposée, y répondent par écrit de manière circonstanciée et, s'il y a lieu, révisent ladite mesure en conséquence.

5. L'auteur de la proposition examine les contributions reçues au cours de la période de consultation, ainsi que les observations et les informations de l'Organe scientifique et technique et, selon qu'il convient, révise sa proposition en conséquence ou répond aux contributions substantielles n'ayant pas été retenues dans la proposition.

6. La période de consultation est limitée dans le temps.

7. La proposition révisée est soumise à l'Organe scientifique et technique, qui l'évalue et fait des recommandations à la Conférence des Parties.

8. À sa première réunion, l'Organe scientifique et technique précise, en tant que de besoin, les modalités de la procédure de consultation et d'évaluation, y compris sa durée en vue de leur examen et de leur adoption par la Conférence des Parties, en tenant compte de la situation particulière des petits États insulaires en développement.

Zuständigkeit des betreffenden Instruments, Rahmens oder Organs fallen;

vi) sonstige zweckdienliche Informationen.

c) Indigene Völker und ortsansässige Gemeinschaften mit einschlägigem traditionellem Wissen, die Wissenschaftsgemeinschaft, die Zivilgesellschaft und sonstige maßgebliche Interessenträger werden aufgefordert, unter anderem Folgendes vorzulegen:

i) ihre Auffassungen zur Substanz des Vorschlags;

ii) sonstige zweckdienliche wissenschaftliche Beiträge;

iii) einschlägiges traditionelles Wissen indigener Völker und ortsansässiger Gemeinschaften;

iv) sonstige zweckdienliche Informationen.

(3) Die nach Absatz 2 eingegangenen Beiträge werden vom Sekretariat öffentlich zugänglich gemacht.

(4) In Fällen, in denen die vorgeschlagene Maßnahme Gebiete betrifft, die vollständig von den ausschließlichen Wirtschaftszonen von Staaten umgeben sind,

a) führt der Verfasser des Vorschlags gezielte und proaktive Konsultationen, einschließlich vorheriger Benachrichtigungen, mit diesen Staaten durch;

b) prüft der Verfasser des Vorschlags die Auffassungen und Stellungnahmen dieser Staaten zu der vorgeschlagenen Maßnahme, gibt schriftliche Antworten, die ausdrücklich auf diese Auffassungen und Stellungnahmen eingehen, und überarbeitet gegebenenfalls die vorgeschlagene Maßnahme entsprechend.

(5) Der Verfasser des Vorschlags prüft die während des Konsultationszeitraums eingegangenen Beiträge sowie die Auffassungen und Informationen des wissenschaftlich-technischen Organs und überarbeitet den Vorschlag gegebenenfalls entsprechend oder geht auf inhaltliche Beiträge ein, die im Vorschlag nicht berücksichtigt wurden.

(6) Der Konsultationszeitraum ist zeitlich befristet.

(7) Der überarbeitete Vorschlag wird dem wissenschaftlich-technischen Organ vorgelegt, das den Vorschlag beurteilt und Empfehlungen an die Konferenz der Vertragsparteien richtet.

(8) Die Modalitäten des Konsultations- und Beurteilungsprozesses einschließlich seiner Dauer werden vom wissenschaftlich-technischen Organ bei Bedarf auf seiner ersten Tagung zur Prüfung und Annahme durch die Konferenz der Vertragsparteien weiter ausgearbeitet, unter Berücksichtigung der besonderen Umstände der kleinen Inselstaaten, die Entwicklungsstaaten sind.

Article 22

Establishment of area-based management tools, including marine protected areas

1. The Conference of the Parties, on the basis of the final proposal and the draft management plan, taking into account the contributions and scientific input received during the consultation process established under this Part, and the scientific advice and recommendations of the Scientific and Technical Body:

(a) Shall take decisions on the establishment of area-based management tools, including marine protected areas, and related measures;

(b) May take decisions on measures compatible with those adopted by relevant legal instruments and frameworks and relevant global, regional, subregional and sectoral bodies, in cooperation and coordination with those instruments, frameworks and bodies;

(c) May, where proposed measures are within the competences of other global, regional, subregional or sectoral bodies, make recommendations to Parties to this Agreement and to global, regional, subregional and sectoral bodies to promote the adoption of relevant measures through such instruments, frameworks and bodies, in accordance with their respective mandates.

2. In taking decisions under this article, the Conference of the Parties shall respect the competences of, and not undermine, relevant legal instruments and frameworks and relevant global, regional, subregional and sectoral bodies.

3. The Conference of the Parties shall make arrangements for regular consultations to enhance cooperation and coordination with and among relevant legal instruments and frameworks and relevant global, regional, subregional and sectoral bodies with regard to area-based management tools, including marine protected areas, as well as coordination with regard to related measures adopted under such instruments and frameworks and by such bodies.

4. Where the achievement of the objectives and the implementation of this Part so requires, to further international cooperation and coordination with respect to the conservation and sustainable use of marine biological diversity of areas beyond national

Article 22

Création d'outils de gestion par zone, y compris d'aires marines protégées

1. Sur la base de la proposition finale et du projet de plan de gestion, compte tenu des contributions et des apports scientifiques reçus au cours de la procédure de consultation prévue par la présente partie, ainsi que sur les avis et recommandations scientifiques de l'Organe scientifique et technique, la Conférence des Parties :

a) Prend des décisions sur la création d'outils de gestion par zone, y compris d'aires marines protégées, et les mesures connexes ;

b) Peut prendre des décisions sur toutes mesures compatibles avec celles qui ont été adoptées par des instruments et cadres juridiques pertinents et par des organes mondiaux, régionaux, sous-régionaux et sectoriels pertinents, en coopération et en coordination avec lesdits instruments et cadres juridiques et lesdits organes ;

c) Peut, lorsque les mesures proposées relèvent de la compétence d'autres organes mondiaux, régionaux, sous-régionaux ou sectoriels, formuler à l'intention des Parties au présent Accord et desdits organes des recommandations visant à promouvoir l'adoption de mesures pertinentes dans le cadre des instruments, cadres et organes en question, conformément à leurs mandats respectifs.

2. Lorsqu'elle prend des décisions en vertu du présent article, la Conférence des Parties respecte les compétences des instruments et cadres juridiques pertinents et des organes mondiaux, régionaux, sous-régionaux et sectoriels pertinents et ne leur porte pas atteinte.

3. La Conférence des Parties prend des dispositions pour organiser des consultations régulières afin de renforcer la coopération et la coordination avec et entre les instruments et cadres juridiques pertinents et les organes mondiaux, régionaux, sous-régionaux et sectoriels pertinents en ce qui concerne les outils de gestion par zone, y compris les aires marines protégées, ainsi que la coordination en ce qui concerne les mesures connexes adoptées en vertu de ces instruments et cadres et par ces organes.

4. Lorsque la réalisation des objectifs et la mise en œuvre de la présente partie l'exigent, dans le but de renforcer la coopération et la coordination internationales aux fins de la conservation et de l'utilisation durable de la diversité biologique marine des zones

Artikel 22

Einrichtung gebietsbezogener Managementinstrumente einschließlich Meeresschutzgebiete

(1) Auf der Grundlage des endgültigen Vorschlags und des Entwurfs des Bewirtschaftungsplans, wobei die während des Konsultationsprozesses nach diesem Teil eingegangenen wissenschaftlichen und sonstigen Beiträge berücksichtigt werden, sowie des wissenschaftlichen Rates und der Empfehlungen des wissenschaftlich-technischen Organs

a) fasst die Konferenz der Vertragsparteien Beschlüsse zur Einrichtung gebietsbezogener Managementinstrumente einschließlich Meeresschutzgebiete und zu damit zusammenhängenden Maßnahmen;

b) kann die Konferenz der Vertragsparteien Beschlüsse zu Maßnahmen fassen, die mit den von den einschlägigen Rechtsinstrumenten und rechtlichen Rahmen sowie den zuständigen weltweiten, regionalen, subregionalen und sektoralen Organen angenommenen Maßnahmen vereinbar sind, und zwar in Zusammenarbeit und Koordinierung mit diesen Instrumenten, Rahmen und Organen;

c) kann die Konferenz der Vertragsparteien in Fällen, in denen vorgeschlagene Maßnahmen in die Zuständigkeit anderer weltweiter, regionaler, subregionaler oder sektoraler Organe fallen, Empfehlungen an die Vertragsparteien dieses Übereinkommens und an die weltweiten, regionalen, subregionalen und sektoralen Organe richten, um die Annahme einschlägiger Maßnahmen durch diese Instrumente, Rahmen und Organe im Einklang mit ihrem jeweiligen Mandat zu fördern.

(2) Bei der Beschlussfassung nach diesem Artikel achtet die Konferenz der Vertragsparteien die Zuständigkeiten der einschlägigen Rechtsinstrumente und rechtlichen Rahmen sowie der zuständigen weltweiten, regionalen, subregionalen und sektoralen Organe und untergräbt sie nicht.

(3) Die Konferenz der Vertragsparteien trifft Vorkehrungen für regelmäßige Konsultationen mit dem Ziel, die Zusammenarbeit und Koordinierung mit und zwischen den einschlägigen Rechtsinstrumenten und rechtlichen Rahmen sowie den zuständigen weltweiten, regionalen, subregionalen und sektoralen Organen in Bezug auf gebietsbezogene Managementinstrumente einschließlich Meeresschutzgebiete sowie die Koordinierung in Bezug auf damit zusammenhängende Maßnahmen, die nach diesen Instrumenten und Rahmen und von diesen Organen angenommen werden, zu verbessern.

(4) Sofern dies für die Erreichung der Ziele und die Durchführung dieses Teiles erforderlich ist, kann die Konferenz der Vertragsparteien zur Förderung der internationalen Zusammenarbeit und Koordinierung in Bezug auf die Erhaltung und nachhaltige

jurisdiction, the Conference of the Parties may consider and, subject to paragraphs 1 and 2 above, may decide, as appropriate, to develop a mechanism regarding existing area-based management tools, including marine protected areas, adopted by relevant legal instruments and frameworks or relevant global, regional, subregional or sectoral bodies.

ne relevant pas de la juridiction nationale, la Conférence des Parties peut envisager et, sous réserve des paragraphes 1 et 2 ci-dessus, décider, selon qu'il convient, de créer un mécanisme concernant les outils de gestion par zone existants, y compris les aires marines protégées, adoptés dans le cadre des instruments et cadres juridiques pertinents ou par des organes mondiaux, régionaux, sous-régionaux ou sectoriels pertinents.

Nutzung der biologischen Vielfalt der Meere von Gebieten außerhalb nationaler Hoheitsbefugnisse erwägen und vorbehaltlich der Absätze 1 und 2 gegebenenfalls beschließen, einen Mechanismus für bestehende gebietsbezogene Managementinstrumente einschließlich Meeresschutzgebiete zu entwickeln, die nach den einschlägigen Rechtsinstrumenten und rechtlichen Rahmen oder von den zuständigen weltweiten, regionalen, subregionalen oder sektoralen Organen angenommen wurden.

5. Decisions and recommendations adopted by the Conference of the Parties in accordance with this Part shall not undermine the effectiveness of measures adopted in respect of areas within national jurisdiction and shall be made with due regard for the rights and duties of all States, in accordance with the Convention. In cases where measures proposed under this Part would affect or could reasonably be expected to affect the superjacent water above the seabed and subsoil of submarine areas over which a coastal State exercises sovereign rights in accordance with the Convention, such measures shall have due regard to the sovereign rights of such coastal States. Consultations shall be undertaken to that end, in accordance with the provisions of this Part.

5. Les décisions et les recommandations adoptées par la Conférence des Parties conformément à la présente partie ne doivent pas porter atteinte à l'efficacité des mesures adoptées à l'égard des zones relevant de la juridiction nationale et tiennent dûment compte des droits et des obligations de tous les États, conformément à la Convention. Dès lors que les mesures proposées au titre de la présente partie affecteraient, ou seraient raisonnablement susceptibles d'affecter, les eaux surjacentes et les sous-sols des fonds marins sur lesquels un État côtier exerce des droits souverains conformément à la Convention, ces mesures doivent dûment tenir compte des droits souverains de cet État côtier. Des consultations sont engagées à cette fin, conformément aux dispositions de la présente partie.

(5) Die von der Konferenz der Vertragsparteien im Einklang mit diesem Teil angenommenen Beschlüsse und Empfehlungen dürfen die Wirksamkeit von Maßnahmen, die in Bezug auf Gebiete innerhalb nationaler Hoheitsbefugnisse angenommen wurden, nicht beeinträchtigen und erfolgen unter gebührender Berücksichtigung der Rechte und Pflichten aller Staaten nach dem Seerechtsübereinkommen. In Fällen, in denen nach diesem Teil vorgeschlagene Maßnahmen die Gewässer über dem Meeresboden und dem Meeresuntergrund von Unterwassergebieten, über die ein Küstenstaat im Einklang mit dem Seerechtsübereinkommen souveräne Rechte ausübt, berühren würden oder bei denen dies vernünftigerweise zu erwarten wäre, tragen diese Maßnahmen den souveränen Rechten der betreffenden Küstenstaaten gebührend Rechnung. Zu diesem Zweck werden Konsultationen im Einklang mit diesem Teil durchgeführt.

6. In cases where an area-based management tool, including a marine protected area, established under this Part subsequently falls, either wholly or in part, within the national jurisdiction of a coastal State, the part within national jurisdiction shall immediately cease to be in force. The part remaining in areas beyond national jurisdiction shall remain in force until the Conference of the Parties, at its following meeting, reviews and decides whether to amend or revoke the area-based management tool, including a marine protected area, as necessary.

6. Si un outil de gestion par zone, y compris une aire marine protégée, créé conformément à la présente partie relève ultérieurement, en tout ou en partie, de la juridiction nationale d'un État côtier, il cesse immédiatement d'être en vigueur pour ce qui est de la partie relevant de la juridiction nationale. Il reste en vigueur pour ce qui est de la partie qui demeure dans la zone ne relevant pas de la juridiction nationale jusqu'à ce que la Conférence des Parties examine la question à sa réunion suivante et décide s'il y a lieu de modifier ou d'abroger l'outil de gestion par zone, y compris une aire marine protégée.

(6) In Fällen, in denen ein nach diesem Teil eingerichtetes gebietsbezogenes Managementinstrument einschließlich eines Meeresschutzgebiets später entweder ganz oder teilweise in die nationalen Hoheitsbefugnisse eines Küstenstaats übergeht, tritt der in die nationalen Hoheitsbefugnisse fallende Teil unverzüglich außer Kraft. Der Teil, der in Gebieten außerhalb nationaler Hoheitsbefugnisse verbleibt, bleibt so lange in Kraft, bis die Konferenz der Vertragsparteien auf ihrer nächsten Tagung das gebietsbezogene Managementinstrument einschließlich eines Meeresschutzgebiets überprüft und gegebenenfalls dessen Änderung oder Aufhebung beschließt.

7. Upon the establishment of, or amendment to the competence of, a relevant legal instrument or framework or a relevant global, regional, subregional or sectoral body, any area-based management tool, including a marine protected area, or related measures adopted by the Conference of the Parties under this Part that subsequently falls within the competence of such instrument, framework or body, either wholly or in part, shall remain in force until the Conference of the Parties reviews and decides, in close cooperation and coordination with that instrument, framework or body, to maintain, amend or revoke the area-based management tool, including a marine protected area, and related measures, as appropriate.

7. Lors de la création ou de la modification de la compétence d'un instrument ou d'un cadre juridique pertinent ou d'un organe mondial, régional, sous-régional ou sectoriel pertinent, les outils de gestion par zone, y compris les aires marines protégées, ou les mesures connexes adoptés par la Conférence des Parties au titre de la présente partie et qui relèvent par la suite, en tout ou en partie, de la compétence dudit instrument, cadre ou organe restent en vigueur jusqu'à ce que la Conférence des Parties ait examiné et décidé, en coopération et en coordination étroites avec cet instrument, ce cadre ou cet organe s'il y a lieu, selon le cas, de les maintenir, de les modifier ou de les supprimer.

(7) Bei der Schaffung oder bei der Änderung der Zuständigkeit eines einschlägigen Rechtsinstruments oder rechtlichen Rahmens oder eines zuständigen weltweiten, regionalen, subregionalen oder sektoralen Organs bleiben von der Konferenz der Vertragsparteien nach diesem Teil angenommene gebietsbezogene Managementinstrumente einschließlich Meeresschutzgebiete oder damit zusammenhängende Maßnahmen, die später entweder ganz oder teilweise in die Zuständigkeit eines solchen Instruments, Rahmens oder Organs übergehen, in Kraft, bis die Konferenz der Vertragsparteien die gebietsbezogenen Managementinstrumente einschließlich Meeresschutzgebiete und die damit zusammenhängenden Maßnahmen überprüft und in enger Zusammenarbeit und Koordinierung mit dem betreffenden Instrument, Rahmen oder Organ je nach Fall die Bei-

behaltung, Änderung oder Aufhebung beschließt.

Article 23

Decision-making

1. As a general rule, the decisions and recommendations under this Part shall be taken by consensus.

2. If no consensus is reached, decisions and recommendations under this Part shall be taken by a three-fourths majority of the Parties present and voting, before which the Conference of the Parties shall decide, by a two-thirds majority of the Parties present and voting that all efforts to reach consensus have been exhausted.

3. Decisions taken under this Part shall enter into force 120 days after the meeting of the Conference of the Parties at which they were taken and shall be binding on all Parties.

4. During the period of 120 days provided for in paragraph 3 above, any Party may, by notification in writing to the secretariat, make an objection with respect to a decision adopted under this Part, and that decision shall not be binding on that Party. An objection to a decision may be withdrawn at any time by written notification to the secretariat and, thereupon, the decision shall be binding for that Party 90 days following the date of the notification stating that the objection is withdrawn.

5. A Party making an objection under paragraph 4 above shall provide to the secretariat, in writing, at the time of making its objection, the explanation of the grounds for its objection, which shall be based on one or more of the following grounds:

(a) The decision is inconsistent with this Agreement or the rights and duties of the objecting Party in accordance with the Convention;

(b) The decision unjustifiably discriminates in form or in fact against the objecting Party;

(c) The Party cannot practicably comply with the decision at the time of the objection after making all reasonable efforts to do so.

6. A Party making an objection under paragraph 4 above shall, to the extent practicable, adopt alternative measures or approaches that are equivalent in effect to the decision to which it has objected and shall not adopt measures nor take actions that would undermine the effectiveness of the decision to which it has objected unless such measures or actions are essential for the exercise of rights and duties of the

Article 23

Prise de décision

1. En principe, les décisions et les recommandations relevant de la présente partie sont prises par consensus.

2. En l'absence de consensus, les décisions et les recommandations relevant de la présente partie sont prises à la majorité des trois quarts des Parties présentes et votantes, après que la Conférence des Parties a décidé, à la majorité des deux tiers des Parties présentes et votantes, que tous les moyens de parvenir à un consensus ont été épuisés.

3. Les décisions prises au titre de la présente partie prennent effet 120 jours après la réunion de la Conférence des Parties à laquelle elles ont été prises et lient toutes les Parties.

4. Pendant le délai de 120 jours prévu au paragraphe 3 ci-dessus, toute Partie peut, par notification écrite au secrétariat, formuler une objection à l'égard d'une décision prise en application de la présente partie, auquel cas cette décision n'est pas contraignante pour la Partie en question. Une objection à une décision peut être retirée à tout moment par notification écrite au secrétariat, auquel cas la décision devient contraignante pour cette Partie dans les 90 jours suivant la date de la notification de retrait.

5. Toute Partie qui formule une objection en application du paragraphe 4 ci-dessus en communique les motifs par écrit au secrétariat lorsqu'elle la lui présente. L'objection est fondée sur un ou plusieurs des motifs suivants :

a) La décision est incompatible avec le présent Accord ou les droits et obligations de la Partie qui fait objection conformément à la Convention ;

b) La décision constitue une discrimination injustifiable, de forme ou de fait, contre la Partie qui fait objection ;

c) La Partie ne peut, en pratique, se conformer à la décision au moment où elle y fait objection après avoir fait tous les efforts raisonnables à cet effet.

6. Toute Partie qui formule une objection en application du paragraphe 4 ci-dessus adopte, autant que faire se peut, d'autres mesures ou approches ayant un effet équivalant à la décision à laquelle elle a fait objection et n'adopte aucune mesure ni n'accomplit aucun acte susceptible de porter atteinte à l'efficacité de cette décision, à moins que de telles mesures ou de tels actes ne soient essentiels à l'exercice

Artikel 23

Beschlussfassung

(1) Im Allgemeinen werden die Beschlüsse und Empfehlungen nach diesem Teil durch Konsens angenommen.

(2) Wird kein Konsens erreicht, so werden die Beschlüsse und Empfehlungen nach diesem Teil mit Dreiviertelmehrheit der anwesenden und abstimmenden Vertragsparteien angenommen, nachdem die Konferenz der Vertragsparteien mit Zweidrittelmehrheit der anwesenden und abstimmenden Vertragsparteien beschlossen hat, dass alle Bemühungen um einen Konsens erschöpft sind.

(3) Die nach diesem Teil gefassten Beschlüsse treten 120 Tage nach der Tagung der Konferenz der Vertragsparteien, auf der sie gefasst wurden, in Kraft und sind für alle Vertragsparteien bindend.

(4) Während der in Absatz 3 vorgesehenen Frist von 120 Tagen kann jede Vertragspartei durch schriftliche Notifikation an das Sekretariat Einspruch gegen einen nach diesem Teil angenommenen Beschluss erheben und dieser Beschluss ist für die betreffende Vertragspartei nicht bindend. Ein Einspruch gegen einen Beschluss kann jederzeit durch schriftliche Notifikation an das Sekretariat zurückgenommen werden, woraufhin der Beschluss für die betreffende Vertragspartei 90 Tage nach dem Tag der Notifikation der Rücknahme des Einspruchs bindend wird.

(5) Eine Vertragspartei, die einen Einspruch nach Absatz 4 erhebt, legt dem Sekretariat zum Zeitpunkt der Erhebung ihres Einspruchs eine schriftliche Erläuterung der Gründe für ihren Einspruch vor, der auf einem oder mehreren der folgenden Gründe beruht:

a) Der Beschluss ist mit diesem Übereinkommen oder den Rechten und Pflichten der Einspruch erhebenden Vertragspartei nach dem Seerechtsübereinkommen unvereinbar;

b) der Beschluss stellt eine ungerechtfertigte formelle oder materielle Diskriminierung der Einspruch erhebenden Vertragspartei dar;

c) die Vertragspartei kann dem Beschluss zum Zeitpunkt des Einspruchs in der Praxis nicht nachkommen, nachdem sie alle zumutbaren Anstrengungen in dieser Hinsicht unternommen hat.

(6) Eine Vertragspartei, die einen Einspruch nach Absatz 4 erhebt, ergreift, soweit durchführbar, alternative Maßnahmen oder Ansätze, die in ihrer Wirkung dem Beschluss, gegen den sie Einspruch erhoben hat, gleichwertig sind, und ergreift keine Maßnahmen oder unternimmt keine Handlungen, die die Wirksamkeit des Beschlusses, gegen den sie Einspruch erhoben hat, beeinträchtigen würden, es sei denn, diese

objecting Party in accordance with the Convention.

des droits que lui confère la Convention ou à l'accomplissement des obligations que celle-ci lui impose.

Maßnahmen oder Handlungen sind für die Ausübung der Rechte und Pflichten der Einspruch erhebenden Vertragspartei nach dem Seerechtsübereinkommen unerlässlich.

7. The objecting Party shall report to the next ordinary meeting of the Conference of the Parties following its notification under paragraph 4 above, and periodically thereafter, on its implementation of paragraph 6 above, to inform the monitoring and review under article 26.

7. La Partie qui formule une objection rend compte à la Conférence des Parties, à la réunion ordinaire qui suit la notification prévue au paragraphe 4 ci-dessus, et périodiquement par la suite, de l'application du paragraphe 6 ci-dessus, aux fins du suivi et de l'examen prévus à l'article 26.

(7) Über ihre Durchführung des Absatzes 6 erstattet die Einspruch erhebende Vertragspartei der Konferenz der Vertragsparteien auf der nächsten, ihrer Notifikation nach Absatz 4 folgenden ordentlichen Tagung und danach in regelmäßigen Abständen Bericht zum Zweck der Überwachung und Überprüfung nach Artikel 26.

8. An objection to a decision made in accordance with paragraph 4 above may only be renewed if the objecting Party considers it still necessary, every three years after the entry into force of the decision, by written notification to the secretariat. Such written notification shall include an explanation of the grounds of its initial objection.

8. Une objection à une décision faite en application du paragraphe 4 ci-dessus ne peut être renouvelée que si la Partie qui l'a formulée l'estime toujours nécessaire, tous les trois ans après la prise d'effet de la décision, par notification écrite au secrétariat. Cette notification rappelle les motifs qui avaient présidé à l'objection initiale.

(8) Ein nach Absatz 4 erhobener Einspruch gegen einen Beschluss kann nur erneuert werden, wenn die Einspruch erhebende Vertragspartei ihn weiterhin für erforderlich hält, und zwar durch schriftliche Notifikation an das Sekretariat alle drei Jahre nach Inkrafttreten des Beschlusses. In dieser schriftlichen Notifikation erläutert sie die Gründe für ihren ursprünglichen Einspruch.

9. If no notification of renewal pursuant to paragraph 8 above is received, the objection shall be considered automatically withdrawn and, thereupon, the decision shall be binding for that Party 120 days after that objection is automatically withdrawn. The secretariat shall notify the Party 60 days prior to the date on which the objection will be automatically withdrawn.

9. Si aucune notification de renouvellement n'est reçue au titre du paragraphe 8 ci-dessus, l'objection est réputée automatiquement retirée et la décision devient contraignante pour la Partie concernée 120 jours après le retrait automatique de l'objection. Le secrétariat notifie le retrait automatique de l'objection à la Partie 60 jours avant la date de ce retrait.

(9) Geht keine Notifikation über eine Erneuerung nach Absatz 8 ein, so gilt der Einspruch als automatisch zurückgenommen und der Beschluss wird daraufhin für die betreffende Vertragspartei 120 Tage nach der automatischen Rücknahme des Einspruchs bindend. Das Sekretariat unterrichtet die Vertragspartei 60 Tage vor dem Tag, an dem der Einspruch automatisch zurückgenommen wird.

10. Decisions of the Conference of the Parties adopted under this Part, and objections to those decisions, shall be made publicly available by the secretariat and shall be transmitted to all States and relevant legal instruments and frameworks and relevant global, regional, subregional and sectoral bodies.

10. Les décisions de la Conférence des Parties adoptées au titre de la présente partie, et les objections dont elles font l'objet, sont rendues publiques par le secrétariat et communiquées à tous les États et à tous les instruments et cadres juridiques pertinents, et organes mondiaux, régionaux, sous-régionaux et sectoriels pertinents.

(10) Die nach diesem Teil angenommenen Beschlüsse der Konferenz der Vertragsparteien und die Einwände gegen diese Beschlüsse werden vom Sekretariat öffentlich zugänglich gemacht und allen Staaten sowie den einschlägigen Rechtsinstrumenten und rechtlichen Rahmen sowie den zuständigen weltweiten, regionalen, subregionalen und sektoralen Organen übermittelt.

Article 24

Emergency measures

Article 24

Mesures d'urgence

Artikel 24

Notmaßnahmen

1. The Conference of the Parties shall take decisions to adopt measures in areas beyond national jurisdiction, to be applied on an emergency basis, if necessary, when a natural phenomenon or human-caused disaster has caused, or is likely to cause, serious or irreversible harm to marine biological diversity of areas beyond national jurisdiction, to ensure that the serious or irreversible harm is not exacerbated.

1. La Conférence des Parties décide d'adopter, s'il y a lieu, des mesures à appliquer d'urgence dans des zones ne relevant pas de la juridiction nationale lorsqu'un phénomène naturel ou une catastrophe d'origine humaine a causé, ou est susceptible de causer, des dommages graves ou irréversibles à la diversité biologique marine de ces zones, pour prévenir l'aggravation desdits dommages.

(1) Die Konferenz der Vertragsparteien fasst Beschlüsse zur Annahme von Maßnahmen in Gebieten außerhalb nationaler Hoheitsbefugnisse, die erforderlichenfalls in Notfällen anzuwenden sind, wenn ein Naturereignis oder eine vom Menschen verursachte Katastrophe die biologische Vielfalt der Meere von Gebieten außerhalb nationaler Hoheitsbefugnisse schwer oder unumkehrbar geschädigt hat oder voraussichtlich schädigen wird, um sicherzustellen, dass die schweren oder unumkehrbaren Schäden nicht noch verschärft werden.

2. Measures adopted under this article shall be considered necessary only if, following consultation with relevant legal instruments or frameworks or relevant global, regional, subregional or sectoral bodies, the serious or irreversible harm cannot be managed in a timely manner through the application of the other articles of this Agreement or by a relevant legal instrument or framework or a relevant global, regional, subregional or sectoral body.

2. Les mesures adoptées au titre du présent article ne sont réputées nécessaires que si, après consultation avec les instruments ou cadres juridiques pertinents ou organes mondiaux, régionaux, sous-régionaux ou sectoriels pertinents, les dommages graves ou irréversibles ne peuvent être maîtrisés en temps utile par l'application des autres articles du présent Accord ou par un instrument ou un cadre juridique pertinent ou un organe mondial, régional,

(2) Nach diesem Artikel angenommene Maßnahmen werden nur dann als notwendig erachtet, wenn nach Konsultationen mit den einschlägigen Rechtsinstrumenten oder rechtlichen Rahmen oder den zuständigen weltweiten, regionalen, subregionalen oder sektoralen Organen die schweren oder unumkehrbaren Schäden nicht rechtzeitig durch die Anwendung der anderen Artikel dieses Übereinkommens oder von einem einschlägigen Rechtsinstrument oder recht-

sous-régional ou sectoriel pertinent.

lichen Rahmen oder einem zuständigen weltweiten, regionalen, subregionalen oder sektoralen Organ bewältigt werden können.

3. Measures adopted on an emergency basis shall be based on the best available science and scientific information and, where available, relevant traditional knowledge of Indigenous Peoples and local communities and shall take into account the precautionary approach. Such measures may be proposed by Parties or recommended by the Scientific and Technical Body and may be adopted intersessionally. The measures shall be temporary and must be reconsidered for decision at the next meeting of the Conference of the Parties following their adoption.

3. Les mesures adoptées d'urgence sont fondées sur les meilleures connaissances et informations scientifiques disponibles et, lorsqu'elles sont disponibles, sur les connaissances traditionnelles pertinentes des peuples autochtones et des communautés locales, et tiennent compte de l'approche de précaution. Ces mesures peuvent être proposées par les Parties ou recommandées par l'Organe scientifique et technique, et peuvent être adoptées entre les réunions. Ces mesures sont temporaires et doivent être réexaminées pour décision lors de la réunion de la Conférence des Parties suivant leur adoption.

(3) Die in Notfällen angenommenen Maßnahmen stützen sich auf die besten verfügbaren wissenschaftlichen Erkenntnisse und Informationen und, sofern verfügbar, einschlägiges traditionelles Wissen indigener Völker und ortsansässiger Gemeinschaften und berücksichtigen den Vorsorgeansatz. Diese Maßnahmen können von den Vertragsparteien vorgeschlagen oder vom wissenschaftlich-technischen Organ empfohlen und zwischen den Tagungen angenommen werden. Die Maßnahmen sind vorübergehender Art und müssen auf der nächsten, auf ihre Annahme folgenden Tagung der Konferenz der Vertragsparteien erneut zur Beschlussfassung vorgelegt werden.

4. The measures shall terminate two years following their entry into force or shall be terminated earlier by the Conference of the Parties upon being replaced by area-based management tools, including marine protected areas, and related measures established in accordance with this Part, or by measures adopted by a relevant legal instrument or framework or relevant global, regional, subregional or sectoral body, or by a decision of the Conference of the Parties when the circumstances that necessitated the measure cease to exist.

4. Les mesures prennent fin deux ans après leur entrée en vigueur, ou la Conférence des Parties y met un terme plus tôt lorsqu'elles sont remplacées par des outils de gestion par zone, y compris des aires marines protégées, et des mesures connexes mis en place conformément à la présente partie, ou par des mesures adoptées par un instrument ou cadre juridique pertinent ou un organe mondial, régional, sous-régional ou sectoriel pertinent, ou lorsqu'elle le décide lorsque les circonstances ayant nécessité les mesures disparaissent.

(4) Die Maßnahmen enden zwei Jahre nach ihrem Inkrafttreten oder werden von der Konferenz der Vertragsparteien früher beendet, wenn sie durch im Einklang mit diesem Teil eingerichtete gebietsbezogene Managementinstrumente einschließlich Meeresschutzgebiete und damit zusammenhängende Maßnahmen oder durch Maßnahmen, die von einem einschlägigen Rechtsinstrument oder rechtlichen Rahmen oder einem zuständigen weltweiten, regionalen, subregionalen oder sektoralen Organ angenommen wurden, oder durch einen Beschluss der Konferenz der Vertragsparteien, wenn die Umstände, die die Maßnahme erforderlich machten, nicht mehr vorliegen, ersetzt werden.

5. Procedures and guidance for the establishment of emergency measures, including consultation procedures, shall be elaborated by the Scientific and Technical Body, as necessary, for consideration and adoption by the Conference of the Parties at its earliest opportunity. Such procedures shall be inclusive and transparent.

5. Les procédures et orientations relatives à la mise en place des mesures d'urgence, y compris les procédures de consultation, sont établies, selon que de besoin, par l'Organe scientifique et technique, qui les présente pour examen et adoption à la Conférence des Parties dès que possible. Ces procédures sont inclusives et transparentes.

(5) Verfahren und Leitlinien für die Festlegung von Notmaßnahmen einschließlich Konsultationsverfahren werden bei Bedarf vom wissenschaftlich-technischen Organ zur frühestmöglichen Prüfung und Annahme durch die Konferenz der Vertragsparteien ausgearbeitet. Diese Verfahren sind inklusiv und transparent.

Article 25

Implementation

Article 25

Mise en œuvre

Artikel 25

Durchführung

1. Parties shall ensure that activities under their jurisdiction or control that take place in areas beyond national jurisdiction are conducted consistently with the decisions adopted under this Part.

1. Les Parties veillent à ce que les activités relevant de leur juridiction ou de leur contrôle qui ont lieu dans des zones ne relevant pas de la juridiction nationale soient menées conformément aux décisions adoptées au titre de la présente partie.

(1) Die Vertragsparteien stellen sicher, dass ihren Hoheitsbefugnissen oder ihrer Kontrolle unterstehende Tätigkeiten, die in Gebieten außerhalb nationaler Hoheitsbefugnisse stattfinden, im Einklang mit den nach diesem Teil angenommenen Beschlüssen durchgeführt werden.

2. Nothing in this Agreement shall prevent a Party from adopting more stringent measures with respect to its nationals and vessels or with regard to activities under its jurisdiction or control in addition to those adopted under this Part, in accordance with international law and in support of the objectives of the Agreement.

2. Aucune disposition du présent Accord n'empêche une Partie d'adopter des mesures plus strictes à l'égard de ses ressortissants et de ses navires ou en ce qui concerne les activités relevant de sa juridiction ou de son contrôle en plus de celles adoptées au titre de la présente partie, conformément au droit international et à l'appui des objectifs de l'Accord.

(2) Dieses Übereinkommen hindert eine Vertragspartei nicht daran, im Einklang mit dem Völkerrecht und zur Unterstützung der Ziele des Übereinkommens zusätzlich zu den nach diesem Teil angenommenen Maßnahmen strengere Maßnahmen in Bezug auf ihre Staatsangehörigen und Schiffe oder in Bezug auf ihren Hoheitsbefugnissen oder ihrer Kontrolle unterstehende Tätigkeiten anzunehmen.

3. The implementation of the measures adopted under this Part should not impose a disproportionate burden on Parties that are small island developing States or least

3. La mise en œuvre des mesures adoptées au titre de la présente partie ne devrait pas imposer, directement ou indirectement, une charge disproportionnée aux Parties qui

(3) Die Durchführung der nach diesem Teil angenommenen Maßnahmen soll für Vertragsparteien, die zu den kleinen Inselstaaten, die Entwicklungsstaaten sind, oder

developed countries, directly or indirectly.

4. Parties shall promote, as appropriate, the adoption of measures within relevant legal instruments and frameworks and relevant global, regional, subregional and sectoral bodies of which they are members, to support the implementation of the decisions and recommendations made by the Conference of the Parties under this Part.

5. Parties shall encourage those States that are entitled to become Parties to this Agreement, in particular those whose activities, vessels or nationals operate in an area that is the subject of an established area-based management tool, including a marine protected area, to adopt measures supporting the decisions and recommendations of the Conference of the Parties on area-based management tools, including marine protected areas, established under this Part.

6. A Party that is not a party to or a participant in a relevant legal instrument or framework, or a member of a relevant global, regional, subregional or sectoral body, and that does not otherwise agree to apply the measures established under such instruments and frameworks and by such bodies shall not be discharged from the obligation to cooperate, in accordance with the Convention and this Agreement, in the conservation and sustainable use of marine biological diversity of areas beyond national jurisdiction.

sont des petits États insulaires en développement ou appartiennent aux pays les moins avancés.

4. Les Parties encouragent, selon qu'il convient, les instruments et cadres juridiques pertinents et les organes mondiaux, régionaux, sous-régionaux et sectoriels pertinents dont elles sont membres à adopter des mesures appuyant la mise en œuvre des décisions prises et des recommandations formulées par la Conférence des Parties au titre de la présente partie.

5. Les Parties encouragent les États qui ont le droit de devenir Parties au présent Accord, en particulier ceux qui ont des activités, des navires ou des ressortissants opérant dans une zone couverte par un outil de gestion par zone, y compris une aire marine protégée, à prendre les mesures appuyant les décisions prises et recommandations formulées par la Conférence des Parties en ce qui concerne les outils de gestion par zone, y compris les aires marines protégées, créés au titre de la présente partie.

6. La Partie qui n'est pas partie ou qui ne participe pas à un instrument ou à un cadre juridique pertinent ou qui n'est pas membre d'un organe mondial, régional, sous-régional ou sectoriel pertinent, et qui n'accepte pas par ailleurs d'appliquer les mesures instituées par de tels instruments, cadres ou organes n'est pas exonérée de l'obligation de coopérer, conformément à la Convention et au présent Accord, à la conservation et à l'utilisation durable de la diversité biologique marine des zones ne relevant pas de la juridiction nationale.

zu den am wenigsten entwickelten Ländern gehören, weder unmittelbar noch mittelbar eine unverhältnismäßige Last darstellen.

(4) Die Vertragsparteien fördern gegebenenfalls die Annahme von Maßnahmen innerhalb der einschlägigen Rechtsinstrumente und rechtlichen Rahmen sowie den zuständigen weltweiten, regionalen, subregionalen und sektoralen Organen, deren Mitglied sie sind, zur Unterstützung der Durchführung der von der Konferenz der Vertragsparteien nach diesem Teil angenommenen Beschlüsse und Empfehlungen.

(5) Die Vertragsparteien ermutigen die Staaten, die berechtigt sind, Vertragsparteien dieses Übereinkommens zu werden, insbesondere diejenigen, deren Tätigkeiten, Schiffe oder Staatsangehörige in einem Gebiet erfolgen beziehungsweise aktiv sind, das von einem gebietsbezogenen Managementinstrument einschließlich eines Meeresschutzgebiets erfasst wird, Maßnahmen zur Unterstützung der Beschlüsse und Empfehlungen der Konferenz der Vertragsparteien zu nach diesem Teil eingerichteten gebietsbezogenen Managementinstrumenten einschließlich Meeresschutzgebiete anzunehmen.

(6) Eine Vertragspartei, die weder Vertragspartei eines einschlägigen Rechtsinstruments oder rechtlichen Rahmens ist noch daran teilnimmt noch Mitglied eines zuständigen weltweiten, regionalen, subregionalen oder sektoralen Organs ist und sich nicht anderweitig bereit erklärt, die nach diesen Instrumenten und Rahmen und von diesen Organen festgelegten Maßnahmen anzuwenden, ist nicht von der Verpflichtung entbunden, im Einklang mit dem Seerechtsübereinkommen und diesem Übereinkommen bei der Erhaltung und nachhaltigen Nutzung der biologischen Vielfalt der Meere von Gebieten außerhalb nationaler Hoheitsbefugnisse zusammenzuarbeiten.

Article 26

Monitoring and review

1. Parties shall, individually or collectively, report to the Conference of the Parties on the implementation of area-based management tools, including marine protected areas, established under this Part and related measures. Such reports, as well as the information and the review referred to in paragraphs 2 and 3 below, respectively, shall be made publicly available by the secretariat.

2. The relevant legal instruments and frameworks and relevant global, regional, subregional and sectoral bodies shall be invited to provide information to the Conference of the Parties on the implementation of measures that they have adopted to achieve the objectives of area-based management tools, including marine protected areas, established under this Part.

Article 26

Suivi et examen

1. Les Parties, individuellement ou collectivement, font rapport à la Conférence des Parties sur la mise en œuvre des outils de gestion par zone, y compris des aires marines protégées, créés au titre de la présente partie, et des mesures connexes. Leurs rapports, ainsi que les informations et les examens visés aux paragraphes 2 et 3 ci-dessous, respectivement, sont rendus publics par le secrétariat.

2. Les instruments et cadres juridiques pertinents et les organes mondiaux, régionaux, sous-régionaux et sectoriels pertinents sont invités à fournir des informations à la Conférence des Parties concernant la mise en œuvre des mesures qu'ils ont adoptées pour atteindre les objectifs des outils de gestion par zone, y compris des aires marines protégées, créés au titre de la présente partie.

Artikel 26

Überwachung und Überprüfung

(1) Die Vertragsparteien erstatten der Konferenz der Vertragsparteien einzeln oder gemeinsam Bericht über die Durchführung der nach diesem Teil eingerichteten gebietsbezogenen Managementinstrumente einschließlich Meeresschutzgebiete und der damit verbundenen Maßnahmen. Diese Berichte sowie die in den Absätzen 2 und 3 genannten Informationen und Überprüfungen werden vom Sekretariat öffentlich zugänglich gemacht.

(2) Die einschlägigen Rechtsinstrumente und rechtlichen Rahmen sowie die zuständigen weltweiten, regionalen, subregionalen und sektoralen Organe werden aufgefordert, der Konferenz der Vertragsparteien Informationen über die Durchführung der Maßnahmen zu übermitteln, die sie zur Erreichung der Ziele der nach diesem Teil eingerichteten gebietsbezogenen Managementinstrumente einschließlich Meeresschutzgebiete angenommen haben.

3. Area-based management tools, including marine protected areas, established under this Part, including related measures, shall be monitored and periodically reviewed by the Scientific and Technical Body, taking into account the reports and information referred to in paragraphs 1 and 2 above, respectively.

4. In the review referred to in paragraph 3 above, the Scientific and Technical Body shall assess the effectiveness of area-based management tools, including marine protected areas, established under this Part, including related measures and the progress made in achieving their objectives, and provide advice and recommendations to the Conference of the Parties.

5. Following the review, the Conference of the Parties shall, as necessary, take decisions or recommendations on the amendment, extension or revocation of area-based management tools, including marine protected areas, and any related measures adopted by the Conference of the Parties, on the basis of the best available science and scientific information and, where available, relevant traditional knowledge of Indigenous Peoples and local communities, taking into account the precautionary approach and an ecosystem approach.

3. Les outils de gestion par zone, y compris les aires marines protégées, créés au titre de la présente partie, ainsi que les mesures connexes, font l'objet d'un suivi et d'un examen périodique par l'Organe scientifique et technique, qui tient compte des rapports et des informations visés aux paragraphes 1 et 2 ci-dessus, respectivement.

4. Dans le cadre de l'examen visé au paragraphe 3 ci-dessus, l'Organe scientifique et technique évalue l'efficacité des outils de gestion par zone, y compris des aires marines protégées, créés au titre de la présente partie, y compris des mesures connexes, ainsi que les progrès accomplis dans la réalisation de leurs objectifs, et formule des avis et des recommandations à l'intention de la Conférence des Parties.

5. À l'issue de cet examen, la Conférence des Parties prend des décisions ou formule des recommandations, en tant que de besoin, sur l'opportunité de modifier, de proroger ou d'abroger les outils de gestion par zone, y compris les aires marines protégées, et toute mesure connexe, qu'elle a adoptés, en s'appuyant sur les meilleures connaissances et informations scientifiques disponibles et, lorsqu'elles sont disponibles, sur les connaissances traditionnelles pertinentes des peuples autochtones et des communautés locales, en tenant compte de l'approche de précaution et d'une approche écosystémique.

(3) Die nach diesem Teil eingerichteten gebietsbezogenen Managementinstrumente einschließlich Meeresschutzgebiete sowie die damit verbundenen Maßnahmen werden vom wissenschaftlich-technischen Organ überwacht und regelmäßig überprüft, wobei es die jeweils in den Absätzen 1 und 2 genannten Berichte und Informationen berücksichtigt.

(4) Bei der in Absatz 3 genannten Überprüfung beurteilt das wissenschaftlich-technische Organ die Wirksamkeit der nach diesem Teil eingerichteten gebietsbezogenen Managementinstrumente einschließlich Meeresschutzgebiete sowie die damit zusammenhängenden Maßnahmen und die bei der Erreichung ihrer Ziele verzeichneten Fortschritte und erteilt der Konferenz der Vertragsparteien Rat und richtet Empfehlungen an sie.

(5) Im Anschluss an die Überprüfung nimmt die Konferenz der Vertragsparteien bei Bedarf Beschlüsse an und gibt Empfehlungen ab zur Änderung, Ausweitung oder Aufhebung von gebietsbezogenen Managementinstrumenten einschließlich Meeresschutzgebiete und damit zusammenhängender Maßnahmen, die von der Konferenz der Vertragsparteien angenommen wurden, wobei sie sich auf die besten verfügbaren wissenschaftlichen Erkenntnisse und Informationen und, sofern verfügbar, einschlägiges traditionelles Wissen indigener Völker und ortsansässiger Gemeinschaften stützt sowie den Vorsorgeansatz und einen Ökosystemansatz berücksichtigt.

Part IV

Environmental impact assessments

Article 27

Objectives

The objectives of this Part are to:

(a) Operationalize the provisions of the Convention on environmental impact assessment for areas beyond national jurisdiction by establishing processes, thresholds and other requirements for conducting and reporting assessments by Parties;

(b) Ensure that activities covered by this Part are assessed and conducted to prevent, mitigate and manage significant adverse impacts for the purpose of protecting and preserving the marine environment;

(c) Support the consideration of cumulative impacts and impacts in areas within national jurisdiction;

(d) Provide for strategic environmental assessments;

Partie IV

Évaluations d'impact sur l'environnement

Article 27

Objectifs

Les objectifs de la présente partie sont les suivants :

a) Mettre en œuvre les dispositions de la Convention relatives aux évaluations d'impact sur l'environnement dans les zones ne relevant pas de la juridiction nationale, par l'établissement de procédures, de seuils et d'autres critères que les Parties doivent appliquer pour réaliser ces études et rendre compte de leurs résultats ;

b) Faire en sorte que les activités visées par la présente partie soient évaluées et menées de manière à prévenir, atténuer et gérer tout impact néfaste important dans le but de protéger et de préserver le milieu marin ;

c) Soutenir la prise en compte des impacts cumulés et des impacts dans les zones relevant de la juridiction nationale ;

d) Prévoir des évaluations environnementales stratégiques ;

Teil IV

Umweltverträglichkeitsprüfungen

Artikel 27

Ziele

Die Ziele dieses Teiles bestehen darin,

a) die Bestimmungen des Seerechtsübereinkommens, die Umweltverträglichkeitsprüfungen in Gebieten außerhalb nationaler Hoheitsbefugnisse betreffen, zur Anwendung zu bringen, indem Prozesse, Schwellenwerte und sonstige Anforderungen für die Durchführung dieser Prüfungen durch die Vertragsparteien und für ihre diesbezügliche Berichterstattung festgelegt werden;

b) sicherzustellen, dass die von diesem Teil erfassten Tätigkeiten so geprüft und durchgeführt werden, dass erhebliche nachteilige Auswirkungen zum Zweck des Schutzes und der Bewahrung der Meeresumwelt vermieden, verringert und bewältigt werden;

c) die Prüfung der kumulativen Auswirkungen und der Auswirkungen in Gebieten innerhalb nationaler Hoheitsbefugnisse zu unterstützen;

d) strategische Umweltprüfungen vorzusehen;

(e) Achieve a coherent environmental impact assessment framework for activities in areas beyond national jurisdiction;

(f) Build and strengthen the capacity of Parties, particularly developing States Parties, in particular the least developed countries, landlocked developing countries, geographically disadvantaged States, small island developing States, coastal African States, archipelagic States and developing middle-income countries, to prepare, conduct and evaluate environmental impact assessments and strategic environmental assessments in support of the objectives of this Agreement.

e) Mettre en place un cadre cohérent pour les évaluations d'impact sur l'environnement des activités menées dans les zones ne relevant pas de la juridiction nationale ;

f) Développer et renforcer la capacité des Parties, particulièrement les États Parties en développement, en particulier les pays les moins avancés, les pays en développement sans littoral, les États géographiquement désavantagés, les petits États insulaires en développement, les États côtiers d'Afrique, les États archipels et les pays en développement à revenu intermédiaire, à préparer, mener et évaluer les évaluations d'impact sur l'environnement et les évaluations environnementales stratégiques à l'appui des objectifs du présent Accord.

e) einen kohärenten Rahmen für Umweltverträglichkeitsprüfungen für Tätigkeiten in Gebieten außerhalb nationaler Hoheitsbefugnisse zu schaffen;

f) die Kapazitäten der Vertragsparteien, insbesondere der Entwicklungsstaaten, die Vertragsparteien sind, vor allem der am wenigsten entwickelten Länder, der Binnenentwicklungsländer, der geographisch benachteiligten Staaten, der kleinen Inselstaaten, die Entwicklungsstaaten sind, der afrikanischen Küstenstaaten, der Archipelstaaten und der Entwicklungsländer mit mittlerem Einkommen, zur Vorbereitung, Durchführung und Bewertung von Umweltverträglichkeitsprüfungen und strategischen Umweltprüfungen zugunsten der Ziele dieses Übereinkommens aufzubauen und zu stärken.

Article 28

Obligation to conduct environmental impact assessments

1. Parties shall ensure that the potential impacts on the marine environment of planned activities under their jurisdiction or control that take place in areas beyond national jurisdiction are assessed as set out in this Part before they are authorized.

2. When a Party with jurisdiction or control over a planned activity that is to be conducted in marine areas within national jurisdiction determines that the activity may cause substantial pollution of or significant and harmful changes to the marine environment in areas beyond national jurisdiction, that Party shall ensure that an environmental impact assessment of such activity is conducted in accordance with this Part or that an environmental impact assessment is conducted under the Party's national process. A Party conducting such an assessment under its national process shall:

(a) Make relevant information available through the Clearing-House Mechanism, in a timely manner, during the national process;

(b) Ensure that the activity is monitored in a manner consistent with the requirements of its national process;

(c) Ensure that environmental impact assessment reports and any relevant monitoring reports are made available through the Clearing-House Mechanism as set out in this Agreement.

3. Upon receiving the information referred to in paragraph 2 (a) above, the Scientific and Technical Body may provide

Article 28

Obligation de procéder à des évaluations d'impact sur l'environnement

1. Les Parties font en sorte que les impacts sur le milieu marin que pourraient avoir les activités relevant de leur juridiction ou de leur contrôle qu'il est envisagé de mener dans les zones ne relevant pas de la juridiction nationale soient évalués conformément à la présente partie avant que ces activités ne soient autorisées.

2. Lorsqu'une Partie qui exerce sa juridiction ou son contrôle sur une activité qu'il est envisagé de mener dans des zones marines relevant de la juridiction nationale détermine que cette activité risque d'entraîner une pollution importante ou des modifications considérables et nuisibles du milieu marin dans des zones ne relevant pas de la juridiction nationale, elle fait en sorte qu'une évaluation d'impact sur l'environnement de cette activité soit menée conformément à la présente partie ou conformément à sa procédure nationale. La Partie qui procède à une telle évaluation conformément à sa procédure nationale :

a) Met diligemment à disposition toute information pertinente par l'intermédiaire du Centre d'échange, pendant la procédure nationale ;

b) Fait en sorte que l'activité soit surveillée conformément aux exigences de sa procédure nationale ;

c) Fait en sorte que les rapports d'évaluation d'impact sur l'environnement et tout rapport de surveillance pertinent soient mis à disposition par l'intermédiaire du Centre d'échange conformément au présent Accord.

3. Après réception des informations visées à l'alinéa a) du paragraphe 2 ci-dessus, l'Organe scientifique et technique

Artikel 28

Verpflichtung zur Durchführung von Umweltverträglichkeitsprüfungen

(1) Die Vertragsparteien stellen sicher, dass die Auswirkungen auf die Meeresumwelt, die geplante, ihren Hoheitsbefugnissen oder ihrer Kontrolle unterstehende Tätigkeiten in Gebieten außerhalb nationaler Hoheitsbefugnisse möglicherweise haben werden, vor der Genehmigung der Tätigkeiten entsprechend diesem Teil geprüft werden.

(2) Stellt eine Vertragspartei mit Hoheitsbefugnissen oder Kontrolle über eine geplante Tätigkeit, die in Meeresgebieten innerhalb nationaler Hoheitsbefugnisse durchgeführt werden soll, fest, dass diese Tätigkeit eine wesentliche Verschmutzung oder beträchtliche und schädliche Veränderungen der Meeresumwelt in Gebieten außerhalb nationaler Hoheitsbefugnisse verursachen kann, so stellt die betreffende Vertragspartei sicher, dass eine Umweltverträglichkeitsprüfung dieser Tätigkeit im Einklang mit diesem Teil oder entsprechend dem innerstaatlichen Verfahren der Vertragspartei durchgeführt wird. Eine Vertragspartei, die eine solche Prüfung im Rahmen ihres innerstaatlichen Verfahrens durchführt,

a) macht während des innerstaatlichen Verfahrens rechtzeitig zweckdienliche Informationen über den Vermittlungsmechanismus zugänglich;

b) stellt sicher, dass die Tätigkeit in einer mit den Anforderungen ihres innerstaatlichen Verfahrens im Einklang stehenden Weise überwacht wird;

c) stellt sicher, dass die Berichte über die Umweltverträglichkeitsprüfung und alle einschlägigen Überwachungsberichte über den Vermittlungsmechanismus entsprechend diesem Übereinkommen zugänglich gemacht werden.

(3) Nach Eingang der in Absatz 2 Buchstabe a genannten Informationen kann das wissenschaftlich-technische Organ der

comments to the Party with jurisdiction or control over the planned activity.

peut formuler des commentaires à l'intention de la Partie qui exerce sa juridiction ou son contrôle sur l'activité envisagée.

Vertragspartei mit Hoheitsbefugnissen oder Kontrolle über die geplante Tätigkeit Stellungnahmen übermitteln.

Article 29

Relationship between this Agreement and environmental impact assessment processes under relevant legal instruments and frameworks and relevant global, regional, subregional and sectoral bodies

1. Parties shall promote the use of environmental impact assessments and the adoption and implementation of the standards and/or guidelines developed under article 38 in relevant legal instruments and frameworks and relevant global, regional, subregional and sectoral bodies of which they are members.

2. The Conference of the Parties shall develop mechanisms under this Part for the Scientific and Technical Body to collaborate with relevant legal instruments and frameworks and relevant global, regional, subregional and sectoral bodies that regulate activities in areas beyond national jurisdiction or protect the marine environment.

3. When developing or updating standards or guidelines for the conduct of environmental impact assessments of activities in areas beyond national jurisdiction by Parties to this Agreement under article 38, the Scientific and Technical Body shall, as appropriate, collaborate with relevant legal instruments and frameworks and relevant global, regional, subregional and sectoral bodies.

4. It is not necessary to conduct a screening or an environmental impact assessment of a planned activity in areas beyond national jurisdiction, provided that the Party with jurisdiction or control over the planned activity determines:

(a) That the potential impacts of the planned activity or category of activity have been assessed in accordance with the requirements of other relevant legal instruments or frameworks or by relevant global, regional, subregional or sectoral bodies;

(b) That:

(i) the assessment already undertaken for the planned activity is equivalent to the one required under this Part, and the results of the assessment are taken into account; or

(ii) the regulations or standards of the relevant legal instruments or frameworks or relevant global,

Article 29

Relation entre le présent Accord et les procédures relatives aux évaluations d'impact sur l'environnement prévues par les instruments et cadres juridiques pertinents et les organes mondiaux, régionaux, sous-régionaux et sectoriels pertinents

1. Les Parties favorisent le recours aux évaluations d'impact sur l'environnement ainsi que l'adoption et la mise en œuvre de normes et / ou de lignes directrices élaborées en application de l'article 38 dans le cadre des instruments et cadres juridiques pertinents et par les organes mondiaux, régionaux, sous-régionaux et sectoriels pertinents dont elles sont membres.

2. La Conférence des Parties établit des mécanismes au titre de la présente partie afin que l'Organe scientifique et technique collabore avec les instruments et cadres juridiques pertinents et les organes mondiaux, régionaux, sous-régionaux et sectoriels pertinents qui réglementent des activités dans les zones ne relevant pas de la juridiction nationale ou protègent le milieu marin.

3. Lorsque l'Organe scientifique et technique élabore ou met à jour les normes ou lignes directrices, visées à l'article 38, relatives à la réalisation par les Parties au présent Accord d'évaluations d'impact sur l'environnement d'activités menées dans les zones ne relevant pas de la juridiction nationale, il collabore, selon qu'il convient, avec les instruments et cadres juridiques pertinents et les organes mondiaux, régionaux, sous-régionaux et sectoriels pertinents.

4. Il n'est pas nécessaire de procéder à un contrôle préliminaire ou à une évaluation d'impact sur l'environnement d'une activité qu'il est envisagé de mener dans les zones ne relevant pas de la juridiction nationale si la Partie exerçant sa juridiction ou son contrôle sur l'activité envisagée détermine :

a) Que les impacts potentiels de l'activité ou de la catégorie d'activités envisagée ont été évalués suivant les exigences d'autres instruments ou cadres juridiques pertinents ou organes mondiaux, régionaux, sous-régionaux ou sectoriels pertinents ;

b) Que :

i) l'évaluation déjà réalisée pour l'activité envisagée est équivalente à celle requise en vertu de la présente partie et que ses résultats sont pris en considération ; ou

ii) les règles ou normes fixées dans les instruments ou cadres juridiques pertinents ou par les organes mon-

Artikel 29

Verhältnis zwischen diesem Übereinkommen und den nach den einschlägigen Rechtsinstrumenten und rechtlichen Rahmen sowie bei den zuständigen weltweiten, regionalen, subregionalen und sektoralen Organen vorgesehenen Verfahren für Umweltverträglichkeitsprüfungen

(1) Die Vertragsparteien fördern die Nutzung von Umweltverträglichkeitsprüfungen und die Annahme und Durchführung der nach Artikel 38 entwickelten Normen beziehungsweise Richtlinien in den einschlägigen Rechtsinstrumenten und rechtlichen Rahmen sowie bei den zuständigen weltweiten, regionalen, subregionalen und sektoralen Organen, deren Mitglied sie sind.

(2) Die Konferenz der Vertragsparteien richtet nach diesem Teil Mechanismen für die Zusammenarbeit des wissenschaftlich-technischen Organs mit den einschlägigen Rechtsinstrumenten und rechtlichen Rahmen sowie den zuständigen weltweiten, regionalen, subregionalen und sektoralen Organen ein, die Tätigkeiten in Gebieten außerhalb nationaler Hoheitsbefugnisse regeln oder die Meeresumwelt schützen.

(3) Bei der Entwicklung oder Aktualisierung von Normen oder Richtlinien für die Durchführung von Umweltverträglichkeitsprüfungen von Tätigkeiten in Gebieten außerhalb nationaler Hoheitsbefugnisse durch Vertragsparteien dieses Übereinkommens nach Artikel 38 arbeitet das wissenschaftlich-technische Organ gegebenenfalls mit den einschlägigen Rechtsinstrumenten und rechtlichen Rahmen sowie den zuständigen weltweiten, regionalen, subregionalen und sektoralen Organen zusammen.

(4) Es ist nicht erforderlich, eine Vorprüfung (Screening) oder eine Umweltverträglichkeitsprüfung einer geplanten Tätigkeit in Gebieten außerhalb nationaler Hoheitsbefugnisse durchzuführen, sofern die Vertragspartei mit Hoheitsbefugnissen oder Kontrolle über die geplante Tätigkeit feststellt,

a) dass die möglichen Auswirkungen der geplanten Tätigkeit oder Art von Tätigkeiten entsprechend den Anforderungen anderer einschlägiger Rechtsinstrumente oder rechtlicher Rahmen oder von zuständigen weltweiten, regionalen, subregionalen oder sektoralen Organen geprüft wurden;

b) dass

i) die für die geplante Tätigkeit bereits vorgenommene Prüfung der nach diesem Teil geforderten Prüfung gleichwertig ist und ihre Ergebnisse berücksichtigt werden oder

ii) die Regeln oder Normen der einschlägigen Rechtsinstrumente oder rechtlichen Rahmen oder der zu-

regional, subregional or sectoral bodies arising from the assessment were designed to prevent, mitigate or manage potential impacts below the threshold for environmental impact assessments under this Part, and they have been complied with.

5. When an environmental impact assessment for a planned activity in areas beyond national jurisdiction has been conducted under a relevant legal instrument or framework or a relevant global, regional, subregional or sectoral body, the Party concerned shall ensure that the environmental impact assessment report is published through the Clearing-House Mechanism.

6. Unless the planned activities that meet the criteria set out in paragraph 4 (b) (i) above are subject to monitoring and review under a relevant legal instrument or framework or relevant global, regional, subregional or sectoral body, Parties shall monitor and review the activities and ensure that the monitoring and review reports are published through the Clearing-House Mechanism.

diaux, régionaux, sous-régionaux ou sectoriels pertinents résultant de l'évaluation ont été conçus de manière à prévenir, atténuer ou gérer les impacts potentiels afin qu'ils restent sous le seuil de déclenchement de l'évaluation d'impact sur l'environnement fixé dans la présente partie et que ces règles et normes ont été respectées.

5. Lorsqu'une évaluation d'impact sur l'environnement d'une activité qu'il est envisagé de mener dans les zones ne relevant pas de la juridiction nationale a été réalisée conformément à un instrument ou un cadre juridique pertinent ou par un organe mondial, régional, sous-régional ou sectoriel pertinent, la Partie concernée veille à ce que le rapport de l'évaluation d'impact sur l'environnement soit publié par l'intermédiaire du Centre d'échange.

6. À moins que les activités envisagées qui satisfont aux critères énoncés à l'alinéa b) i) du paragraphe 4 ci-dessus ne fassent l'objet d'une surveillance et d'examens au titre d'un instrument ou cadre juridique pertinent ou par un organe mondial, régional, sous-régional ou sectoriel pertinent, les Parties procèdent à la surveillance et à l'examen de ces activités et font en sorte que les rapports y afférents soient publiés par l'intermédiaire du Centre d'échange.

ständigen weltweiten, regionalen, subregionalen oder sektoralen Organe, die sich aus der Prüfung ergeben, dazu gedacht sind, mögliche Auswirkungen soweit zu vermeiden, zu verringern oder zu bewältigen, dass sie unterhalb des Schwellenwerts für Umweltverträglichkeitsprüfungen nach diesem Teil bleiben, und diese eingehalten wurden.

(5) Wurde eine Umweltverträglichkeitsprüfung einer geplanten Tätigkeit in Gebieten außerhalb nationaler Hoheitsbefugnisse nach einem einschlägigen Rechtsinstrument oder rechtlichen Rahmen oder von einem zuständigen weltweiten, regionalen, subregionalen oder sektoralen Organ durchgeführt, so stellt die betreffende Vertragspartei sicher, dass der die Umweltverträglichkeitsprüfung betreffende Bericht über den Vermittlungsmechanismus veröffentlicht wird.

(6) Unterliegen die geplanten Tätigkeiten, die die in Absatz 4 Buchstabe b Ziffer i genannten Kriterien erfüllen, nicht der Überwachung und Überprüfung nach einem einschlägigen Rechtsinstrument oder rechtlichen Rahmen oder durch ein zuständiges weltweites, regionales, subregionales oder sektorales Organ, so überwachen und überprüfen die Vertragsparteien die Tätigkeiten und stellen sicher, dass die Überwachungs- und Überprüfungsberichte über den Vermittlungsmechanismus veröffentlicht werden.

Article 30

Thresholds and factors for conducting environmental impact assessments

1. When a planned activity may have more than a minor or transitory effect on the marine environment, or the effects of the activity are unknown or poorly understood, the Party with jurisdiction or control of the activity shall conduct a screening of the activity under article 31, using the factors set out in paragraph 2 below, and:

(a) The screening shall be sufficiently detailed for the Party to assess whether it has reasonable grounds for believing that the planned activity may cause substantial pollution of or significant and harmful changes to the marine environment and shall include:

(i) A description of the planned activity, including its purpose, location, duration and intensity; and

(ii) An initial analysis of the potential impacts, including consideration of cumulative impacts and, as appropriate, alternatives to the planned activity;

(b) If it is determined on the basis of the screening that the Party has reasonable grounds for believing that the activity may cause substantial pollution of or

Article 30

Seuils et facteurs pour la réalisation d'évaluation d'impact sur l'environnement

1. Lorsqu'une activité envisagée risque d'avoir un effet plus que mineur ou transitoire sur le milieu marin ou si ses effets sont inconnus ou mal compris, la Partie qui exerce sa juridiction ou son contrôle sur l'activité procède au contrôle préliminaire prévu à l'article 31 en se fondant sur les facteurs indiqués au paragraphe 2 ci-dessous, étant entendu que :

a) Le contrôle préliminaire doit être suffisamment détaillé pour que la Partie puisse déterminer si elle a de sérieuses raisons de penser que l'activité envisagée risque d'entraîner une pollution importante ou des modifications considérables et nuisibles du milieu marin et doit comporter :

i) une description de l'activité envisagée, y compris son objectif, sa localisation, sa durée et son intensité ; et

ii) une analyse initiale des impacts potentiels, y compris l'examen des impacts cumulés et, le cas échéant, des alternatives à l'activité envisagée ;

b) Si, à l'issue du contrôle préliminaire, il est établi que la Partie a de sérieuses raisons de penser que l'activité risque d'entraîner une pollution importante

Artikel 30

Schwellenwerte und Faktoren für die Durchführung von Umweltverträglichkeitsprüfungen

(1) Hat eine geplante Tätigkeit möglicherweise mehr als nur geringfügige oder vorübergehende Auswirkungen auf die Meeresumwelt oder sind die Auswirkungen der Tätigkeit nicht bekannt oder werden sie nur unzureichend verstanden, so führt die Vertragspartei mit Hoheitsbefugnissen oder Kontrolle über die Tätigkeit eine Vorprüfung (Screening) der Tätigkeit nach Artikel 31 mit Hilfe der in Absatz 2 genannten Faktoren durch, wobei Folgendes gilt:

a) Die Vorprüfung (Screening) ist detailliert genug, damit die Vertragspartei beurteilen kann, ob sie begründeten Anlass zu der Annahme hat, dass die geplante Tätigkeit eine wesentliche Verschmutzung oder beträchtliche und schädliche Veränderungen der Meeresumwelt verursachen kann, und umfasst Folgendes:

i) eine Beschreibung der geplanten Tätigkeit einschließlich ihres Zweckes, ihres Ortes, ihrer Dauer und ihrer Intensität und

ii) eine erste Analyse der möglichen Auswirkungen einschließlich der Prüfung kumulativer Auswirkungen und gegebenenfalls von Alternativen zur geplanten Tätigkeit;

b) wird auf der Grundlage der Vorprüfung (Screening) festgestellt, dass die Vertragspartei begründeten Anlass zu der Annahme hat, dass die Tätigkeit eine

significant and harmful changes to the marine environment, an environmental impact assessment shall be conducted in accordance with the provisions of this Part.

2. When determining whether planned activities under their jurisdiction or control meet the threshold set out in paragraph 1 above, Parties shall consider the following non-exhaustive factors:

(a) The type of and technology used for the activity and the manner in which it is to be conducted;

(b) The duration of the activity;

(c) The location of the activity;

(d) The characteristics and ecosystem of the location (including areas of particular ecological or biological significance or vulnerability);

(e) The potential impacts of the activity, including the potential cumulative impacts and the potential impacts in areas within national jurisdiction;

(f) The extent to which the effects of the activity are unknown or poorly understood;

(g) Other relevant ecological or biological criteria.

ou des modifications considérables et nuisibles du milieu marin, une évaluation d'impact sur l'environnement est menée conformément aux dispositions de la présente partie.

2. Lorsqu'elles s'efforcent de déterminer si les activités envisagées relevant de leur juridiction ou de leur contrôle correspondent au seuil fixé au paragraphe 1 ci-dessus, les Parties examinent la liste non exhaustive de facteurs ci-après :

a) Le type d'activité, les technologies employées et la manière dont l'activité doit être menée ;

b) La durée de l'activité ;

c) La localisation de l'activité ;

d) Les caractéristiques et l'écosystème de la localisation (y compris les zones particulièrement importantes ou vulnérables sur les plans écologique ou biologique) ;

e) Les impacts potentiels de l'activité, y compris les impacts potentiels cumulés et les impacts qu'elle pourrait avoir dans des zones relevant de la juridiction nationale ;

f) La mesure dans laquelle les effets de l'activité sont inconnus ou mal compris ;

g) D'autres critères écologiques ou biologiques pertinents.

wesentliche Verschmutzung oder beträchtliche und schädliche Veränderungen der Meeresumwelt verursachen kann, so wird eine Umweltverträglichkeitsprüfung im Einklang mit diesem Teil durchgeführt.

(2) Bei der Feststellung, ob geplante, ihren Hoheitsbefugnissen oder ihrer Kontrolle unterstehende Tätigkeiten den in Absatz 1 genannten Schwellenwert erreichen, prüfen die Vertragsparteien die folgende nicht erschöpfende Liste von Faktoren:

a) die Art der Tätigkeit, die dafür verwendete Technologie und die Form, in der sie durchgeführt werden soll;

b) die Dauer der Tätigkeit;

c) den Ort der Tätigkeit;

d) die Merkmale und das Ökosystem des Standorts (einschließlich Gebiete von ökologisch oder biologisch besonderer Bedeutung oder Anfälligkeit);

e) die möglichen Auswirkungen der Tätigkeit einschließlich der möglichen kumulativen Auswirkungen und der möglichen Auswirkungen in Gebieten innerhalb nationaler Hoheitsbefugnisse;

f) die Frage, inwieweit die Auswirkungen der Tätigkeit nicht bekannt sind oder nur unzureichend verstanden werden;

g) andere einschlägige ökologische oder biologische Kriterien.

Article 31

Process for environmental impact assessments

1. Parties shall ensure that the process for conducting an environmental impact assessment pursuant to this Part includes the following steps:

(a) *Screening*. Parties shall undertake screening, in a timely manner, to determine whether an environmental impact assessment is required in respect of a planned activity under its jurisdiction or control, in accordance with article 30, and make its determination publicly available:

(i) If a Party determines that an environmental impact assessment is not required for a planned activity under its jurisdiction or control, it shall make relevant information, including under article 30, paragraph 1 (a), publicly available through the Clearing-House Mechanism under this Agreement;

(ii) On the basis of the best available science and scientific information and, where available, relevant traditional knowledge of Indigenous Peoples and local communities, a

Article 31

Procédure relative aux évaluations d'impact sur l'environnement

1. Les Parties veillent à ce que la procédure suivie pour la réalisation d'une évaluation d'impact sur l'environnement en application de la présente partie comporte les étapes suivantes :

a) *Contrôle préliminaire*. Les Parties procèdent sans délai à un contrôle préliminaire pour déterminer s'il y a lieu de réaliser une évaluation d'impact sur l'environnement pour une activité envisagée relevant de leur juridiction ou de leur contrôle conformément à l'article 30 et rendent leur conclusion publique :

i) Si une Partie conclut qu'il n'y a pas lieu de réaliser une évaluation d'impact sur l'environnement d'une activité envisagée relevant de sa juridiction ou de son contrôle, elle rend publiques les informations pertinentes, y compris celles visées à l'alinéa a) du paragraphe 1 de l'article 30, par l'intermédiaire du Centre d'échange créé par le présent Accord ;

ii) Se fondant sur les meilleures connaissances et informations scientifiques disponibles et, lorsqu'elles sont disponibles, sur les connaissances traditionnelles pertinentes

Artikel 31

Verfahren für Umweltverträglichkeitsprüfungen

(1) Die Vertragsparteien stellen sicher, dass das Verfahren für die Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung nach diesem Teil die folgenden Schritte umfasst:

a) *Vorprüfung (Screening)*. Die Vertragsparteien nehmen rechtzeitig eine Vorprüfung (Screening) vor, um festzustellen, ob für eine geplante, ihren Hoheitsbefugnissen oder ihrer Kontrolle unterstehende Tätigkeit eine Umweltverträglichkeitsprüfung nach Artikel 30 erforderlich ist, und machen ihre Feststellung öffentlich zugänglich:

i) Stellt eine Vertragspartei fest, dass für eine geplante, ihren Hoheitsbefugnissen oder ihrer Kontrolle unterstehende Tätigkeit keine Umweltverträglichkeitsprüfung erforderlich ist, so macht sie die einschlägigen Informationen, einschließlich der Informationen nach Artikel 30 Absatz 1 Buchstabe a, über den nach diesem Übereinkommen eingerichteten Vermittlungsmechanismus öffentlich zugänglich.

ii) Auf der Grundlage der besten verfügbaren wissenschaftlichen Erkenntnisse und Informationen und, sofern verfügbar, einschlägigen traditionellen Wissens indigener Völker

Party may register its views on the potential impacts of a planned activity on which a determination has been made in accordance with subparagraph (a) (i) above with the Party that made the determination and the Scientific and Technical Body, within 40 days of the publication thereof;

(iii) If the Party that registered its views expressed concerns on the potential impacts of a planned activity on which the determination was made, the Party that made that determination shall give consideration to such concerns and may review its determination;

(iv) Upon consideration of the concerns registered by a Party under subparagraph (a) (ii) above, the Scientific and Technical Body shall consider and may evaluate the potential impacts of the planned activity on the basis of the best available science and scientific information and, where available, relevant traditional knowledge of Indigenous Peoples and local communities and, as appropriate, may make recommendations to the Party that made the determination after giving that Party an opportunity to respond to the concerns registered and taking into account such response;

(v) The Party that made the determination under subparagraph (a) (i) above shall give consideration to any recommendations of the Scientific and Technical Body;

(vi) The registration of views and the recommendations of the Scientific and Technical Body shall be made publicly available, including through the Clearing-House Mechanism;

(b) *Scoping.* Parties shall ensure that key environmental and any associated impacts, such as economic, social, cultural and human health impacts, including potential cumulative impacts and impacts in areas within national jurisdiction, as well as alternatives to the planned activity, if any, to be included in the environmental impact assessments that shall be conducted under this Part, are identified. The scope shall be defined by using the best available science and scientific information and, where available, relevant traditional knowledge of Indigenous Peoples and local communities;

des peuples autochtones et des communautés locales, toute Partie peut faire part de ses observations quant aux impacts potentiels de l'activité envisagée qui ont donné lieu à la conclusion visée à l'alinéa a) i) ci-dessus à la Partie qui en est à l'origine et à l'Organe scientifique et technique dans un délai de 40 jours à compter de la publication de cette conclusion ;

iii) Si la Partie qui a fait part de ses observations a exprimé des préoccupations quant aux impacts potentiels de l'activité envisagée qui ont donné lieu à la conclusion, la Partie à l'origine de cette dernière examine ces préoccupations et peut revoir sa conclusion ;

iv) Après examen des préoccupations exprimées par une quelconque Partie en application de l'alinéa a) ii) ci-dessus, l'Organe scientifique et technique examine les impacts potentiels de l'activité et peut les évaluer en se fondant sur les meilleures connaissances et informations scientifiques disponibles et, lorsqu'elles sont disponibles, sur les connaissances traditionnelles pertinentes des peuples autochtones et des communautés locales et, s'il y a lieu, peut adresser des recommandations à la Partie qui a formulé la conclusion après lui avoir donné la possibilité de répondre aux préoccupations exprimées et en tenant compte de cette réponse ;

v) La Partie qui a formulé la conclusion visée à l'alinéa a) i) ci-dessus examine toute recommandation faite par l'Organe scientifique et technique ;

vi) L'expression des observations et les recommandations de l'Organe scientifique et technique sont rendues publiques, notamment par l'intermédiaire du Centre d'échange ;

b) *Détermination du champ de l'évaluation.* Les Parties veillent à ce que soient recensés les principaux impacts environnementaux et tous impacts connexes, comme les impacts économiques, sociaux et culturels et les impacts sur la santé humaine, y compris les impacts cumulés potentiels et les impacts dans les zones relevant de la juridiction nationale, ainsi que les alternatives à l'activité envisagée, le cas échéant, à examiner dans le cadre de l'évaluation d'impact sur l'environnement qui doit être réalisée en application de la présente partie. Le champ de l'évaluation est défini en tenant compte des meilleures connaissances et informations scientifiques disponibles et, lorsqu'elles sont disponibles, des connaissances traditionnelles pertinentes des peuples autochtones et

und ortsansässiger Gemeinschaften kann eine Vertragspartei ihre Ansichten über die möglichen Auswirkungen einer geplanten Tätigkeit, zu denen eine Feststellung nach Buchstabe a Ziffer i getroffen wurde, gegenüber der Vertragspartei, die die Feststellung getroffen hat, und dem wissenschaftlich-technischen Organ innerhalb von 40 Tagen nach deren Veröffentlichung vorbringen.

iii) Äußert die Vertragspartei, die ihre Ansichten vorgebracht hat, Bedenken hinsichtlich der möglichen Auswirkungen einer geplanten Tätigkeit, zu denen die Feststellung getroffen wurde, so prüft die Vertragspartei, die die Feststellung getroffen hat, diese Bedenken und kann ihre Feststellung überprüfen.

iv) Nach Prüfung der von einer Vertragspartei nach Buchstabe a Ziffer ii vorgebrachten Bedenken prüft das wissenschaftlich-technische Organ die möglichen Auswirkungen der geplanten Tätigkeit und kann sie auf der Grundlage der besten verfügbaren wissenschaftlichen Erkenntnisse und Informationen und, sofern verfügbar, einschlägigen traditionellen Wissens indigener Völker und ortsansässiger Gemeinschaften bewerten und gegebenenfalls Empfehlungen an die Vertragspartei richten, die die Feststellung getroffen hat, nachdem es dieser Vertragspartei Gelegenheit zur Stellungnahme zu den vorgebrachten Bedenken gegeben und diese Stellungnahme berücksichtigt hat.

v) Die Vertragspartei, die die Feststellung nach Buchstabe a Ziffer i getroffen hat, prüft etwaige Empfehlungen des wissenschaftlich-technischen Organs.

vi) Die vorgebrachten Ansichten und die Empfehlungen des wissenschaftlich-technischen Organs werden öffentlich zugänglich gemacht, unter anderem über den Vermittlungsmechanismus.

b) *Festlegung des Umfangs des Untersuchungsrahmens (Scoping).* Die Vertragsparteien stellen sicher, dass die wichtigsten umweltbezogenen und damit verbundenen Auswirkungen, etwa die wirtschaftlichen, sozialen, kulturellen und die menschliche Gesundheit betreffenden Auswirkungen, einschließlich der möglichen kumulativen Auswirkungen und der Auswirkungen in Gebieten innerhalb nationaler Hoheitsbefugnisse, sowie etwaige Alternativen zu der geplanten Tätigkeit, die in die nach diesem Teil durchzuführenden Umweltverträglichkeitsprüfungen einzubeziehen sind, ermittelt werden. Der Umfang des Untersuchungsrahmens wird unter Verwendung der besten verfügbaren wissenschaftlichen Erkenntnisse und Informationen und, sofern

des communautés locales ;

verfügbar, einschlägigen traditionellen Wissens indigener Völker und ortsansässiger Gemeinschaften festgelegt.

(c) *Impact assessment and evaluation.* Parties shall ensure that the impacts of planned activities, including cumulative impacts and impacts in areas within national jurisdiction, are assessed and evaluated using the best available science and scientific information and, where available, relevant traditional knowledge of Indigenous Peoples and local communities;

c) *Étude et évaluation d'impact.* Les Parties veillent à ce que les impacts des activités envisagées, y compris les impacts cumulés et les impacts dans les zones relevant de la juridiction nationale, soient étudiés et évalués en tenant compte des meilleures connaissances et informations scientifiques disponibles, et, lorsqu'elles sont disponibles, des connaissances traditionnelles pertinentes des peuples autochtones et des communautés locales ;

c) *Verträglichkeitsprüfung und Bewertung.* Die Vertragsparteien stellen sicher, dass die Auswirkungen geplanter Tätigkeiten, einschließlich der kumulativen Auswirkungen und der Auswirkungen in Gebieten innerhalb nationaler Hoheitsbefugnisse, unter Verwendung der besten verfügbaren wissenschaftlichen Erkenntnisse und Informationen und, sofern verfügbar, einschlägigen traditionellen Wissens indigener Völker und ortsansässiger Gemeinschaften geprüft und bewertet werden.

(d) *Prevention, mitigation and management of potential adverse effects.* Parties shall ensure that:

d) *Prévention, atténuation et gestion des effets néfastes potentiels.* Les Parties veillent à ce que :

d) *Vermeidung, Verringerung und Bewältigung möglicher nachteiliger Auswirkungen.* Die Vertragsparteien stellen sicher, dass

(i) Measures to prevent, mitigate and manage potential adverse effects of the planned activities under their jurisdiction or control are identified and analysed to avoid significant adverse impacts. Such measures may include the consideration of alternatives to the planned activity under their jurisdiction or control;

i) Les mesures visant à prévenir, atténuer et gérer les effets néfastes potentiels des activités envisagées relevant de leur juridiction ou de leur contrôle soient recensées et analysées afin d'éviter tout impact néfaste important. De telles mesures peuvent comprendre l'examen d'alternatives à l'activité envisagée relevant de leur juridiction ou de leur contrôle ;

i) Maßnahmen zur Vermeidung, Verringerung und Bewältigung möglicher nachteiliger Auswirkungen der geplanten, ihren Hoheitsbefugnissen oder ihrer Kontrolle unterstehenden Tätigkeiten ermittelt und analysiert werden, um erhebliche nachteilige Auswirkungen zu vermeiden. Zu diesen Maßnahmen kann die Prüfung von Alternativen zu der geplanten, ihren Hoheitsbefugnissen oder ihrer Kontrolle unterstehenden Tätigkeit gehören;

(ii) Where appropriate, these measures are incorporated into an environmental management plan;

ii) Le cas échéant, ces mesures soient intégrées dans un plan de gestion environnemental ;

ii) diese Maßnahmen gegebenenfalls in einen Umweltmanagementplan aufgenommen werden.

(e) Parties shall ensure public notification and consultation in accordance with article 32;

e) Les Parties veillent à ce qu'il soit procédé à la notification et à la consultation publiques prévues à l'article 32 ;

e) Die Vertragsparteien stellen sicher, dass eine öffentliche Bekanntmachung und Konsultation im Einklang mit Artikel 32 stattfindet.

(f) Parties shall ensure the preparation and publication of an environmental impact assessment report in accordance with article 33.

f) Les Parties veillent à l'élaboration et à la publication du rapport d'évaluation d'impact sur l'environnement prévu à l'article 33.

f) Die Vertragsparteien stellen sicher, dass ein Bericht über die Umweltverträglichkeitsprüfung im Einklang mit Artikel 33 erstellt und veröffentlicht wird.

2. Parties may conduct joint environmental impact assessments, in particular for planned activities under the jurisdiction or control of small island developing States.

2. Les Parties peuvent réaliser des évaluations d'impact sur l'environnement conjointes, en particulier en ce qui concerne les activités envisagées relevant de la juridiction ou du contrôle de petits États insulaires en développement.

(2) Die Vertragsparteien können gemeinsame Umweltverträglichkeitsprüfungen durchführen, insbesondere für geplante Tätigkeiten, die den Hoheitsbefugnissen oder der Kontrolle kleiner Inselstaaten, die Entwicklungsstaaten sind, unterstehen.

3. A roster of experts shall be created under the Scientific and Technical Body. Parties with capacity constraints may request advice and assistance from those experts to conduct and evaluate screenings and environmental impact assessments for a planned activity under their jurisdiction or control. The experts cannot be appointed to another part of the environmental impact assessment process of the same activity. The Party that requested the advice and assistance shall ensure that such environmental impact assessments are submitted to it for review and decision-making.

3. Une liste d'experts est établie sous l'égide de l'Organe scientifique et technique. Les Parties dont les moyens sont limités peuvent demander l'avis et l'assistance de ces experts pour la réalisation et l'évaluation des contrôles préliminaires et des évaluations d'impact sur l'environnement d'une activité envisagée relevant de leur juridiction ou de leur contrôle. Les experts ne peuvent être affectés à un autre volet de la procédure d'évaluation d'impact sur l'environnement de la même activité. La Partie qui a demandé l'avis et l'assistance des experts veille à ce que les évaluations d'impact sur l'environnement lui soient présentées pour examen et décision.

(3) Im Rahmen des wissenschaftlich-technischen Organs wird eine Liste von Sachverständigen erstellt. Vertragsparteien mit begrenzten Kapazitäten können diese Sachverständigen um Beratung und Unterstützung bei der Durchführung und Bewertung von Vorprüfungen und Umweltverträglichkeitsprüfungen einer geplanten, ihren Hoheitsbefugnissen oder ihrer Kontrolle unterstehenden Tätigkeit ersuchen. Die Sachverständigen können nicht für einen anderen Teil des Verfahrens der Umweltverträglichkeitsprüfung derselben Tätigkeit benannt werden. Die Vertragspartei, die um Beratung und Unterstützung ersucht hat, stellt sicher, dass ihr diese Umweltverträglichkeitsprüfungen zur Überprüfung und Beschlussfassung vorgelegt werden.

Article 32

Public notification and consultation

1. Parties shall ensure timely public notification of a planned activity, including by publication through the Clearing-House Mechanism and through the secretariat, and planned and effective time-bound opportunities, as far as practicable, for participation by all States, in particular adjacent coastal States and any other States adjacent to the activity when they are potentially most affected States, and stakeholders in the environmental impact assessment process. Notification and opportunities for participation, including through the submission of comments, shall take place throughout the environmental impact assessment process, as appropriate, including when identifying the scope of an environmental impact assessment under article 31, paragraph 1 (b), and when a draft environmental impact assessment report has been prepared under article 33, before a decision is made as to whether to authorize the activity.

2. Potentially most affected States shall be determined by taking into account the nature and potential effects on the marine environment of the planned activity and shall include:

(a) Coastal States whose exercise of sovereign rights for the purpose of exploring, exploiting, conserving or managing natural resources may reasonably be believed to be affected by the activity;

(b) States that carry out, in the area of the planned activity, human activities, including economic activities, that may reasonably be believed to be affected.

3. Stakeholders in this process include Indigenous Peoples and local communities with relevant traditional knowledge, relevant global, regional, subregional and sectoral bodies, civil society, the scientific community and the public.

4. Public notification and consultation shall, in accordance with article 48, paragraph 3, be inclusive and transparent, be conducted in a timely manner and be targeted and proactive when involving small island developing States.

5. Substantive comments received during the consultation process, including from adjacent coastal States and any other States adjacent to the planned activity when they are potentially most affected States, shall be considered and responded to or

Article 32

Notification et consultation publiques

1. Les Parties assurent en temps opportun la notification publique de toute activité envisagée, y compris par voie de publication par l'intermédiaire du Centre d'échange et du secrétariat, et donnent, autant que faire se peut, à tous les États, en particulier les États côtiers adjacents et tout autre État adjacent à l'activité faisant partie des États les plus susceptibles d'être affectés, et à toutes les parties prenantes la possibilité de participer de manière effective et planifiée et pour un temps déterminé, à l'évaluation d'impact sur l'environnement. La notification et les possibilités de participation, y compris par la soumission de commentaires, ont lieu à tous les stades de l'évaluation, selon que de besoin, notamment lors de la détermination du champ de celle-ci prévue à l'alinéa b) du paragraphe 1 de l'article 31 et lorsqu'un projet de rapport d'évaluation d'impact sur l'environnement a été établi conformément à l'article 33, avant qu'une décision soit prise quant à l'autorisation de l'activité.

2. Pour déterminer quels sont les États les plus susceptibles d'être affectés, il est tenu compte de la nature de l'activité envisagée et de ses effets potentiels sur le milieu marin. Figurent notamment parmi ces États :

a) les États côtiers dont il est raisonnable de penser que l'exercice des droits souverains à des fins d'exploration, d'exploitation, de conservation ou de gestion de ressources naturelles sera affecté par l'activité ;

b) les États qui exercent, dans la zone de l'activité envisagée, des activités humaines, y compris économiques, dont il est raisonnable de penser qu'elles seront affectées.

3. Les parties prenantes sont notamment les peuples autochtones et les communautés locales détenant des connaissances traditionnelles pertinentes, les organes mondiaux, régionaux, sous-régionaux et sectoriels pertinents, la société civile, la communauté scientifique et le public.

4. Lorsque des petits États insulaires en développement sont concernés, la notification et la consultation publiques doivent être inclusives et transparentes, effectuées en temps opportun et ciblées et proactives, conformément au paragraphe 3 de l'article 48.

5. Les commentaires substantiels reçus au cours de la consultation, notamment de la part d'États côtiers adjacents et de tout autre État adjacent à l'activité envisagée faisant partie des États les plus susceptibles d'être affectés, sont examinés par les Par-

Artikel 32

Öffentliche Bekanntmachung und Konsultation

(1) Die Vertragsparteien stellen sicher, dass eine geplante Tätigkeit rechtzeitig öffentlich bekanntgemacht wird, auch durch Veröffentlichung über den Vermittlungsmechanismus und über das Sekretariat, und dass alle Staaten, insbesondere angrenzende Küstenstaaten und andere an die Tätigkeit angrenzende Staaten, sofern diese möglicherweise am stärksten betroffene Staaten sind, sowie Interessenträger am Verfahren für die Umweltverträglichkeitsprüfung, soweit praktikabel, geplante und wirksame zeitlich befristete Möglichkeiten zur Beteiligung erhalten. Die Bekanntmachung und die Möglichkeiten zur Beteiligung, darunter auch die Abgabe von Stellungnahmen, erfolgen gegebenenfalls während des gesamten Verfahrens der Umweltverträglichkeitsprüfung, unter anderem auch bei der Festlegung des Umfangs ihres Untersuchungsrahmens nach Artikel 31 Absatz 1 Buchstabe b, und im Anschluss an die Ausarbeitung des Entwurfs eines Berichts über die Umweltverträglichkeitsprüfung nach Artikel 33, bevor ein Beschluss über die Genehmigung der Tätigkeit gefasst wird.

(2) Die möglicherweise am stärksten betroffenen Staaten werden unter Berücksichtigung der Art und der möglichen Auswirkungen der geplanten Tätigkeit auf die Meeresumwelt bestimmt und umfassen

a) Küstenstaaten, bei denen möglicherweise begründeter Anlass zu der Annahme besteht, dass die Ausübung ihrer souveränen Rechte zum Zweck der Erforschung, Ausbeutung, Erhaltung oder Bewirtschaftung natürlicher Ressourcen von der Tätigkeit betroffen ist;

b) Staaten, die in dem Gebiet der geplanten Tätigkeit menschliche Tätigkeiten, einschließlich wirtschaftlicher Tätigkeiten, ausüben, bei denen möglicherweise begründeter Anlass zu der Annahme besteht, dass sie betroffen sind.

(3) Die an diesem Verfahren beteiligten Interessenträger schließen indigene Völker und ortsansässige Gemeinschaften mit einschlägigem traditionellem Wissen, die zuständigen weltweiten, regionalen, subregionalen und sektoralen Organe, die Zivilgesellschaft, die Wissenschaftsgemeinschaft und die Öffentlichkeit ein.

(4) Die öffentliche Bekanntmachung und Konsultation ist im Einklang mit Artikel 48 Absatz 3 inklusiv und transparent, erfolgt rechtzeitig und ist gezielt und proaktiv, wenn kleine Inselstaaten, die Entwicklungsstaaten sind, einbezogen werden.

(5) Während des Konsultationsprozesses eingegangene sachbezogene Stellungnahmen, einschließlich der Stellungnahmen angrenzender Küstenstaaten und anderer an die geplante Tätigkeit angrenzender Staaten, sofern diese möglicherweise am

addressed by Parties. Parties shall give particular regard to comments concerning potential impacts in areas within national jurisdiction and provide written responses, as appropriate, specifically addressing such comments, including regarding any additional measures meant to address those potential impacts. Parties shall make public the comments received and the responses or descriptions of the manner in which they were addressed.

ties, qui y répondent ou y donnent suite. Les Parties accordent une attention particulière aux commentaires concernant les impacts potentiels dans les zones relevant de la juridiction nationale et, selon qu'il convient, y répondent par écrit de manière circonstanciée, y compris au sujet de toute mesure additionnelle destinée à remédier à ces impacts. Elles rendent publiques les commentaires reçus et la réponse ou la suite qui a été donnée à ceux-ci.

stärksten betroffene Staaten sind, werden von den Vertragsparteien geprüft und beantwortet oder berücksichtigt. Die Vertragsparteien berücksichtigen insbesondere Stellungnahmen zu möglichen Auswirkungen in Gebieten innerhalb nationaler Hoheitsbefugnisse und geben gegebenenfalls schriftliche Antworten, die ausdrücklich auf diese Stellungnahmen eingehen, auch in Bezug auf etwaige zusätzliche Maßnahmen, um diese möglichen Auswirkungen anzugehen. Die Vertragsparteien veröffentlichen die eingegangenen Stellungnahmen und die Antworten oder die Beschreibungen der Art und Weise, in der sie berücksichtigt wurden.

6. Where a planned activity affects areas of the high seas that are entirely surrounded by the exclusive economic zones of States, Parties shall:

(a) Undertake targeted and proactive consultations, including prior notification, with such surrounding States;

(b) Consider the views and comments of those surrounding States on the planned activity and provide written responses specifically addressing such views and comments and, as appropriate, revise the planned activity accordingly.

6. Lorsqu'une activité envisagée touche des zones de la haute mer complètement entourées par les zones économiques exclusives d'États, les Parties :

a) Procèdent à des consultations ciblées et proactives, y compris par des notifications préalables, avec ces États ;

b) Examinent les observations et commentaires de ces États sur les activités envisagées, y répondent par écrit de manière circonstanciée et, s'il y a lieu, révisent l'activité envisagée en conséquence.

(6) Betrifft eine geplante Tätigkeit Gebiete der Hohen See, die vollständig von den ausschließlichen Wirtschaftszonen von Staaten umgeben sind, so

a) führen die Vertragsparteien gezielte und proaktive Konsultationen, einschließlich vorheriger Benachrichtigungen, mit diesen umgebenden Staaten durch;

b) prüfen die Vertragsparteien die Ansichten und Stellungnahmen dieser umgebenden Staaten zu der geplanten Tätigkeit, geben schriftliche Antworten, die ausdrücklich auf diese Ansichten und Stellungnahmen eingehen, und überarbeiten gegebenenfalls die geplante Tätigkeit entsprechend.

7. Parties shall ensure access to information related to the environmental impact assessment process under this Agreement. Notwithstanding this, Parties shall not be required to disclose confidential or proprietary information. The fact that confidential or proprietary information has been redacted shall be indicated in public documents.

7. Les Parties veillent à permettre l'accès aux informations relatives à la procédure d'évaluation d'impact sur l'environnement prévue dans le présent Accord. Néanmoins, elles ne sont pas tenues de rendre publiques les informations confidentielles ou exclusives. Il sera indiqué dans les documents publics que de telles informations ont été supprimées, si tel a été le cas.

(7) Die Vertragsparteien gewährleisten den Zugang zu Informationen im Zusammenhang mit dem in diesem Übereinkommen vorgesehenen Verfahren für Umweltverträglichkeitsprüfungen. Dessen ungeachtet sind die Vertragsparteien nicht verpflichtet, vertrauliche oder rechtlich geschützte Informationen offenzulegen. Wurden vertrauliche oder rechtlich geschützte Informationen unkenntlich gemacht, ist dies in öffentlichen Dokumenten anzugeben.

Article 33

Environmental impact assessment reports

1. Parties shall ensure the preparation of an environmental impact assessment report for any such assessment undertaken pursuant to this Part.

2. The environmental impact assessment report shall include, at a minimum, the following information: a description of the planned activity, including its location; a description of the results of the scoping exercise; a baseline assessment of the marine environment likely to be affected; a description of potential impacts, including potential cumulative impacts and any impacts in areas within national jurisdiction; a description of potential prevention, mitigation and management measures; a description of uncertainties and gaps in knowledge; information on the public consultation process; a description of the consideration of reasonable alternatives to the planned activity; a description of follow-up actions, including an environmental management plan; and a non-technical summary.

Article 33

Rapports d'évaluation d'impact sur l'environnement

1. Les Parties veillent à ce que soit élaboré un rapport d'évaluation d'impact sur l'environnement pour toute évaluation menée en application de la présente partie.

2. Le rapport d'évaluation d'impact sur l'environnement doit comporter, au minimum, les informations suivantes : une description de l'activité envisagée, y compris sa localisation ; un exposé des conclusions des travaux de détermination du champ de l'évaluation ; une évaluation initiale du milieu marin susceptible d'être affecté ; une description des impacts potentiels, y compris les impacts cumulés potentiels et tout impact dans les zones relevant de la juridiction nationale ; une description des mesures potentielles de prévention, d'atténuation et de gestion ; un exposé des incertitudes et des lacunes dans les connaissances ; des informations sur la procédure de consultation publique ; un exposé des alternatives qui pourraient raisonnablement remplacer l'activité envisagée ; une description des activités de suivi, y compris un plan de

Artikel 33

Berichte über die Umweltverträglichkeitsprüfung

(1) Die Vertragsparteien stellen sicher, dass für jede nach diesem Teil durchgeführte Umweltverträglichkeitsprüfung ein entsprechender Bericht erstellt wird.

(2) Der Bericht über die Umweltverträglichkeitsprüfung enthält mindestens folgende Angaben: eine Beschreibung der geplanten Tätigkeit, einschließlich ihres Ortes, eine Beschreibung der Ergebnisse der Arbeiten zur Festlegung des Umfangs des Untersuchungsrahmens (Scoping), eine Bestandsaufnahme der wahrscheinlich betroffenen Meeresumwelt, eine Beschreibung der möglichen Auswirkungen, einschließlich der möglichen kumulativen Auswirkungen und der Auswirkungen in Gebieten innerhalb nationaler Hoheitsbefugnisse, eine Beschreibung möglicher Vermeidungs-, Verringerungs- und Bewältigungsmaßnahmen, eine Beschreibung von Ungewissheiten und Wissenslücken, Informationen über das Verfahren der öffentlichen Konsultation, eine Beschreibung der Prüfung zumutbarer Alternativen zu der geplanten Tätigkeit, eine

gestion environnemental ; un résumé non technique.

Beschreibung von Folgemaßnahmen, einschließlich eines Umweltmanagementplans, und eine nichttechnische Zusammenfassung.

3. The Party shall make the draft environmental impact assessment report available through the Clearing-House Mechanism during the public consultation process, to provide an opportunity for the Scientific and Technical Body to consider and evaluate the report.

3. Durant la procédure de consultation publique, la Partie met à disposition, par l'intermédiaire du Centre d'échange, le projet de rapport d'évaluation d'impact sur l'environnement afin de permettre à l'Organe scientifique et technique de l'examiner et de l'évaluer.

(3) Die Vertragspartei macht den Entwurf des Berichts über die Umweltverträglichkeitsprüfung während des Verfahrens der öffentlichen Konsultation über den Vermittlungsmechanismus zugänglich, um dem wissenschaftlich-technischen Organ Gelegenheit zu geben, den Bericht zu prüfen und zu bewerten.

4. The Scientific and Technical Body, as appropriate and in a timely manner, may make comments to the Party on the draft environmental impact assessment report. The Party shall give consideration to any comments made by the Scientific and Technical Body.

4. L'Organe scientifique et technique peut, s'il y a lieu et en temps utile, adresser des commentaires sur le projet de rapport à la Partie. Celle-ci examine tout commentaire que l'Organe scientifique et technique aura formulé.

(4) Das wissenschaftlich-technische Organ kann der Vertragspartei gegebenenfalls und rechtzeitig Stellungnahmen zum Entwurf des Berichts über die Umweltverträglichkeitsprüfung übermitteln. Die Vertragspartei prüft etwaige Stellungnahmen des wissenschaftlich-technischen Organs.

5. Parties shall publish the reports of the environmental impact assessments, including through the Clearing-House Mechanism. The secretariat shall ensure that all Parties are notified in a timely manner when reports are published through the Clearing-House Mechanism.

5. Les Parties publient les rapports d'évaluation d'impact sur l'environnement, y compris par l'intermédiaire du Centre d'échange. Lorsque les rapports sont publiés par l'intermédiaire du Centre d'échange, le secrétariat veille à ce que toutes les Parties en soient informées en temps utile.

(5) Die Vertragsparteien veröffentlichen die Berichte über die Umweltverträglichkeitsprüfung, auch über den Vermittlungsmechanismus. Das Sekretariat stellt sicher, dass alle Vertragsparteien rechtzeitig benachrichtigt werden, wenn Berichte über den Vermittlungsmechanismus veröffentlicht werden.

6. Final environmental impact assessment reports shall be considered by the Scientific and Technical Body, on the basis of relevant practices, procedures and knowledge under this Agreement, for the purpose of developing guidelines, including the identification of best practices.

6. L'Organe scientifique et technique examine, sur la base des pratiques, procédures et connaissances pertinentes visées dans le présent Accord, la version définitive des rapports d'évaluation d'impact sur l'environnement, en vue d'élaborer des lignes directrices, y compris de recenser les meilleures pratiques.

(6) Die abschließenden Berichte über die Umweltverträglichkeitsprüfung werden vom wissenschaftlich-technischen Organ auf der Grundlage der nach diesem Übereinkommen bestehenden einschlägigen Praktiken, Verfahren und Kenntnisse geprüft, um Richtlinien zu entwickeln und dabei auch bewährte Praktiken zu ermitteln.

7. A selection of the published information used in the screening process to make decisions on whether to conduct an environmental impact assessment, in accordance with articles 30 and 31, shall be considered and reviewed by the Scientific and Technical Body, on the basis of relevant practices, procedures and knowledge under this Agreement, for the purpose of developing guidelines, including the identification of best practices.

7. L'Organe scientifique et technique examine et évalue, sur la base des pratiques, procédures et connaissances pertinentes visées dans le présent Accord, certaines des informations publiées utilisées lors du contrôle préliminaire visé aux articles 30 et 31 afin de décider s'il y a lieu de procéder à une évaluation d'impact sur l'environnement, en vue d'élaborer des lignes directrices, y compris de recenser les meilleures pratiques.

(7) Eine Auswahl der veröffentlichten Informationen, die bei der Vorprüfung (Screening) verwendet werden, um Beschlüsse über die Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung nach den Artikeln 30 und 31 zu fassen, werden vom wissenschaftlich-technischen Organ auf der Grundlage der nach diesem Übereinkommen bestehenden einschlägigen Praktiken, Verfahren und Kenntnisse geprüft und bewertet, um Richtlinien zu entwickeln und dabei auch bewährte Praktiken zu ermitteln.

Article 34

Decision-making

Article 34

Prise de décision

Artikel 34

Entscheidung

1. A Party under whose jurisdiction or control a planned activity falls shall be responsible for determining if it may proceed.

1. Il appartient à la Partie sous la juridiction ou le contrôle de laquelle l'activité envisagée doit être menée de décider si celle-ci peut être entreprise.

(1) Eine Vertragspartei, deren Hoheitsbefugnissen oder Kontrolle eine geplante Tätigkeit untersteht, ist verantwortlich für die Entscheidung, ob die Tätigkeit durchgeführt werden darf.

2. When determining whether the planned activity may proceed under this Part, full account shall be taken of an environmental impact assessment conducted in accordance with this Part. A decision to authorize the planned activity under the jurisdiction or control of a Party shall only be made when, taking into account mitigation or management measures, the Party has determined that it has made all reasonable efforts to ensure that the activity can be conducted in a manner consistent with the prevention of significant adverse impacts on the marine environment.

2. Pour décider si l'activité envisagée peut être entreprise au titre de la présente partie, il est tenu pleinement compte de l'évaluation d'impact sur l'environnement réalisée conformément à la présente partie. La Partie ne peut décider d'autoriser l'activité envisagée relevant de sa juridiction ou de son contrôle que si, compte tenu des mesures d'atténuation ou de gestion, elle a conclu qu'elle avait fait tous les efforts raisonnables pour que l'activité puisse être menée d'une manière compatible avec la prévention des impacts néfastes importants sur le milieu marin.

(2) Bei der Entscheidung, ob die geplante Tätigkeit nach diesem Teil durchgeführt werden darf, wird einer nach diesem Teil durchgeführten Umweltverträglichkeitsprüfung voll Rechnung getragen. Eine Entscheidung, die geplante, den Hoheitsbefugnissen oder der Kontrolle einer Vertragspartei unterstehende Tätigkeit zu genehmigen, wird erst dann getroffen, wenn die Vertragspartei unter Berücksichtigung von Verringerungs- und Bewältigungsmaßnahmen festgestellt hat, dass sie alle angemessenen Anstrengungen unternommen hat, um sicherzustellen, dass die Tätigkeit in einer mit der Vermeidung erheblicher nach-

teiliger Auswirkungen auf die Meeresumwelt vereinbaren Weise durchgeführt werden kann.

3. Decision documents shall clearly outline any conditions of approval related to mitigation measures and follow-up requirements. Decision documents shall be made public, including through the Clearing-House Mechanism.

3. Les documents de décision, énoncent clairement les conditions d'approbation relatives aux mesures d'atténuation et aux obligations de suivi. Les documents de décision sont rendus publics, y compris par l'intermédiaire du Centre d'échange.

(3) Aus den Entscheidungsunterlagen müssen alle Bedingungen für die Genehmigung in Bezug auf Verringerungsmaßnahmen und erforderliche Folgemaßnahmen deutlich hervorgehen. Die Entscheidungsunterlagen werden öffentlich zugänglich gemacht, auch über den Vermittlungsmechanismus.

4. At the request of a Party, the Conference of the Parties may provide advice and assistance to that Party when determining whether a planned activity under its jurisdiction or control may proceed.

4. À la demande d'une Partie, la Conférence des Parties peut fournir conseils et assistance à cette Partie pour décider si une activité envisagée relevant de sa juridiction ou de son contrôle peut être entreprise.

(4) Die Konferenz der Vertragsparteien kann einer Vertragspartei bei der Entscheidung, ob eine geplante, ihren Hoheitsbefugnissen oder ihrer Kontrolle unterstehende Tätigkeit durchgeführt werden darf, auf deren Ersuchen Beratung und Unterstützung gewähren.

Article 35

Monitoring of impacts of authorized activities

Parties shall, by using the best available science and scientific information and, where available, the relevant traditional knowledge of Indigenous Peoples and local communities, keep under surveillance the impacts of any activities in areas beyond national jurisdiction that they permit or in which they engage in order to determine whether these activities are likely to pollute or have adverse impacts on the marine environment. In particular, each Party shall monitor the environmental and any associated impacts, such as economic, social, cultural and human health impacts, of an authorized activity under their jurisdiction or control in accordance with the conditions set out in the approval of the activity.

Article 35

Surveillance des impacts des activités autorisées

Les Parties surveillent, en se fondant sur les meilleures connaissances et informations scientifiques disponibles et, lorsqu'elles sont disponibles, sur les connaissances traditionnelles pertinentes des peuples autochtones et des communautés locales, les impacts de toutes les activités dans les zones ne relevant pas de la juridiction nationale qu'elles autorisent ou auxquelles elles se livrent, afin de déterminer si ces activités sont susceptibles de polluer ou d'avoir des impacts néfastes sur le milieu marin. Chaque Partie surveille en particulier les impacts sur l'environnement et les impacts connexes, comme les impacts économiques, sociaux et culturels et les impacts sur la santé humaine, d'une activité autorisée relevant de sa juridiction ou de son contrôle, conformément aux conditions énoncées dans le document d'approbation de l'activité.

Artikel 35

Überwachung der Auswirkungen genehmigter Tätigkeiten

Die Vertragsparteien überwachen unter Verwendung der besten verfügbaren wissenschaftlichen Erkenntnisse und Informationen und, sofern verfügbar, einschlägigen traditionellen Wissens indigener Völker und ortsansässiger Gemeinschaften ständig die Auswirkungen aller Tätigkeiten in Gebieten außerhalb nationaler Hoheitsbefugnisse, die sie genehmigen oder an denen sie sich beteiligen, um festzustellen, ob diese Tätigkeiten die Meeresumwelt verschmutzen oder nachteilige Auswirkungen auf sie haben können. Insbesondere überwacht jede Vertragspartei die umweltbezogenen und damit verbundene Auswirkungen, etwa die wirtschaftlichen, sozialen, kulturellen und die menschliche Gesundheit betreffenden Auswirkungen, einer genehmigten, ihren Hoheitsbefugnissen oder ihrer Kontrolle unterstehenden Tätigkeit anhand der bei der Genehmigung der Tätigkeit festgelegten Bedingungen.

Article 36

Reporting on impacts of authorized activities

1. Parties, whether acting individually or collectively, shall periodically report on the impacts of the authorized activity and the results of the monitoring required under article 35.

2. Monitoring reports shall be made public, including through the Clearing-House Mechanism, and the Scientific and Technical Body may consider and evaluate the monitoring reports.

3. Monitoring reports shall be considered by the Scientific and Technical Body, on the basis of relevant practices, procedures and knowledge under this Agreement, for the purpose of developing guidelines on the monitoring of impacts of authorized activities, including the identification of best practices.

Article 36

Rapport sur les impacts des activités autorisées

1. Les Parties, agissant individuellement ou collectivement, font périodiquement rapport sur les impacts de l'activité autorisée et sur les résultats de la surveillance requise à l'article 35.

2. Les rapports de surveillance sont rendus publics, y compris par l'intermédiaire du Centre d'échange, et peuvent être examinés et évalués par l'Organe scientifique et technique.

3. Les rapports de surveillance sont examinés par l'Organe scientifique et technique, sur la base des pratiques, procédures et connaissances pertinentes visées dans le présent Accord, l'objectif étant d'élaborer des lignes directrices relatives à la surveillance des impacts des activités autorisées, y compris de recenser les meilleures pratiques.

Artikel 36

Berichterstattung über die Auswirkungen genehmigter Tätigkeiten

(1) Die einzeln oder gemeinsam handelnden Vertragsparteien erstatten regelmäßig Bericht über die Auswirkungen der genehmigten Tätigkeit und die Ergebnisse der nach Artikel 35 erforderlichen Überwachung.

(2) Die Überwachungsberichte werden öffentlich zugänglich gemacht, auch über den Vermittlungsmechanismus, und das wissenschaftlich-technische Organ kann die Überwachungsberichte prüfen und bewerten.

(3) Die Überwachungsberichte werden vom wissenschaftlich-technischen Organ auf der Grundlage der nach diesem Übereinkommen bestehenden einschlägigen Praktiken, Verfahren und Kenntnisse geprüft, um Richtlinien für die Überwachung der Auswirkungen genehmigter Tätigkeiten zu entwickeln und dabei auch bewährte Praktiken zu ermitteln.

Article 37

Review of authorized activities and their impacts

1. Parties shall ensure that the impacts of the authorized activity monitored pursuant to article 35 are reviewed.

2. Should the Party with jurisdiction or control over the activity identify significant adverse impacts that either were not foreseen in the environmental impact assessment, in nature or severity, or that arise from a breach of any of the conditions set out in the approval of the activity, the Party shall review its decision authorizing the activity, notify the Conference of the Parties, other Parties and the public, including through the Clearing-House Mechanism, and:

(a) Require that measures be proposed and implemented to prevent, mitigate and/or manage those impacts or take any other necessary action and/or halt the activity, as appropriate; and

(b) Evaluate, in a timely manner, any measures implemented or actions taken under subparagraph (a) above.

3. On the basis of the reports received under article 36, the Scientific and Technical Body may notify the Party that authorized the activity if it considers that the activity may have significant adverse impacts that were either not foreseen in the environmental impact assessment or that arise from a breach of any conditions of approval of the authorized activity and, as appropriate, may make recommendations to the Party.

4.

(a) On the basis of the best available science and scientific information and, where available, relevant traditional knowledge of Indigenous Peoples and local communities, a Party may register its concerns, with the Party that authorized the activity and with the Scientific and Technical Body, that the authorized activity may have significant adverse impacts that were either not foreseen in the environmental impact assessment, in nature or severity, or that arise from a breach of any conditions of approval of the authorized activity;

(b) The Party that authorized the activity shall give consideration to such concerns;

(c) Upon consideration of the concerns registered by a Party, the Scientific and

Article 37

Examen des activités autorisées et de leurs impacts

1. Les Parties veillent à ce que les impacts de l'activité autorisée qui est surveillée en application de l'article 35 soient examinés.

2. Si la Partie qui exerce sa juridiction ou son contrôle sur l'activité découvre des impacts néfastes importants dont la nature ou la gravité n'a pas été anticipée au moment de l'évaluation d'impact sur l'environnement ou qui découlent du non-respect de l'une quelconque des conditions énoncées dans le document d'approbation de l'activité, elle réexamine sa décision d'autoriser l'activité, le notifie à la Conférence des Parties, aux autres Parties et au public, y compris par l'intermédiaire du Centre d'échange, et :

a) Exige que des mesures soient proposées et mises en œuvre pour prévenir, atténuer et / ou gérer ces impacts, ou prend toute autre mesure nécessaire et / ou interrompt l'activité, selon le cas ; et

b) Évalue diligemment toute mesure prise ou action mise en œuvre au titre de l'alinéa a) ci-dessus.

3. Sur la base des rapports reçus au titre de l'article 36, s'il estime que l'activité peut avoir des impacts néfastes importants qui n'ont pas été anticipés au moment de l'évaluation d'impact sur l'environnement ou qui découlent du non-respect de l'une quelconque des conditions d'approbation de l'activité, l'Organe scientifique et technique peut le notifier à la Partie qui a autorisé l'activité et, selon qu'il convient, lui faire des recommandations.

4.

a) Sur la base des meilleures connaissances et informations scientifiques disponibles et, lorsqu'elles sont disponibles, sur les connaissances traditionnelles pertinentes des peuples autochtones et des communautés locales, toute Partie peut faire part à la Partie qui a autorisé l'activité et à l'Organe scientifique et technique de ses préoccupations quant aux impacts néfastes importants que peut avoir l'activité et dont la nature ou la gravité n'a pas été anticipée au moment de l'évaluation d'impact sur l'environnement ou qui découlent du non-respect de l'une quelconque des conditions de l'approbation ;

b) La Partie qui a autorisé l'activité examine ces préoccupations ;

c) Après examen des préoccupations exprimées par une Partie, l'Organe

Artikel 37

Überprüfung genehmigter Tätigkeiten und ihrer Auswirkungen

(1) Die Vertragsparteien stellen sicher, dass die Auswirkungen der nach Artikel 35 überwachten genehmigten Tätigkeit überprüft werden.

(2) Stellt die Vertragspartei mit Hoheitsbefugnissen oder Kontrolle über die Tätigkeit erhebliche nachteilige Auswirkungen fest, die entweder in der Umweltverträglichkeitsprüfung in dieser Art oder Schwere nicht vorhergesehen wurden oder die sich aus einer Verletzung der bei der Genehmigung der Tätigkeit festgelegten Bedingungen ergeben, so überprüft die Vertragspartei ihren Beschluss zur Genehmigung der Tätigkeit, benachrichtigt die Konferenz der Vertragsparteien, die anderen Vertragsparteien und die Öffentlichkeit, auch über den Vermittlungsmechanismus, und

a) verlangt, dass Maßnahmen zur Vermeidung, Verringerung beziehungsweise Bewältigung dieser Auswirkungen vorgeschlagen und durchgeführt werden, oder unternimmt andere notwendige Schritte beziehungsweise lässt die Tätigkeit gegebenenfalls einstellen;

b) bewertet rechtzeitig alle nach Buchstabe a durchgeführten Maßnahmen oder unternommenen Schritte.

(3) Auf der Grundlage der nach Artikel 36 eingegangenen Berichte kann das wissenschaftlich-technische Organ die Vertragspartei, die die Tätigkeit genehmigt hat, benachrichtigen, wenn es der Auffassung ist, dass die Tätigkeit möglicherweise erhebliche nachteilige Auswirkungen hat, die entweder in der Umweltverträglichkeitsprüfung nicht vorhergesehen wurden oder sich aus einer Verletzung der bei der Genehmigung der Tätigkeit festgelegten Bedingungen ergeben, und kann gegebenenfalls Empfehlungen an die Vertragspartei richten.

(4)

a) Auf der Grundlage der besten verfügbaren wissenschaftlichen Erkenntnisse und Informationen und, sofern verfügbar, einschlägigen traditionellen Wissens indigener Völker und ortsansässiger Gemeinschaften kann eine Vertragspartei gegenüber der Vertragspartei, die die Tätigkeit genehmigt hat, und dem wissenschaftlich-technischen Organ ihre Bedenken dahingehend vorbringen, dass die genehmigte Tätigkeit möglicherweise erhebliche nachteilige Auswirkungen hat, die entweder in der Umweltverträglichkeitsprüfung in dieser Art oder Schwere nicht vorhergesehen wurden oder die sich aus einer Verletzung der bei der Genehmigung der Tätigkeit festgelegten Bedingungen ergeben.

b) Die Vertragspartei, die die Tätigkeit genehmigt hat, prüft diese Bedenken.

c) Nach Prüfung der von einer Vertragspartei vorgebrachten Bedenken nimmt

Technical Body shall consider and may evaluate the matter based on the best available science and scientific information and, where available, relevant traditional knowledge of Indigenous Peoples and local communities and may notify the Party that authorized the activity, if it considers that such activity may have significant adverse impacts that were either not foreseen in the environmental impact assessment or that arise from a breach of any conditions of approval of the authorized activity and, after giving that Party an opportunity to respond to the concerns registered and taking into account such response and as appropriate, may make recommendations to the Party that authorized the activity;

scientifique et technique examine la question, qu'il peut évaluer en se fondant sur les meilleures connaissances et informations scientifiques disponibles et, lorsqu'elles sont disponibles, sur les connaissances traditionnelles pertinentes des peuples autochtones et des communautés locales, et, s'il estime qu'une activité peut avoir des impacts néfastes importants au moment de l'évaluation d'impact sur l'environnement ou qui découlent du non-respect de l'une quelconque des conditions de l'approbation, il peut le notifier à la Partie qui a autorisé l'activité et, après avoir donné à celle-ci la possibilité de répondre aux préoccupations exprimées et en tenant compte de cette réponse, lui adresser des recommandations, selon qu'il convient ;

das wissenschaftlich-technische Organ eine Prüfung und möglicherweise eine Bewertung der Angelegenheit auf der Grundlage der besten verfügbaren wissenschaftlichen Erkenntnisse und Informationen und, soweit verfügbar, einschlägigen traditionellen Wissens indigener Völker und ortsansässiger Gemeinschaften vor und kann die Vertragspartei, die die Tätigkeit genehmigt hat, benachrichtigen, wenn es der Auffassung ist, dass eine solche Tätigkeit möglicherweise erhebliche nachteilige Auswirkungen hat, die entweder in der Umweltverträglichkeitsprüfung nicht vorhergesehen wurden oder die sich aus einer Verletzung der bei der Genehmigung der Tätigkeit festgelegten Bedingungen ergeben, und kann, nachdem es dieser Vertragspartei Gelegenheit zur Stellungnahme zu den vorgebrachten Bedenken gegeben und diese Stellungnahmen berücksichtigt hat, gegebenenfalls Empfehlungen an die Vertragspartei richten, die die Tätigkeit genehmigt hat.

(d) The registration of concerns, any notifications issued and any recommendations made by the Scientific and Technical Body shall be made publicly available, including through the Clearing-House Mechanism;

d) L'expression des préoccupations, toute notification émise et toute recommandation formulée par l'Organe scientifique et technique sont rendues publiques, notamment par l'intermédiaire du Centre d'échange ;

d) Die vorgebrachten Bedenken, die ausgestellten Benachrichtigungen und etwaige vom wissenschaftlich-technischen Organ abgegebene Empfehlungen werden öffentlich zugänglich gemacht, unter anderem über den Vermittlungsmechanismus.

(e) The Party that authorized the activity shall give consideration to any notifications issued and any recommendations made by the Scientific and Technical Body.

e) La Partie qui a autorisé l'activité prend en considération toute notification émise et toute recommandation formulée par l'Organe scientifique et technique.

e) Die Vertragspartei, die die Tätigkeit genehmigt hat, prüft alle ausgestellten Benachrichtigungen und etwaige vom wissenschaftlich-technischen Organ abgegebenen Empfehlungen.

5. All States, in particular adjacent coastal States and any other States adjacent to the activity when they are potentially most affected States, and stakeholders shall be kept informed through the Clearing-House Mechanism and may be consulted in the monitoring, reporting and review processes in respect of an activity authorized under this Agreement.

5. Tous les États, en particulier les États côtiers adjacents et tout autre État adjacent à l'activité faisant partie des États les plus susceptibles d'être affectés, et toutes les parties prenantes sont tenus informés par l'intermédiaire du Centre d'échange et peuvent être consultés lors des procédures de surveillance, d'établissement des rapports et d'examen concernant une activité autorisée conformément au présent Accord.

(5) Alle Staaten, insbesondere die angrenzenden Küstenstaaten und alle anderen an die Tätigkeit angrenzenden Staaten, sofern diese möglicherweise am stärksten betroffene Staaten sind, sowie die Interessenträger werden über den Vermittlungsmechanismus ständig unterrichtet und können in den Verfahren zur Überwachung, Berichterstattung und Überprüfung im Zusammenhang mit einer nach diesem Übereinkommen genehmigten Tätigkeit konsultiert werden.

6. Parties shall publish, including through the Clearing-House Mechanism:

6. Les Parties publient, y compris par l'intermédiaire du Centre d'échange :

(6) Die Vertragsparteien veröffentlichen, auch über den Vermittlungsmechanismus,

(a) Reports on the review of the impacts of the authorized activity;

a) Les rapports relatifs à l'examen des impacts de l'activité autorisée ;

a) Berichte über die Überprüfung der Auswirkungen der genehmigten Tätigkeit;

(b) Decision documents, including a record of the reasons for the decision by the Party, when a Party has changed its decision authorizing the activity.

b) Les documents de décision, y compris, lorsque la Partie revient sur sa décision d'autoriser l'activité, la liste des raisons ayant motivé sa décision.

b) Entscheidungsunterlagen, einschließlich einer Aufstellung der Gründe für die Entscheidung der Vertragspartei, wenn eine Vertragspartei ihre Entscheidung zur Genehmigung der Tätigkeit geändert hat.

Article 38

Standards and/or guidelines to be developed by the Scientific and Technical Body related to environmental impact assessments

Article 38

Normes et / ou lignes directrices sur les évaluations d'impact sur l'environnement à élaborer par l'Organe scientifique et technique

Artikel 38

Vom wissenschaftlich-technischen Organ zu entwickelnde Normen beziehungsweise Richtlinien für Umweltverträglichkeitsprüfungen

1. The Scientific and Technical Body shall develop standards or guidelines for consideration and adoption by the Confer-

1. L'Organe scientifique et technique élabore des normes ou des lignes directrices, en vue de leur examen et de leur adoption

(1) Das wissenschaftlich-technische Organ entwickelt von der Konferenz der Vertragsparteien zu prüfende und anzuneh-

ence of the Parties on:

(a) The determination of whether the thresholds for the conduct of a screening or an environmental impact assessment under article 30 have been met or exceeded for planned activities, including on the basis of the non-exhaustive factors set out in paragraph 2 of that article;

(b) The assessment of cumulative impacts in areas beyond national jurisdiction and how those impacts should be taken into account in the environmental impact assessment process;

(c) The assessment of impacts, in areas within national jurisdiction, of planned activities in areas beyond national jurisdiction and how those impacts should be taken into account in the environmental impact assessment process;

(d) The public notification and consultation process under article 32, including the determination of what constitutes confidential or proprietary information;

(e) The required content of environmental impact assessment reports and published information used in the screening process pursuant to article 33, including best practices;

(f) The monitoring of and reporting on the impacts of authorized activities as set out in articles 35 and 36, including the identification of best practices;

(g) The conduct of strategic environmental assessments.

2. The Scientific and Technical Body may also develop standards and guidelines for consideration and adoption by the Conference of the Parties, including on:

(a) An indicative non-exhaustive list of activities that require or do not require an environmental impact assessment, as well as any criteria related to those activities, which shall be periodically updated;

(b) The conduct of environmental impact assessments by Parties to this Agreement in areas identified as requiring protection or special attention.

3. Any standard shall be set out in an annex to this Agreement, in accordance with article 74.

par la Conférence des Parties, en ce qui concerne :

a) La méthode permettant de savoir si les seuils pour la réalisation d'un contrôle préliminaire ou d'une évaluation d'impact sur l'environnement fixés à l'article 30 sont atteints ou dépassés pour les activités envisagées, y compris sur la base de la liste non exhaustive des facteurs énoncés au paragraphe 2 dudit article ;

b) L'évaluation des impacts cumulés dans les zones ne relevant pas de la juridiction nationale et la manière dont il convient d'en tenir compte dans la procédure relative aux évaluations d'impact sur l'environnement ;

c) L'évaluation des impacts qu'ont, dans les zones relevant de la juridiction nationale, les activités qu'il est envisagé de mener dans les zones ne relevant pas de la juridiction nationale et la manière dont il convient d'en tenir compte dans la procédure relative aux évaluations d'impact sur l'environnement ;

d) La procédure de notification et de consultation publiques prévue à l'article 32, y compris la détermination de ce qui constitue des informations confidentielles ou exclusives ;

e) Ce que doivent contenir les rapports d'évaluation d'impact sur l'environnement et en quoi doivent consister les informations publiées utilisées lors du contrôle préliminaire en application de l'article 33, y compris les meilleures pratiques ;

f) La surveillance des impacts des activités autorisées et les rapports sur la question, tels que prévus aux articles 35 et 36, y compris le recensement des meilleures pratiques ;

g) La réalisation d'évaluations environnementales stratégiques.

2. L'Organe scientifique et technique peut également élaborer des normes et des lignes directrices en vue de leur examen et de leur adoption par la Conférence des Parties, notamment en ce qui concerne :

a) Une liste indicative non exhaustive des activités qui requièrent ou ne requièrent pas une évaluation d'impact sur l'environnement, ainsi que tout critère relatif à ces activités, à mettre à jour périodiquement ;

b) La réalisation d'évaluations d'impact sur l'environnement par les Parties au présent Accord dans des zones dont il a été déterminé qu'elles devaient être protégées ou requéraient une attention particulière.

3. Toute norme fait l'objet d'une annexe au présent Accord, conformément à l'article 74.

mende Normen und Richtlinien, die Folgendes betreffen:

a) die Feststellung, ob die Schwellenwerte für die Durchführung einer Vorprüfung (Screening) oder einer Umweltverträglichkeitsprüfung nach Artikel 30 für geplante Tätigkeiten erreicht oder überschritten wurden, und zwar auch auf der Grundlage der nicht erschöpfenden Liste von Faktoren in Absatz 2 des genannten Artikels;

b) die Beurteilung der kumulativen Auswirkungen in Gebieten außerhalb nationaler Hoheitsbefugnisse und die Frage, wie diese Auswirkungen im Verfahren der Umweltverträglichkeitsprüfung berücksichtigt werden sollen;

c) die Beurteilung der Auswirkungen geplanter Tätigkeiten in Gebieten außerhalb nationaler Hoheitsbefugnisse auf Gebiete innerhalb nationaler Hoheitsbefugnisse und die Frage, wie diese Auswirkungen im Verfahren der Umweltverträglichkeitsprüfung berücksichtigt werden sollen;

d) das Verfahren für die öffentliche Bekanntmachung und Konsultation nach Artikel 32 einschließlich der Festlegung, welche Informationen als vertraulich oder rechtlich geschützt gelten;

e) den erforderlichen Inhalt der Berichte über die Umweltverträglichkeitsprüfung und der veröffentlichten Informationen, die bei der Vorprüfung (Screening) nach Artikel 33 verwendet werden, einschließlich bewährter Praktiken;

f) die Überwachung der Auswirkungen der genehmigten Tätigkeiten und die diesbezügliche Berichterstattung entsprechend den Artikeln 35 und 36, einschließlich der Ermittlung bewährter Praktiken;

g) die Durchführung strategischer Umweltprüfungen.

(2) Außerdem kann das wissenschaftlich-technische Organ von der Konferenz der Vertragsparteien zu prüfende und anzunehmende Normen und Richtlinien entwickeln, die unter anderem Folgendes betreffen:

a) eine als Anhalt dienende, nicht erschöpfende Liste von Tätigkeiten, für die eine Umweltverträglichkeitsprüfung erforderlich beziehungsweise nicht erforderlich ist, sowie etwaiger Kriterien für diese Tätigkeiten, die regelmäßig aktualisiert wird;

b) die Durchführung von Umweltverträglichkeitsprüfungen durch die Vertragsparteien dieses Übereinkommens in Gebieten, die als schutzbedürftige oder besondere Aufmerksamkeit erfordernde Gebiete ausgewiesen sind.

(3) Alle Normen werden im Einklang mit Artikel 74 in einer Anlage dieses Übereinkommens aufgeführt.

Article 39

Strategic environmental assessments

1. Parties shall, individually or in cooperation with other Parties, consider conducting strategic environmental assessments for plans and programmes relating to activities under their jurisdiction or control, to be conducted in areas beyond national jurisdiction, in order to assess the potential effects of such plans or programmes, as well as of alternatives, on the marine environment.

2. The Conference of the Parties may conduct a strategic environmental assessment of an area or region to collate and synthesize the best available information about the area or region, assess current and potential future impacts and identify data gaps and research priorities.

3. When undertaking environmental impact assessments pursuant to this Part, Parties shall take into account the results of relevant strategic environmental assessments carried out under paragraphs 1 and 2 above, where available.

4. The Conference of the Parties shall develop guidance on the conduct of each category of strategic environmental assessment described in this article.

Article 39

Évaluations environnementales stratégiques

1. Les Parties, agissant seules ou en coopération avec d'autres, envisagent de réaliser des évaluations environnementales stratégiques pour les plans et programmes relatifs à des activités relevant de leur juridiction ou de leur contrôle devant être menées dans les zones ne relevant pas de la juridiction nationale, afin d'évaluer les effets potentiels sur le milieu marin de ces plans ou programmes, ou des alternatives envisagées.

2. La Conférence des Parties peut réaliser une évaluation environnementale stratégique dans une zone ou une région en vue de compiler et de synthétiser les meilleures informations disponibles sur cette zone ou région, d'évaluer les impacts existants et les futurs impacts potentiels et de recenser les lacunes en matière de données et les priorités de recherche.

3. Lorsqu'elles procèdent à des évaluations d'impact sur l'environnement en application de la présente partie, les Parties tiennent compte des résultats des évaluations environnementales stratégiques pertinentes effectuées au titre des paragraphes 1 et 2 ci-dessus, s'ils sont disponibles.

4. La Conférence des Parties élabore des orientations pour la réalisation de chaque catégorie d'évaluation environnementale stratégique décrite dans le présent article.

Artikel 39

Strategische Umweltprüfungen

(1) Die Vertragsparteien prüfen einzeln oder in Zusammenarbeit mit anderen Vertragsparteien die Durchführung strategischer Umweltprüfungen für Pläne und Programme im Zusammenhang mit ihren Hoheitsbefugnissen oder ihrer Kontrolle unterstehenden Tätigkeiten, die in Gebieten außerhalb nationaler Hoheitsbefugnisse durchgeführt werden sollen, um die möglichen Auswirkungen solcher Pläne oder Programme sowie entsprechender Alternativen auf die Meeresumwelt zu beurteilen.

(2) Die Konferenz der Vertragsparteien kann eine strategische Umweltprüfung für ein Gebiet oder eine Region durchführen, um die besten verfügbaren Informationen über das Gebiet oder die Region zusammenzutragen und zusammenzuführen, aktuelle und mögliche künftige Auswirkungen zu beurteilen sowie Datenlücken und Forschungsprioritäten zu ermitteln.

(3) Bei der Durchführung von Umweltverträglichkeitsprüfungen nach diesem Teil berücksichtigen die Vertragsparteien die Ergebnisse der nach den Absätzen 1 und 2 durchgeführten einschlägigen strategischen Umweltprüfungen, sofern diese vorliegen.

(4) Die Konferenz der Vertragsparteien erarbeitet Leitlinien für die Durchführung der einzelnen in diesem Artikel beschriebenen Arten strategischer Umweltprüfungen.

Part V

Capacity-building and the transfer of marine technology

Article 40

Objectives

The objectives of this Part are to:

(a) Assist Parties, in particular developing States Parties, in implementing the provisions of this Agreement, to achieve its objectives;

(b) Enable inclusive, equitable and effective cooperation and participation in the activities undertaken under this Agreement;

(c) Develop the marine scientific and technological capacity, including with respect to research, of Parties, in particular developing States Parties, with regard to the conservation and sustainable use of marine biological diversity of areas beyond national jurisdiction, including through access to marine technology by, and the transfer of marine technology to, developing States Parties;

Partie V

Renforcement des capacités et transfert de technologies marines

Article 40

Objectifs

Les objectifs de la présente partie sont les suivants :

a) Aider les Parties, en particulier les États Parties en développement, à mettre en œuvre les dispositions du présent Accord en vue de réaliser les objectifs de celui-ci ;

b) Permettre une coopération et une participation inclusives, équitables et effectives aux activités menées dans le cadre du présent Accord ;

c) Développer les capacités scientifiques et technologiques marines des Parties, en particulier celles des États Parties en développement, y compris en matière de recherche, en ce qui concerne la conservation et l'utilisation durable de la diversité biologique marine des zones ne relevant pas de la juridiction nationale, notamment par l'accès des États Parties en développement aux technologies marines et par le transfert de ces technologies à ces États ;

Teil V

Kapazitätsaufbau und Weitergabe von Meerestechnologie

Artikel 40

Ziele

Die Ziele dieses Teiles bestehen darin,

a) die Vertragsparteien, insbesondere die Entwicklungsstaaten, die Vertragsparteien sind, bei der Durchführung dieses Übereinkommens mit Blick auf die Erreichung seiner Ziele zu unterstützen;

b) eine inklusive, gerechte und wirksame Zusammenarbeit und Beteiligung an den nach diesem Übereinkommen durchgeführten Tätigkeiten zu ermöglichen;

c) die meereswissenschaftliche und -technologische Leistungsfähigkeit der Vertragsparteien, insbesondere der Entwicklungsstaaten, die Vertragsparteien sind, auch im Bereich Forschung, im Hinblick auf die Erhaltung und nachhaltige Nutzung der biologischen Vielfalt der Meere von Gebieten außerhalb nationaler Hoheitsbefugnisse zu entwickeln, und zwar unter anderem durch den Zugang der Entwicklungsstaaten, die Vertragsparteien sind, zu Meerestechnologie und die Weitergabe dieser Meerestechnologie an diese Entwicklungsstaaten;

(d) Increase, disseminate and share knowledge on the conservation and sustainable use of marine biological diversity of areas beyond national jurisdiction;

(e) More specifically, support developing States Parties, in particular the least developed countries, landlocked developing countries, geographically disadvantaged States, small island developing States, coastal African States, archipelagic States and developing middle-income countries, through capacity-building and the development and transfer of marine technology under this Agreement, in achieving the objectives relating to:

(i) Marine genetic resources, including the sharing of benefits, as reflected in article 9;

(ii) Measures such as area-based management tools, including marine protected areas, as reflected in article 17;

(iii) Environmental impact assessments, as reflected in article 27.

d) Accroître, diffuser et partager les connaissances sur la conservation et l'utilisation durable de la diversité biologique marine des zones ne relevant pas de la juridiction nationale ;

e) Plus spécifiquement, soutenir les États Parties en développement, en particulier les pays les moins développés, les pays en développement sans littoral, les États géographiquement désavantagés, les petits États insulaires en développement, les États côtiers d'Afrique, les États archipels et les pays en développement à revenu intermédiaire, par le renforcement des capacités et le développement et le transfert de technologies marines prévus dans le présent Accord, à atteindre les objectifs relatifs à ce qui suit :

i) Les ressources génétiques marines, y compris le partage des avantages visé à l'article 9 ;

ii) Les mesures telles que les outils de gestion par zone, y compris les aires marines protégées, visés à l'article 17 ;

iii) Les évaluations d'impact sur l'environnement visées à l'article 27.

d) das Wissen über die Erhaltung und nachhaltige Nutzung der biologischen Vielfalt der Meere von Gebieten außerhalb nationaler Hoheitsbefugnisse zu erweitern, zu verbreiten und auszutauschen;

e) konkret die Entwicklungsstaaten, die Vertragsparteien sind, insbesondere die am wenigsten entwickelten Länder, die Binnenentwicklungsländer, die geographisch benachteiligten Staaten, die kleinen Inselstaaten, die Entwicklungsstaaten sind, die afrikanischen Küstenstaaten, die Archipelstaaten und die Entwicklungsländer mit mittlerem Einkommen, durch Kapazitätsaufbau und die Entwicklung und Weitergabe von Meerestechnologie nach diesem Übereinkommen bei der Erreichung der Ziele im Hinblick auf Folgendes zu unterstützen:

i) maringenetische Ressourcen einschließlich der Aufteilung der Vorteile nach Artikel 9;

ii) Maßnahmen wie gebietsbezogene Managementinstrumente einschließlich Meeresschutzgebiete nach Artikel 17;

iii) Umweltverträglichkeitsprüfungen nach Artikel 27.

Article 41

Cooperation in capacity-building and the transfer of marine technology

1. Parties shall cooperate, directly or through relevant legal instruments and frameworks and relevant global, regional, subregional and sectoral bodies, to assist Parties, in particular developing States Parties, in achieving the objectives of this Agreement through capacity-building and the development and transfer of marine science and marine technology.

2. In providing capacity-building and the transfer of marine technology under this Agreement, Parties shall cooperate at all levels and in all forms, including through partnerships with and involving all relevant stakeholders, such as, where appropriate, the private sector, civil society, and Indigenous Peoples and local communities as holders of traditional knowledge, as well as through strengthening cooperation and coordination between relevant legal instruments and frameworks and relevant global, regional, subregional and sectoral bodies.

3. In giving effect to this Part, Parties shall give full recognition to the special requirements of developing States Parties, in particular the least developed countries,

Article 41

Coopération dans le domaine du renforcement des capacités et du transfert de technologies marines

1. Les Parties coopèrent, directement ou par l'intermédiaire des instruments et cadres juridiques pertinents et des organes mondiaux, régionaux, sous-régionaux et sectoriels pertinents, en vue d'aider les Parties, en particulier les États Parties en développement, à atteindre les objectifs du présent Accord par le renforcement des capacités et le développement et le transfert des sciences de la mer et technologies marines.

2. Lorsqu'elles œuvrent au renforcement des capacités et au transfert de technologies marines au titre du présent Accord, les Parties coopèrent à tous les niveaux et sous toutes les formes, y compris en impliquant toutes les parties prenantes pertinentes, telles que, selon les cas, le secteur privé, la société civile, les peuples autochtones et les communautés locales en leur qualité de détenteurs de connaissances traditionnelles, et en établissant des partenariats avec elles, ainsi qu'en renforçant la coopération et la coordination entre les instruments et cadres juridiques pertinents et les organes mondiaux, régionaux, sous-régionaux et sectoriels pertinents.

3. Lorsqu'elles donnent effet à la présente partie, les Parties reconnaissent pleinement les besoins particuliers des États Parties en développement, en particu-

Artikel 41

Zusammenarbeit beim Kapazitätsaufbau und bei der Weitergabe von Meerestechnologie

(1) Die Vertragsparteien arbeiten unmittelbar oder über die einschlägigen Rechtsinstrumente und rechtlichen Rahmen sowie die zuständigen weltweiten, regionalen, subregionalen und sektoralen Organe zusammen, um die Vertragsparteien, insbesondere die Entwicklungsstaaten, die Vertragsparteien sind, bei der Erreichung der Ziele dieses Übereinkommens durch Kapazitätsaufbau und die Entwicklung und Weitergabe von meereswissenschaftlichen Kenntnissen und Meerestechnologie zu unterstützen.

(2) Beim Kapazitätsaufbau und bei der Weitergabe von Meerestechnologie nach diesem Übereinkommen arbeiten die Vertragsparteien auf allen Ebenen und in jeder Form zusammen, und zwar auch durch Partnerschaften mit und die Einbeziehung von allen maßgeblichen Interessenträgern, wie gegebenenfalls dem Privatsektor, der Zivilgesellschaft und indigenen Völkern und ortsansässigen Gemeinschaften als Trägern traditionellen Wissens sowie durch die Stärkung der Zusammenarbeit und Koordinierung zwischen den einschlägigen Rechtsinstrumenten und rechtlichen Rahmen sowie den zuständigen weltweiten, regionalen, subregionalen und sektoralen Organen.

(3) Bei der Durchführung dieses Teiles erkennen die Vertragsparteien die besonderen Bedürfnisse der Entwicklungsstaaten, die Vertragsparteien sind, insbesondere der

landlocked developing countries, geographically disadvantaged States, small island developing States, coastal African States, archipelagic States and developing middle-income countries. Parties shall ensure that the provision of capacity-building and the transfer of marine technology is not conditional on onerous reporting requirements.

lier des pays les moins avancés, des pays en développement sans littoral, des États géographiquement désavantagés, des petits États insulaires en développement, des États côtiers d'Afrique, des États archipels et des pays en développement à revenu intermédiaire. Les Parties veillent à ce que le renforcement des capacités et le transfert de technologies marines ne soient pas soumis à de lourdes exigences en matière d'établissement de rapports.

am wenigsten entwickelten Länder, der Binnenentwicklungsländer, der geographisch benachteiligten Staaten, der kleinen Inselstaaten, die Entwicklungsstaaten sind, der afrikanischen Küstenstaaten, der Archipelstaaten und der Entwicklungsländer mit mittlerem Einkommen, in vollem Umfang an. Die Vertragsparteien stellen sicher, dass der Kapazitätsaufbau und die Weitergabe von Meerestechnologie nicht von belastenden Berichtspflichten abhängig gemacht werden.

Article 42

Modalities for capacity-building and for the transfer of marine technology

1. Parties, within their capabilities, shall ensure capacity-building for developing States Parties and shall cooperate to achieve the transfer of marine technology, in particular to developing States Parties that need and request it, taking into account the special circumstances of small island developing States and of least developed countries, in accordance with the provisions of this Agreement.

2. Parties shall provide, within their capabilities, resources to support such capacity-building and the development and transfer of marine technology and to facilitate access to other sources of support, taking into account their national policies, priorities, plans and programmes.

3. Capacity-building and the transfer of marine technology should be a country-driven, transparent, effective and iterative process that is participatory, cross-cutting and gender-responsive. It shall build upon, as appropriate, and not duplicate existing programmes and be guided by lessons learned, including those from capacity-building and transfer of marine technology activities under relevant legal instruments and frameworks and relevant global, regional, subregional and sectoral bodies. Insofar as possible, it shall take into account these activities with a view to maximizing efficiency and results.

4. Capacity-building and the transfer of marine technology shall be based on and be responsive to the needs and priorities of developing States Parties, taking into account the special circumstances of small island developing States and of least developed countries, identified through needs assessments on an individual case-by-case, subregional or regional basis. Such needs and priorities may be self-assessed or facilitated through the capacity-building and transfer of marine technology committee and the

Article 42

Modalités de renforcement des capacités et de transfert de technologies marines

1. Les Parties, dans la mesure de leurs moyens, veillent au renforcement des capacités des États Parties en développement et coopèrent pour assurer le transfert de technologies marines, en particulier aux États Parties en développement qui en ont besoin et qui le demandent, en tenant compte de la situation particulière des petits États insulaires en développement et des pays les moins avancés, conformément aux dispositions du présent Accord.

2. Les Parties, dans la mesure de leurs moyens, fournissent des ressources pour appuyer ce renforcement des capacités et le développement et le transfert de technologies marines et pour faciliter l'accès à d'autres sources d'appui, en tenant compte de leurs politiques, priorités, plans et programmes nationaux.

3. Le renforcement des capacités et le transfert de technologies marines devraient être un processus piloté par les pays, transparent, efficace, itératif, participatif, transversal et tenant compte du genre. Ce processus s'appuie, le cas échéant, sur les programmes existants, avec lesquels il ne fait pas double emploi, et s'inspire des enseignements tirés de l'expérience, notamment des activités de renforcement des capacités et de transfert de technologies marines menées dans le cadre des instruments et cadres juridiques pertinents et des organes mondiaux, régionaux, sous-régionaux et sectoriels pertinents. Dans la mesure du possible, il est tenu compte de ces activités pour optimiser l'efficacité et les résultats.

4. Le renforcement des capacités et le transfert de technologies marines se basent sur les besoins et les priorités des États Parties en développement, auxquels ils répondent, compte tenu de la situation particulière des petits États insulaires en développement et des pays les moins avancés, et qui sont définis à l'issue d'évaluations des besoins effectuées au cas par cas ou sur une base sous-régionale ou régionale. Ces besoins et priorités peuvent faire l'objet d'une auto-évaluation ou être facilités par le

Artikel 42

Modalitäten für den Kapazitätsaufbau und die Weitergabe von Meerestechnologie

(1) Im Rahmen ihrer Möglichkeiten und im Einklang mit diesem Übereinkommen gewährleisten die Vertragsparteien den Kapazitätsaufbau für die Entwicklungsstaaten, die Vertragsparteien sind, und arbeiten zusammen, um die Weitergabe von Meerestechnologie zu ermöglichen, insbesondere an Entwicklungsstaaten, die Vertragsparteien sind und sie benötigen und darum ersuchen, unter Berücksichtigung der besonderen Umstände der kleinen Inselstaaten, die Entwicklungsstaaten sind, und der am wenigsten entwickelten Länder.

(2) Im Rahmen ihrer Möglichkeiten stellen die Vertragsparteien Mittel zur Unterstützung dieses Kapazitätsaufbaus und der Entwicklung und Weitergabe von Meerestechnologie und zur Erleichterung des Zugangs zu anderen Quellen der Unterstützung unter Berücksichtigung ihrer nationalen Politik, Prioritäten, Pläne und Programme bereit.

(3) Der Kapazitätsaufbau und die Weitergabe von Meerestechnologie sollen ein von den Ländern ausgehender, transparenter, wirksamer und schrittweiser Prozess sein, der partizipatorisch, bereichsübergreifend und geschlechtergerecht ist. Dieser Prozess baut gegebenenfalls auf bestehenden Programmen auf, ohne diese zu duplizieren, und stützt sich auf die Erkenntnisse, die unter anderem beim Kapazitätsaufbau und bei der Weitergabe von Meerestechnologie entsprechend den einschlägigen Rechtsinstrumenten und rechtlichen Rahmen sowie bei den zuständigen weltweiten, regionalen, subregionalen und sektoralen Organen gewonnen wurden. Soweit dies möglich ist, trägt er diesen Tätigkeiten im Hinblick auf optimale Effizienz und Ergebnisse Rechnung.

(4) Der Kapazitätsaufbau und die Weitergabe von Meerestechnologie beruhen auf den im Rahmen von Bedarfsprüfungen auf Einzelfall-, subregionaler oder regionaler Basis ermittelten Bedürfnissen und Prioritäten der Entwicklungsstaaten, die Vertragsparteien sind, unter Berücksichtigung der besonderen Umstände der kleinen Inselstaaten, die Entwicklungsstaaten sind, und der am wenigsten entwickelten Länder, und gehen auf diese Bedürfnisse und Prioritäten ein. Diese Bedürfnisse und Prioritäten kön-

Clearing-House Mechanism.

comité de renforcement des capacités et de transfert de technologies marines et par le Centre d'échange.

nen durch Selbstbeurteilungen oder über den Ausschuss für den Kapazitätsaufbau und die Weitergabe von Meerestechnologie sowie über den Vermittlungsmechanismus ermittelt werden.

Article 43

Additional modalities for the transfer of marine technology

1. Parties share a long-term vision of the importance of fully realizing technology development and transfer for inclusive, equitable and effective cooperation and participation in the activities undertaken under this Agreement and in order to fully achieve its objectives.

2. The transfer of marine technology undertaken under this Agreement shall take place on fair and most favourable terms, including on concessional and preferential terms, and in accordance with mutually agreed terms and conditions as well as the objectives of this Agreement.

3. Parties shall promote and encourage economic and legal conditions for the transfer of marine technology to developing States Parties, taking into account the special circumstances of small island developing States and of least developed countries, which may include providing incentives to enterprises and institutions.

4. The transfer of marine technology shall take into account all rights over such technologies and be carried out with due regard for all legitimate interests, including, inter alia, the rights and duties of holders, suppliers and recipients of marine technology and taking into particular consideration the interests and needs of developing States for the attainment of the objectives of this Agreement.

5. Marine technology transferred pursuant to this Part shall be appropriate, relevant and, to the extent possible, reliable, affordable, up to date, environmentally sound and available in an accessible form for developing States Parties, taking into account the special circumstances of small island developing States and of least developed countries.

Article 43

Modalités supplémentaires de transfert de technologies marines

1. Les Parties partagent une vision durable de l'importance que revêt la pleine réalisation du développement et du transfert de technologies pour une coopération et une participation inclusives, équitables et efficaces dans les activités entreprises au titre du présent Accord et pour que les objectifs de celui-ci puissent être pleinement atteints.

2. Le transfert de technologies marines entrepris en application du présent Accord s'effectue à des conditions justes et les plus favorables, y compris à des conditions de faveur et préférentielles, et conformément à des modalités arrêtées d'un commun accord ainsi qu'aux objectifs du présent Accord.

3. Les Parties favorisent et encouragent l'instauration de conditions économiques et juridiques propices au transfert de technologies marines aux États Parties en développement, en tenant compte de la situation particulière des petits États insulaires en développement et des pays les moins avancés, y compris, éventuellement, en offrant des incitations aux entreprises et aux institutions.

4. Le transfert de technologies marines s'effectue compte tenu de tous les droits qui s'exercent sur celles-ci et en tenant dûment compte de tous les intérêts légitimes, y compris, entre autres, les droits et obligations des détenteurs, des fournisseurs et des bénéficiaires de telles technologies et compte tenu, particulièrement, des intérêts et besoins des États en développement en ce qui concerne la réalisation des objectifs du présent Accord.

5. Les technologies marines transférées au titre de la présente partie sont appropriées, pertinentes et, dans la mesure du possible, fiables, d'un coût abordable, modernes, respectueuses de l'environnement et disponibles sous une forme accessible aux États Parties en développement, compte tenu de la situation particulière des petits États insulaires en développement et des pays les moins avancés.

Artikel 43

Zusätzliche Modalitäten für die Weitergabe von Meerestechnologie

(1) Die Vertragsparteien haben eine gemeinsame langfristige Vision von der Bedeutung einer uneingeschränkten Verwirklichung der Entwicklung und Weitergabe von Technologie für eine inklusive, gerechte und wirksame Zusammenarbeit und Beteiligung an den nach diesem Übereinkommen durchgeführten Tätigkeiten und für die vollständige Erreichung seiner Ziele.

(2) Die Weitergabe von Meerestechnologie nach diesem Übereinkommen erfolgt zu ausgewogenen und günstigsten Bedingungen, darunter auch zu Konzessions- und Vorzugsbedingungen, und im Einklang mit einvernehmlich festgelegten Bedingungen sowie den Zielen dieses Übereinkommens.

(3) Die Vertragsparteien fördern und begünstigen wirtschaftliche und rechtliche Bedingungen für die Weitergabe von Meerestechnologie an Entwicklungsstaaten, die Vertragsparteien sind, unter Berücksichtigung der besonderen Umstände der kleinen Inselstaaten, die Entwicklungsstaaten sind, und der am wenigsten entwickelten Länder, was auch Anreize für Unternehmen und Einrichtungen umfassen kann.

(4) Die Weitergabe von Meerestechnologie erfolgt unter Berücksichtigung aller Rechte an diesen Technologien und unter gebührender Rücksicht auf alle berechtigten Interessen, insbesondere auf die Rechte und Pflichten der Inhaber, Lieferanten und Empfänger von Meerestechnologie sowie unter besonderer Berücksichtigung der Interessen und Bedürfnisse der Entwicklungsstaaten im Hinblick auf die Erreichung der Ziele dieses Übereinkommens.

(5) Die nach diesem Teil weitergegebene Meerestechnologie ist angemessen, zweckdienlich und, soweit möglich, zuverlässig, erschwinglich, aktuell, umweltverträglich und in einer für die Entwicklungsstaaten, die Vertragsparteien sind, zugänglichen Form verfügbar, unter Berücksichtigung der besonderen Umstände der kleinen Inselstaaten, die Entwicklungsstaaten sind, und der am wenigsten entwickelten Länder.

Article 44

Types of capacity-building and of the transfer of marine technology

1. In support of the objectives set out in article 40, the types of capacity-building and of the transfer of marine technology may include, but are not limited to, support for the creation or enhancement of the human, financial management, scientific, technolog-

Article 44

Formes du renforcement des capacités et du transfert de technologies marines

1. Aux fins des objectifs énoncés à l'article 40, le renforcement des capacités et le transfert de technologies marines peuvent prendre plusieurs formes, y compris, sans s'y limiter, un appui à la constitution ou au renforcement des capacités des Parties

Artikel 44

Formen des Kapazitätsaufbaus und der Weitergabe von Meerestechnologie

(1) Zur Unterstützung der in Artikel 40 genannten Ziele können der Kapazitätsaufbau und die Weitergabe von Meerestechnologie in verschiedener Form, unter anderem in Form von Unterstützung bei der Schaffung oder Stärkung der personellen,

ical, organizational, institutional and other resource capabilities of Parties, such as:

(a) The sharing and use of relevant data, information, knowledge and research results;

(b) Information dissemination and awareness-raising, including with respect to relevant traditional knowledge of Indigenous Peoples and local communities, in line with the free, prior and informed consent of these Indigenous Peoples and, as appropriate, local communities;

(c) The development and strengthening of relevant infrastructure, including equipment and capacity of personnel for its use and maintenance;

(d) The development and strengthening of institutional capacity and national regulatory frameworks or mechanisms;

(e) The development and strengthening of human and financial management resource capabilities and of technical expertise through exchanges, research collaboration, technical support, education and training and the transfer of marine technology;

(f) The development and sharing of manuals, guidelines and standards;

(g) The development of technical, scientific and research and development programmes;

(h) The development and strengthening of capacities and technological tools for effective monitoring, control and surveillance of activities within the scope of this Agreement.

2. Further details concerning the types of capacity-building and of the transfer of marine technology identified in this article are elaborated in Annex II.

3. The Conference of the Parties, taking account of the recommendations of the capacity-building and transfer of marine technology committee, shall periodically, as necessary, review, assess and further develop and provide guidance on the indicative and non-exhaustive list of types of capacity-building and of transfer of marine technology elaborated in Annex II, to reflect technological progress and innovation and to respond and adapt to the evolving needs of States, subregions and regions.

en matière de ressources humaines, de moyens de gestion financière et de moyens scientifiques, technologiques, administratifs, institutionnels et autres, tels que :

a) Le partage et l'utilisation de données, d'informations, de connaissances et de résultats de recherches pertinents ;

b) La diffusion d'informations et la sensibilisation, notamment, en ce qui concerne les connaissances traditionnelles pertinentes des peuples autochtones et des communautés locales, dans le respect du principe du consentement préalable, donné librement et en connaissance de cause, de ces peuples et, selon le cas, de ces communautés ;

c) Le développement et le renforcement des infrastructures pertinentes, y compris du matériel et des compétences nécessaires à leur utilisation et à leur entretien ;

d) Le développement et le renforcement des capacités institutionnelles et des cadres ou mécanismes nationaux de réglementation ;

e) Le développement et le renforcement des capacités en matière de ressources humaines et de moyens de gestion financière et de l'expertise technique, par des échanges, la collaboration en matière de recherche, l'appui technique, l'éducation et la formation, et par le transfert de technologies marines ;

f) L'élaboration et le partage de manuels, de lignes directrices et de normes ;

g) L'élaboration de programmes techniques, scientifiques et de recherche et développement ;

h) Le développement et le renforcement des capacités et des outils technologiques nécessaires au suivi, au contrôle et à la surveillance efficaces des activités relevant du champ du présent Accord.

2. Les formes que peuvent prendre le renforcement des capacités et le transfert de technologies marines énumérées dans le présent article sont indiquées plus en détail à l'annexe II.

3. La Conférence des Parties, prenant en considération les recommandations formulées par le comité de renforcement des capacités et de transfert de technologies marines, examine, évalue, développe périodiquement, selon que de besoin, la liste indicative et non exhaustive des formes que peuvent prendre le renforcement des capacités et le transfert de technologies marines présentées à l'annexe II et à fournir des orientations à cet égard, en vue de tenir compte des progrès et innovations technologiques et de répondre et de s'adapter à l'évolution des besoins des États, sous-régions et régions.

mit der Verwaltung der Finanzen verbundenen, wissenschaftlichen, technologischen, organisatorischen, institutionellen und sonstigen Ressourcen der Vertragsparteien, erfolgen, etwa durch

a) den Austausch und die Nutzung einschlägiger Daten, Informationen, Kenntnisse und Forschungsergebnisse;

b) die Verbreitung von Informationen und Bewusstseinsschärfung, auch in Bezug auf einschlägiges traditionelles Wissen indigener Völker und ortsansässiger Gemeinschaften unter Achtung des Grundsatzes der freiwilligen und auf Kenntnis der Sachlage gegründeten vorherigen Zustimmung dieser indigenen Völker und gegebenenfalls ortsansässigen Gemeinschaften;

c) die Entwicklung und Stärkung der einschlägigen Infrastruktur, einschließlich der Ausrüstung und der Befähigung des Personals für deren Nutzung und Wartung;

d) die Entwicklung und Stärkung der institutionellen Kapazitäten und innerstaatlichen Regulierungsrahmen oder -mechanismen;

e) die Entwicklung und Stärkung der personellen und mit der Verwaltung der Finanzen verbundenen Ressourcen und des technischen Sachverstands durch Austausch, Forschungszusammenarbeit, technische Unterstützung, Ausbildung und Schulung und Weitergabe von Meerestechnologie;

f) die Entwicklung und den Austausch von Handbüchern, Richtlinien und Normen;

g) die Entwicklung von Programmen in den Bereichen Technik, Wissenschaft sowie Forschung und Entwicklung;

h) die Entwicklung und Stärkung von Kapazitäten und technologischen Instrumenten für eine wirksame Überwachung, Kontrolle und Aufsicht in Bezug auf Tätigkeiten im Geltungsbereich dieses Übereinkommens.

(2) Weitere Einzelheiten zu den in diesem Artikel genannten Formen des Kapazitätsaufbaus und der Weitergabe von Meerestechnologie sind in Anlage II aufgeführt.

(3) Die Konferenz der Vertragsparteien überprüft und bewertet unter Berücksichtigung der Empfehlungen des Ausschusses für den Kapazitätsaufbau und die Weitergabe von Meerestechnologie bei Bedarf in regelmäßigen Abständen die in Anlage II enthaltene als Anhalt dienende und nicht erschöpfende Liste der Formen des Kapazitätsaufbaus und der Weitergabe von Meerestechnologie, entwickelt sie weiter und gibt in dieser Hinsicht Leitlinien mit dem Ziel vor, technologischen Fortschritten und Innovationen Rechnung zu tragen sowie auf die sich wandelnden Bedürfnisse der Staaten, Subregionen und Regionen einzugehen und entsprechende Anpassungen vorzunehmen.

Article 45

Monitoring and review

1. Capacity-building and the transfer of marine technology undertaken in accordance with the provisions of this Part shall be monitored and reviewed periodically.

2. The monitoring and review referred to in paragraph 1 above shall be carried out by the capacity-building and transfer of marine technology committee under the authority of the Conference of the Parties and shall be aimed at:

(a) Assessing and reviewing the needs and priorities of developing States Parties in terms of capacity-building and the transfer of marine technology, paying particular attention to the special requirements of developing States Parties and to the special circumstances of small island developing States and of least developed countries, in accordance with article 42, paragraph 4;

(b) Reviewing the support required, provided and mobilized, as well as gaps in meeting the assessed needs of developing States Parties in relation to this Agreement;

(c) Identifying and mobilizing funds under the financial mechanism established under article 52 to develop and implement capacity-building and the transfer of marine technology, including for the conduct of needs assessments;

(d) Measuring performance on the basis of agreed indicators and reviewing results-based analyses, including on the output, outcomes, progress and effectiveness of capacity-building and transfer of marine technology under this Agreement, as well as successes and challenges;

(e) Making recommendations for follow-up activities, including on how capacity-building and the transfer of marine technology could be further enhanced to allow developing States Parties, taking into account the special circumstances of small island developing States and of least developed countries, to strengthen their implementation of the Agreement in order to achieve its objectives.

3. In supporting the monitoring and review of capacity-building and the transfer of marine technology, Parties shall submit reports to the capacity-building and transfer of marine technology committee. Those reports should be in a format and at intervals to be determined by the Conference of the Parties, taking into account the recommendations of the capacity-building and transfer of marine technology committee. In submit-

Article 45

Suivi et examen

1. Le renforcement des capacités et le transfert de technologies marines effectués conformément aux dispositions de la présente partie font l'objet d'un suivi et d'un examen périodiques.

2. Le suivi et l'examen visés au paragraphe 1 ci-dessus sont assurés par le comité de renforcement des capacités et de transfert de technologies marines, sous l'autorité de la Conférence des Parties, et ont les objectifs suivants :

a) Évaluer et examiner les besoins et les priorités des États Parties en développement en matière de renforcement des capacités et de transfert de technologies marines, en accordant une attention particulière aux besoins spécifiques des États Parties en développement et à la situation particulière des petits États insulaires en développement et des pays les moins avancés, conformément au paragraphe 4 de l'article 42 ;

b) Examiner l'appui requis, fourni et mobilisé, ainsi que les lacunes dans la satisfaction des besoins évalués des États Parties en développement en relation avec le présent Accord ;

c) Trouver et mobiliser des fonds au titre du mécanisme de financement créé par l'article 52, en vue de développer et de mettre en œuvre le renforcement des capacités et le transfert de technologies marines, y compris aux fins de la réalisation des évaluations des besoins ;

d) Mesurer la performance au moyen d'indicateurs agréés et examiner les analyses axées sur les résultats, y compris sur les produits, les réalisations, les progrès et l'efficacité des activités de renforcement des capacités et de transfert de technologies marines entreprises au titre du présent Accord, ainsi que sur les réussites et les difficultés rencontrées ;

e) Formuler des recommandations sur des activités de suivi, y compris sur la manière dont le renforcement des capacités et le transfert de technologies marines pourraient être encore améliorés pour permettre aux États Parties en développement, en tenant compte de la situation particulière des petits États insulaires en développement et des pays les moins avancés, de renforcer leur mise en œuvre de l'Accord afin de réaliser ses objectifs.

3. Pour faciliter le suivi et l'examen des activités de renforcement des capacités et de transfert de technologies marines, les Parties soumettent des rapports au comité de renforcement des capacités et de transfert de technologies marines. Ces rapports devraient être présentés dans un format et à une périodicité à déterminer par la Conférence des Parties, en tenant compte de la recommandation du comité de renforcement

Artikel 45

Überwachung und Überprüfung

(1) Der Kapazitätsaufbau und die Weitergabe von Meerestechnologie, die im Einklang mit diesem Teil stattfinden, werden regelmäßig überwacht und überprüft.

(2) Die in Absatz 1 genannte Überwachung und Überprüfung wird vom Ausschuss für den Kapazitätsaufbau und die Weitergabe von Meerestechnologie unter der Aufsicht der Konferenz der Vertragsparteien mit folgenden Zielen durchgeführt:

a) Prüfung und Überprüfung des Bedarfs und der Prioritäten der Entwicklungsstaaten, die Vertragsparteien sind, in Bezug auf den Kapazitätsaufbau und die Weitergabe von Meerestechnologie, unter besonderer Beachtung der besonderen Bedürfnisse der Entwicklungsstaaten, die Vertragsparteien sind, und der besonderen Umstände der kleinen Inselstaaten, die Entwicklungsstaaten sind, und der am wenigsten entwickelten Länder, im Einklang mit Artikel 42 Absatz 4;

b) Überprüfung der benötigten, geleisteten und zugesagten Unterstützung sowie der Lücken bei der Erfüllung des ermittelten Bedarfs der Entwicklungsstaaten, die Vertragsparteien sind, im Zusammenhang mit diesem Übereinkommen;

c) Erschließung und Aufbringung von Mitteln im Rahmen des nach Artikel 52 eingerichteten Finanzierungsmechanismus zur Planung und Durchführung des Kapazitätsaufbaus und der Weitergabe von Meerestechnologie, auch für die Durchführung von Bedarfsprüfungen;

d) Leistungsmessung auf der Grundlage vereinbarter Indikatoren und Überprüfung ergebnisorientierter Analysen, auch zu der Leistung, den Ergebnissen, den Fortschritten und der Wirksamkeit des Kapazitätsaufbaus und der Weitergabe von Meerestechnologie nach diesem Übereinkommen sowie den diesbezüglichen Erfolgen und Herausforderungen;

e) Formulierung von Empfehlungen für Folgetätigkeiten, so auch zu der Frage, wie der Kapazitätsaufbau und die Weitergabe von Meerestechnologie weiter verbessert werden könnten, damit Entwicklungsstaaten, die Vertragsparteien sind, unter Berücksichtigung der besonderen Umstände der kleinen Inselstaaten, die Entwicklungsstaaten sind, und der am wenigsten entwickelten Länder, das Übereinkommen verstärkt durchführen und so seine Ziele erreichen können.

(3) Zur Unterstützung der Überwachung und Überprüfung des Kapazitätsaufbaus und der Weitergabe von Meerestechnologie legen die Vertragsparteien dem Ausschuss für den Kapazitätsaufbau und die Weitergabe von Meerestechnologie Berichte vor. Diese Berichte sind in einem Format und in Abständen zu erstellen, die von der Konferenz der Vertragsparteien unter Berücksichtigung der Empfehlungen des Ausschusses

ting their reports, Parties shall take into account, where applicable, input from regional and subregional bodies on capacity-building and the transfer of marine technology. The reports submitted by Parties, as well as any input from regional and subregional bodies on capacity-building and the transfer of marine technology, should be made publicly available. The Conference of the Parties shall ensure that reporting requirements should be streamlined and not onerous, in particular for developing States Parties, including in terms of costs and time requirements.

des capacités et de transfert de technologies marines. Lorsqu'elles soumettent leurs rapports, les Parties tiennent compte, le cas échéant, des contributions des organes régionaux et sous-régionaux chargés du renforcement des capacités et du transfert de technologies marines. Les rapports soumis par les Parties, ainsi que toute contribution des organes régionaux et sous-régionaux susmentionnés, devraient être rendus publics. La Conférence des Parties veille à ce que les exigences en matière de rapports soient simplifiées et non excessives, en particulier pour les États Parties en développement, y compris en matière de coût et de délai.

für den Kapazitätsaufbau und die Weitergabe von Meerestechnologie festzulegen sind. Bei der Vorlage ihrer Berichte berücksichtigen die Vertragsparteien gegebenenfalls die Beiträge regionaler und subregionaler Organe für den Kapazitätsaufbau und die Weitergabe von Meerestechnologie. Die von den Vertragsparteien vorgelegten Berichte sowie alle Beiträge regionaler und subregionaler Organe für den Kapazitätsaufbau und die Weitergabe von Meerestechnologie sollen öffentlich zugänglich gemacht werden. Die Konferenz der Vertragsparteien stellt sicher, dass die Berichtspflichten gestrafft werden und nicht belastend sind, insbesondere für Entwicklungsstaaten, die Vertragsparteien sind, auch in Bezug auf Kosten und Zeitaufwand.

Article 46

Capacity-building and transfer of marine technology committee

1. A capacity-building and transfer of marine technology committee is hereby established.

2. The committee shall consist of members possessing appropriate qualifications and expertise, to serve objectively in the best interest of the Agreement, nominated by Parties and elected by the Conference of the Parties, taking into account gender balance and equitable geographical distribution and providing for representation on the committee from the least developed countries, from the small island developing States and from the landlocked developing countries. The terms of reference and modalities for the operation of the committee shall be decided by the Conference of the Parties at its first meeting.

3. The committee shall submit reports and recommendations that the Conference of the Parties shall consider and take action on as appropriate.

Article 46

Comité de renforcement des capacités et de transfert de technologies marines

1. Il est créé un comité de renforcement des capacités et de transfert de technologies marines.

2. Le comité est composé de membres possédant les qualifications et l'expertise appropriées, qui siègent en toute objectivité et au mieux des intérêts de l'Accord et qui sont désignés par les Parties et élus par la Conférence des Parties, en tenant compte de l'équilibre des genres et d'une répartition géographique équitable, et en garantissant la représentation au sein du comité des pays les moins avancés, des petits États insulaires en développement et des pays en développement sans littoral. Le mandat et les modalités de fonctionnement du comité sont définis par la Conférence des Parties à sa première réunion.

3. Le comité soumet des rapports et des recommandations que la Conférence des Parties examine et auxquels elle donne suite selon qu'il convient.

Artikel 46

Ausschuss für den Kapazitätsaufbau und die Weitergabe von Meerestechnologie

(1) Hiermit wird ein Ausschuss für den Kapazitätsaufbau und die Weitergabe von Meerestechnologie eingesetzt.

(2) Der Ausschuss setzt sich aus Mitgliedern zusammen, die geeignete Fähigkeiten und angemessenen Sachverstand besitzen, um objektiv im Interesse des Übereinkommens zu handeln, und von den Vertragsparteien benannt und von der Konferenz der Vertragsparteien gewählt werden, unter Berücksichtigung eines ausgewogenen Geschlechterverhältnisses und einer gerechten geographischen Verteilung und mit der Maßgabe, dass die am wenigsten entwickelten Länder, die kleinen Inselstaaten, die Entwicklungsstaaten sind, und die Binnenentwicklungsländer im Ausschuss vertreten sind. Das Mandat und die Arbeitsmodalitäten des Ausschusses werden von der Konferenz der Vertragsparteien auf ihrer ersten Tagung beschlossen.

(3) Der Ausschuss legt der Konferenz der Vertragsparteien Berichte und Empfehlungen zur Prüfung und gegebenenfalls zum Ergreifen von Maßnahmen vor.

Part VI

Institutional arrangements

Article 47

Conference of the Parties

1. A Conference of the Parties is hereby established.

2. The first meeting of the Conference of the Parties shall be convened by the Secretary-General of the United Nations no later than one year after the entry into force of this Agreement. Thereafter, ordinary meetings of the Conference of the Parties shall be held at regular intervals to be determined by the Conference of the Parties. Extraordinary meetings of the Conference of the Parties may be held at other times, in accordance with the rules of procedure.

Partie VI

Dispositif institutionnel

Article 47

Conférence des Parties

1. Il est créé une Conférence des Parties.

2. La première réunion de la Conférence des Parties est convoquée par le ou la Secrétaire général(e) de l'Organisation des Nations Unies un an au plus tard après la date d'entrée en vigueur du présent Accord. Par la suite, la Conférence des Parties tient des réunions ordinaires à des intervalles réguliers qu'elle détermine. Elle peut tenir des réunions extraordinaires à d'autres moments, conformément à son règlement intérieur.

Teil VI

Institutionelle Regelungen

Artikel 47

Konferenz der Vertragsparteien

(1) Hiermit wird eine Konferenz der Vertragsparteien eingesetzt.

(2) Die erste Tagung der Konferenz der Vertragsparteien wird vom Generalsekretär der Vereinten Nationen spätestens ein Jahr nach Inkrafttreten dieses Übereinkommens einberufen. Danach finden ordentliche Tagungen der Konferenz der Vertragsparteien in regelmäßigen Abständen statt, die von der Konferenz der Vertragsparteien festgelegt werden. Außerordentliche Tagungen der Konferenz der Vertragsparteien können nach Maßgabe der Geschäftsordnung auch zu anderen Zeitpunkten stattfinden.

3. The Conference of the Parties shall ordinarily meet at the seat of the secretariat or at United Nations Headquarters.

3. La Conférence des Parties tient ses réunions ordinaires au siège du secrétariat ou au Siège de l'Organisation des Nations Unies.

(3) Die Konferenz der Vertragsparteien tritt in der Regel am Sitz des Sekretariats oder am Sitz der Vereinten Nationen zusammen.

4. The Conference of the Parties shall by consensus adopt, at its first meeting, rules of procedure for itself and its subsidiary bodies, financial rules governing its funding and the funding of the secretariat and any subsidiary bodies and, thereafter, rules of procedure and financial rules for any further subsidiary body that it may establish. Until such time as the rules of procedure have been adopted, the rules of procedure of the intergovernmental conference on an international legally binding instrument under the United Nations Convention on the Law of the Sea on the conservation and sustainable use of marine biological diversity of areas beyond national jurisdiction shall apply.

4. La Conférence des Parties adopte par consensus, à sa première réunion, son règlement intérieur et celui de ses organes subsidiaires, les règles de gestion financière régissant son financement et celui du secrétariat et de tout organe subsidiaire, ainsi que, par la suite, le règlement intérieur et les règles de gestion financière de tout autre organe subsidiaire qu'elle pourrait créer. En attendant son adoption, le règlement intérieur qui s'applique est celui de la conférence intergouvernementale chargée d'élaborer un instrument international juridiquement contraignant se rapportant à la Convention des Nations Unies sur le droit de la mer et portant sur la conservation et l'utilisation durable de la diversité biologique marine des zones ne relevant pas de la juridiction nationale.

(4) Die Konferenz der Vertragsparteien nimmt auf ihrer ersten Tagung durch Konsens eine Geschäftsordnung für sich selbst und ihre Nebenorgane, eine Finanzordnung für ihre Finanzierung sowie die Finanzierung des Sekretariats und etwaiger Nebenorgane und danach eine Geschäftsordnung und eine Finanzordnung für jedes weitere gegebenenfalls von ihr eingesetzte Nebenorgan an. Bis zur Annahme der Geschäftsordnung findet die Geschäftsordnung der zwischenstaatlichen Konferenz über eine völkerrechtlich verbindliche Übereinkunft im Rahmen des Seerechtsübereinkommens der Vereinten Nationen über die Erhaltung und nachhaltige Nutzung der biologischen Vielfalt der Meere von Gebieten außerhalb nationaler Hoheitsbefugnisse Anwendung.

5. The Conference of the Parties shall make every effort to adopt decisions and recommendations by consensus. Except as otherwise provided in this Agreement, if all efforts to reach consensus have been exhausted, decisions and recommendations of the Conference of the Parties on questions of substance shall be adopted by a two-thirds majority of the Parties present and voting, and decisions on questions of procedure shall be adopted by a majority of the Parties present and voting.

5. La Conférence des Parties n'épargne aucun effort pour adopter ses décisions et ses recommandations par consensus. Sauf disposition contraire du présent Accord, si tous les moyens de parvenir à un consensus ont été épuisés, les décisions et les recommandations de la Conférence des Parties sur les questions de fond sont adoptées à la majorité des deux tiers des Parties présentes et votantes, et les décisions sur les questions de procédure à la majorité des Parties présentes et votantes.

(5) Die Konferenz der Vertragsparteien bemüht sich nach Kräften, Beschlüsse und Empfehlungen durch Konsens anzunehmen. Sofern in diesem Übereinkommen nichts anderes vorgesehen ist und sind alle Bemühungen um einen Konsens erschöpft, so werden Beschlüsse und Empfehlungen der Konferenz der Vertragsparteien zu Sachfragen mit Zweidrittelmehrheit der anwesenden und abstimmenden Vertragsparteien und Beschlüsse zu Verfahrensfragen mit der Mehrheit der anwesenden und abstimmenden Vertragsparteien angenommen.

6. The Conference of the Parties shall keep under review and evaluation the implementation of this Agreement and, for this purpose, shall:

6. La Conférence des Parties examine et évalue régulièrement la mise en œuvre du présent Accord et, à cette fin :

(6) Die Konferenz der Vertragsparteien überprüft und bewertet laufend die Durchführung dieses Übereinkommens; zu diesem Zweck

(a) Adopt decisions and recommendations related to the implementation of this Agreement;

a) Adopte des décisions et formule des recommandations relatives à la mise en œuvre du présent Accord ;

a) nimmt sie Beschlüsse und Empfehlungen im Zusammenhang mit der Durchführung dieses Übereinkommens an;

(b) Review and facilitate the exchange of information among Parties relevant to the implementation of this Agreement;

b) Examine et facilite l'échange entre les Parties d'informations relatives à la mise en œuvre du présent Accord ;

b) überprüft und erleichtert sie den Austausch von für die Durchführung dieses Übereinkommens relevanten Informationen zwischen den Vertragsparteien;

(c) Promote, including by establishing appropriate processes, cooperation and coordination with and among relevant legal instruments and frameworks and relevant global, regional, subregional and sectoral bodies, with a view to promoting coherence among efforts towards the conservation and sustainable use of marine biological diversity of areas beyond national jurisdiction;

c) Favorise, notamment en établissant les procédures appropriées, la coopération et la coordination avec et entre les instruments et cadres juridiques pertinents et les organes mondiaux, régionaux, sous-régionaux et sectoriels pertinents, afin de promouvoir la cohérence des efforts déployés en vue de la conservation et de l'utilisation durable de la diversité biologique marine des zones ne relevant pas de la juridiction nationale ;

c) fördert sie, auch durch die Einrichtung geeigneter Prozesse, die Zusammenarbeit und Koordinierung mit und zwischen den einschlägigen Rechtsinstrumenten und rechtlichen Rahmen sowie den zuständigen weltweiten, regionalen, subregionalen und sektoralen Organen, mit dem Ziel, die Kohärenz der Bemühungen um die Erhaltung und nachhaltige Nutzung der biologischen Vielfalt der Meere von Gebieten außerhalb nationaler Hoheitsbefugnisse zu fördern;

(d) Establish such subsidiary bodies as deemed necessary to support the implementation of this Agreement;

d) Crée les organes subsidiaires jugés nécessaires pour appuyer la mise en œuvre du présent Accord ;

d) setzt sie die zur Unterstützung der Durchführung dieses Übereinkommens für notwendig erachteten Nebenorgane ein;

(e) Adopt a budget by a three-fourths majority of the Parties present and voting if all efforts to reach consensus have been exhausted, at such frequency and

e) Adopte le budget à la majorité des trois quarts des Parties présentes et votantes si tous les moyens de parvenir à un consensus ont été épuisés, à la fré-

e) nimmt sie, sind alle Bemühungen um einen Konsens erschöpft, mit Dreiviertelmehrheit der anwesenden und abstimmenden Vertragsparteien einen Haus-

for such a financial period as it may determine;

(f) Undertake other functions identified in this Agreement or as may be required for its implementation.

7. The Conference of the Parties may decide to request the International Tribunal for the Law of the Sea to give an advisory opinion on a legal question on the conformity with this Agreement of a proposal before the Conference of the Parties on any matter within its competence. A request for an advisory opinion shall not be sought on a matter within the competences of other global, regional, subregional or sectoral bodies, or on a matter that necessarily involves the concurrent consideration of any dispute concerning sovereignty or other rights over continental or insular land territory or a claim thereto, or the legal status of an area as within national jurisdiction. The request shall indicate the scope of the legal question on which the advisory opinion is sought. The Conference of the Parties may request that such opinion be given as a matter of urgency.

8. The Conference of the Parties shall, within five years of the entry into force of this Agreement and thereafter at intervals to be determined by it, assess and review the adequacy and effectiveness of the provisions of this Agreement and, if necessary, propose means of strengthening the implementation of those provisions in order to better address the conservation and sustainable use of marine biological diversity of areas beyond national jurisdiction.

quence et pour l'exercice financier qu'elle aura déterminé ;

f) Exerce d'autres fonctions définies dans le présent Accord ou pouvant être nécessaires à la mise en œuvre de celui-ci.

7. La Conférence des Parties peut décider de demander au Tribunal international du droit de la mer un avis consultatif sur toute question juridique relative à la conformité au présent Accord d'une proposition dont elle est saisie concernant tout sujet relevant de sa compétence. Elle ne sollicite pas d'avis consultatif sur des questions relevant de la compétence d'autres organes mondiaux, régionaux, sous-régionaux ou sectoriels ou sur des questions impliquant nécessairement l'examen simultané d'un différend relatif à la souveraineté ou à d'autres droits sur un territoire continental ou insulaire ou des revendications y relatives ou au régime juridique d'une zone relevant de la juridiction nationale. La demande indique la question juridique précise sur laquelle l'avis consultatif est sollicité. La Conférence des Parties peut demander que l'avis soit rendu dans les plus brefs délais.

8. La Conférence des Parties évalue et examine, dans les cinq ans suivant l'entrée en vigueur du présent Accord et, par la suite, à des intervalles qu'elle détermine, la pertinence et l'efficacité des dispositions du présent Accord et propose, si nécessaire, des moyens de renforcer la mise en œuvre de ces dispositions afin de mieux assurer la conservation et l'utilisation durable de la diversité biologique marine des zones ne relevant pas de la juridiction nationale.

halt mit der Häufigkeit und für die Finanzperiode an, die sie festlegt;

f) nimmt sie sonstige in diesem Übereinkommen genannte oder für seine Durchführung erforderliche Aufgaben wahr.

(7) Die Konferenz der Vertragsparteien kann beschließen, den Internationalen Seegerichtshof um ein Gutachten zu einer Rechtsfrage darüber zu ersuchen, ob ein ihr vorliegender Vorschlag zu einer in ihre Zuständigkeit fallenden Angelegenheit mit diesem Übereinkommen vereinbar ist. Es darf nicht um ein Gutachten ersucht werden zu einer Angelegenheit, die in die Zuständigkeit anderer weltweiter, regionaler, subregionaler oder sektoraler Organe fällt, oder zu einer Angelegenheit, die notwendigerweise die gleichzeitige Prüfung einer Streitigkeit betreffend die Souveränität oder andere Rechte über ein Festland- oder Inselgebiet oder einen Anspruch darauf oder des rechtlichen Status eines Gebiets als Gebiet innerhalb nationaler Hoheitsbefugnisse umfasst. In dem Ersuchen ist der Gegenstand der Rechtsfrage anzugeben, zu der das Gutachten eingeholt wird. Die Konferenz der Vertragsparteien kann darum ersuchen, dass dieses Gutachten so schnell wie möglich abgegeben wird.

(8) Die Konferenz der Vertragsparteien beurteilt und überprüft innerhalb von fünf Jahren nach Inkrafttreten dieses Übereinkommens und danach in von ihr festzulegenden Zeitabständen die Angemessenheit und Wirksamkeit der Bestimmungen dieses Übereinkommens und schlägt erforderlichenfalls Mittel zur Stärkung der Durchführung dieser Bestimmungen vor, um der Erhaltung und nachhaltigen Nutzung der biologischen Vielfalt der Meere von Gebieten außerhalb nationaler Hoheitsbefugnisse besser Rechnung zu tragen.

Article 48

Transparency

1. The Conference of the Parties shall promote transparency in decision-making processes and other activities carried out under this Agreement.

2. All meetings of the Conference of the Parties and its subsidiary bodies shall be open to observers participating in accordance with the rules of procedure unless otherwise decided by the Conference of the Parties. The Conference of the Parties shall publish and maintain a public record of its decisions.

3. The Conference of the Parties shall promote transparency in the implementation of this Agreement, including through the public dissemination of information and the facilitation of the participation of, and consultation with, relevant global, regional, subregional and sectoral bodies, Indigenous Peoples and local communities with relevant traditional knowledge, the scientific commu-

Article 48

Transparence

1. La Conférence des Parties favorise la transparence des procédures de prise de décision et des autres activités menées au titre du présent Accord.

2. Toutes les réunions de la Conférence des Parties et de ses organes subsidiaires sont ouvertes aux observateurs admis à y participer conformément au règlement intérieur sauf décision contraire de la Conférence des Parties. Celle-ci publie et tient à jour un registre public de ses décisions.

3. La Conférence des Parties favorise la transparence dans la mise en œuvre du présent Accord, notamment par la diffusion publique d'informations et en facilitant la participation et la consultation des organes mondiaux, régionaux, sous-régionaux et sectoriels pertinents, des peuples autochtones et des communautés locales détenant des connaissances traditionnelles perti-

Artikel 48

Transparenz

(1) Die Konferenz der Vertragsparteien fördert Transparenz bei der Beschlussfassung und anderen nach diesem Übereinkommen durchgeführten Tätigkeiten.

(2) Alle Tagungen der Konferenz der Vertragsparteien und ihrer Nebenorgane stehen Beobachtern offen, die nach Maßgabe der Geschäftsordnung teilnehmen, sofern die Konferenz der Vertragsparteien nicht etwas anderes beschließt. Die Konferenz der Vertragsparteien veröffentlicht ihre Beschlüsse und führt ein der Öffentlichkeit zugängliches Verzeichnis darüber.

(3) Die Konferenz der Vertragsparteien fördert Transparenz bei der Durchführung dieses Übereinkommens, unter anderem durch die öffentliche Verbreitung von Informationen und durch die Erleichterung der Beteiligung zuständiger weltweiter, regionaler, subregionaler und sektoraler Organe, indigener Völker und ortsansässiger Gemeinschaften mit einschlägigem traditio-

nity, civil society and other relevant stakeholders, as appropriate and in accordance with the provisions of this Agreement.

nentes, de la communauté scientifique, de la société civile et d'autres parties prenantes concernées, selon qu'il convient et conformément aux dispositions du présent Accord.

nellem Wissen, der Wissenschaftsgemeinschaft, der Zivilgesellschaft und sonstiger maßgeblicher Interessenträger und der Konsultation mit diesen, soweit dies angemessen ist und im Einklang mit diesem Übereinkommens steht.

4. Representatives of States not party to this Agreement, relevant global, regional, subregional and sectoral bodies, Indigenous Peoples and local communities with relevant traditional knowledge, the scientific community, civil society and other relevant stakeholders with an interest in matters pertaining to the Conference of the Parties may request to participate as observers in the meetings of the Conference of the Parties and of its subsidiary bodies. The rules of procedure of the Conference of the Parties shall provide for modalities for such participation and shall not be unduly restrictive in this respect. The rules of procedure shall also provide for such representatives to have timely access to all relevant information.

4. Les représentants d'États non parties au présent Accord, d'organes mondiaux, régionaux, sous-régionaux et sectoriels pertinents, de peuples autochtones et de communautés locales détenant des connaissances traditionnelles pertinentes, de la communauté scientifique, de la société civile et d'autres parties prenantes intéressées par des questions concernant la Conférence des Parties peuvent demander à participer en qualité d'observateurs aux réunions de celle-ci et de ses organes subsidiaires. Les modalités de cette participation sont fixées dans le règlement intérieur de la Conférence des Parties, qui ne doit pas être indûment restrictif à cet égard. Le règlement intérieur dispose également que ces représentants ont accès en temps utile à toutes les informations pertinentes.

(4) Vertreter von Staaten, die nicht Vertragsparteien dieses Übereinkommens sind, sowie zuständiger weltweiter, regionaler, subregionaler und sektoraler Organe, indigener Völker und ortsansässiger Gemeinschaften mit einschlägigem traditionellem Wissen, der Wissenschaftsgemeinschaft, der Zivilgesellschaft und sonstiger maßgeblicher Interessenträger, die ein Interesse an Angelegenheiten im Zusammenhang mit der Konferenz der Vertragsparteien haben, können darum ersuchen, als Beobachter an den Tagungen der Konferenz der Vertragsparteien und ihrer Nebenorgane teilzunehmen. Die Modalitäten einer solchen Teilnahme werden in der Geschäftsordnung der Konferenz der Vertragsparteien festgelegt und dürfen in dieser Hinsicht nicht ungebührlich restriktiv sein. In der Geschäftsordnung wird außerdem festgelegt, dass diese Vertreter rechtzeitig Zugang zu allen zweckdienlichen Informationen erhalten.

Article 49

Scientific and Technical Body

1. A Scientific and Technical Body is hereby established.

2. The Scientific and Technical Body shall be composed of members serving in their expert capacity and in the best interest of the Agreement, nominated by Parties and elected by the Conference of the Parties, with suitable qualifications, taking into account the need for multidisciplinary expertise, including relevant scientific and technical expertise and expertise in relevant traditional knowledge of Indigenous Peoples and local communities, gender balance and equitable geographical representation. The terms of reference and modalities for the operation of the Scientific and Technical Body, including its selection process and the terms of members' mandates, shall be determined by the Conference of the Parties at its first meeting.

3. The Scientific and Technical Body may draw on appropriate advice emanating from relevant legal instruments and frameworks and relevant global, regional, subregional and sectoral bodies, as well as from other scientists and experts, as may be required.

4. Under the authority and guidance of the Conference of the Parties, and taking into account the multidisciplinary expertise referenced in paragraph 2 above, the Scientific and Technical Body shall provide scien-

Article 49

Organe scientifique et technique

1. Il est créé un organe scientifique et technique.

2. L'Organe scientifique et technique est composé de membres siégeant en qualité d'experts et au mieux des intérêts de l'Accord, désignés par les Parties et élus par la Conférence des Parties, possédant les qualifications appropriées, en tenant compte de la nécessité de disposer d'une expertise multidisciplinaire, y compris une expertise scientifique et technique pertinente et une expertise en matière de connaissances traditionnelles pertinentes des peuples autochtones et des communautés locales, ainsi que de l'équilibre des genres et d'une répartition géographique équitable. Le mandat et les modalités de fonctionnement de l'Organe scientifique et technique, y compris sa procédure de sélection et la durée du mandat de ses membres, sont définis par la Conférence des Parties à sa première réunion.

3. L'Organe scientifique et technique peut s'appuyer sur les avis appropriés émanant des instruments et cadres juridiques pertinents et des organes mondiaux, régionaux, sous-régionaux et sectoriels pertinents, ainsi que d'autres scientifiques et experts, autant que de besoin.

4. Sous l'autorité et la direction de la Conférence des Parties, et en tenant compte de l'expertise multidisciplinaire visée au paragraphe 2 ci-dessus, l'Organe scientifique et technique donne des avis

Artikel 49

Wissenschaftlich-technisches Organ

(1) Hiermit wird ein wissenschaftlich-technisches Organ eingesetzt.

(2) Das wissenschaftlich-technische Organ setzt sich aus Mitgliedern zusammen, die in ihrer Eigenschaft als Sachverständige und im Interesse des Übereinkommens handeln, von den Vertragsparteien benannt und von der Konferenz der Vertragsparteien gewählt werden und geeignete Fähigkeiten besitzen, wobei dem Bedarf an fachübergreifendem Sachverstand, so auch an einschlägigem wissenschaftlichen und technischen Sachverstand und Sachverstand in Bezug auf einschlägiges traditionelles Wissen indigener Völker und ortsansässiger Gemeinschaften, sowie einem ausgewogenen Geschlechterverhältnis und einer gerechten geographischen Vertretung Rechnung getragen wird. Das Mandat und die Arbeitsmodalitäten des wissenschaftlich-technischen Organs, einschließlich seines Auswahlverfahrens und der Dauer der Amtszeit der Mitglieder, werden von der Konferenz der Vertragsparteien auf ihrer ersten Tagung festgelegt.

(3) Das wissenschaftlich-technische Organ kann nach Bedarf geeigneten Rat bei den einschlägigen Rechtsinstrumenten und rechtlichen Rahmen sowie den zuständigen weltweiten, regionalen, subregionalen und sektoralen Organen sowie bei anderen Wissenschaftlern und Sachverständigen einholen.

(4) Unter der Aufsicht und Leitung der Konferenz der Vertragsparteien sowie unter Berücksichtigung des in Absatz 2 genannten fachübergreifenden Sachverstands berät das wissenschaftlich-technische Organ

tific and technical advice to the Conference of the Parties, perform the functions assigned to it under this Agreement and such other functions as may be determined by the Conference of the Parties and provide reports to the Conference of the Parties on its work.

scientifiques et techniques à la Conférence des Parties, s'acquitte des fonctions qui lui sont assignées au titre du présent Accord et de toutes autres fonctions qui peuvent être définies par la Conférence des Parties et soumet des rapports sur ses travaux à la Conférence des Parties.

die Konferenz der Vertragsparteien in wissenschaftlich-technischen Fragen, nimmt die ihm aufgrund dieses Übereinkommens übertragenen Aufgaben sowie weitere von der Konferenz der Vertragsparteien festgelegte Aufgaben wahr und legt der Konferenz der Vertragsparteien Berichte über seine Arbeit vor.

Article 50

Secretariat

1. A secretariat is hereby established. The Conference of the Parties, at its first meeting, shall make arrangements for the functioning of the secretariat, including deciding on its seat.

2. Until such time as the secretariat commences its functions, the Secretary-General of the United Nations, through the Division for Ocean Affairs and the Law of the Sea of the Office of Legal Affairs of the United Nations Secretariat, shall perform the secretariat functions under this Agreement.

3. The secretariat and the host State may conclude a headquarters agreement. The secretariat shall enjoy legal capacity in the territory of the host State and be granted such privileges and immunities by the host State as are necessary for the exercise of its functions.

4. The secretariat shall:

(a) Provide administrative and logistical support to the Conference of the Parties and its subsidiary bodies for the purposes of the implementation of this Agreement;

(b) Arrange and service the meetings of the Conference of the Parties and of any other bodies as may be established under this Agreement or by the Conference of the Parties;

(c) Circulate information relating to the implementation of this Agreement in a timely manner, including making decisions of the Conference of the Parties publicly available and transmitting them to all Parties, as well as to relevant legal instruments and frameworks and relevant global, regional, subregional and sectoral bodies;

(d) Facilitate cooperation and coordination, as appropriate, with the secretariats of other relevant international bodies and, in particular, enter into such administrative and contractual arrangements as may be required for that purpose and for the effective discharge of its functions, subject to approval by the Conference of the Parties;

(e) Prepare reports on the execution of its functions under this Agreement and submit them to the Conference of the Parties;

Article 50

Secrétariat

1. Il est créé un secrétariat. À sa première réunion, la Conférence des Parties prend les dispositions nécessaires pour assurer son fonctionnement et décide notamment de son siège.

2. En attendant que le secrétariat entre en fonction, le ou la Secrétaire général(e) de l'Organisation des Nations Unies, par l'intermédiaire de la Division des affaires maritimes et du droit de la mer du Bureau des affaires juridiques du Secrétariat de cette organisation, assume les fonctions de secrétariat au titre du présent Accord.

3. Le secrétariat et l'État hôte peuvent conclure un accord de siège. Le secrétariat jouit de la capacité juridique sur le territoire de l'État hôte, qui lui accorde les privilèges et immunités nécessaires à l'exercice de ses fonctions.

4. Le secrétariat :

a) Fournit un appui administratif et logistique à la Conférence des Parties et à ses organes subsidiaires aux fins de la mise en œuvre du présent Accord ;

b) Organise les réunions de la Conférence des Parties et de tout autre organe créé au titre du présent Accord ou par la Conférence des Parties, et en assure le service ;

c) Diffuse en temps utile les informations relatives à la mise en œuvre du présent Accord, notamment en rendant publiques les décisions de la Conférence des Parties et en les communiquant à toutes les Parties, ainsi qu'aux instruments et cadres juridiques pertinents et aux organes mondiaux, régionaux, sous-régionaux et sectoriels pertinents ;

d) Facilite la coopération et la coordination, selon qu'il convient, avec les secrétariats des autres organes internationaux pertinents et, en particulier, conclut les arrangements administratifs et contractuels qui pourraient lui être nécessaires à cette fin et pour s'acquitter efficacement de ses fonctions, sous réserve de l'approbation de la Conférence des Parties ;

e) Élabore des rapports sur l'exercice des fonctions qui lui sont assignées en vertu du présent Accord et les soumet à la Conférence des Parties ;

Artikel 50

Sekretariat

(1) Hiermit wird ein Sekretariat eingerichtet. Die Konferenz der Vertragsparteien trifft auf ihrer ersten Tagung Vorkehrungen für die Wahrnehmung der Aufgaben des Sekretariats, einschließlich eines Beschlusses über seinen Sitz.

(2) Bis das Sekretariat seine Aufgaben wahrnimmt, werden die Sekretariatsaufgaben nach diesem Übereinkommen vom Generalsekretär der Vereinten Nationen über die Abteilung Meeresangelegenheiten und Seerecht des Bereichs Rechtsangelegenheiten des Sekretariats der Vereinten Nationen wahrgenommen.

(3) Das Sekretariat und der Gaststaat können ein Sitzabkommen schließen. Das Sekretariat besitzt im Hoheitsgebiet des Gaststaats Rechts- und Geschäftsfähigkeit und erhält vom Gaststaat die zur Wahrnehmung seiner Aufgaben erforderlichen Vorrechte und Immunitäten.

(4) Das Sekretariat

a) gewährt der Konferenz der Vertragsparteien und ihren Nebenorganen verwaltungsmäßige und logistische Unterstützung zum Zweck der Durchführung dieses Übereinkommens;

b) veranstaltet die Tagungen der Konferenz der Vertragsparteien und aller anderen nach diesem Übereinkommen oder von der Konferenz der Vertragsparteien eingesetzten Organe und stellt die entsprechenden Dienste bereit;

c) leitet rechtzeitig Informationen über die Durchführung dieses Übereinkommens weiter, so auch indem es die Beschlüsse der Konferenz der Vertragsparteien öffentlich zugänglich macht und allen Vertragsparteien sowie den einschlägigen Rechtsinstrumenten und rechtlichen Rahmen sowie den zuständigen weltweiten, regionalen, subregionalen und sektoralen Organen übermittelt;

d) erleichtert gegebenenfalls die Zusammenarbeit und Koordinierung mit den Sekretariaten anderer einschlägiger internationaler Organe und trifft insbesondere die zu diesem Zweck und für die wirksame Erfüllung seiner Aufgaben erforderlichen verwaltungsmäßigen und vertraglichen Vorkehrungen, vorbehaltlich der Genehmigung durch die Konferenz der Vertragsparteien;

e) erstellt Berichte über die Ausführung seiner Aufgaben nach diesem Übereinkommen und legt sie der Konferenz der Vertragsparteien vor;

(f) Provide assistance with the implementation of this Agreement and perform such other functions as may be determined by the Conference of the Parties or assigned to it under this Agreement.

f) Aide à mettre en œuvre le présent Accord et s'acquitte de toutes autres fonctions que la Conférence des Parties peut décider de lui assigner ou qui lui sont confiées au titre du présent Accord.

f) leistet bei der Durchführung dieses Übereinkommens Unterstützung und nimmt andere von der Konferenz der Vertragsparteien festgelegte oder ihm nach diesem Übereinkommen übertragene Aufgaben wahr.

Article 51

Clearing-House Mechanism

1. A Clearing-House Mechanism is hereby established.

2. The Clearing-House Mechanism shall consist primarily of an open-access platform. The specific modalities for the operation of the Clearing-House Mechanism shall be determined by the Conference of the Parties.

3. The Clearing-House Mechanism shall:

(a) Serve as a centralized platform to enable Parties to access, provide and disseminate information with respect to activities taking place pursuant to the provisions of this Agreement, including information relating to:

(i) Marine genetic resources of areas beyond national jurisdiction, as set out in Part II of this Agreement;

(ii) The establishment and implementation of area-based management tools, including marine protected areas;

(iii) Environmental impact assessments;

(iv) Requests for capacity-building and the transfer of marine technology and opportunities with respect thereto, including research collaboration and training opportunities, information on sources and availability of technological information and data for the transfer of marine technology, opportunities for facilitated access to marine technology and the availability of funding;

(b) Facilitate the matching of capacity-building needs with the support available and with providers for the transfer of marine technology, including governmental, non-governmental or private entities interested in participating as donors in the transfer of marine technology, and facilitate access to related know-how and expertise;

(c) Provide links to relevant global, regional, subregional, national and sectoral clearing-house mechanisms and other gene banks, repositories and databases, including those pertaining to relevant traditional knowledge of Indigenous Peoples and local communities, and promote, where possible, links with publicly available private and non-

Article 51

Centre d'échange

1. Il est créé un centre d'échange.

2. Le Centre d'échange consiste principalement en une plateforme en libre accès. Les modalités précises de fonctionnement du Centre d'échange sont fixées par la Conférence des Parties.

3. Le Centre d'échange :

a) Sert de plateforme centralisée permettant aux Parties d'obtenir, de fournir et de diffuser des informations relatives aux activités se déroulant en application des dispositions du présent Accord, notamment des informations concernant :

i) Les ressources génétiques marines des zones ne relevant pas de la juridiction nationale, au sens de la partie II du présent Accord ;

ii) La création et la mise en œuvre d'outils de gestion par zone, y compris d'aires marines protégées ;

iii) Les évaluations d'impact sur l'environnement ;

iv) Les demandes de renforcement des capacités et de transfert de technologies marines ainsi que les possibilités en la matière, y compris les possibilités de collaboration dans le domaine de la recherche et les possibilités de formation, les informations sur les sources et la disponibilité des données et informations technologiques pour le transfert de technologies marines, les possibilités d'accès facilité aux technologies, et les possibilités de financement ;

b) Facilite l'adéquation entre les besoins de renforcement des capacités et l'offre d'appui disponible ainsi que la mise en relation avec les fournisseurs de technologies marines, y compris les entités gouvernementales, non gouvernementales ou privées désireuses de participer comme donatrices au transfert de telles technologies, et facilite l'accès au savoir-faire et à l'expertise correspondants ;

c) Établit des liens avec les centres d'échange mondiaux, régionaux, sous-régionaux, nationaux et sectoriels pertinents et avec les autres banques de gènes, référentiels de données et bases de données, y compris ceux qui concernent les connaissances traditionnelles pertinentes des peuples autochtones et des communautés locales, et favorise

Artikel 51

Vermittlungsmechanismus

(1) Hiermit wird ein Vermittlungsmechanismus eingerichtet.

(2) Der Vermittlungsmechanismus besteht hauptsächlich aus einer offen zugänglichen Plattform. Die konkreten Arbeitsmodalitäten des Vermittlungsmechanismus werden von der Konferenz der Vertragsparteien festgelegt.

(3) Der Vermittlungsmechanismus

a) dient als zentrale Plattform, über die die Vertragsparteien Informationen in Bezug auf die entsprechend diesem Übereinkommen stattfindenden Tätigkeiten beziehen, bereitstellen und verbreiten können, darunter Informationen in Bezug auf

i) maringenetische Ressourcen von Gebieten außerhalb nationaler Hoheitsbefugnisse nach Teil II dieses Übereinkommens;

ii) die Einrichtung und Durchführung gebietsbezogener Managementinstrumente einschließlich Meeresschutzgebiete;

iii) Umweltverträglichkeitsprüfungen;

iv) Ersuchen um Kapazitätsaufbau und die Weitergabe von Meerestechnologie sowie diesbezügliche Möglichkeiten, darunter Möglichkeiten für Forschungszusammenarbeit und Schulungen, Informationen über Quellen und Verfügbarkeit technologischer Informationen und Daten für die Weitergabe von Meerestechnologie, Möglichkeiten für einen erleichterten Zugang zu Meerestechnologie und die Verfügbarkeit von Finanzmitteln;

b) erleichtert die Abstimmung zwischen dem Bedarf an Kapazitätsaufbau und der verfügbaren Unterstützung sowie den Anbietern für die Weitergabe von Meerestechnologie, einschließlich staatlicher, nichtstaatlicher oder privater Rechtsträger, die daran interessiert sind, sich an der Weitergabe von Meerestechnologie als Geber zu beteiligen, und erleichtert den Zugang zu entsprechenden Fachkenntnissen und Sachverstand;

c) stellt Verbindungen zu einschlägigen weltweiten, regionalen, subregionalen, nationalen und sektoralen Vermittlungsmechanismen und anderen Genbanken, Repositorien und Datenbanken einschließlich derjenigen zu einschlägigem traditionellem Wissen indigener Völker und ortsansässiger Gemeinschaften her und fördert, soweit möglich, Verbindun-

governmental platforms for the exchange of information;

(d) Build on global, regional and subregional clearing-house institutions, where applicable, when establishing regional and subregional mechanisms under the global mechanism;

(e) Foster enhanced transparency, including by facilitating the sharing of environmental baseline data and information relating to the conservation and sustainable use of marine biological diversity of areas beyond national jurisdiction between Parties and other relevant stakeholders;

(f) Facilitate international cooperation and collaboration, including scientific and technical cooperation and collaboration;

(g) Perform such other functions as may be determined by the Conference of the Parties or assigned to it under this Agreement.

4. The Clearing-House Mechanism shall be managed by the secretariat, without prejudice to possible cooperation with other relevant legal instruments and frameworks and relevant global, regional, subregional and sectoral bodies as determined by the Conference of the Parties, including the Intergovernmental Oceanographic Commission of the United Nations Educational, Scientific and Cultural Organization, the International Seabed Authority, the International Maritime Organization and the Food and Agriculture Organization of the United Nations.

5. In the management of the Clearing-House Mechanism, full recognition shall be given to the special requirements of developing States Parties, as well as the special circumstances of small island developing States Parties, and their access to the mechanism shall be facilitated to enable those States to utilize it without undue obstacles or administrative burdens. Information shall be included on activities to promote information-sharing, awareness-raising and dissemination in and with those States, as well as to provide specific programmes for those States.

6. The confidentiality of information provided under this Agreement and rights thereto shall be respected. Nothing under this Agreement shall be interpreted as requiring the sharing of information that is protected from disclosure under the domestic law of a Party or other applicable law.

les liens, dans la mesure du possible, avec les plateformes d'échange d'informations privées et non gouvernementales accessibles au public ;

d) S'appuie sur les institutions d'échange mondiales, régionales et sous-régionales, le cas échéant, lors de la mise en place de mécanismes régionaux et sous-régionaux dans le cadre du mécanisme mondial ;

e) Favorise le renforcement de la transparence, notamment en facilitant l'échange entre les Parties et les autres parties prenantes pertinentes de données et d'informations environnementales de référence relatives à la conservation et à l'utilisation durable de la diversité biologique marine des zones ne relevant pas de la juridiction nationale ;

f) Facilite la coopération et la collaboration internationales, y compris la coopération et la collaboration scientifiques et techniques ;

g) S'acquitte de toute autre fonction que la Conférence des Parties peut décider de lui assigner ou qui lui sont assignées au titre du présent Accord.

4. Le Centre d'échange est administré par le secrétariat, sans préjudice d'une éventuelle coopération avec d'autres instruments et cadres juridiques pertinents et organes mondiaux, régionaux, sous-régionaux et sectoriels pertinents désignés par la Conférence des Parties, y compris la Commission océanographique intergouvernementale de l'Organisation des Nations Unies pour l'éducation, la science et la culture, l'Autorité internationale des fonds marins, l'Organisation maritime internationale et l'Organisation des Nations Unies pour l'alimentation et l'agriculture.

5. Dans l'administration du Centre d'échange, il est pleinement tenu compte des besoins spécifiques des États Parties en développement, ainsi que de la situation particulière des petits États Parties insulaires en développement, dont l'accès au Centre est facilité pour leur permettre de l'utiliser sans entraves ni contraintes administratives indues. Des informations sont présentées sur les activités visant à favoriser le partage de l'information, la sensibilisation et la diffusion d'informations dans et avec ces États, ainsi qu'à offrir des programmes spécifiques pour ces États.

6. La confidentialité des informations fournies au titre du présent Accord et les droits y afférents sont respectés. Rien dans le présent Accord ne doit être interprété comme exigeant le partage d'informations dont le droit interne d'une Partie ou tout autre droit applicable interdit la divulgation.

gen zu öffentlich zugänglichen privaten und nichtstaatlichen Plattformen für den Informationsaustausch;

d) stützt sich bei der Einrichtung regionaler und subregionaler Mechanismen im Rahmen des weltweiten Mechanismus gegebenenfalls auf weltweite, regionale und subregionale Vermittlungseinrichtungen;

e) fördert verstärkte Transparenz, unter anderem indem er den Austausch von umweltbezogenen Ausgangsdaten und -informationen über die Erhaltung und nachhaltige Nutzung der biologischen Vielfalt der Meere von Gebieten außerhalb nationaler Hoheitsbefugnisse zwischen den Vertragsparteien und anderen maßgeblichen Interessenträgern erleichtert;

f) erleichtert die internationale Zusammenarbeit und Kooperation einschließlich der wissenschaftlichen und technischen Zusammenarbeit und Kooperation;

g) nimmt andere von der Konferenz der Vertragsparteien festgelegte oder ihm nach diesem Übereinkommen übertragene Aufgaben wahr.

(4) Der Vermittlungsmechanismus wird vom Sekretariat verwaltet, unbeschadet einer möglichen, von der Konferenz der Vertragsparteien bestimmten Zusammenarbeit mit anderen einschlägigen Rechtsinstrumenten und rechtlichen Rahmen sowie zuständigen weltweiten, regionalen, subregionalen und sektoralen Organen, einschließlich der Zwischenstaatlichen Ozeanographischen Kommission der Organisation der Vereinten Nationen für Erziehung, Wissenschaft und Kultur, der Internationalen Meeresbodenbehörde, der Internationalen Seeschifffahrts-Organisation und der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen.

(5) Bei der Verwaltung des Vermittlungsmechanismus werden die besonderen Bedürfnisse der Entwicklungsstaaten, die Vertragsparteien sind, sowie die besonderen Umstände der kleinen Inselstaaten, die Entwicklungsstaaten sind, in vollem Umfang anerkannt und ihr Zugang zum Mechanismus erleichtert, damit sie ihn ohne ungebührliche Hindernisse oder Verwaltungslasten nutzen können. Dabei werden auch Informationen über Tätigkeiten zur Förderung des Informationsaustauschs, der Bewusstseinsschärfung und der Informationsverbreitung in und mit diesen Staaten sowie zur Auflegung spezifischer Programme für diese Staaten bereitgestellt.

(6) Die Vertraulichkeit der im Rahmen dieses Übereinkommens bereitgestellten Informationen und die damit verbundenen Rechte werden gewahrt. Dieses Übereinkommen ist nicht so auszulegen, dass es zum Austausch von Informationen verpflichtet, die nach dem innerstaatlichen Recht einer Vertragspartei oder anderem anwendbarem Recht vor Offenlegung geschützt sind.

Part VII

Financial resources and mechanism

Article 52

Funding

1. Each Party shall provide, within its capabilities, resources in respect of those activities that are intended to achieve the objectives of this Agreement, taking into account its national policies, priorities, plans and programmes.

2. The institutions established under this Agreement shall be funded through assessed contributions of the Parties.

3. A mechanism for the provision of adequate, accessible, new and additional and predictable financial resources under this Agreement is hereby established. The mechanism shall assist developing States Parties in implementing this Agreement, including through funding in support of capacity-building and the transfer of marine technology, and perform other functions as set out in this article for the conservation and sustainable use of marine biological diversity.

4. The mechanism shall include:

(a) A voluntary trust fund established by the Conference of the Parties to facilitate the participation of representatives of developing States Parties, in particular least developed countries, landlocked developing countries and small island developing States, in the meetings of the bodies established under this Agreement;

(b) A special fund that shall be funded through the following sources:

(i) Annual contributions in accordance with article 14, paragraph 6;

(ii) Payments in accordance with article 14, paragraph 7;

(iii) Additional contributions from Parties and private entities wishing to provide financial resources to support the conservation and sustainable use of marine biological diversity of areas beyond national jurisdiction;

(c) The Global Environment Facility trust fund.

5. The Conference of the Parties may consider the possibility of establishing additional funds, as part of the financial mechanism, to support the conservation and sustainable use of marine biological diversity of areas beyond national jurisdiction, to finance rehabilitation and ecological restoration of marine biological diversity of areas beyond national jurisdiction.

Partie VII

Ressources financières et mécanisme de financement

Article 52

Financement

1. Chaque Partie fournit des ressources pour les activités visant à atteindre la réalisation des objectifs du présent Accord, dans la mesure de ses capacités et en tenant compte de ses politiques, priorités, plans et programmes nationaux.

2. Les institutions créées en application du présent Accord sont financées par les contributions des Parties.

3. Il est créé un mécanisme permettant de fournir des ressources financières adéquates, accessibles, nouvelles et supplémentaires et prévisibles dans le cadre du présent Accord. Ce mécanisme aide les États Parties en développement à mettre en œuvre le présent Accord, y compris par un financement à l'appui du renforcement des capacités et du transfert de technologies marines, et exécute les autres fonctions prévues dans le présent article aux fins de la conservation et de l'utilisation durable de la diversité biologique marine.

4. Le mécanisme comporte :

a) Un fonds de contributions volontaires créé par la Conférence des Parties afin de faciliter la participation de représentants des États Parties en développement, en particulier les pays les moins avancés, les pays en développement sans littoral et les petits États insulaires en développement, aux réunions des organes créés par le présent Accord ;

b) Un fonds spécial alimenté par les sources suivantes :

i) Les contributions annuelles visées au paragraphe 6 de l'article 14 ;

ii) Les fonds versés conformément au paragraphe 7 de l'article 14 ;

iii) Les contributions supplémentaires des Parties et des entités privées désireuses de contribuer financièrement à la conservation et à l'utilisation durable de la diversité biologique marine des zones ne relevant pas de la juridiction nationale ;

c) La Caisse du Fonds pour l'environnement mondial.

5. La Conférence des Parties peut envisager de créer, dans le cadre du mécanisme de financement, des fonds supplémentaires en faveur de la conservation et de l'utilisation durable de diversité biologique marine des zones ne relevant pas de la juridiction nationale, afin de financer la réhabilitation et la restauration écologique de la diversité biologique marine des zones

Teil VII

Finanzielle Mittel und Finanzierungsmechanismus

Artikel 52

Finanzmittel

(1) Jede Vertragspartei stellt im Rahmen ihrer Möglichkeiten und unter Berücksichtigung ihrer nationalen Politik, Prioritäten, Pläne und Programme Mittel für die Tätigkeiten bereit, die zur Erreichung der Ziele dieses Übereinkommens bestimmt sind.

(2) Die nach diesem Übereinkommen geschaffenen Einrichtungen werden durch Pflichtbeiträge der Vertragsparteien finanziert.

(3) Hiermit wird ein Mechanismus für die Bereitstellung angemessener, zugänglicher, neuer und zusätzlicher sowie berechenbarer finanzieller Mittel nach diesem Übereinkommen eingerichtet. Der Mechanismus unterstützt Entwicklungsstaaten, die Vertragsparteien sind, bei der Durchführung dieses Übereinkommens, unter anderem durch Finanzmittel für die Unterstützung des Kapazitätsaufbaus und der Weitergabe von Meerestechnologie, und nimmt andere Aufgaben nach diesem Artikel zur Erhaltung und nachhaltigen Nutzung der biologischen Vielfalt der Meere wahr.

(4) Der Mechanismus umfasst

a) einen freiwilligen Treuhandfonds, der von der Konferenz der Vertragsparteien eingerichtet wird, um die Teilnahme von Vertretern der Entwicklungsstaaten, die Vertragsparteien sind, insbesondere der am wenigsten entwickelten Länder, der Binnenentwicklungsländer und der kleinen Inselstaaten, die Entwicklungsstaaten sind, an den Tagungen der nach diesem Übereinkommen eingesetzten Organe zu erleichtern;

b) einen Sonderfonds, der aus folgenden Quellen finanziert wird:

i) jährlichen Beiträgen im Einklang mit Artikel 14 Absatz 6;

ii) Zahlungen im Einklang mit Artikel 14 Absatz 7;

iii) zusätzlichen Beiträgen von Vertragsparteien und privaten Rechtsträgern, die finanzielle Mittel zur Unterstützung der Erhaltung und nachhaltigen Nutzung der biologischen Vielfalt der Meere von Gebieten außerhalb nationaler Hoheitsbefugnisse bereitstellen wollen;

c) den Treuhandfonds der Globalen Umweltfazilität.

(5) Die Konferenz der Vertragsparteien kann die Möglichkeit prüfen, zusätzliche Fonds zur Unterstützung der Erhaltung und nachhaltigen Nutzung der biologischen Vielfalt der Meere von Gebieten außerhalb nationaler Hoheitsbefugnisse als Teil des Finanzierungsmechanismus einzurichten, um die Sanierung und ökologische Wiederherstellung der biologischen Vielfalt der

ne relevant pas de la juridiction nationale.

6. The special fund and the Global Environment Facility trust fund shall be utilized in order to:

(a) Fund capacity-building projects under this Agreement, including effective projects on the conservation and sustainable use of marine biological diversity and activities and programmes, including training related to the transfer of marine technology;

(b) Assist developing States Parties in implementing this Agreement;

(c) Support conservation and sustainable use programmes by Indigenous Peoples and local communities as holders of traditional knowledge;

(d) Support public consultations at the national, subregional and regional levels;

(e) Fund the undertaking of any other activities as decided by the Conference of the Parties.

7. The financial mechanism should seek to ensure that duplication is avoided, and complementarity and coherence promoted, among the utilization of the funds within the mechanism.

8. Financial resources mobilized in support of the implementation of this Agreement may include funding provided through public and private sources, both national and international, including, but not limited to, contributions from States, international financial institutions, existing funding mechanisms under global and regional instruments, donor agencies, intergovernmental organizations, non-governmental organizations and natural and juridical persons, and through public-private partnerships.

9. For the purposes of this Agreement, the mechanism shall function under the authority, where appropriate, and guidance of the Conference of the Parties and shall be accountable thereto. The Conference of the Parties shall provide guidance on overall strategies, policies, programme priorities and eligibility for access to and utilization of financial resources.

10. The Conference of the Parties and the Global Environment Facility shall agree upon arrangements to give effect to the above paragraphs at the first meeting of the Conference of the Parties.

11. In recognition of the urgency to address the conservation and sustainable use of marine biological diversity of areas beyond national jurisdiction, the Conference

6. Le fonds spécial et la Caisse du Fonds pour l'environnement mondial sont utilisés pour :

a) Financer des projets de renforcement des capacités tels que prévus dans le présent Accord, notamment des projets efficaces dans le domaine de la conservation et de l'utilisation durable de la diversité biologique marine ainsi que des activités et programmes efficaces, notamment des formations liées au transfert de technologies marines ;

b) Aider les États Parties en développement à mettre en œuvre le présent Accord ;

c) Soutenir les programmes de conservation et d'utilisation durable mis en œuvre par les peuples autochtones et les communautés locales en leur qualité de détenteurs de connaissances traditionnelles ;

d) Soutenir les consultations publiques aux niveaux national, sous-régional et régional ;

e) Financer la réalisation de toute autre activité décidée par la Conférence des Parties.

7. Au sein du mécanisme de financement, tout devrait être fait pour éviter les doubles emplois et favoriser la complémentarité et la cohérence dans l'utilisation des fonds.

8. Les ressources financières mobilisées à l'appui de la mise en œuvre du présent Accord peuvent inclure le financement assuré par des sources publiques et privées, tant nationales qu'internationales, y compris mais sans s'y limiter par des contributions versées par des États, des institutions financières internationales, des mécanismes de financement existant au titre d'instruments mondiaux et régionaux, des organismes donateurs, des organisations intergouvernementales, des organisations non gouvernementales ainsi que des personnes physiques ou morales, et par des partenariats public-privé.

9. Aux fins du présent Accord, le mécanisme fonctionne sous l'autorité, selon qu'il convient, et sous la direction de la Conférence des Parties, envers laquelle il est comptable. La Conférence des Parties donne des orientations sur les stratégies, politiques et priorités de programme globales, ainsi que sur les conditions d'octroi et d'utilisation des ressources financières.

10. La Conférence des Parties et le Fonds pour l'environnement mondial conviennent des dispositions à prendre pour donner effet aux paragraphes ci-dessus à la première réunion de la Conférence des Parties.

11. Compte tenu de l'urgence qu'il y a à œuvrer pour la conservation et l'utilisation durable de la diversité biologique marine des zones ne relevant pas de la juridiction

Meere von Gebieten außerhalb nationaler Hoheitsbefugnisse zu finanzieren.

(6) Der Sonderfonds und der Treuhandfonds der Globalen Umweltfazilität werden dafür verwendet,

a) Kapazitätsaufbauprojekte nach diesem Übereinkommen, darunter wirksame Projekte zur Erhaltung und nachhaltigen Nutzung der biologischen Vielfalt der Meere sowie Tätigkeiten und Programme, einschließlich Schulungen im Zusammenhang mit der Weitergabe von Meerestechnologie, zu finanzieren;

b) die Entwicklungsstaaten, die Vertragsparteien sind, bei der Durchführung dieses Übereinkommens zu unterstützen;

c) von indigenen Völkern und ortsansässigen Gemeinschaften als Trägern traditionellen Wissens durchgeführte Programme zur Erhaltung und nachhaltigen Nutzung zu unterstützen;

d) öffentliche Konsultationen auf nationaler, subregionaler und regionaler Ebene zu unterstützen;

e) die Durchführung sonstiger von der Konferenz der Vertragsparteien beschlossener Tätigkeiten zu finanzieren.

(7) Der Finanzierungsmechanismus soll darauf hinwirken, dass bei der Verwendung der Mittel Dopplungen vermieden sowie Komplementarität und Kohärenz gefördert werden.

(8) Die zur Unterstützung der Durchführung dieses Übereinkommens aufgebrachten finanziellen Mittel können Finanzmittel umfassen, die über öffentliche und private Quellen auf nationaler wie internationaler Ebene, darunter Beiträge von Staaten, internationalen Finanzinstitutionen, Finanzierungsmechanismen, die im Rahmen weltweiter und regionaler Instrumente bestehen, Geberorganisationen, zwischenstaatlichen Organisationen, nichtstaatlichen Organisationen und natürlichen und juristischen Personen, sowie über öffentlich-private Partnerschaften bereitgestellt werden.

(9) Für die Zwecke des Übereinkommens arbeitet der Mechanismus unter Aufsicht, sofern angezeigt, und Leitung der Konferenz der Vertragsparteien und ist dieser gegenüber verantwortlich. Die Konferenz der Vertragsparteien gibt Leitlinien für allgemeine Strategien, Politiken, Programmprioritäten und die Voraussetzungen für den Zugang zu finanziellen Mitteln und deren Verwendung vor.

(10) Die Konferenz der Vertragsparteien und die Globale Umweltfazilität vereinbaren auf der ersten Tagung der Konferenz der Vertragsparteien Vorkehrungen zur Durchführung der vorstehenden Absätze.

(11) In Anerkennung dessen, wie dringlich es ist, die Erhaltung und nachhaltige Nutzung der biologischen Vielfalt der Meere von Gebieten außerhalb nationaler Hoheits-

of the Parties shall determine an initial resource mobilization goal through 2030 for the special fund from all sources, taking into account, inter alia, the institutional modalities of the special fund and the information provided through the capacity-building and transfer of marine technology committee.

nationale, la Conférence des Parties fixe un objectif initial de mobilisation des ressources pour le fonds spécial jusqu'en 2030, toutes sources confondues, en tenant compte, entre autres, des modalités institutionnelles du fonds et des informations fournies par le comité de renforcement des capacités et de transfert de technologies marines.

befugnisse anzugehen, legt die Konferenz der Vertragsparteien ein erstes Ziel für die Aufbringung von Mitteln aus allen Quellen für den Sonderfonds bis 2030 fest, wobei sie unter anderem die institutionellen Modalitäten des Sonderfonds und die über den Ausschuss für den Kapazitätsaufbau und die Weitergabe von Meerestechnologie bereitgestellten Informationen berücksichtigt.

12. Eligibility for access to funding under this Agreement shall be open to developing States Parties on the basis of need. Funding under the special fund shall be distributed according to equitable sharing criteria, taking into account the needs for assistance of Parties with special requirements, in particular the least developed countries, landlocked developing countries, geographically disadvantaged States, small island developing States and coastal African States, archipelagic States and developing middle-income countries, and taking into account the special circumstances of small island developing States and of least developed countries. The special fund shall be aimed at ensuring efficient access to funding through simplified application and approval procedures and enhanced readiness of support for such developing States Parties.

12. L'accès au financement au titre du présent Accord est ouvert aux États Parties en développement en fonction des besoins. Le financement au titre du fonds spécial est réparti selon des critères de partage équitable, compte tenu des besoins d'assistance des Parties ayant des besoins spécifiques, en particulier les pays les moins avancés, les pays en développement sans littoral, les États géographiquement désavantagés, les petits États insulaires en développement et les États côtiers d'Afrique, les États archipels et les pays en développement à revenu intermédiaire, compte tenu également de la situation particulière des petits États insulaires en développement et des pays les moins avancés. Le fonds spécial vise à garantir le bon accès au financement grâce à des procédures simplifiées de demande et d'approbation et en offrant un plus grand appui aux États Parties en développement.

(12) Der Zugang zu Finanzmitteln nach diesem Übereinkommen steht Entwicklungsstaaten, die Vertragsparteien sind, nach Maßgabe ihres Bedarfs offen. Die Finanzmittel im Rahmen des Sonderfonds werden nach gerechten Verteilungsmaßstäben verteilt, wobei der Unterstützungsbedarf der Vertragsparteien mit besonderen Bedürfnissen, insbesondere der am wenigsten entwickelten Länder, der Binnenentwicklungsländer, der geographisch benachteiligten Staaten, der kleinen Inselstaaten, die Entwicklungsstaaten sind, und der afrikanischen Küstenstaaten, der Archipelstaaten und der Entwicklungsländer mit mittlerem Einkommen, sowie die besonderen Umstände der kleinen Inselstaaten, die Entwicklungsstaaten sind, und der am wenigsten entwickelten Länder berücksichtigt werden. Ziel des Sonderfonds ist es, durch vereinfachte Antrags- und Genehmigungsverfahren und eine verstärkte Bereitschaft zur Unterstützung solcher Entwicklungsstaaten, die Vertragsparteien sind, einen effizienten Zugang zu Finanzmitteln zu gewährleisten.

13. In the light of capacity constraints, Parties shall encourage international organizations to grant preferential treatment to, and consider the specific needs and special requirements of developing States Parties, in particular the least developed countries, landlocked developing countries and small island developing States, and taking into account the special circumstances of small island developing States and of least developed countries, in the allocation of appropriate funds and technical assistance and the utilization of their specialized services for the purposes of the conservation and sustainable use of marine biological diversity of areas beyond national jurisdiction.

13. Compte tenu des contraintes de capacité, les Parties encouragent les organisations internationales à accorder un traitement préférentiel aux États Parties en développement, en particulier les pays les moins avancés, les pays en développement sans littoral et les petits États insulaires en développement, et à tenir compte de leurs besoins spécifiques et de leurs demandes particulières, ainsi que de la situation particulière des petits États insulaires en développement et des pays les moins avancés, lorsqu'elles allouent les fonds et les moyens d'assistance technique nécessaires et utilisent leurs services spécialisés aux fins de la conservation et de l'utilisation durable de la diversité biologique marine des zones ne relevant pas de la juridiction nationale.

(13) In Anbetracht begrenzter Kapazitäten legen die Vertragsparteien den internationalen Organisationen nahe, den Entwicklungsstaaten, die Vertragsparteien sind, insbesondere den am wenigsten entwickelten Ländern, den Binnenentwicklungsländern und den kleinen Inselstaaten, die Entwicklungsstaaten sind, bei der Zuweisung entsprechender Mittel und technischer Hilfe und bei der Inanspruchnahme ihrer Sonderdienste für die Zwecke der Erhaltung und nachhaltigen Nutzung der biologischen Vielfalt der Meere von Gebieten außerhalb nationaler Hoheitsbefugnisse eine Vorzugsbehandlung zu gewähren und den spezifischen Bedarf und die besonderen Bedürfnisse dieser Entwicklungsstaaten, die Vertragsparteien sind, zu berücksichtigen.

14. The Conference of the Parties shall establish a finance committee on financial resources. It shall be composed of members possessing appropriate qualifications and expertise, taking into account gender balance and equitable geographical distribution. The terms of reference and modalities for the operation of the committee shall be decided by the Conference of the Parties. The committee shall periodically report and make recommendations on the identification and mobilization of funds under the mechanism. It shall also collect information and report on funding under other mechanisms and instruments contributing directly or indirectly to the achievement of the objectives of this Agreement. In addition to the considerations provided in this article, the committee shall consider, inter alia:

14. La Conférence des Parties crée un comité des finances chargé des ressources financières. Il est composé de membres possédant les qualifications et les compétences appropriées, en tenant compte de l'équilibre des genres et d'une répartition géographique équitable. Son mandat et les modalités de son fonctionnement sont définis par la Conférence des Parties. Périodiquement, le comité présente des rapports et formule des recommandations sur les sources de fonds et leur mobilisation dans le cadre du mécanisme. Il recueille également des informations et présente un rapport sur le financement au titre d'autres mécanismes et instruments contribuant directement ou indirectement à la réalisation des objectifs du présent Accord. Outre les éléments indiqués dans le présent article, le comité examine, entre autres, ce qui suit :

(14) Die Konferenz der Vertragsparteien setzt einen Finanzausschuss für finanzielle Mittel ein. Der Ausschuss setzt sich aus Mitgliedern zusammen, die geeignete Fähigkeiten und angemessenen Sachverstand besitzen, unter Berücksichtigung eines ausgewogenen Geschlechterverhältnisses und einer gerechten geographischen Verteilung. Das Mandat und die Arbeitsmodalitäten des Ausschusses werden von der Konferenz der Vertragsparteien beschlossen. Der Ausschuss erstattet regelmäßig Bericht und gibt Empfehlungen zur Erschließung und Aufbringung von Mitteln im Rahmen des Mechanismus ab. Außerdem sammelt er Informationen und erstattet Bericht über Finanzmittel im Rahmen anderer Mechanismen und Instrumente, die unmittelbar oder mittelbar zur Erreichung der Ziele dieses Übereinkommens beitragen. Zusätzlich zu

(a) The assessment of the needs of the Parties, in particular developing States Parties;

(b) The availability and timely disbursement of funds;

(c) The transparency of decision-making and management processes concerning fundraising and allocations;

(d) The accountability of the recipient developing States Parties with respect to the agreed use of funds.

15. The Conference of the Parties shall consider the reports and recommendations of the finance committee and take appropriate action.

16. The Conference of the Parties shall, in addition, undertake a periodic review of the financial mechanism to assess the adequacy, effectiveness and accessibility of financial resources, including for the delivery of capacity-building and the transfer of marine technology, in particular for developing States Parties.

a) L'évaluation des besoins des Parties, en particulier des États Parties en développement ;

b) La disponibilité des fonds et leur décaissement en temps opportun ;

c) La transparence des procédures de prise de décision et de gestion concernant la levée et l'attribution des fonds ;

d) La manière dont les États Parties en développement bénéficiaires rendent compte de l'utilisation convenue des fonds.

15. La Conférence des Parties examine les rapports et recommandations du comité des finances et prend les mesures appropriées.

16. La Conférence des Parties procède en outre à un examen périodique du mécanisme de financement afin d'évaluer le caractère adéquat, efficace et accessible des ressources financières, y compris aux fins du renforcement des capacités et du transfert de technologies marines, en particulier au bénéfice des États Parties en développement.

den in diesem Artikel dargelegten Punkten befasst sich der Ausschuss unter anderem mit

a) der Beurteilung der Bedürfnisse der Vertragsparteien, insbesondere der Entwicklungsstaaten, die Vertragsparteien sind;

b) der Verfügbarkeit und rechtzeitigen Auszahlung der Mittel;

c) der Transparenz der die Mittelbeschaffung und -zuweisung betreffenden Beschlussfassungs- und Verwaltungsprozesse;

d) der Rechenschaftspflicht der die Mittel empfangenden Entwicklungsstaaten, die Vertragsparteien sind, in Bezug auf die vereinbarte Verwendung der Mittel.

(15) Die Konferenz der Vertragsparteien prüft die Berichte und Empfehlungen des Finanzausschusses und ergreift geeignete Maßnahmen.

(16) Die Konferenz der Vertragsparteien nimmt darüber hinaus eine regelmäßige Überprüfung des Finanzierungsmechanismus vor, um die Angemessenheit, Wirksamkeit und Zugänglichkeit der finanziellen Mittel zu beurteilen, auch für die Bereitstellung von Kapazitätsaufbau und die Weitergabe von Meerestechnologie, insbesondere für Entwicklungsstaaten, die Vertragsparteien sind.

Part VIII
Implementation and compliance

Partie VIII
Mise en œuvre et respect des dispositions

Teil VIII
Durchführung und Einhaltung

Article 53
Implementation

Parties shall take the necessary legislative, administrative or policy measures, as appropriate, to ensure the implementation of this Agreement.

Article 53
Mise en œuvre

Les Parties prennent les mesures législatives, administratives ou de politique générale, selon qu'il convient, qui sont nécessaires pour assurer la mise en œuvre du présent Accord.

Artikel 53
Durchführung

Die Vertragsparteien ergreifen die erforderlichen Gesetzgebungs-, Verwaltungs- oder politischen Maßnahmen, wie jeweils angebracht, um die Durchführung dieses Übereinkommens zu gewährleisten.

Article 54
Monitoring of implementation

Each Party shall monitor the implementation of its obligations under this Agreement and shall, in a format and at intervals to be determined by the Conference of the Parties, report to the Conference on measures that it has taken to implement this Agreement.

Article 54
Suivi de la mise en œuvre

Chaque Partie veille au respect des obligations qui sont les siennes en vertu du présent Accord et rend compte à la Conférence des Parties, sous une forme et à des intervalles que celle-ci détermine, des mesures qu'elle a prises pour mettre en œuvre le présent Accord.

Artikel 54
Überwachung der Durchführung

Jede Vertragspartei überwacht die Erfüllung ihrer Verpflichtungen aus diesem Übereinkommen und erstattet der Konferenz der Vertragsparteien in einem Format und in Zeitabständen, die von dieser festzulegen sind, über die Maßnahmen, die sie zur Durchführung dieses Übereinkommens ergriffen hat, Bericht.

Article 55
Implementation and Compliance Committee

1. An Implementation and Compliance Committee to facilitate and consider the implementation of and promote compliance with the provisions of this Agreement is hereby established. The Implementation and Compliance Committee shall be facilitative in nature and function in a manner

Article 55
Comité de mise en œuvre et de contrôle du respect des dispositions

1. Il est créé un comité chargé de faciliter et d'examiner la mise en œuvre du présent Accord et de favoriser le respect de ses dispositions. Le Comité de mise en œuvre et de contrôle du respect des dispositions est axé sur la facilitation et fonctionne d'une manière transparente, non accusatoire et

Artikel 55
Ausschuss für die Durchführung und Einhaltung

(1) Hiermit wird ein Ausschuss für die Durchführung und Einhaltung zur Erleichterung und Prüfung der Durchführung dieses Übereinkommens und zur Förderung dessen Einhaltung eingesetzt. Der Ausschuss für die Durchführung und Einhaltung hat einen vermittelnden Charakter und handelt

that is transparent, non-adversarial and non-punitive.

2. The Implementation and Compliance Committee shall consist of members possessing appropriate qualifications and experience nominated by Parties and elected by the Conference of the Parties, with due consideration given to gender balance and equitable geographical representation.

3. The Implementation and Compliance Committee shall operate under the modalities and rules of procedure adopted by the Conference of the Parties at its first meeting. The Implementation and Compliance Committee shall consider issues of implementation and compliance at the individual and systemic levels, inter alia, and report periodically and make recommendations, as appropriate while cognizant of respective national circumstances, to the Conference of the Parties.

4. In the course of its work, the Implementation and Compliance Committee may draw on appropriate information from bodies established under this Agreement, as well as relevant legal instruments and frameworks and relevant global, regional, subregional and sectoral bodies, as may be required.

non punitive.

2. Le Comité de mise en œuvre et de contrôle du respect des dispositions est composé de membres possédant les qualifications et l'expérience appropriées désignés par les Parties et élus par la Conférence des Parties, en tenant dûment compte de l'équilibre des genres et d'une répartition géographique équitable.

3. Le Comité de mise en œuvre et de contrôle du respect des dispositions exerce ses activités selon les modalités et le règlement intérieur adoptés par la Conférence des Parties à sa première réunion. Il examine les questions ayant trait à la mise en œuvre et au respect des dispositions aux niveaux individuel et systémique, entre autres, et rend compte périodiquement à la Conférence des Parties, à laquelle il fait des recommandations, selon qu'il convient, en tenant compte de chaque situation nationale.

4. Au cours de ses travaux, le Comité de mise en œuvre et de contrôle du respect des dispositions peut mettre à profit les informations appropriées émanant des organes créés en application du présent Accord, ainsi que des instruments et cadres juridiques pertinents et des organes mondiaux, régionaux, sous-régionaux et sectoriels pertinents, autant que de besoin.

in einer transparenten, als nicht streitig angelegten und nicht auf Strafen ausgerichteten Weise.

(2) Der Ausschuss für die Durchführung und Einhaltung setzt sich aus Mitgliedern zusammen, die geeignete Fähigkeiten und Erfahrungen besitzen und von den Vertragsparteien benannt und von der Konferenz der Vertragsparteien gewählt werden, unter gebührender Berücksichtigung eines ausgewogenen Geschlechterverhältnisses und einer gerechten geographischen Vertretung.

(3) Der Ausschuss für die Durchführung und Einhaltung arbeitet nach den von der Konferenz der Vertragsparteien auf ihrer ersten Tagung angenommen Modalitäten und der dort angenommenen Geschäftsordnung. Er prüft unter anderem Fragen der Durchführung und Einhaltung auf individueller und systemischer Ebene, erstattet der Konferenz der Vertragsparteien regelmäßig Bericht und richtet eingedenk der jeweiligen nationalen Umstände gegebenenfalls Empfehlungen an sie.

(4) Im Lauf seiner Arbeit kann der Ausschuss für die Durchführung und Einhaltung je nach Bedarf geeignete Informationen bei den nach diesem Übereinkommen eingesetzten Organen sowie bei den einschlägigen Rechtsinstrumenten und rechtlichen Rahmen sowie den zuständigen weltweiten, regionalen, subregionalen und sektoralen Organen einholen.

Part IX
Settlement of disputes

Article 56
Prevention of disputes

Parties shall cooperate in order to prevent disputes.

Article 57
Obligation to settle disputes by peaceful means

Parties have the obligation to settle their disputes concerning the interpretation or application of this Agreement by negotiation, inquiry, mediation, conciliation, arbitration, judicial settlement, resort to regional agencies or arrangements, or other peaceful means of their own choice.

Article 58
Settlement of disputes by any peaceful means chosen by the Parties

Nothing in this Part impairs the right of any Party to this Agreement to agree at any time to settle a dispute between them concerning the interpretation or application of this Agreement by any peaceful means of their own choice.

Partie IX
Règlement des différends

Article 56
Prévention des différends

Les Parties coopèrent afin de prévenir les différends.

Article 57
Obligation de régler les différends par des moyens pacifiques

Les Parties ont l'obligation de régler leurs différends relatifs à l'interprétation ou à l'application du présent Accord par voie de négociation, d'enquête, de médiation, de conciliation, d'arbitrage, de règlement judiciaire, de recours aux organismes ou accords régionaux, ou par d'autres moyens pacifiques de leur choix.

Article 58
Règlement des différends par tout moyen pacifique choisi par les Parties

Aucune disposition de la présente partie n'affecte le droit des Parties au présent Accord de convenir à tout moment de régler un différend survenu entre elles et relatif à l'interprétation ou à l'application du présent Accord par tout moyen pacifique de leur choix.

Teil IX
Beilegung von Streitigkeiten

Artikel 56
Verhütung von Streitigkeiten

Die Vertragsparteien arbeiten zusammen, um Streitigkeiten zu verhüten.

Artikel 57
Verpflichtung zur Beilegung von Streitigkeiten durch friedliche Mittel

Die Vertragsparteien haben die Verpflichtung, ihre Streitigkeiten über die Auslegung oder Anwendung dieses Übereinkommens durch Verhandlung, Untersuchung, Vermittlung, Vergleich, Schiedsverfahren, gerichtliche Entscheidung, Inanspruchnahme regionaler Organisationen oder Vereinbarungen oder durch andere friedliche Mittel eigener Wahl beizulegen.

Artikel 58
Beilegung von Streitigkeiten durch die von den Vertragsparteien gewählten friedlichen Mittel

Dieser Teil beeinträchtigt nicht das Recht der Vertragsparteien dieses Übereinkommens, jederzeit zu vereinbaren, eine zwischen ihnen entstehende Streitigkeit über die Auslegung oder Anwendung dieses Übereinkommens durch friedliche Mittel eigener Wahl beizulegen.

Article 59

Disputes of a technical nature

Where a dispute concerns a matter of a technical nature, the Parties concerned may refer the dispute to an ad hoc expert panel established by them. The panel shall confer with the Parties concerned and shall endeavour to resolve the dispute expeditiously without recourse to binding procedures for the settlement of disputes under article 60 of this Agreement.

Article 59

Différends touchant une question technique

En cas de différend touchant une question technique, les Parties concernées peuvent saisir un groupe d'experts ad hoc créé par elles. Le groupe d'experts s'entretient avec les Parties concernées et s'efforce de régler rapidement le différend sans recourir aux procédures obligatoires de règlement des différends visées à l'article 60 du présent Accord.

Artikel 59

Streitigkeiten technischer Art

Bei einer Streitigkeit über eine technische Angelegenheit können die beteiligten Vertragsparteien die Streitigkeit an ein von ihnen eingesetztes Ad-hoc-Sachverständigengremium verweisen. Das Gremium berät sich mit den beteiligten Vertragsparteien und bemüht sich um eine zügige Beilegung der Streitigkeit, ohne die bindenden Verfahren zur Beilegung von Streitigkeiten nach Artikel 60 in Anspruch zu nehmen.

Article 60

Procedures for the settlement of disputes

1. Disputes concerning the interpretation or application of this Agreement shall be settled in accordance with the provisions for the settlement of disputes provided for in Part XV of the Convention.

2. The provisions of Part XV of and Annexes V, VI, VII and VIII to the Convention shall be deemed to be replicated for the purpose of the settlement of disputes involving a Party to this Agreement that is not a Party to the Convention.

3. Any procedure accepted by a Party to this Agreement that is also a Party to the Convention pursuant to article 287 of the Convention shall apply to the settlement of disputes under this Part, unless that Party, when signing, ratifying, approving, accepting or acceding to this Agreement, or at any time thereafter, has accepted another procedure pursuant to article 287 of the Convention for the settlement of disputes under this Part.

4. Any declaration made by a Party to this Agreement that is also a Party to the Convention pursuant to article 298 of the Convention shall apply to the settlement of disputes under this Part, unless that Party, when signing, ratifying, approving, accepting or acceding to this Agreement, or at any time thereafter, has made a different declaration pursuant to article 298 of the Convention for the settlement of disputes under this Part.

5. Pursuant to paragraph 2 above, a Party to this Agreement that is not a Party to the Convention, when signing, ratifying, approving, accepting or acceding to this Agreement, or at any time thereafter, shall be free to choose, by means of a written declaration, submitted to the depositary, one or more of the following means for the settlement of disputes concerning the interpreta-

Article 60

Procédures de règlement des différends

1. Les différends relatifs à l'interprétation ou à l'application du présent Accord sont réglés conformément aux dispositions relatives au règlement des différends prévues à la partie XV de la Convention.

2. Les dispositions de la partie XV et des annexes V, VI, VII et VIII de la Convention sont réputées reproduites aux fins du règlement des différends impliquant toute Partie au présent Accord qui n'est pas partie à la Convention.

3. Toute procédure acceptée par une Partie au présent Accord qui est également partie à la Convention en application de l'article 287 de celle-ci s'applique au règlement des différends au titre de la présente partie, à moins que cette Partie, lorsqu'elle a signé, ratifié, approuvé ou accepté le présent Accord ou y a adhéré, ou à n'importe quel moment par la suite, n'ait accepté, pour le règlement des différends au titre de la présente partie, une autre procédure prévue à l'article 287 de la Convention.

4. Toute déclaration faite par une Partie au présent Accord qui est également partie à la Convention en application de l'article 298 de celle-ci s'applique au règlement des différends au titre de la présente partie, à moins que cette Partie, lorsqu'elle a signé, ratifié, approuvé ou accepté le présent Accord ou y a adhéré, ou à n'importe quel moment par la suite, n'ait fait, pour le règlement des différends au titre de la présente partie, une autre déclaration prévue à l'article 298 de la Convention.

5. En application du paragraphe 2 ci-dessus, toute Partie au présent Accord qui n'est pas partie à la Convention, lorsqu'elle signe, ratifie, approuve ou accepte le présent Accord ou y adhère, ou à n'importe quel moment par la suite, est libre de choisir, par voie de déclaration écrite soumise au dépositaire, un ou plusieurs des moyens suivants pour le règlement des différends

Artikel 60

Verfahren zur Beilegung von Streitigkeiten

(1) Streitigkeiten über die Auslegung oder Anwendung dieses Übereinkommens werden in Übereinstimmung mit den in Teil XV des Seerechtsübereinkommens vorgesehenen Bestimmungen über die Beilegung von Streitigkeiten beigelegt.

(2) Die Bestimmungen des Teiles XV und der Anlagen V, VI, VII und VIII des Seerechtsübereinkommens gelten für die Zwecke der Beilegung von Streitigkeiten mit einer Vertragspartei dieses Übereinkommens, die nicht Vertragspartei des Seerechtsübereinkommens ist, als übernommen.

(3) Jedes Verfahren, das von einer Vertragspartei dieses Übereinkommens, die auch Vertragspartei des Seerechtsübereinkommens ist, nach Artikel 287 des Seerechtsübereinkommens angenommen wurde, gilt für die Beilegung von Streitigkeiten nach dem vorliegenden Teil, sofern die betreffende Vertragspartei nicht bei der Unterzeichnung, Ratifikation, Genehmigung oder Annahme dieses Übereinkommens oder dem Beitritt dazu oder jederzeit danach ein anderes Verfahren gemäß Artikel 287 des Seerechtsübereinkommens zur Beilegung von Streitigkeiten nach dem vorliegenden Teil angenommen hat.

(4) Jede Erklärung, die von einer Vertragspartei dieses Übereinkommens, die auch Vertragspartei des Seerechtsübereinkommens ist, nach Artikel 298 des Seerechtsübereinkommens abgegeben wurde, gilt für die Beilegung von Streitigkeiten nach dem vorliegenden Teil, sofern die betreffende Vertragspartei nicht bei der Unterzeichnung, Ratifikation, Genehmigung oder Annahme dieses Übereinkommens oder dem Beitritt dazu oder jederzeit danach eine andere Erklärung gemäß Artikel 298 des Seerechtsübereinkommens zur Beilegung von Streitigkeiten nach diesem Teil abgegeben hat.

(5) Nach Absatz 2 steht es einer Vertragspartei dieses Übereinkommens, die nicht Vertragspartei des Seerechtsübereinkommens ist, frei, bei der Unterzeichnung, Ratifikation, Genehmigung oder Annahme dieses Übereinkommens oder dem Beitritt dazu oder jederzeit danach durch eine dem Verwahrer vorgelegte schriftliche Erklärung eines oder mehrere der folgenden

tion or application of this Agreement:

(a) The International Tribunal for the Law of the Sea;

(b) The International Court of Justice;

(c) An Annex VII arbitral tribunal;

(d) An Annex VIII special arbitral tribunal for one or more of the categories of disputes specified in said Annex.

6. A Party to this Agreement that is not a Party to the Convention that has not issued a declaration shall be deemed to have accepted the option in paragraph 5 (c) above. If the parties to a dispute have accepted the same procedure for the settlement of the dispute, it may be submitted only to that procedure, unless the parties otherwise agree. If the parties to a dispute have not accepted the same procedure for the settlement of the dispute, it may be submitted only to arbitration under Annex VII to the Convention, unless the parties otherwise agree. Article 287, paragraphs 6 to 8, of the Convention shall apply to declarations made under paragraph 5 above.

7. A Party to this Agreement that is not a Party to the Convention may, when signing, ratifying, approving, accepting or acceding to this Agreement, or at any time thereafter, without prejudice to the obligations arising under this Part, declare in writing that it does not accept any or more of the procedures provided for in Part XV, section 2, of the Convention with respect to one or more of the categories of disputes set out in article 298 of the Convention for the settlement of disputes under this Part. Article 298 of the Convention shall apply to such a declaration.

8. The provisions of this article shall be without prejudice to the procedures on the settlement of disputes to which Parties have agreed as participants in a relevant legal instrument or framework, or as members of a relevant global, regional, subregional or sectoral body concerning the interpretation or application of such instruments and frameworks.

9. Nothing in this Agreement shall be interpreted as conferring jurisdiction upon a court or tribunal over any dispute that concerns or necessarily involves the concurrent consideration of the legal status of an area as within national jurisdiction, nor over any dispute concerning sovereignty or other rights over continental or insular land

relatifs à l'interprétation ou à l'application du présent Accord :

a) Le Tribunal international du droit de la mer ;

b) La Cour internationale de Justice ;

c) Un tribunal arbitral constitué conformément à l'annexe VII de la Convention ;

d) Un tribunal arbitral spécial constitué conformément à l'annexe VIII de la Convention, pour une ou plusieurs des catégories de différends spécifiées dans ladite annexe.

6. Toute Partie au présent Accord qui n'est pas partie à la Convention et qui n'a pas fait de déclaration est réputée avoir accepté le moyen visé à l'alinéa c) du paragraphe 5 ci-dessus. Si les parties en litige ont accepté la même procédure pour le règlement du différend, celui-ci ne peut être soumis qu'à cette procédure, à moins que les Parties n'en conviennent autrement. Si les parties en litige n'ont pas accepté la même procédure pour le règlement du différend, celui-ci ne peut être soumis qu'à la procédure d'arbitrage prévue à l'annexe VII de la Convention, à moins que les Parties n'en conviennent autrement. Les paragraphes 6 à 8 de l'article 287 de la Convention s'appliquent aux déclarations faites au titre du paragraphe 5 ci-dessus.

7. Toute Partie au présent Accord qui n'est pas partie à la Convention peut, lorsqu'elle signe, ratifie, approuve ou accepte le présent Accord ou y adhère, ou à n'importe quel moment par la suite, sans préjudice des obligations découlant de la présente partie, déclarer par écrit qu'elle n'accepte pas une ou plusieurs des procédures prévues à la section 2 de la partie XV de la Convention en ce qui concerne une ou plusieurs des catégories de différends spécifiées à l'article 298 de la Convention pour le règlement des différends au titre de la présente partie. L'article 298 de la Convention s'applique à cette déclaration.

8. Les dispositions du présent article sont sans préjudice des procédures de règlement des différends dont les Parties sont convenues en tant que participants à un instrument ou cadre juridique pertinent, ou en tant que membres d'un organe mondial, régional, sous-régional ou sectoriel pertinent, en ce qui concerne l'interprétation ou l'application de ces instruments et cadres.

9. Aucune disposition du présent Accord n'est interprétée comme conférant à une cour ou à un tribunal la compétence pour connaître d'un différend concernant ou impliquant nécessairement l'examen simultané du régime juridique d'une zone comme relevant de la juridiction nationale ou de tout différend relatif à la souveraineté ou à d'au-

Mittel zur Beilegung von Streitigkeiten über die Auslegung oder Anwendung dieses Übereinkommens zu wählen:

a) den Internationalen Seegerichtshof;

b) den Internationalen Gerichtshof;

c) ein in Übereinstimmung mit Anlage VII des Seerechtsübereinkommens gebildetes Schiedsgericht;

d) ein in Übereinstimmung mit Anlage VIII des Seerechtsübereinkommens für eine oder mehrere der in der betreffenden Anlage aufgeführten Arten von Streitigkeiten gebildetes besonderes Schiedsgericht.

(6) Hat eine Vertragspartei dieses Übereinkommens, die nicht Vertragspartei des Seerechtsübereinkommens ist, keine Erklärung abgegeben, so wird angenommen, dass sie der Option in Absatz 5 Buchstabe c zugestimmt hat. Haben die Streitparteien demselben Verfahren zur Beilegung der Streitigkeit zugestimmt, so kann sie nur diesem Verfahren unterworfen werden, sofern die Vertragsparteien nichts anderes vereinbaren. Haben die Streitparteien nicht demselben Verfahren zur Beilegung der Streitigkeit zugestimmt, so kann sie nur einem Schiedsverfahren nach Anlage VII des Seerechtsübereinkommens unterworfen werden, sofern die Vertragsparteien nichts anderes vereinbaren. Für nach Absatz 5 abgegebene Erklärungen gilt Artikel 287 Absatz 6 bis 8 des Seerechtsübereinkommens.

(7) Eine Vertragspartei dieses Übereinkommens, die nicht Vertragspartei des Seerechtsübereinkommens ist, kann unbeschadet der Verpflichtungen aus diesem Teil bei der Unterzeichnung, Ratifikation, Genehmigung oder Annahme dieses Übereinkommens oder dem Beitritt dazu oder jederzeit danach schriftlich erklären, dass sie einem oder mehreren der in Teil XV Abschnitt 2 des Seerechtsübereinkommens vorgesehenen Verfahren in Bezug auf eine oder mehrere der in Artikel 298 des Seerechtsübereinkommens genannten Arten von Streitigkeiten für die Beilegung von Streitigkeiten nach diesem Teil nicht zustimmt. Für eine solche Erklärung gilt Artikel 298 des Seerechtsübereinkommens.

(8) Dieser Artikel berührt nicht die Verfahren zur Beilegung von Streitigkeiten, die die Vertragsparteien als Teilnehmer an einem einschlägigen Rechtsinstrument oder rechtlichen Rahmen oder als Mitglied in einem zuständigen weltweiten, regionalen, subregionalen oder sektoralen Organ in Bezug auf die Auslegung oder Anwendung dieser Instrumente und Rahmen vereinbart haben.

(9) Dieses Übereinkommen ist nicht so auszulegen, dass es einem Gerichtshof oder Gericht die Zuständigkeit für eine Streitigkeit, die die gleichzeitige Prüfung des rechtlichen Status eines Gebiets als Gebiet innerhalb nationaler Hoheitsbefugnisse betrifft oder notwendigerweise umfasst, oder für eine Streitigkeit betreffend die Souverä-

territory or a claim thereto of a Party to this Agreement, provided that nothing in this paragraph shall be interpreted as limiting the jurisdiction of a court or tribunal under Part XV, section 2, of the Convention.

10. For the avoidance of doubt, nothing in this Agreement shall be relied upon as a basis for asserting or denying any claims to sovereignty, sovereign rights or jurisdiction over land or maritime areas, including in respect to any disputes relating thereto.

tres droits sur un territoire continental ou insulaire ou à une revendication y relative d'une Partie au présent Accord, sous réserve que rien dans le présent paragraphe ne soit interprété comme limitant la compétence d'une cour ou d'un tribunal prévue à la section 2 de la partie XV de la Convention.

10. Il est entendu qu'aucune disposition du présent Accord ne peut être invoquée pour faire valoir ou rejeter des revendications de souveraineté, de droits souverains ou de juridiction sur des zones terrestres ou maritimes, y compris en ce qui concerne tout différend en la matière.

nität oder andere Rechte einer Vertragspartei dieses Übereinkommens über ein Festland- oder Inselgebiet oder einen Anspruch dieser darauf überträgt, wobei dieser Absatz nicht so auszulegen ist, dass er die Zuständigkeit eines Gerichts oder Gerichtshofs nach Teil XV Abschnitt 2 des Seerechtsübereinkommens beschränkt.

(10) Hiermit wird zweifelsfrei festgehalten, dass dieses Übereinkommen nicht als Grundlage für die Geltendmachung oder Verweigerung von Ansprüchen auf Souveränität, souveräne Rechte oder Hoheitsbefugnisse über Land- oder Seegebiete, auch in Bezug auf diesbezügliche Streitigkeiten, herangezogen werden darf.

Article 61

Provisional arrangements

Pending the settlement of a dispute in accordance with this Part, the parties to the dispute shall make every effort to enter into provisional arrangements of a practical nature.

Article 61

Arrangements provisoires

En attendant le règlement d'un différend conformément à la présente partie, les parties en litige font tout leur possible pour conclure des arrangements provisoires de caractère pratique.

Artikel 61

Vorläufige Vereinbarungen

Bis zur Beilegung einer Streitigkeit in Übereinstimmung mit diesem Teil bemühen sich die Streitparteien nach besten Kräften, vorläufige Vereinbarungen praktischer Art zu treffen.

Part X

Non-parties to this Agreement

Partie X

Non-parties au présent accord

Teil X

Nichtvertragsparteien dieses Übereinkommens

Article 62

Non-parties to this Agreement

Parties shall encourage non-parties to this Agreement to become Parties thereto and to adopt laws and regulations consistent with its provisions.

Article 62

Non-parties au présent Accord

Les Parties encouragent les non-parties au présent Accord à y devenir Parties et à adopter des lois et règlements conformes à ses dispositions.

Artikel 62

Nichtvertragsparteien dieses Übereinkommens

Die Vertragsparteien ermutigen die Nichtvertragsparteien dieses Übereinkommens, Vertragsparteien zu werden und die mit seinen Bestimmungen im Einklang stehenden Gesetze und sonstigen Vorschriften anzunehmen.

Part XI

Good faith and abuse of rights

Partie XI

Bonne foi et abus de droit

Teil XI

Treu und Glauben und Rechtsmissbrauch

Article 63

Good faith and abuse of rights

Parties shall fulfil in good faith the obligations assumed under this Agreement and exercise the rights recognized therein in a manner that would not constitute an abuse of right.

Article 63

Bonne foi et abus de droit

Les Parties s'acquittent de bonne foi des obligations qui leur incombent au titre du présent Accord et exercent les droits qui y sont reconnus d'une manière qui ne constitue pas un abus de droit.

Artikel 63

Treu und Glauben und Rechtsmissbrauch

Die Vertragsparteien erfüllen die aufgrund dieses Übereinkommens übernommenen Verpflichtungen nach Treu und Glauben und üben die darin anerkannten Rechte in einer Weise aus, die keinen Rechtsmissbrauch darstellt.

Part XII

Final provisions

Partie XII

Dispositions finales

Teil XII

Schlussbestimmungen

Article 64

Right to vote

1. Each Party to this Agreement shall have one vote, except as provided for in paragraph 2 below.

2. A regional economic integration organization Party to this Agreement, on matters within its competence, shall exercise its right to vote with a number of votes equal to the

Article 64

Droit de vote

1. Chaque Partie au présent Accord dispose d'une voix, sous réserve des dispositions du paragraphe 2 ci-dessous.

2. Les organisations régionales d'intégration économique qui sont Parties au présent Accord disposent, pour exercer leur droit de vote dans les domaines qui relèvent

Artikel 64

Stimmrecht

(1) Jede Vertragspartei dieses Übereinkommens hat eine Stimme, sofern in Absatz 2 nichts anderes vorgesehen ist.

(2) Eine Organisation der regionalen Wirtschaftsintegration, die Vertragspartei dieses Übereinkommens ist, übt in Angelegenheiten ihrer Zuständigkeit ihr Stimm-

number of its member States that are Parties to this Agreement. Such an organization shall not exercise its right to vote if any of its member States exercises its right to vote, and vice versa.

de leur compétence, d'un nombre de voix égal au nombre de leurs États membres qui sont Parties au présent Accord. Elles n'exercent pas leur droit de vote si l'un quelconque de leurs États membres exerce le sien, et inversement.

recht mit der Anzahl von Stimmen aus, die der Anzahl ihrer Mitgliedstaaten entspricht, die Vertragsparteien dieses Übereinkommens sind. Eine solche Organisation übt ihr Stimmrecht nicht aus, wenn einer ihrer Mitgliedstaaten sein Stimmrecht ausübt, und umgekehrt.

Article 65

Signature

This Agreement shall be open for signature by all States and regional economic integration organizations from 20 September 2023 and shall remain open for signature at United Nations Headquarters in New York until 20 September 2025.

Article 65

Signature

Le présent Accord est ouvert à la signature de tous les États et des organisations régionales d'intégration économique à compter du 20 septembre 2023 et reste ouvert à la signature au Siège de l'Organisation des Nations Unies, à New York, jusqu'au 20 septembre 2025.

Artikel 65

Unterzeichnung

Dieses Übereinkommen wird ab dem 20. September 2023 für alle Staaten und Organisationen der regionalen Wirtschaftsintegration zur Unterzeichnung aufgelegt und liegt bis zum 20. September 2025 am Sitz der Vereinten Nationen in New York zur Unterzeichnung auf.

Article 66

Ratification, approval, acceptance and accession

This Agreement shall be subject to ratification, approval or acceptance by States and regional economic integration organizations. It shall be open for accession by States and regional economic integration organizations from the day after the date on which the Agreement is closed for signature. Instruments of ratification, approval, acceptance and accession shall be deposited with the Secretary-General of the United Nations.

Article 66

Ratification, approbation, acceptation et adhésion

Le présent Accord est soumis à la ratification, à l'approbation ou à l'acceptation des États et des organisations régionales d'intégration économique. Il est ouvert à l'adhésion des États et des organisations régionales d'intégration économique dès le lendemain du jour où il cesse d'être ouvert à la signature. Les instruments de ratification, d'approbation, d'acceptation et d'adhésion sont déposés auprès du ou de la Secrétaire général(e) de l'Organisation des Nations Unies.

Artikel 66

Ratifikation, Genehmigung, Annahme und Beitritt

Dieses Übereinkommen bedarf der Ratifikation, Genehmigung oder Annahme durch die Staaten und die Organisationen der regionalen Wirtschaftsintegration. Es steht den Staaten und den Organisationen der regionalen Wirtschaftsintegration von dem Tag an, ab dem es nicht mehr zur Unterzeichnung aufliegt, zum Beitritt offen. Die Ratifikations-, Genehmigungs-, Annahme- und Beitrittsurkunden werden beim Generalsekretär der Vereinten Nationen hinterlegt.

Article 67

Division of the competence of regional economic integration organizations and their member States in respect of the matters governed by this Agreement

1. Any regional economic integration organization that becomes a Party to this Agreement without any of its member States being a Party shall be bound by all the obligations under this Agreement. In the case of such organizations, one or more of whose member States is a Party to this Agreement, the organization and its member States shall decide on their respective responsibilities for the performance of their obligations under this Agreement. In such cases, the organization and the member States shall not be entitled to exercise rights under this Agreement concurrently.

2. In its instrument of ratification, approval, acceptance or accession, a regional economic integration organization shall declare the extent of its competence in respect of the matters governed by this Agreement. Any such organization shall also inform the depositary, who shall in turn inform the Parties, of any relevant modification of the extent of its competence.

Article 67

Répartition des compétences des organisations régionales d'intégration économique et de leurs États membres en ce qui concerne les questions régies par le présent Accord

1. Toute organisation régionale d'intégration économique qui devient Partie au présent Accord sans qu'aucun de ses États membres n'y soit partie est liée par toutes les obligations découlant du présent Accord. Lorsqu'un ou plusieurs États membres d'une de ces organisations sont parties au présent Accord, l'organisation et ses États membres conviennent de leurs responsabilités respectives en ce qui concerne l'exécution des obligations découlant du présent Accord. En pareil cas, l'organisation et ses États membres ne peuvent exercer concurremment les droits qu'ils tiennent du présent Accord.

2. Dans leurs instruments de ratification, d'approbation, d'acceptation ou d'adhésion, les organisations régionales d'intégration économique déclarent l'étendue de leur compétence dans les domaines régis par le présent Accord. Elles informent également le dépositaire, qui en informe à son tour les Parties, de toute modification pertinente de l'étendue de leur compétence.

Artikel 67

Aufteilung der Zuständigkeit der Organisationen der regionalen Wirtschaftsintegration und ihrer Mitgliedstaaten in Bezug auf die in diesem Übereinkommen geregelten Angelegenheiten

(1) Jede Organisation der regionalen Wirtschaftsintegration, die Vertragspartei dieses Übereinkommens wird, ohne dass einer ihrer Mitgliedstaaten Vertragspartei ist, ist durch alle Verpflichtungen aus dem Übereinkommen gebunden. Sind ein oder mehrere Mitgliedstaaten einer solchen Organisation Vertragspartei des Übereinkommens, so entscheiden die Organisation und ihre Mitgliedstaaten über ihre jeweiligen Verantwortlichkeiten hinsichtlich der Erfüllung ihrer Verpflichtungen aus dem Übereinkommen. In diesen Fällen sind die Organisation und die Mitgliedstaaten nicht berechtigt, die Rechte aufgrund des Übereinkommens gleichzeitig auszuüben.

(2) In ihrer Ratifikations-, Genehmigungs-, Annahme- oder Beitrittsurkunde erklärt eine Organisation der regionalen Wirtschaftsintegration den Umfang ihrer Zuständigkeit in Bezug auf die durch dieses Übereinkommen erfassten Angelegenheiten. Diese Organisation teilt auch jede maßgebliche Änderung des Umfangs ihrer Zuständigkeit dem Verwahrer mit, der seinerseits die Vertragsparteien unterrichtet.

Article 68

Entry into force

1. This Agreement shall enter into force 120 days after the date of deposit of the sixtieth instrument of ratification, approval, acceptance or accession.

2. For each State or regional economic integration organization that ratifies, approves or accepts this Agreement or accedes thereto after the deposit of the sixtieth instrument of ratification, approval, acceptance or accession, this Agreement shall enter into force on the thirtieth day following the deposit of its instrument of ratification, approval, acceptance or accession, subject to paragraph 1 above.

3. For the purposes of paragraphs 1 and 2 above, any instrument deposited by a regional economic integration organization shall not be counted as additional to those deposited by the member States of that organization.

Article 68

Entrée en vigueur

1. Le présent Accord entre en vigueur 120 jours après la date de dépôt du soixantième instrument de ratification, d'approbation, d'acceptation ou d'adhésion.

2. Pour chaque État ou organisation régionale d'intégration économique qui ratifie, approuve ou accepte le présent Accord ou y adhère après le dépôt du soixantième instrument de ratification, d'approbation, d'acceptation ou d'adhésion, le présent Accord entre en vigueur le trentième jour suivant le dépôt de son instrument de ratification, d'approbation, d'acceptation ou d'adhésion, sous réserve du paragraphe 1 ci-dessus.

3. Aux fins des paragraphes 1 et 2 ci-dessus, l'instrument déposé par une organisation régionale d'intégration économique n'est pas considéré comme venant s'ajouter aux instruments déjà déposés par les États membres de ladite organisation.

Artikel 68

Inkrafttreten

(1) Dieses Übereinkommen tritt 120 Tage nach Hinterlegung der sechzigsten Ratifikations-, Genehmigungs-, Annahme- oder Beitrittsurkunde in Kraft.

(2) Für jeden Staat oder für jede Organisation der regionalen Wirtschaftsintegration, der beziehungsweise die dieses Übereinkommen nach Hinterlegung der sechzigsten Ratifikations-, Genehmigungs-, Annahme- oder Beitrittsurkunde ratifiziert, genehmigt, annimmt oder ihm beitritt, tritt das Übereinkommen vorbehaltlich des Absatzes 1 am dreißigsten Tag nach Hinterlegung seiner beziehungsweise ihrer Ratifikations-, Genehmigungs-, Annahme- oder Beitrittsurkunde in Kraft.

(3) Für die Zwecke der Absätze 1 und 2 zählt eine von einer Organisation der regionalen Wirtschaftsintegration hinterlegte Urkunde nicht als zusätzliche Urkunde zu den von den Mitgliedstaaten dieser Organisation hinterlegten Urkunden.

Article 69

Provisional application

1. This Agreement may be applied provisionally by a State or regional economic integration organization that consents to its provisional application by so notifying the depositary in writing at the time of signature or deposit of its instrument of ratification, approval, acceptance or accession. Such provisional application shall become effective from the date of receipt of the notification by the depositary.

2. Provisional application by a State or regional economic integration organization shall terminate upon the entry into force of this Agreement for that State or regional economic integration organization or upon notification by that State or regional economic integration organization to the depositary in writing of its intention to terminate its provisional application.

Article 69

Application à titre provisoire

1. Le présent Accord peut être appliqué à titre provisoire par tout État ou toute organisation régionale d'intégration économique qui consent à son application provisoire en adressant une notification écrite au dépositaire au moment de la signature ou du dépôt de l'instrument de ratification, d'approbation, d'acceptation ou d'adhésion. Cette application provisoire prend effet à compter de la date de réception de la notification par le dépositaire.

2. L'application provisoire par un État ou une organisation régionale d'intégration économique prend fin à la date de l'entrée en vigueur du présent Accord à l'égard de cet État ou de cette organisation régionale d'intégration économique ou lorsque ledit État ou ladite organisation notifie par écrit au dépositaire son intention de mettre fin à l'application provisoire.

Artikel 69

Vorläufige Anwendung

(1) Dieses Übereinkommen kann von einem Staat oder einer Organisation der regionalen Wirtschaftsintegration vorläufig angewendet werden, der beziehungsweise die seiner vorläufigen Anwendung durch schriftliche Notifikation an den Verwahrer zum Zeitpunkt der Unterzeichnung oder Hinterlegung seiner beziehungsweise ihrer Ratifikations-, Genehmigungs-, Annahme- oder Beitrittsurkunde zustimmt. Die vorläufige Anwendung wird mit dem Eingang der Notifikation beim Verwahrer wirksam.

(2) Die vorläufige Anwendung durch einen Staat oder eine Organisation der regionalen Wirtschaftsintegration endet mit dem Inkrafttreten dieses Übereinkommens für diesen Staat oder diese Organisation der regionalen Wirtschaftsintegration oder sobald dieser Staat oder diese Organisation der regionalen Wirtschaftsintegration dem Verwahrer seine beziehungsweise ihre Absicht schriftlich notifiziert, die vorläufige Anwendung zu beenden.

Article 70

Reservations and exceptions

No reservations or exceptions may be made to this Agreement, unless expressly permitted by other articles of this Agreement.

Article 70

Réserves et exceptions

Le présent Accord n'admet ni réserves ni exceptions autres que celles qu'il autorise expressément dans d'autres articles.

Artikel 70

Vorbehalte und Ausnahmen

Vorbehalte oder Ausnahmen zu diesem Übereinkommen sind nur zulässig, wenn sie ausdrücklich in anderen Artikeln des Übereinkommens vorgesehen sind.

Article 71

Declarations and statements

Article 70 does not preclude a State or regional economic integration organization, when signing, ratifying, approving, accepting or acceding to this Agreement, from making declarations or statements, however phrased or named, with a view, inter alia, to the harmonization of its laws and regulations with the provisions of this Agreement,

Article 71

Déclarations

L'article 70 n'interdit pas à un État ou à une organisation régionale d'intégration économique, au moment de la signature, de la ratification, de l'approbation ou de l'acceptation du présent Accord ou de l'adhésion à celui-ci, de faire des déclarations, quels qu'en soient le libellé ou la dénomination, notamment en vue d'harmoniser ses

Artikel 71

Erklärungen

Artikel 70 schließt nicht aus, dass ein Staat oder eine Organisation der regionalen Wirtschaftsintegration bei der Unterzeichnung, Ratifikation, Genehmigung oder Annahme dieses Übereinkommens oder dem Beitritt dazu Erklärungen gleich welchen Wortlauts oder welcher Bezeichnung abgibt, um unter anderem seine beziehungsweise

provided that such declarations or statements do not purport to exclude or to modify the legal effect of the provisions of this Agreement in their application to that State or regional economic integration organization.

lois et règlements avec le présent Accord, à condition que ces déclarations ne visent pas à exclure ou à modifier l'effet juridique des dispositions du présent Accord dans leur application à cet État ou à cette organisation régionale d'intégration économique.

ihre Gesetze und sonstigen Vorschriften mit den Bestimmungen des Übereinkommens in Einklang zu bringen, vorausgesetzt, dass diese Erklärungen nicht darauf abzielen, die Rechtswirkung der Bestimmungen des Übereinkommens in ihrer Anwendung auf diesen Staat oder diese Organisation der regionalen Wirtschaftsintegration auszuschließen oder zu ändern.

Article 72

Amendment

1. A Party may, by written communication addressed to the secretariat, propose amendments to this Agreement. The secretariat shall circulate such a communication to all Parties. If, within six months from the date of the circulation of the communication, not less than one half of the Parties reply favourably to the request, the proposed amendment shall be considered at the following meeting of the Conference of the Parties.

2. An amendment to this Agreement adopted in accordance with article 47 shall be communicated by the depositary to all Parties for ratification, approval or acceptance.

3. Amendments to this Agreement shall enter into force for the Parties ratifying, approving or accepting them on the thirtieth day following the deposit of instruments of ratification, approval or acceptance by two thirds of the number of Parties to this Agreement as at the time of adoption of the amendment. Thereafter, for each Party depositing its instrument of ratification, approval or acceptance of an amendment after the deposit of the required number of such instruments, the amendment shall enter into force on the thirtieth day following the deposit of its instrument of ratification, approval or acceptance.

4. An amendment may provide, at the time of its adoption, that a smaller or larger number of ratifications, approvals or acceptances shall be required for its entry into force than required under this article.

5. For the purposes of paragraphs 3 and 4 above, any instrument deposited by a regional economic integration organization shall not be counted as additional to those deposited by the member States of that organization.

6. A State or regional economic integration organization that becomes a Party to this Agreement after the entry into force of amendments in accordance with paragraph 3 above shall, failing an expression of a different intention by that State or regional economic integration organization:

(a) Be considered as a Party to this Agreement as so amended;

(b) Be considered as a Party to the unamended Agreement in relation to any Party not bound by the amendment.

Article 72

Amendement

1. Toute Partie peut proposer, par voie de communication écrite adressée au secrétariat, des amendements au présent Accord. Le secrétariat transmet cette communication à toutes les Parties. Si, dans les six mois qui suivent la date de la transmission de la communication, la moitié au moins des Parties répondent favorablement à la demande, l'amendement proposé est examiné à la réunion suivante de la Conférence des Parties.

2. Les amendements au présent Accord adoptés conformément à l'article 47 sont soumis par le dépositaire à toutes les Parties aux fins de ratification, d'approbation ou d'acceptation.

3. Les amendements au présent Accord entrent en vigueur à l'égard des Parties qui les ratifient, les approuvent ou les acceptent le trentième jour qui suit la date du dépôt des instruments de ratification, d'approbation ou d'acceptation des deux tiers des Parties au présent Accord au moment de l'adoption de l'amendement. Par la suite, lorsqu'une Partie dépose son instrument de ratification, d'approbation ou d'acceptation d'un amendement après la date de dépôt du nombre requis de tels instruments, cet amendement entre en vigueur à son égard le trentième jour qui suit la date de dépôt de son instrument de ratification, d'approbation ou d'acceptation.

4. Un amendement peut prévoir, au moment de son adoption, que son entrée en vigueur requiert un nombre de ratifications, d'approbations ou d'acceptations moins élevé ou plus élevé que celui exigé par le présent article.

5. Aux fins des paragraphes 3 et 4 ci-dessus, l'instrument déposé par une organisation régionale d'intégration économique n'est pas considéré comme venant s'ajouter aux instruments déposés par les États membres de cette organisation.

6. Tout État ou toute organisation régionale d'intégration économique qui devient Partie au présent Accord après l'entrée en vigueur d'un amendement conformément au paragraphe 3 ci-dessus est, faute d'avoir exprimé une intention différente, considéré comme étant :

a) Partie au présent Accord tel qu'il a été amendé ;

b) Partie à l'Accord non amendé à l'égard de toute Partie qui n'est pas liée par cet amendement.

Artikel 72

Änderung

(1) Eine Vertragspartei kann durch eine an das Sekretariat gerichtete schriftliche Mitteilung Änderungen dieses Übereinkommens vorschlagen. Das Sekretariat leitet diese Mitteilung an alle Vertragsparteien weiter. Befürwortet innerhalb von sechs Monaten nach Weiterleitung der Mitteilung mindestens die Hälfte der Vertragsparteien das Ersuchen, so wird die vorgeschlagene Änderung auf der nächsten Tagung der Konferenz der Vertragsparteien geprüft.

(2) Eine nach Artikel 47 beschlossene Änderung dieses Übereinkommens wird allen Vertragsparteien vom Verwahrer zur Ratifikation, Genehmigung oder Annahme weitergeleitet.

(3) Änderungen dieses Übereinkommens treten für die Vertragsparteien, die sie ratifizieren, genehmigen oder annehmen, am dreißigsten Tag nach Hinterlegung der Ratifikations-, Genehmigungs- oder Annahmeurkunden durch zwei Drittel der Anzahl der Vertragsparteien dieses Übereinkommens zu dem Zeitpunkt, zu dem die Änderung beschlossen wurde, in Kraft. Danach tritt die Änderung für jede Vertragspartei, die ihre Ratifikations-, Genehmigungs- oder Annahmeurkunde zu einer Änderung nach Hinterlegung der erforderlichen Anzahl solcher Urkunden hinterlegt, am dreißigsten Tag nach Hinterlegung ihrer Ratifikations-, Genehmigungs- oder Annahmeurkunde in Kraft.

(4) Eine Änderung kann zu dem Zeitpunkt, zu dem sie beschlossen wurde, für ihr Inkrafttreten eine kleinere oder größere als die nach diesem Artikel erforderliche Anzahl von Ratifikationen, Genehmigungen oder Annahmen vorsehen.

(5) Für die Zwecke der Absätze 3 und 4 zählt eine von einer Organisation der regionalen Wirtschaftsintegration hinterlegte Urkunde nicht als zusätzliche Urkunde zu den von den Mitgliedstaaten dieser Organisation hinterlegten Urkunden.

(6) Ein Staat oder eine Organisation der regionalen Wirtschaftsintegration, der beziehungsweise die nach dem Inkrafttreten von Änderungen in Übereinstimmung mit Absatz 3 Vertragspartei dieses Übereinkommens wird, gilt, sofern er beziehungsweise sie keine abweichende Absicht äußert,

a) als Vertragspartei des so geänderten Übereinkommens;

b) als Vertragspartei des nicht geänderten Übereinkommens gegenüber jeder Vertragspartei, die durch die Änderung nicht gebunden ist.

Article 73

Denunciation

1. A Party may, by written notification addressed to the Secretary-General of the United Nations, denounce this Agreement and may indicate its reasons. Failure to indicate reasons shall not affect the validity of the denunciation. The denunciation shall take effect one year after the date of receipt of the notification, unless the notification specifies a later date.

2. The denunciation shall not in any way affect the duty of any Party to fulfil any obligation embodied in this Agreement to which it would be subject under international law independently of this Agreement.

Article 73

Dénonciation

1. Une Partie peut dénoncer le présent Accord, par voie de notification écrite adressée au ou à la Secrétaire général(e) de l'Organisation des Nations Unies, et indiquer les motifs de la dénonciation. Le fait de ne pas indiquer de motifs n'affecte pas la validité de la dénonciation. Celle-ci prend effet un an après la date de réception de la notification, à moins que celle-ci ne prévoie une date ultérieure.

2. La dénonciation n'affecte en rien le devoir de toute Partie de remplir toute obligation énoncée dans le présent Accord à laquelle elle serait soumise en vertu du droit international indépendamment du présent Accord.

Artikel 73

Kündigung

(1) Eine Vertragspartei kann durch eine an den Generalsekretär der Vereinten Nationen gerichtete schriftliche Notifikation dieses Übereinkommen kündigen; sie kann die Kündigung begründen. Das Fehlen einer Begründung berührt nicht die Gültigkeit der Kündigung. Die Kündigung wird ein Jahr nach Eingang der Notifikation wirksam, sofern in der Notifikation nicht ein späterer Zeitpunkt angegeben ist.

(2) Die Kündigung berührt nicht die Pflicht einer Vertragspartei, eine in diesem Übereinkommen enthaltene Verpflichtung zu erfüllen, der sie nach dem Völkerrecht unabhängig von dem Übereinkommen unterworfen ist.

Article 74

Annexes

1. The annexes form an integral part of this Agreement and, unless expressly provided otherwise, a reference to this Agreement or to one of its parts includes a reference to the annexes relating thereto.

2. The provisions of article 72 relating to the amendment of this Agreement shall also apply to the proposal, adoption and entry into force of a new annex to the Agreement.

3. Any Party may propose an amendment to any annex to this Agreement for consideration at the next meeting of the Conference of the Parties. The annexes may be amended by the Conference of the Parties. Notwithstanding the provisions of article 72, the following provisions shall apply in relation to amendments to annexes to this Agreement:

(a) The text of the proposed amendment shall be communicated to the secretariat at least 150 days before the meeting. The secretariat shall, upon receiving the text of the proposed amendment, communicate it to the Parties. The secretariat shall consult relevant subsidiary bodies, as required, and shall communicate any response to all Parties not later than 30 days before the meeting;

(b) Amendments adopted at a meeting shall enter into force 180 days after the close of that meeting for all Parties, except those that make an objection in accordance with paragraph 4 below.

4. During the period of 180 days provided for in paragraph 3 (b) above, any Party may, by notification in writing to the depositary, make an objection with respect to the amendment. Such objection may be withdrawn at any time by written notification to the depositary and, thereupon, the amendment to the annex shall enter into force for that Party on the thirtieth day after the date

Article 74

Annexes

1. Les annexes font partie intégrante du présent Accord et, sauf disposition contraire expresse, une référence au présent Accord ou à une de ses parties renvoie également aux annexes qui s'y rapportent.

2. Les dispositions de l'article 72, relatif aux amendements apportés au présent Accord, s'appliquent également à la proposition, à l'adoption et à l'entrée en vigueur d'une nouvelle annexe à l'Accord.

3. Toute Partie peut proposer un amendement à toute annexe du présent Accord pour examen à la réunion suivante de la Conférence des Parties. Les annexes peuvent être amendées par la Conférence des Parties. Nonobstant les dispositions de l'article 72, les dispositions ci-après s'appliquent en ce qui concerne les amendements aux annexes du présent Accord :

a) Le texte de la proposition d'amendement est communiqué au secrétariat 150 jours au moins avant la réunion. Ce dernier, dès réception du texte de la proposition d'amendement, le communique aux Parties. Le secrétariat consulte les organes subsidiaires concernés selon que de besoin et communique toute réponse à toutes les Parties au plus tard 30 jours avant la réunion ;

b) Les amendements adoptés à une réunion de la Conférence des Parties entrent en vigueur 180 jours après la clôture de ladite réunion pour toutes les Parties, à l'exception de celles qui formulent une objection conformément aux dispositions du paragraphe 4 ci-dessous.

4. Durant le délai de 180 jours prévu à l'alinéa b) du paragraphe 3 ci-dessus, toute Partie peut, par notification écrite au dépositaire, faire une objection au sujet de l'amendement. Elle peut la retirer à tout moment par notification écrite au dépositaire ; l'amendement à l'annexe entre alors en vigueur pour la Partie le trentième jour suivant la date à laquelle elle aura retiré son

Artikel 74

Anlagen

(1) Die Anlagen sind Bestandteil dieses Übereinkommens; sofern nicht ausdrücklich etwas anderes vorgesehen ist, schließt eine Bezugnahme auf das Übereinkommen oder auf einen seiner Teile auch eine Bezugnahme auf die betreffenden Anlagen ein.

(2) Artikel 72 über die Änderung dieses Übereinkommens gilt auch für den Vorschlag einer neuen Anlage dieses Übereinkommens, die Beschlussfassung darüber und das Inkrafttreten derselben.

(3) Jede Vertragspartei kann eine Änderung jeder der Anlagen dieses Übereinkommens zur Prüfung auf der nächsten Tagung der Konferenz der Vertragsparteien vorschlagen. Die Anlagen können von der Konferenz der Vertragsparteien geändert werden. Ungeachtet des Artikels 72 gelten für Änderungen der Anlagen dieses Übereinkommens folgende Bestimmungen:

a) Der Wortlaut der vorgeschlagenen Änderung wird dem Sekretariat mindestens 150 Tage vor der Tagung übermittelt. Das Sekretariat übermittelt den Wortlaut des Änderungsvorschlags nach Erhalt den Vertragsparteien. Das Sekretariat konsultiert erforderlichenfalls zuständige Nebenorgane und übermittelt allen Vertragsparteien die Antworten spätestens 30 Tage vor der Tagung;

b) die auf einer Tagung beschlossenen Änderungen treten 180 Tage nach dem Abschluss dieser Tagung für alle Vertragsparteien mit Ausnahme derjenigen in Kraft, die einen Einspruch nach Absatz 4 erheben.

(4) Während der in Absatz 3 Buchstabe b vorgesehenen Frist von 180 Tagen kann jede Vertragspartei durch schriftliche Notifikation an den Verwahrer Einspruch gegen die Änderung erheben. Ein solcher Einspruch kann jederzeit durch schriftliche Notifikation an den Verwahrer zurückgenommen werden, und die Änderung der Anlage tritt daraufhin für die betreffende

of withdrawal of the objection.

objection.

Vertragspartei am dreißigsten Tag nach der Rücknahme des Einspruchs in Kraft.

Article 75

Depositary

The Secretary-General of the United Nations shall be the depositary of this Agreement and any amendments or revisions thereto.

Article 75

Dépositaire

Le ou la Secrétaire général(e) de l'Organisation des Nations Unies est le dépositaire du présent Accord et des amendements ou révisions qui s'y rapportent.

Artikel 75

Verwahrer

Der Generalsekretär der Vereinten Nationen ist Verwahrer dieses Übereinkommens und aller seiner Änderungen oder Revisionen.

Article 76

Authentic texts

The Arabic, Chinese, English, French, Russian and Spanish texts of this Agreement are equally authentic.

Article 76

Textes faisant foi

Les textes anglais, arabe, chinois, espagnol, français et russe du présent Accord font également foi.

Artikel 76

Verbindliche Wortlaute

Der arabische, chinesische, englische, französische, russische und spanische Wortlaut dieses Übereinkommens ist gleichermaßen verbindlich.

Annex I

Indicative criteria for identification of areas

(a) Uniqueness;

(b) Rarity;

(c) Special importance for the life history stages of species;

(d) Special importance of the species found therein;

(e) The importance for threatened, endangered or declining species or habitats;

(f) Vulnerability, including to climate change and ocean acidification;

(g) Fragility;

(h) Sensitivity;

(i) Biological diversity and productivity;

(j) Representativeness;

(k) Dependency;

(l) Naturalness;

(m) Ecological connectivity;

(n) Important ecological processes occurring therein;

(o) Economic and social factors;

(p) Cultural factors;

(q) Cumulative and transboundary impacts;

(r) Slow recovery and resilience;

(s) Adequacy and viability;

(t) Replication;

(u) Sustainability of reproduction;

(v) Existence of conservation and management measures.

Annexe I

Critères indicatifs pour la détermination des aires à protéger

a) Caractère unique ;

b) Rareté ;

c) Importance particulière pour les stades du cycle de vie des espèces ;

d) Importance particulière des espèces présentes dans l'aire ;

e) Importance pour les espèces ou les habitats menacés, en danger ou en déclin ;

f) Vulnérabilité, y compris face aux changements climatiques et à l'acidification de l'océan ;

g) Fragilité ;

h) Sensibilité ;

i) Diversité biologique et productivité ;

j) Représentativité ;

k) Dépendance ;

l) Caractère naturel ;

m) Connectivité écologique ;

n) Processus écologiques importants à l'œuvre dans l'aire ;

o) Facteurs économiques et sociaux ;

p) Facteurs culturels ;

q) Impacts cumulés et transfrontières ;

r) Faible capacité de récupération et de résilience ;

s) Pertinence et viabilité ;

t) Réplication ;

u) Durabilité de la reproduction ;

v) Existence de mesures de conservation et de gestion.

Anlage I

Als Anhalt dienende Kriterien für die Identifizierung von Gebieten

a) Einzigartigkeit;

b) Seltenheit;

c) besondere Bedeutung für Lebensstadien von Arten;

d) besondere Bedeutung der dort vorkommenden Arten;

e) Bedeutung für bedrohte, gefährdete oder im Rückgang befindliche Arten oder Lebensräume;

f) Anfälligkeit, auch gegenüber dem Klimawandel und der Versauerung der Meere;

g) Zerbrechlichkeit;

h) Empfindlichkeit;

i) biologische Vielfalt und Produktivität;

j) Repräsentativität;

k) Abhängigkeit;

l) Naturbelassenheit;

m) ökologische Konnektivität;

n) wichtige darin ablaufende ökologische Prozesse;

o) wirtschaftliche und soziale Faktoren;

p) kulturelle Faktoren;

q) kumulative und grenzüberschreitende Auswirkungen;

r) langsame Erholung und geringe Widerstandsfähigkeit;

s) Angemessenheit und Durchführbarkeit;

t) Replikation;

u) Nachhaltigkeit der Reproduktion;

v) Vorhandensein von Erhaltungs- und Bewirtschaftungsmaßnahmen.

Annex II

Types of capacity-building and of the transfer of marine technology

Under this Agreement, capacity-building and transfer of marine technology initiatives may include but are not limited to:

(a) The sharing of relevant data, information, knowledge and research, in user-friendly formats, including:

  (i) The sharing of marine scientific and technological knowledge;

  (ii) The exchange of information on the conservation and sustainable use of marine biological diversity of areas beyond national jurisdiction;

  (iii) The sharing of research and development results;

(b) Information dissemination and awareness-raising, including with regard to:

  (i) Marine scientific research, marine sciences and related marine operations and services;

  (ii) Environmental and biological information collected through research conducted in areas beyond national jurisdiction;

  (iii) Relevant traditional knowledge in line with the free, prior and informed consent of the holders of such knowledge;

  (iv) Stressors on the ocean that affect marine biological diversity of areas beyond national jurisdiction, including the adverse effects of climate change, such as warming and ocean deoxygenation, as well as ocean acidification;

  (v) Measures such as area-based management tools, including marine protected areas;

  (vi) Environmental impact assessments;

(c) The development and strengthening of relevant infrastructure, including equipment, such as:

  (i) The development and establishment of necessary infrastructure;

  (ii) The provision of technology, including sampling and methodology equipment (e.g., for water, geological, biological or chemical samples);

Annexe II

Formes du renforcement des capacités et du transfert de technologies marines

Au titre du présent Accord, les initiatives de renforcement des capacités et de transfert de technologies marines peuvent inclure, sans s'y limiter :

a) Le partage de données, d'informations, de connaissances et de recherches pertinentes, dans des formats faciles d'utilisation, notamment :

  i) Le partage des connaissances scientifiques et technologiques marines ;

  ii) L'échange d'informations sur la conservation et l'utilisation durable de la diversité biologique marine des zones ne relevant pas de la juridiction nationale ;

  iii) L'échange des résultats de travaux de recherche et développement ;

b) La diffusion d'informations et la sensibilisation, notamment en ce qui concerne :

  i) La recherche scientifique marine, les sciences de la mer ainsi que les opérations et services marins connexes ;

  ii) Les informations environnementales et biologiques recueillies dans le cadre des recherches menées dans les zones ne relevant pas de la juridiction nationale ;

  iii) Les connaissances traditionnelles pertinentes, avec le consentement préalable, donné librement et en connaissance de cause, de leurs détenteurs ;

  iv) Les facteurs de stress sur l'océan qui influent sur la diversité biologique marine des zones ne relevant pas de la juridiction nationale, y compris les effets néfastes des changements climatiques comme le réchauffement et la désoxygénation de l'océan, ainsi que son acidification ;

  v) Les mesures telles que les outils de gestion par zone, y compris les aires marines protégées ;

  vi) Les évaluations d'impact sur l'environnement ;

c) Le développement et le renforcement des infrastructures pertinentes, y compris le matériel, tels que :

  i) Le développement et la mise en place des infrastructures nécessaires ;

  ii) La fourniture de technologies, y compris de matériel d'échantillonnage et de méthodologie (pour l'eau, par exemple, échantillons géologiques, biologiques et chimiques) ;

Anlage II

Formen des Kapazitätsaufbaus und der Weitergabe von Meerestechnologie

Nach diesem Übereinkommen können Initiativen zum Kapazitätsaufbau und zur Weitergabe von Meerestechnologie unter anderem Folgendes umfassen:

a) den Austausch einschlägiger Daten, Informationen, Kenntnisse und Forschungsergebnisse in benutzerfreundlichen Formaten, darunter

  i) den Austausch meereswissenschaftlicher und -technologischer Kenntnisse;

  ii) den Austausch von Informationen über die Erhaltung und nachhaltige Nutzung der biologischen Vielfalt der Meere von Gebieten außerhalb nationaler Hoheitsbefugnisse;

  iii) den Austausch von Forschungs- und Entwicklungsergebnissen;

b) die Verbreitung von Informationen und Bewusstseinsschärfung, auch in Bezug auf

  i) wissenschaftliche Meeresforschung, Meereswissenschaften und damit zusammenhängende maritime Tätigkeiten und Dienstleistungen;

  ii) umweltbezogene und biologische Informationen, die im Rahmen von Forschungsarbeiten in Gebieten außerhalb nationaler Hoheitsbefugnisse erhoben wurden;

  iii) einschlägiges traditionelles Wissen entsprechend der freiwilligen und auf Kenntnis der Sachlage gegründeten vorherigen Zustimmung der Träger dieses Wissens;

  iv) Stressfaktoren für die Meere, die die biologische Vielfalt der Meere von Gebieten außerhalb nationaler Hoheitsbefugnisse beeinträchtigen, einschließlich der nachteiligen Auswirkungen des Klimawandels, etwa Erwärmung und Sauerstoffmangel im Meer, sowie der Versauerung der Meere;

  v) Maßnahmen wie gebietsbezogene Managementinstrumente einschließlich Meeresschutzgebiete;

  vi) Umweltverträglichkeitsprüfungen;

c) die Entwicklung und Stärkung der einschlägigen Infrastruktur, einschließlich der Ausrüstung, etwa

  i) die Entwicklung und Einrichtung der erforderlichen Infrastruktur;

  ii) die Bereitstellung von Technologie, einschließlich Ausrüstung für Probenahme und Methodik (zum Beispiel für Wasser-, geologische, biologische oder chemische Proben);

(iii) The acquisition of the equipment necessary to support and further develop research and development capabilities, including in data management, in the context of activities with respect to marine genetic resources and digital sequence information on marine genetic resources of areas beyond national jurisdiction, measures such as area-based management tools, including marine protected areas, and the conduct of environmental impact assessments;

iii) L'acquisition du matériel nécessaire pour appuyer et développer les capacités de recherche et développement, y compris en gestion des données, dans le contexte des activités relatives aux ressources génétiques marines de zones ne relevant pas de la juridiction nationale et aux informations de séquençage numérique sur ces ressources génétiques marines, des mesures telles que les outils de gestion par zone, y compris les aires marines protégées, et la réalisation des évaluations d'impact sur l'environnement ;

iii) den Erwerb der erforderlichen Ausrüstung zur Unterstützung und Weiterentwicklung der Kapazitäten für Forschung und Entwicklung, auch im Bereich der Datenverwaltung, im Kontext von Tätigkeiten im Zusammenhang mit maringenetischen Ressourcen und digitalen Sequenzinformationen über maringenetische Ressourcen von Gebieten außerhalb nationaler Hoheitsbefugnisse, von Maßnahmen wie gebietsbezogenen Managementinstrumenten einschließlich Meeresschutzgebieten und der Durchführung von Umweltverträglichkeitsprüfungen;

(d) The development and strengthening of institutional capacity and national regulatory frameworks or mechanisms, including:

d) Le développement et le renforcement des capacités institutionnelles et des cadres ou mécanismes réglementaires nationaux, notamment :

d) die Entwicklung und Stärkung der institutionellen Kapazitäten und innerstaatlichen Regulierungsrahmen oder -mechanismen, darunter

(i) Governance, policy and legal frameworks and mechanisms;

i) Les cadres et mécanismes politiques, juridiques et de gouvernance ;

i) Steuerungs-, Politik- und rechtliche Rahmen und -mechanismen;

(ii) Assistance in the development, implementation and enforcement of national legislative, administrative or policy measures, including associated regulatory, scientific and technical requirements at the national, subregional or regional level;

ii) L'aide à l'élaboration, à la mise en œuvre et à l'exécution de mesures législatives, administratives ou de politique nationales, y compris les exigences réglementaires, scientifiques et techniques associées aux niveaux national, sous-régional ou régional ;

ii) Unterstützung bei der Entwicklung, Durchführung und Durchsetzung nationaler Gesetzgebungs-, Verwaltungs- oder politischer Maßnahmen, einschließlich der damit verbundenen ordnungspolitischen, wissenschaftlichen und technischen Anforderungen auf nationaler, subregionaler oder regionaler Ebene;

(iii) Technical support for the implementation of the provisions of this Agreement, including for data monitoring and reporting;

iii) L'appui technique à la mise en œuvre des dispositions du présent Accord, y compris en matière de surveillance et de rapport ;

iii) technische Unterstützung bei der Durchführung dieses Übereinkommens, auch in Bezug auf Datenüberwachung und Berichterstattung;

(iv) Capacity to translate information and data into effective and efficient policies, including by facilitating access to and the acquisition of knowledge necessary to inform decision makers in developing States Parties;

iv) Les capacités de traduire les informations et les données en politiques efficaces et efficientes, y compris en facilitant l'accès aux connaissances nécessaires pour éclairer les décideurs des États Parties en développement ainsi que l'acquisition de ces connaissances ;

iv) Kapazitäten zur Umsetzung von Informationen und Daten in eine wirksame und effiziente Politik, unter anderem durch Erleichterung des Zugangs zu den Kenntnissen, die Entscheidungsträger in Entwicklungsstaaten, die Vertragsparteien sind, als Informationsgrundlage benötigen, und des Erwerbs solcher Kenntnisse;

(v) The establishment or strengthening of the institutional capacities of relevant national and regional organizations and institutions;

v) La mise en place ou le renforcement des capacités institutionnelles des organisations et institutions nationales et régionales compétentes ;

v) die Schaffung oder Stärkung der institutionellen Kapazitäten der zuständigen nationalen und regionalen Organisationen und Einrichtungen;

(vi) The establishment of national and regional scientific centres, including as data repositories;

vi) La création de centres scientifiques nationaux et régionaux, y compris sous forme de référentiels de données ;

vi) die Einrichtung nationaler und regionaler wissenschaftlicher Zentren, auch als Datenrepositorien;

(vii) The development of regional centres of excellence;

vii) La mise en place de centres d'excellence régionaux ;

vii) die Entwicklung regionaler Kompetenzzentren;

(viii) The development of regional centres for skills development;

viii) La mise en place de centres régionaux de développement des compétences ;

viii) die Entwicklung regionaler Zentren für Qualifizierung;

(ix) Increasing cooperative links between regional institutions, for example, North-South and South-South collaboration and collaboration among regional seas organi-

ix) Le renforcement des liens de coopération entre les institutions régionales, par exemple, la collaboration Nord-Sud et Sud-Sud, ainsi que la collaboration entre organisations de

ix) die Verstärkung der Kooperationsbeziehungen zwischen regionalen Institutionen, zum Beispiel Nord-Süd- und Süd-Süd-Zusammenarbeit und Zusammenarbeit zwischen

zations and regional fisheries management organizations;

(e) The development and strengthening of human and financial management resource capabilities and of technical expertise through exchanges, research collaboration, technical support, education and training and the transfer of marine technology, such as:

(i) Collaboration and cooperation in marine science, including through data collection, technical exchange, scientific research projects and programmes, and the development of joint scientific research projects in cooperation with institutions in developing States;

(ii) Education and training in:

a. The natural and social sciences, both basic and applied, to develop scientific and research capacity;

b. Technology, and the application of marine science and technology, to develop scientific and research capacities;

c. Policy and governance;

d. The relevance and application of traditional knowledge;

(iii) The exchange of experts, including experts on traditional knowledge;

(iv) The provision of funding for the development of human resources and technical expertise, including through:

a. The provision of scholarships or other grants for representatives of small island developing States Parties in workshops, training programmes or other relevant programmes to develop their specific capacities;

b. The provision of financial and technical expertise and resources, in particular for small island developing States, concerning environmental impact assessments;

(v) The establishment of a networking mechanism among trained human resources;

mers régionales et entre organisations régionales de gestion des pêches ;

e) Le développement et le renforcement des capacités en matière de ressources humaines et de moyens de gestion financière et de l'expertise technique, par des échanges, la collaboration en matière de recherche, l'appui technique, l'éducation et la formation, et par le transfert de technologies marines, tels que :

i) La collaboration et la coopération dans le domaine des sciences de la mer, y compris par la collecte de données, les échanges techniques, les projets et programmes de recherche scientifique et l'élaboration de projets de recherche scientifique conjoints en coopération avec les institutions d'États en développement ;

ii) L'éducation et la formation dans les domaines suivants :

a. Les sciences naturelles et les sciences sociales, tant fondamentales qu'appliquées, en vue de renforcer les capacités scientifiques et de recherche ;

b. Les technologies, et l'application des sciences de la mer et des technologies marines, en vue de renforcer les capacités scientifiques et de recherche ;

c. Les politiques et la gouvernance ;

d. La pertinence et l'application des connaissances traditionnelles ;

iii) L'échange d'experts, y compris de spécialistes des connaissances traditionnelles ;

iv) La mise à disposition de fonds pour le développement des ressources humaines et de l'expertise technique, y compris par :

a. L'octroi de bourses d'études ou d'autres subventions aux représentants des petits États Parties insulaires en développement dans le cadre d'ateliers, de programmes de formation ou d'autres programmes pertinents en vue de développer leurs capacités propres ;

b. L'apport de compétences et de ressources financières et techniques, en particulier pour les petits États insulaires en développement, pour les évaluations d'impact sur l'environnement ;

v) La création d'un mécanisme de mise en réseau des ressources humaines formées ;

regionalen Meeresorganisationen und regionalen Fischereiorganisationen;

e) die Entwicklung und Stärkung der personellen und mit der Verwaltung der Finanzen verbundenen Ressourcen und des technischen Sachverstands durch Austausch, Forschungszusammenarbeit, technische Unterstützung, Ausbildung und Schulung und Weitergabe von Meerestechnologie, etwa

i) die Zusammenarbeit und Kooperation in der Meereswissenschaft, auch durch Datenerhebung, fachlichen Austausch, wissenschaftliche Forschungsprojekte und -programme sowie die Entwicklung gemeinsamer wissenschaftlicher Forschungsprojekte in Zusammenarbeit mit Einrichtungen in Entwicklungsstaaten;

ii) Ausbildung und Schulung in Bezug auf

a. Natur- und Sozialwissenschaften, sowohl Grundlagen- als auch angewandte Wissenschaften, zur Entwicklung von Wissenschafts- und Forschungskapazitäten;

b. Technologie und Anwendung von Meereswissenschaft und -technologie zur Entwicklung von Wissenschafts- und Forschungskapazitäten;

c. Politik und Steuerung;

d. Relevanz und Anwendung von traditionellem Wissen;

iii) den Austausch von Sachverständigen, einschließlich Sachverständigen für traditionelles Wissen;

iv) die Bereitstellung von Finanzmitteln für die Erschließung von personellen Ressourcen und die Entwicklung von technischem Sachverstand, unter anderem durch

a. die Bereitstellung von Stipendien oder sonstigen Beihilfen für Vertreter von kleinen Inselstaaten, die Entwicklungsstaaten sind, für Workshops, Ausbildungsprogramme oder andere einschlägige Programme zur Entwicklung ihrer spezifischen Fähigkeiten;

b. die Bereitstellung von finanziellem und technischem Sachverstand und entsprechenden Ressourcen, insbesondere für kleine Inselstaaten, die Entwicklungsstaaten sind, in Bezug auf Umweltverträglichkeitsprüfungen;

v) die Einrichtung eines Mechanismus zur Vernetzung zwischen geschulten Fachkräften;

(f) The development and sharing of manuals, guidelines and standards, including:

(i) Criteria and reference materials;

(ii) Technology standards and rules;

(iii) A repository for manuals and relevant information to share knowledge and capacity on how to conduct environmental impact assessments, lessons learned and best practices;

(g) The development of technical, scientific and research and development programmes, including biotechnological research activities.

f) L'élaboration et le partage de manuels, de lignes directrices et de normes, y compris :

i) De critères et de documents de référence ;

ii) De normes et règles en matière de technologie ;

iii) Un répertoire de manuels dans lequel trouver des informations pertinentes pour partager les connaissances et les capacités sur la réalisation d'évaluations d'impact sur l'environnement, les enseignements tirés de l'expérience et les meilleures pratiques ;

g) La mise en place de programmes techniques et scientifiques ainsi que de programmes de recherche et développement, y compris d'activités de recherche biotechnologique.

f) die Entwicklung und den Austausch von Handbüchern, Richtlinien und Normen, darunter

i) Kriterien und Referenzmaterial;

ii) technische Normen und Vorschriften;

iii) ein Repositorium für Handbücher und einschlägige Informationen zum Austausch von Kenntnissen und Kapazitäten in Bezug auf die Durchführung von Umweltverträglichkeitsprüfungen, von gewonnenen Erkenntnissen und von bewährten Praktiken;

g) die Entwicklung von Programmen in den Bereichen Technik, Wissenschaft sowie Forschung und Entwicklung, einschließlich biotechnologischer Forschungsarbeiten.

Denkschrift

A. Allgemeines

Geschichte und Stand des Übereinkommens

Das Übereinkommen vom 19. Juni 2023 im Rahmen des Seerechtsübereinkommens der Vereinten Nationen über die Erhaltung und nachhaltige Nutzung der biologischen Vielfalt der Meere von Gebieten außerhalb nationaler Hoheitsbefugnisse (englisch: Agreement under the United Nations Convention on the Law of the Sea on the Conservation and Sustainable Use of Marine Biological Diversity of Areas beyond National Jurisdiction; das sogenannte „VN-Hochseeschutz-Übereinkommen“, im Folgenden: das Übereinkommen) wurde entwickelt, um den Herausforderungen des Klimawandels, der Meeresverschmutzung und dem Verlust mariner Biodiversität von Gebieten außerhalb nationaler Hoheitsbefugnisse zu begegnen.

Im Jahr 2004 etablierte die VN-Generalversammlung eine „Ad-hoc-Arbeitsgruppe“, die sich mit der Erhaltung und nachhaltigen Nutzung der biologischen Vielfalt in Gebieten außerhalb nationaler Hoheitsbefugnisse befassen sollte. Bei ihrem vierten Treffen einigte sich die Gruppe im Jahr 2011 auf ein Themenpaket, das die Grundlage für die späteren intergouvernementalen Verhandlungen zum Übereinkommen bildete. Zu diesem Themenpaket gehörten vier Schwerpunkte: Fragen zum Umgang mit maringenetischen Ressourcen, gebietsbezogene Managementinstrumente, Umweltverträglichkeitsprüfungen sowie Kapazitätsaufbau und Technologietransfer.

Nach weiteren Treffen der Arbeitsgruppe und einem vorbereitenden Ausschuss beschloss die VN-Generalversammlung am 24. Dezember 2017 mit der Resolution 72/249, eine zwischenstaatliche Konferenz für die Erarbeitung eines dritten völkerrechtlich verbindlichen Instruments unter dem VN-Seerechtsübereinkommen (SRÜ) einzuberufen. In den darauffolgenden Jahren fanden mehrere Verhandlungssitzungen statt, beginnend im September 2018. Diese Sitzungen führten zur Bildung informeller Arbeitsgruppen, die sich mit den im Jahr 2011 definierten vier Schwerpunkten auseinandersetzten und den ersten Entwurf des Übereinkommens entwickelten.

Die Verhandlungen wurden zunächst durch die COVID-19-Pandemie unterbrochen und anschließend, zunächst in virtuellen Formaten, fortgesetzt. Im Jahr 2022 konnten während der fünften Verhandlungsrunde umfassende Fortschritte zu den vier Schwerpunkten des Themenpakets aus 2011 erzielt werden. Die letzten kritischen Punkte wurden im Rahmen einer Fortsetzung der fünften Verhandlungsrunde im März 2023 geeint.

Der Text des Übereinkommens wurde daraufhin am 19. Juni 2023 in New York einstimmig angenommen. Das Übereinkommen wurde für Staaten und Organisationen der regionalen Wirtschaftsintegration am 20. September 2023 zur Unterzeichnung ausgelegt und Deutschland hat die Unterzeichnung direkt an diesem Tag vorgenommen. Das Übereinkommen tritt 120 Tage nach der Hinterlegung der 60. Ratifikations-, Genehmigungs-, Annahme- oder Beitrittsurkunde in Kraft.

Bedeutung und Ziel

Die Hohe See und der Meeresboden jenseits nationaler Hoheitsbefugnisse bedecken rund 40 Prozent der Erdoberfläche und beherbergen vielfältige Arten und Lebensräume. Gesunde Meere sind die Lebensgrundlage vieler Menschen und leisten zudem einen wichtigen Beitrag zum Klimaschutz, indem sie Sauerstoff produzieren und Kohlendioxid sowie Wärme aufnehmen. Trotz dieser wichtigen Rolle leiden die Meere unter zunehmenden Belastungen. Die Auswirkungen des Klimawandels, des Verlusts der biologischen Vielfalt sowie der Verschmutzung setzen die Meere immer weiter unter Druck. Mit dem Übereinkommen soll diesen vielfältigen Herausforderungen begegnet werden. Dabei bilden vor allem Meeresschutzgebiete ein zentrales Instrument, um wirksam zum Erhalt und zur nachhaltigen Nutzung der biologischen Vielfalt beizutragen und überdies die wichtigen, auch klimarelevanten, Ökosystemleistungen des Meeres zu erhalten.

Übersicht über Regelungsinhalte

Teil I des Übereinkommens enthält allgemeine Bestimmungen zu Definitionen, Zielsetzung, Geltungsbereich sowie dem Verhältnis zum Seerechtsübereinkommen sowie den einschlägigen Rechtsinstrumenten und rechtlichen Rahmen sowie zuständigen Organen.

Teil II des Übereinkommens regelt den Umgang mit maringenetischen Ressourcen (im Folgenden: MGR) und digitalen Sequenzinformationen (im Folgenden: DSI) über maringenetische Ressourcen von Gebieten außerhalb nationaler Hoheitsbefugnisse, einschließlich der ausgewogenen und gerechten Aufteilung der Vorteile, die sich aus der Nutzung dieser ergeben. Ein wesentliches Element ist dabei die Bereitstellung von Informationen. So legt das Übereinkommen Mitteilungspflichten für die In-situ-Sammlung von maringenetischen Ressourcen sowie die Nutzung dieser und auch digitaler Sequenzinformationen fest. Zudem werden Formen des nicht finanziellen Vorteilsausgleiches benannt. Im Hinblick auf einen finanziellen Vorteilsausgleich wird die Konferenz der Vertragsparteien ermächtigt, unter bestimmten Voraussetzungen Modalitäten für ein System zur Aufteilung der finanziellen Vorteile aus der Nutzung maringenetischer Ressourcen und digitaler Sequenzinformationen über maringenetische Ressourcen von Gebieten außerhalb nationaler Hoheitsbefugnisse einzurichten.

Teil III des Übereinkommens enthält Regeln und ein detailliertes Verfahren für die Ausweisung von gebietsbezogenen Managementinstrumenten einschließlich Meeresschutzgebieten. Die Konferenz der Vertragsparteien wird ermächtigt, gebietsbezogene Managementinstrumente einschließlich Meeresschutzgebiete festzulegen. Die Koordinierung mit und zwischen einschlägigen Rechtsinstrumenten und rechtlichen Rahmen sowie den zuständigen weltweiten, regionalen, subregionalen und sektoralen Organen bestehender Organisationen bei der Einrichtung gebietsbezogener Managementinstrumente einschließlich geschützter Meeresgebiete wird behandelt. Dabei gilt der Grundsatz, dass das Übereinkommen in einer Weise ausgelegt und angewendet wird, die die einschlägigen Rechtsinstrumente, rechtliche Rahmen und Organisationen nicht untergräbt und die Kohärenz und Koordinierung mit diesen Instrumenten, Rahmen und Organen fördert. Unter Rechtsinstrumente, rechtliche Rahmen und Organisationen fallen eine Vielzahl von verschiedenen Akteuren und Übereinkommen, wie zum Beispiel regionale Meeres-

schutzkonventionen oder Fischereiorganisationen, die Internationale Seeschifffahrts-Organisation, die Internationale Meeresbodenbehörde oder das Übereinkommen über die biologische Vielfalt.

Teil IV des Übereinkommens legt einen Rahmen und Anforderungen für die Durchführung von Umweltverträglichkeitsprüfungen für Aktivitäten in Gebieten außerhalb nationaler Hoheitsbefugnisse fest. Das Übereinkommen enthält auch Anforderungen an Umweltverträglichkeitsprüfungen für Tätigkeiten, die in Meeresgebieten unter nationaler Hoheitsbefugnis stattfinden, wenn die Tätigkeit wesentliche Auswirkungen in Gebieten außerhalb der nationalen Hoheitsbefugnis haben könnte. Auch hier gilt der Grundsatz, dass das Übereinkommen in einer Weise ausgelegt und angewendet wird, die die einschlägigen Rechtsinstrumente, rechtliche Rahmen und Organisationen nicht untergräbt und die Kohärenz und Koordinierung mit diesen Instrumenten, Rahmen und Organen fördert.

Das Übereinkommen sieht die Schaffung verschiedener Einrichtungen vor, darunter ein Sekretariat, ein wissenschaftlich-technisches Organ und einen Vermittlungsmechanismus für den Austausch von Informationen. Diese Institutionen sollen durch die Pflichtbeiträge der Vertragsparteien finanziert werden. Zur Unterstützung von Entwicklungsstaaten, die Vertragsparteien sind, wird bei der Umsetzung des Übereinkommens ein Finanzierungsmechanismus etabliert. Dieser umfasst den Treuhandsfonds der Globalen Umweltfazilität, einen Sonderfonds und einen freiwilligen Treuhandfonds. Der Sonderfonds wird sich neben zusätzlichen Beiträgen von Vertragsparteien und privaten Rechtsträgern bis zum Beschluss von zukünftigen Modalitäten für einen finanziellen Vorteilsausgleich aus Zahlungen der entwickelten Vertragsparteien speisen. Diese betragen zusätzliche jährliche Zahlungen in Höhe von 50 Prozent der Pflichtbeiträge.

Bezüge zum VN-Seerechtsübereinkommen

Das Übereinkommen ist ein Durchführungsübereinkommen zum Seerechtsübereinkommen der Vereinten Nationen vom 10. Dezember 1982 („Seerechtsübereinkommen“, im Folgenden: SRÜ), das den Rechtsrahmen für alle Tätigkeiten in den Ozeanen und Meeren bildet. Das Übereinkommen stärkt und entwickelt die Regeln des SRÜ im Hinblick auf die Erhaltung und die nachhaltige Nutzung der biologischen Vielfalt der Meeresgebiete außerhalb nationaler Hoheitsbefugnisse weiter. Damit werden erstmals allgemeine Natur- und Umweltschutzregeln unter dem SRÜ detailliert ausgestaltet. Gebiete außerhalb der nationalen Hoheitsbefugnisse sind die Hohe See (jenseits der 200-Meilen-Zone) sowie das Gebiet des internationalen Meeresbodens (jenseits der nationalen Festlandsockel).

Bezüge zu anderen völker- und europarechtlichen Regelungen

Das Übereinkommen hat mehrere Schnittstellen zum Übereinkommen über die biologische Vielfalt. Beide Übereinkommen haben die übergeordnete Zielsetzung des Erhalts der biologischen Vielfalt und Ökosystemleistungen gemein. Zudem wird das Übereinkommen zur Erreichung der Zielsetzungen des auf der 15. Vertragsstaatenkonferenz des Übereinkommens über die biologische Vielfalt beschlossenen Globalen Biodiversitätsrahmens von Kunming-Montreal beitragen. Dies gilt vor allem im Hinblick auf das in diesem festgehaltene Ziel 3, bis zum Jahr 2030 mindestens 30 Prozent der Meeresfläche unter Schutz zu stellen (30x30-Ziel). Zudem wird es dazu beitragen, zusammen mit dem Nagoya-Protokoll unter dem Übereinkommen über die biologische Vielfalt, bis zum Jahr 2030 eine Aufteilung der Vorteile aus der Nutzung genetischer Ressourcen und digitaler Sequenzinformationen zu fördern. Des Weiteren wird das Übereinkommen die Umsetzung des Rahmenübereinkommens der Vereinten Nationen über Klimaänderungen und des Übereinkommens von Paris unterstützen. Mit Blick auf die Europäische Union wird die Ratifizierung und Umsetzung des Übereinkommens in der Biodiversitätsstrategie 2030 als Zielsetzung ausgegeben, und das Übereinkommen wird hier auch einen Beitrag zur Umsetzung der Strategie leisten, etwa im Hinblick auf die Wiederherstellung des guten Umweltzustands der Meeresökosysteme.

B. Besonderes

Vorschriften und Kapitel im Einzelnen:

Präambel

In der Präambel wird unter anderem

– auf die einschlägigen Regelungen des Seerechtsübereinkommens der Vereinten Nationen vom 10. Dezember 1982 („SRÜ“) und den darin enthaltenen Verpflichtungen, die Meeresumwelt zu schützen, verwiesen (siehe Teil XII des SRÜ);

– die Notwendigkeit, den Verlust biologischer Vielfalt und die Verschlechterung des Zustands der Ökosysteme der Ozeane zu verhindern, aufgeführt;

– das Bestreben, in Gebieten außerhalb nationaler Hoheitsbefugnisse die Meeresumwelt zu schützen und eine verantwortungsvolle Nutzung sicherzustellen, als Beweggrund für das Übereinkommen dargestellt;

– die Gewinnung von, der Zugang zu und die Nutzung von digitalen Sequenzinformationen über maringenetische Ressourcen von Gebieten außerhalb nationaler Hoheitsbefugnisse und der ausgewogene und gerechte Ausgleich der sich aus der Nutzung ergebenden Vorteile in einen Zusammenhang zum allgemeinen Ziel des Übereinkommens gestellt; der Wortlaut ist angelehnt an die Entscheidung der Vertragsstaatenkonferenz des Übereinkommens über die biologische Vielfalt CBD/COP/DEC/15/9;

– auf die Verantwortlichkeit der Staaten entsprechend dem SRÜ für die Erfüllung ihrer internationalen Verpflichtungen und die Möglichkeit der Haftbarmachung im Einklang mit dem Völkerrecht hingewiesen.

Teil 1 – Allgemeiner Teil

Artikel 1 – Begriffsbestimmungen

Nummer 1 definiert den Begriff „gebietsbezogene Managementinstrumente“, welcher für Teil III des Übereinkommens relevant ist. Ein Meeresschutzgebiet ist ein Beispiel für ein gebietsbezogenes Managementinstrument.

Nummer 2 definiert den geographischen Geltungsbereich des Übereinkommens, siehe auch Artikel 3 des Übereinkommens.

Nummer 3 ist eine relevante Definition für Teil II des Übereinkommens. Die Definition findet sich auch im Übereinkommen über die biologische Vielfalt wieder.

Nummer 4 definiert den Begriff In-situ-Sammlung, der für Teil II des Übereinkommens wesentlich ist.

Nummer 5 stellt den Bezug zum SRÜ her.

Nummer 6 ist eine relevante Definition für Teil IV des Übereinkommens. Der Begriff „kumulative Auswirkungen" findet sich auch in Artikel 31 Absatz 1 Buchstabe b des Übereinkommens, der den Prüfrahmen der Umweltverträglichkeitsprüfungen (im Folgenden: UVP) festlegt.

Nummer 7 definiert das in Teil IV des Übereinkommens eingeführte Instrument.

Nummer 8 definiert die für Teil II des Übereinkommens maßgebliche Forschungsmaterie. Die Weite der Definition macht deutlich, dass die genaue Klassifizierung des Ursprungsmaterials von untergeordneter Bedeutung ist. Eine Definition von Digitalen Sequenzinformationen enthält das Übereinkommen nicht. Dieser Begriff wird in verschiedenen internationalen Foren als ein Platzhalter verwendet, der bislang noch nicht aufgelöst werden konnte. Den seit vielen Jahren bestehenden Diskussionen, vor allem unter dem Übereinkommen über die biologische Vielfalt, sollte hier durch das Übereinkommen nicht vorgegriffen werden.

Nummer 9 definiert ein für Teil III des Übereinkommens maßgebliches Schutzinstrument. Es dient der langfristigen Erhaltung der biologischen Vielfalt, und eine nachhaltige Nutzung kann gegebenenfalls erlaubt sein.

Nummer 10 bietet eine illustrative und nicht abschließende Liste von Informationen und Tätigkeiten, die unter Meerestechnologie fallen; die Definition steht in Zusammenhang mit Artikel 44 des Übereinkommens und Anhang II des Übereinkommens.

Nummer 11 stellt fest, dass eine Vertragspartei nicht nur ein Staat sein kann, sondern auch eine Organisation der regionalen Wirtschaftsintegration. Diese Definition wurde entworfen, um dem besonderen Charakter der Europäischen Union Rechnung zu tragen. Die Europäische Union ist auch Vertragspartei des SRÜ.

Nummer 12 definiert die in Nummer 11 benannte Organisation der regionalen Wirtschaftsintegration, unter die die Europäische Union fällt. Diese Definition findet sich auch in anderen multilateralen Umweltübereinkommen, wie zum Beispiel dem Minamata-Übereinkommen.

Nummer 13 definiert den Begriff nachhaltige Nutzung, die eine der Zielbestimmungen der Durchführung des Übereinkommens ist.

Nummer 14 bestimmt die für Teil II des Übereinkommens maßgebliche Bedeutung der Nutzung von maringenetischen Ressourcen (siehe Nummer 8).

Artikel 2 – Allgemeines Ziel

Artikel 2 beschreibt das Ziel des Übereinkommens, die Erhaltung und Nutzung der biologischen Vielfalt von Meeresgebieten außerhalb nationaler Hoheitsbefugnisse sicherzustellen. Dies soll gegenwärtig und in Zukunft durch die wirksame Umsetzung der einschlägigen Bestimmungen des SRÜ sowie die Stärkung der internationalen Zusammenarbeit und Koordinierung erfolgen.

Artikel 3 – Geltungsbereich

Diese Bestimmung legt den geographischen Anwendungsbereich des Übereinkommens fest. Die Gebiete außerhalb der nationalen Hoheitsbefugnisse umfassen die Hochsee und den dazu gehörenden Meeresboden.

Artikel 4 – Ausnahmen

Diese Bestimmung legt fest, dass das Übereinkommen nicht für Kriegsschiffe, Militärluftfahrzeuge oder Flottenhilfsschiffe sowie nicht für sonstige Schiffe oder Luftfahrzeuge, die dem Staat gehören oder von ihm eingesetzt sind und die im Staatsdienst für andere als Handelszwecke genutzt werden, gilt.

Eine Ausnahme von dieser Nichtanwendung ist für Teil II des Übereinkommens – Tätigkeiten im Zusammenhang mit maringenetischen Ressourcen – für Schiffe und Luftfahrzeuge vorgesehen, die dem Staat gehören oder von diesem betrieben werden. Diese Rückausnahme betrifft jedoch nicht Kriegsschiffe oder Militärluftfahrzeuge. Das Ziel dieser Rückausnahme ist es, gleiche Wettbewerbsbedingungen zu gewährleisten, da in der globalen Praxis ein Großteil der Forschung an maringenetischen Ressourcen von Forschungsschiffen aus durchgeführt wird, die dem Staat gehören oder betrieben werden.

Artikel 5 – Verhältnis zwischen diesem Übereinkommen und dem Seerechtsübereinkommen sowie den einschlägigen Rechtsinstrumenten und rechtlichen Rahmen sowie den zuständigen weltweiten, regionalen, subregionalen und sektoralen Organen

Absatz 1 betont, dass die Vorschriften des Übereinkommens in Einklang mit dem SRÜ ausgelegt werden sollen. Das Übereinkommen lässt bestehende Rechte, Hoheitsbefugnisse und Pflichten, die sich für Staaten aus dem SRÜ ableiten, unberührt. Dies betrifft auch Rechte und Pflichten der Staaten in Bezug auf die ausschließliche Wirtschaftszone und den Festlandsockel innerhalb und außerhalb von 200 Seemeilen. Absatz 2 beinhaltet eine Schlüsselvorschrift des Übereinkommens, die intensiver Verhandlungen bedurfte. Absatz 2 regelt das Verhältnis zwischen dem Übereinkommen und einschlägigen Rechtsinstrumenten und rechtlichen Rahmen sowie den darauf beruhenden zuständigen weltweiten, regionalen, subregionalen und sektoralen Organen (englisch: Instruments, Frameworks and Bodies, im Folgenden: IFBs). Das Übereinkommen soll hiernach in keiner Weise angewandt oder ausgelegt werden, welche die IFBs untergräbt. Stattdessen sollen Kohärenz und Koordinierung zwischen dem Übereinkommen und den IFBs gefördert werden. Absatz 3 stellt klar, dass sich die Rechtsstellung von Nichtvertragsparteien zum SRÜ oder anderer damit zusammenhängender Rechtsinstrumente durch den Beitritt zum Übereinkommen nicht ändert. Dies stellt ebenso klar, dass auch Nichtvertragsparteien des SRÜ dem Übereinkommen beitreten können, da es ein selbstständiges Umsetzungsübereinkommen zum SRÜ ist.

Artikel 6 – Unberührtheit

Artikel 6 stellt klar, dass das Übereinkommen inklusive aller Beschlüsse oder Empfehlungen der Konferenz der Vertragsparteien oder eines Nebenorgans keine Auswirkungen auf Souveränität, souveräne Rechte oder Hoheitsbefugnisse hat. Daneben können sie nicht als Grundlage

für die Geltendmachung oder Verweigerung von Ansprüchen auch in Bezug auf Streitigkeiten darüber herangezogen werden. Artikel 6 steht im Zusammenhang mit Artikel 18 des Übereinkommens, der diese Vorgabe ausdrücklich auf die Beschlüsse der Konferenz der Vertragsparteien über die Einrichtung von gebietsbezogenen Managementinstrumenten, einschließlich Meeresschutzgebieten anwendet.

Artikel 7 – Allgemeine Grundsätze und Ansätze

Artikel 7 benennt eine Reihe von allgemeinen Grundsätzen, die für die Vertragsparteien bei der Durchführung der Bestimmungen des Übereinkommens als Orientierung dienen sollen.

Nach Buchstabe a gilt das Verursacherprinzip für Verschmutzungen. Das Prinzip zählt zu den Grundsätzen des internationalen Umweltrechts und ist auf universeller Ebene in der Rio-Deklaration von 1992 verankert (Prinzip 16). Es beinhaltet, dass die Kosten von Maßnahmen zur Verringerung oder Beseitigung einer Umweltverschmutzung prinzipiell vom Verursacher der Verschmutzung zu tragen sind. Es wird gemeinhin als Optimierungsgebot verstanden, bei dessen Umsetzung die Staaten über einen weiten Gestaltungsspielraum verfügen. Die Buchstaben b und c führen gleichrangig die Grundsätze des gemeinsamen Erbes der Menschheit und der Freiheit der wissenschaftlichen Meeresforschung im Sinne des SRÜ auf. Während ersterer Grundsatz in seiner Reichweite international unterschiedlichen Interpretationen unterliegt, wird durch die gleichwertige Nennung der Freiheit der wissenschaftlichen Meeresforschung jedenfalls klargestellt, dass für Tätigkeiten im Zusammenhang mit maringenetischen Ressourcen kein Erlaubnisvorbehalt vorgesehen wird. Stattdessen wird das Spannungsverhältnis der beiden Grundsätze und unterliegenden Zielsetzungen in Teil II des Übereinkommens aufgelöst. Buchstabe d nennt den Grundsatz der Gerechtigkeit und der ausgewogenen gerechten Aufteilung der Vorteile. Dieser Grundsatz findet in den Bestimmungen zum Vorteilsausgleich in Teil II des Übereinkommens und in den Finanzierungsvorschriften (siehe Artikel 52 Absatz 4 Buchstabe b des Übereinkommens) seinen Ausdruck. Buchstabe e nennt das Vorsorgeprinzip und den Vorsorgeansatz. In den Verhandlungen konnten sich Staaten bis zuletzt nicht darauf einigen, ob das Vorsorgeprinzip oder der Vorsorgeansatz im Übereinkommen gelten soll. Letztlich wurde der Konflikt nicht aufgelöst, weswegen beide Grundsätze genannt werden. Buchstabe f benennt den Ökosystemansatz und Buchstabe g einen integrativen Ansatz für die Meeresbewirtschaftung. Beide sind von Bedeutung insbesondere für Teil III des Übereinkommens, mit dem durch gebietsbezogene Schutzinstrumente, einschließlich Meeresschutzgebiete, in Zusammenarbeit mit den IFBs schutzbedürftige Gebiete bewahrt und nachhaltig genutzt werden sollen. Buchstabe h stellt als Ziel die Stärkung der Widerstandsfähigkeit der Ökosysteme auf und benennt explizit auch nachteilige Auswirkungen der Klimaänderungen und der Versauerung der Meere. Zudem soll die Integrität der Ökosysteme, einschließlich der Leistungen des marinen Kohlenstoffkreislaufs, erhalten und wiederhergestellt werden. Dieses Ziel steht in Bezug zu den Teilen III und IV des Übereinkommens, die mit verschiedenen Maßnahmen und Vorschriften die marine Biodiversität schützen. Die Buchstaben i und j sehen die Nutzung der besten verfügbaren wissenschaftlichen Erkenntnisse und Informationen wie auch die Nutzung des einschlägigen traditionellen Wissens indigener Völker und ortsansässiger Gemeinschaften, sofern dieses verfügbar ist, vor. Diese Grundsätze finden sich in einer Reihe der Vorschriften des Übereinkommens wieder, die zur Erkenntnisgewinnung auf die genannten Quellen abstellen, zum Beispiel in Artikel 19 Absatz 3 des Übereinkommens.

Buchstabe k betont, dass Vertragsparteien bei der Durchführung des Übereinkommens im Umgang mit indigenen Völkern und gegebenenfalls ortsansässigen Gemeinschaften deren jeweilige Rechte achten, fördern und berücksichtigen müssen.

Buchstabe l legt fest, dass aus Maßnahmen zur Vermeidung, Verringerung und Überwachung der Verschmutzung der Meeresumwelt keine Schäden in anderen Gebieten oder eine andere Art der Verschmutzung resultieren sollen. Diese Vorschrift ist für Artikel 31 Absatz 4 Buchstabe d des Übereinkommens relevant, durch die Vertragsparteien im Rahmen der UVP sicherstellen müssen, dass Maßnahmen zur Vermeidung, Verringerung und Bewältigung ermittelt und analysiert werden.

Die Buchstaben m und n weisen auf die besonderen Umstände von kleinen Inselstaaten, die Entwicklungsstaaten sind, den am wenigsten entwickelten Ländern und den Binnenentwicklungsländern hin. Dieser Grundsatz findet Ausdruck in einer Reihe von Vorschriften, zum Beispiel in Artikel 9 Buchstabe b des Übereinkommens.

Artikel 8 – Internationale Zusammenarbeit

Artikel 8 behandelt die internationale Zusammenarbeit der Vertragsparteien des Übereinkommens untereinander und mit anderen Akteuren, um die Ziele des Übereinkommens umzusetzen. Nach Absatz 1 fördern die Vertragsparteien für die Erreichung der Ziele des Übereinkommens die Zusammenarbeit mit den IFBs und treiben auch die Koordinierung zwischen den Instrumenten, Rahmen und Organen voran. Absatz 2 verpflichtet die Vertragsparteien, sich um die Förderung der Ziele des Übereinkommens zu bemühen, wenn sie selbst an der Entscheidungsfindung im Rahmen anderer IFBs beteiligt sind. Absatz 3 verpflichtet die Vertragsparteien zur Förderung der internationalen Zusammenarbeit in der wissenschaftlichen Meeresforschung sowie bei der Entwicklung und Weitergabe von Meerestechnologie unter Wahrung der Vorschriften des SRÜ zur Unterstützung der Ziele des Übereinkommens.

Teil II – Maringenetische Ressourcen einschließlich der ausgewogenen und gerechten Aufteilung der Vorteile

Teil II des Übereinkommens zielt darauf ab, einen fairen und gerechten Vorteilsausgleich für maringenetische Ressourcen und digitale Sequenzinformationen mit gleichzeitig möglichst geringen Pflichten für die wissenschaftliche Meeresforschung zu etablieren.

Artikel 9 – Ziele

Artikel 9 enthält vier gleichwertige Zielbestimmungen des Teils II des Übereinkommens in Bezug auf maringenetische Ressourcen. Neben den zwei Zielbestimmungen, die sich originär in den MGR-Tätigkeitszyklus eingliedern, der Wissensgewinnung und der sich anschließenden gerechten Vorteilsaufteilung – Buchstaben a und c – werden ferner der Kapazitätsaufbau – Buchstabe b – und die

Weitergabe von Meerestechnologien – Buchstabe d – angeführt. Mit den beiden letztgenannten Zielbestimmungen werden allgemeine Querbezüge zu Teil V hergestellt, dem Kapazitätsaufbau und der Weitergabe von Meerestechnologien.

Artikel 10 – Anwendung

Artikel 10 Absatz 1 spezifiziert den Anwendungsbereich von Teil II hinsichtlich Aktivitäten im Zusammenhang mit maringenetischen Ressourcen und digitalen Sequenzinformationen. Absatz 1 Satz 1 stellt klar, dass die MGR-Regelungen erst für Aktivitäten nach Inkrafttreten des Übereinkommens gelten und somit keine Rückwirkung für vor Inkrafttreten gesammeltes Material entfalten. Demgegenüber sieht Absatz 1 Satz 2 doch eine bedingte Rückwirkung vor. Demnach greift eine Rückwirkung für die Nutzung von vor Inkrafttreten gesammelten maringenetischen Ressourcen und generierten digitalen Sequenzinformationen, sofern die jeweilige Vertragspartei nicht eine Ausnahmeerklärung (Artikel 70) abgegeben hat. Diese in den Sätzen 1 und 2 enthaltene Option geht auf den Grund-Dissens zum Anwendungsbereich des MGR-Kapitels zurück und wurde mit diesem Kompromiss überbrückt. Sofern eine Vertragspartei nicht von der Ausnahmeerklärung Gebrauch macht, müssten bei der Nutzung von Bestands-MGR/-DSI (vor Inkrafttreten gesammelt oder generiert) die jeweilige Herkunft und der Zeitpunkt der Sammlung/Erzeugung angegeben werden. Die Bundesrepublik Deutschland beabsichtigt, von dieser Ausnahme Gebrauch zu machen.

Absatz 2 führt aus, dass Fischerei und fischereibezogene Tätigkeiten von dem Anwendungsbereich des Teils II ausgenommen sind. Dieser Ausschluss wurde in den Verhandlungen fast einhellig befürwortet, da insoweit die Regionalen Fischereiorganisationen (englisch: Regional fisheries management organisation, im Folgenden: RFMO) zuständig sind. Das Ziel ist es, die Tätigkeiten im Zusammenhang mit der Fischerei auszuschließen, nicht jedoch Fische per se als Ursprungsträger von genetischem Material, das unter die MGR-Regelungen fällt. Demnach ist bei der Entnahme von Fischen maßgeblich, ob dies für Fischereizwecke erfolgt, insbesondere der anschließende Verkauf und Verzehr sowie ebenfalls (begleitende) Fischereiforschung. Erfolgt die Entnahme aufgrund anderer Zwecke – anschließende Nutzung (Forschung und Entwicklung) – werden Fische von den MGR-Regelungen im Sinne des Teils II erfasst.

Absatz 3 sieht eine weitere Ausnahme des Anwendungsbereichs für militärische Aktivitäten vor. Diese sind von den Verpflichtungen des Teils II ausgenommen. Dies schließt auch militärische Handlungen ein, die von Staatsschiffen und staatlichen Luftfahrzeugen, die anderen als Handelszwecken dienen, durchgeführt werden. Diese Ausnahme flankiert die grundsätzliche Ausnahme in Artikel 4 Satz 1 und 2 des Übereinkommens.

Artikel 11 – Tätigkeiten im Zusammenhang mit maringenetischen Ressourcen von Gebieten außerhalb nationaler Hoheitsbefugnisse

Artikel 11 umfasst für Teil II gesonderte Grundsätze im Zusammenhang mit Tätigkeiten in Bezug auf maringenetische Ressourcen und digitale Sequenzinformationen. In den Verhandlungen gab es im Wesentlichen zwei Orientierungen hinsichtlich der seevölkerrechtlichen Anlehnung. Viele Delegationen sprachen sich für einen Text nah an den Normen der wissenschaftlichen Meeresforschung (Teil XIII SRÜ) und dem Grundsatz der Freiheit der Meeresforschung (Artikel 87 Absatz 1 Buchstabe f SRÜ) aus. Andere Delegationen setzten sich für eine Anlehnung an die Normen des Tiefseebergbaus (Teil XI SRÜ) und dem Grundsatz des gemeinsamen Erbes der Menschheit (Artikel 136 SRÜ) ein. Artikel 11 stellt insoweit in Gänze eine Kompromissnorm dar, da einige Absätze sprachlich an Normen aus Teil XIII SRÜ angelehnt sind, andere wiederum an Normen aus Teil XI SRÜ. Besonders greifbar ist diese dualistische Anlehnung in Absatz 4, der sich an Artikel 137 SRÜ orientiert, und Absatz 5, der an Artikel 241 SRÜ angelehnt ist. Absatz 6 enthält eine weitere Kompromissformulierung, die nicht davon spricht, dass maringenetische Ressourcen und DSI als Teil des gemeinsamen Erbes der Menschheit zu qualifizieren sind. Entsprechende Aktivitäten sollen jedoch „zum Nutzen der gesamten Menschheit“ erfolgen. Die Aktivitäten sollen ferner die Zusammenarbeit fördern (Absatz 2) und sind ausschließlich zu friedlichen Zwecken vorzunehmen (Absatz 7).

Artikel 12 – Mitteilung über Tätigkeiten im Zusammenhang mit maringenetischen Ressourcen und digitalen Sequenzinformationen über maringenetische Ressourcen von Gebieten außerhalb nationaler Hoheitsbefugnisse

Artikel 12 bündelt die Verpflichtungen für Akteure/NutzerInnen im Zuge des Zugangs zu maringenetischen Ressourcen (Absatz 2 und Absatz 5) sowie hinsichtlich einer potenziellen späteren Nutzung des physischen Materials aber auch hinsichtlich der generierten digitalen Sequenzinformationen (Absatz 8). Im Wesentlichen werden die NutzerInnen dazu verpflichtet, verschiedene Informationen vor der physischen Sammlung bis hin zur etwaigen Vermarktung von Produkten auf Grundlage maringenetischer Ressourcen/digitaler Sequenzinformationen zu übermitteln. Es handelt sich insoweit aber nicht um einen Erlaubnisvorbehalt hinsichtlich des Zugangs zu maringenetischen Ressourcen oder der Nutzung, sondern um ein Notifizierungssystem. Dieses soll für Transparenz sorgen, was insbesondere für den Vorteilsausgleich (Artikel 14) von Bedeutung ist, potenziell auch für die Aufteilung künftiger finanzieller Vorteile (Artikel 14 Absatz 7). Das Notifizierungssystem ist mit dem seerechtlichen Grundsatz der Freiheit der wissenschaftlichen Meeresforschung vereinbar. Der Vermittlungsmechanismus nimmt hierbei die Funktion der zentralen Informationsübermittlungsplattform ein.

Absatz 2 adressiert die an den Vermittlungsmechanismus zu übermittelnden Informationen vor der Sammlung in Meeresgebieten außerhalb nationaler Hoheitsbefugnisse (englisch: pre-cruise information). Dabei werden verschiedene Informationen gelistet, die vorab mitzuteilen sind. Diese sind teilweise von Artikel 248 SRÜ inspiriert. Diese Informationen entsprechen aus deutscher Perspektive der Fahrleitungspraxis der Forschungsschifffahrt und in weiten Teilen bewährter wissenschaftlicher Praxis. Die besondere Hervorhebung, dass angezeigt werden soll, ob insbesondere WissenschaftlerInnen aus Entwicklungsstaaten (Buchstabe h) an den Vorhaben teilhaben können, trägt dem Gedanken der effektiven Zusammenarbeit und des Kapazitätsaufbaus Rechnung. Die Gesamtheit der Informationen wird bereits als Teilbestand der nicht-

finanziellen Vorteile gefasst. Die pre-cruise Informationen sollen sechs Monate vor der Sammlung oder so früh wie möglich dem Vermittlungsmechanismus mitgeteilt werden. Sofern es zu wesentlichen Änderungen kommt, sind diese unter Anzeige an den Vermittlungsmechanismus möglich (Absatz 4).

Nach Absatz 3 ist vorgesehen, dass von dem Vermittlungsmechanismus – im Zuge der pre-cruise Informationsübermittlung (Absatz 2) – automatisch eine standardisierte Chargenkennung generiert wird. Die Chargenkennung ist als Code angedacht, der in der Folge mit den gesammelten Proben und Daten verknüpft werden soll. Die Kennung soll interoperabel ausgestaltet und mit den bereits bestehenden Datenbanken kompatibel sein.

Absatz 5 listet die an den Vermittlungsmechanismus zu übermittelnden Informationen nach der Probennahme in Meeresgebieten außerhalb nationaler Hoheitsbefugnisse (englisch: post-cruise information). Die Erfassung der Informationsbestandteile beruht auf bewährten wissenschaftlichen Praktiken.

In Absatz 6 werden die Vertragsparteien dazu verpflichtet, sicherzustellen, dass Proben und Daten identifizierbar sind, insoweit diese aus Gebieten jenseits nationaler Hoheitsbefugnisse stammen.

Absatz 7 sieht vor, dass Vertragsparteien sicherstellen, dass aus den ihren Hoheitsbefugnissen unterstehenden Repositorien und Datenbanken alle zwei Jahre ein zusammenfassender Bericht über den Zugang zu maringenetischen Ressourcen und – soweit durchführbar – über den Zugang zu digitalen Sequenzinformationen erstellt wird. Diese Verpflichtung war aufgrund von Zweifeln an der Durchführbarkeit bis zuletzt strittig. Die genaue Umsetzung dürfte eine weitere Konkretisierung durch die Vertragsparteienkonferenz erfordern.

Absatz 8 gibt vor, dass bestimmte Informationen im Zuge der Nutzung von maringenetischen Ressourcen und – soweit möglich – im Zuge der Nutzung von digitalen Sequenzinformationen von den Vertragsparteien an den Vermittlungsmechanismus zu übermitteln sind (Buchstaben a bis e). Die Norm verfolgt ebenfalls den Zweck der Transparenz. Da die Nutzung (ausweislich der Legaldefinition: Forschung und Entwicklung) im Allgemeinen als Anknüpfungspunkt fungiert, sind die „Ergebnisse“ unter Buchstabe a heranzuziehen, um Rückschlüsse auf den genauen Anwendungsbereich zu ziehen. Nicht jegliche Zwischenergebnisse sind hier zu notifizieren, sondern erst sofern „Veröffentlichungen, erteilte Patente“ oder Produkte hervorgebracht wurden. Im Fokus der Norm stehen insoweit greifbare Resultate, insbesondere kommerzielle Aspekte (Buchstabe e). Die einzelnen Teil-Informationen sind relativiert beziehungsweise stehen unter Verfügbarkeitsvorbehalt. Die Buchstaben a, b und c beziehen sich auf den „Ort“, an dem bestimmte Informationen gespeichert beziehungsweise auffindbar sind und nicht auf die eigentlichen Informationen. Buchstabe a impliziert keine Offenlegung der Herkunft von Patenten.

Artikel 13 – Traditionelles Wissen indigener Völker und ortsansässiger Gemeinschaften, das sich auf maringenetische Ressourcen von Gebieten außerhalb nationaler Hoheitsbefugnisse bezieht

Artikel 13 verpflichtet die Vertragsparteien dazu, legislative, administrative oder politische Maßnahmen zu ergreifen, die den Zugriff auf traditionelles Wissen in Bezug auf maringenetische Ressourcen auf Grundlage der freiwilligen und auf Kenntnis der Sachlage gegründeten vorherigen Zustimmung oder mit Billigung (englisch: free, prior informed consent, im Folgenden: FPIC) und unter Beteiligung betroffener indigener Völker und ortsansässiger Gemeinschaften sicherstellt. Artikel 13 formuliert damit eine Vorgabe, die der völkerrechtlichen Praxis im Zusammenhang mit traditionellem Wissen entspricht. Die FPIC-Vorgaben beziehen sich dabei ausschließlich auf den Zugang und die Nutzung von traditionellem Wissen und lassen den Zugang zu maringenetischen Ressourcen unberührt. Satz 3 sieht vor, dass der Zugang zu traditionellem Wissen auf Grundlage einvernehmlich festgelegter Bedingungen (englisch: mutually agreed terms, im Folgenden: MAT) zu erfolgen hat, was hinsichtlich der Modalitäten ebenfalls völkerrechtlicher Praxis entspricht.

Satz 2 räumt perspektivisch die Möglichkeit ein, dass der Vermittlungsmechanismus für den Zugang zu relevantem traditionellem Wissen genutzt werden beziehungsweise diesen erleichtern kann. Indigene Völker und ortsansässige Gemeinschaften werden nicht in die Pflicht genommen, ihr traditionelles Wissen in Bezug auf maringenetische Ressourcen zu veröffentlichen oder preiszugeben. Der Vermittlungsmechanismus kann jedoch optional als Vermittlungsplattform genutzt werden.

Artikel 14 – Ausgewogene und gerechte Aufteilung der Vorteile

Artikel 14 bündelt die aufzuteilenden Vorteile, die sich aus den Tätigkeiten im Zusammenhang mit maringenetischen Ressourcen und digitalen Sequenzinformationen ergeben. Diese umfassen nicht-finanzielle sowie finanzielle Vorteile.

Absatz 2 enthält eine nicht-abschließende Auflistung nicht-monetärer Vorteile. Als nicht-monetäre Vorteile werden etwa bereits die Notifizierungsinformationen eingeordnet (Absatz 2 Buchstabe d). Ferner besteht die Verpflichtung, maringenetische Ressourcen und digitale Sequenzinformationen öffentlich zugänglich zu machen, sofern sie Gegenstand der Nutzung sind. Die Zugangsvoraussetzungen zu den hinterlegten Ressourcen und digitalen Sequenzinformationen, etwa angemessene Kosten und Bedingungen, werden in Absatz 4 angeführt.

Die Absätze 5 bis 8 adressieren die finanziellen Vorteile. Nach Absatz 5 und Absatz 6 haben Vertragsparteien, die entwickelte Länder sind, unabhängig von dem Umfang der MGR/DSI-Tätigkeiten initiativ jährliche Beiträge zu dem Sonderfonds zu zahlen, die zweckgebunden ausgekehrt werden. Die Höhe der Beitragssätze beträgt 50 Prozent des jeweiligen Pflichtbeitrages der betreffenden Vertragspartei. Diese Zahlungen sind dem Grunde nach als Übergang solange als entkoppelter Vorteilsausgleich vorgesehen, bis die Konferenz der Vertragsparteien neue Modalitäten für den monetären Vorteilsausgleich festlegt (Absatz 7). Neue Modalitäten für die Aufteilung der finanziellen Vorteile sind beispielhaft in Absatz 7 aufgeführt. Diese implizieren eine Orientierung an wirtschaftlichen Faktoren (Meilensteinzahlungen, Vermarktung von Produkten).

Absatz 9 sieht gesondert vor, dass bezüglich der Aufteilung der finanziellen Vorteile aus der Nutzung digitaler Sequenzinformationen „andere Instrumente“ zu berücksichtigen sind und insoweit eine wechselseitige Unterstützung und Kompatibilität intendiert ist. Hiermit wird

insbesondere der multilaterale Mechanismus für den Vorteilsausgleich bei der Nutzung von digitalen Sequenzinformationen über genetische Ressourcen unter dem Übereinkommen über die biologische Vielfalt in Bezug genommen. So soll eine Koppelung zwischen den Mechanismen ermöglicht werden, da sich beide thematisch mit dem DSI-Vorteilsausgleich befassen, jedoch unterschiedliche räumliche Anwendungsbereiche haben.

Artikel 15 – Ausschuss für den Zugang und die Aufteilung von Vorteilen

Artikel 15 sieht die Einsetzung des Ausschusses für den Zugang und die Aufteilung der Vorteile vor. Der Ausschuss ist ein beratendes Gremium der Konferenz der Vertragsparteien. Der Ausschuss hat keine Entscheidungsbefugnis, er kann der Konferenz der Vertragsparteien lediglich Empfehlungen unterbreiten. Die Sachbereiche werden in Absatz 3 gelistet, wobei Buchstabe f einen Auffangtatbestand enthält, der „sonstige Angelegenheiten im Zusammenhang mit diesem Teil“ aufführt.

Artikel 16 – Überwachung und Transparenz

Artikel 16 formuliert die Überwachung und Transparenz. Primär fungiert die Informationsübermittlung nach Artikel 12 als Transparenz-Mechanismus. Ungeachtet der Formulierung „Überwachung“ begründet der Artikel keine Überwachungspflicht für die Vertragsparteien. Diese sind nur dazu verpflichtet, in regelmäßigen Abständen über die Umsetzung der MGR-/DSI-Regularien zu berichten (Absatz 2).

Teil III – Maßnahmen wie gebietsbezogene Managementinstrumente einschließlich Meeresschutzgebiete

Gebietsbezogene Managementinstrumente einschließlich Meeresschutzgebiete sind wichtige Instrumente für die Erhaltung der marinen Biodiversität und der Raumplanung. Etablierte Prozesse für die Einrichtung in Gebieten außerhalb nationaler Hoheitsbefugnisse wurden bisher nur von einigen wenigen regionalen Organisationen, zum Beispiel unter dem Übereinkommen zum Schutz der Meeresumwelt des Nordostatlantiks oder der Kommission zur Erhaltung der lebenden Meeresschätze der Antarktis, eingerichtet. Diese Lücke für die Hochsee zu schließen und einen übergreifenden Rechtsrahmen für die Ausweisung zu schaffen, war für viele Staaten und Staatengruppen eines der Hauptziele für die Schaffung des Übereinkommens.

Artikel 17 – Ziele

Artikel 17 benennt die Ziele des Teils III des Übereinkommens. Artikel 17 Buchstabe a benennt eine Priorität für Deutschland in den Verhandlungen, das Ziel schutzbedürftige Gebiete auf der Hochsee zu erhalten, unter anderem durch die Einrichtung eines umfassenden Systems gebietsbezogener Managementinstrumente mit gut vernetzten Meeresschutzgebieten. Artikel 17 Buchstabe b verweist auf die Bedeutung der Zusammenarbeit für die Umsetzung des Übereinkommens, Artikel 17 Buchstabe c bezieht sich auf die biologische Vielfalt und Widerstandsfähigkeit der Hochsee gegenüber Stressfaktoren wie dem Klimawandel. Artikel 17 Buchstabe d nennt das Ziel der Ernährungssicherheit und Artikel 17 Buchstabe e beschreibt Bezüge zum Kapazitätsaufbau (Teil V des Übereinkommens).

Artikel 18 – Anwendungsbereich

Artikel 18 ist eine Schlüsselbestimmung zur Gewährleistung der universalen Anwendbarkeit des Übereinkommens. Artikel 18 stellt klar, dass gebietsbezogene Managementinstrumente einschließlich Meeresschutzgebieten keine Gebiete innerhalb nationaler Hoheitsbefugnisse umfassen werden und die Ausweisung der Fläche nicht als Grundlage für Souveränitätsansprüche, souveräne Rechte oder Hoheitsbefugnisse auch in Bezug auf diesbezügliche Streitigkeiten herangezogen werden können. Artikel 18 steht hier in Bezug zu Artikel 6 des Übereinkommens, der den gleichen Wortlaut für das Übereinkommen einschließlich aller Beschlüsse oder Empfehlungen der Konferenzen mitaufnimmt. Daneben geht aus Artikel 18 hervor, dass die Konferenz der Vertragsparteien Vorschläge, die die oben genannten Gebiete umfassen, nicht prüft und derartige Vorschläge nicht als Anerkennung oder Nichtanerkennung dieser Ansprüche ausgelegt werden dürfen.

Artikel 19 – Vorschläge

In diesem Artikel wird erläutert, wie die Vorschläge für gebietsbezogene Managementinstrumente einschließlich Meeresschutzgebieten ausgearbeitet werden sollen. Nach Artikel 19 Absatz 1 werden die Vorschläge einzeln oder gemeinsam mit mehreren Vertragsparteien beim Sekretariat vorgelegt. Artikel 19 Absatz 2 legt fest, dass je nach Bedarf frühzeitig eine Einbeziehung von wesentlichen Interessengruppen erfolgt. Dies dient der Qualitätssicherung der Vorschläge und auch der Steigerung der Transparenz des Verfahrens. Nach Artikel 19 Absatz 3 werden wissenschaftliche Erkenntnisse als Basis für die Vorschläge festgelegt und soweit verfügbar auch einschlägiges traditionelles Wissen indigener Völker und ortsansässiger Gemeinschaften. Artikel 19 Absatz 4 legt die verschiedenen Informationen fest, die ein Vorschlag nach Artikel 19 Absatz 1 enthalten muss, unter anderem die Beschreibung des geographischen Raums, Angaben zu den in Anlage I benannten Kriterien sowie den Entwurf eines Bewirtschaftungsplans, aus dem sich die Umsetzung unter anderem von Nutzungseinschränkungen und Maßnahmen zur Überwachung ergeben. Artikel 19 Absatz 5 legt fest, dass die in Anlage I genannten Kriterien bei Bedarf durch das wissenschaftlich-technische Organ (Artikel 49) überarbeitet werden können. Damit wird das Übereinkommen zukunftssicher. Nach Artikel 19 Absatz 6 kann das wissenschaftlich-technische Organ bei Bedarf Modalitäten und Leitlinien für die Anwendung der Kriterien in Anlage I ausarbeiten.

Artikel 20 – Bekanntmachung und vorläufige Überprüfung der Vorschläge

Artikel 20 stellt sicher, dass Vorschläge nach Artikel 19 Absatz 1 des Übereinkommens vom Sekretariat (Artikel 50 des Übereinkommens) öffentlich zugänglich gemacht und an das wissenschaftlich-technische Organ (Artikel 49 des Übereinkommens) weitergeleitet werden. Die Prüfung in dieser Phase soll sicherstellen, dass der Vorschlag hinsichtlich der gemäß Artikel 19 des Übereinkommens erforderlichen Informationen vollständig ist und im Anschluss die Konsultationen gemäß Artikel 21 des Überein-

kommens fortgesetzt werden können. Dieses Erfordernis stellt zwar einen zusätzlichen Verfahrensschritt dar, dient aber der Qualitätssicherung der Vorschläge.

Artikel 21 – Konsultationen zu den Vorschlägen und Beurteilung der Vorschläge

Artikel 21 legt den Konsultationsprozess für die Einrichtung von gebietsbezogenen Managementinstrumenten, einschließlich Meeresschutzgebieten fest. Absatz 1 gewährleistet Transparenz und Inklusivität für alle relevanten Staaten und Interessengruppen im Konsultationsprozess. In Absatz 2 wird der Ablauf des Konsultationsprozesses beschrieben. Es wird unter anderem festgelegt, wer Stellungnahmen einreichen kann und wie das Sekretariat (Artikel 50 des Übereinkommens) die Konsultationen führt. Dem Sekretariat kommt beim Konsultationsprozess eine wichtige Schlüsselrolle zu. Nach Absatz 3 werden auch die durch Interessengruppen eingereichten Beiträge aus dem Konsultationsprozess veröffentlicht, um für weitere Transparenz zu sorgen. In Absatz 4 werden besondere Beteiligungserfordernisse für den/die Verfasser des Vorschlags festgelegt. Dies betrifft Fälle, in denen die vorgeschlagenen Maßnahmen in Gebiete fallen, die vollständig von den ausschließlichen Wirtschaftszonen von Staaten umgeben sind. Diese besondere Stellung in Prozessen wird ebenso in Artikel 32 Absatz 6 des Übereinkommens für anliegende Staaten vorgesehen. Absatz 5 stellt die Berücksichtigung der in der Konsultationsphase eingegangenen Beiträge sicher. Absatz 6 stellt klar, dass der Konsultationszeitraum zeitlich befristet ist. Die genauen Modalitäten für den Konsultations- und Beurteilungsprozess werden vom wissenschaftlich-technischen Organ (Artikel 49 des Übereinkommens) auf seiner ersten Tagung ausgearbeitet und dann durch die Konferenz der Vertragsparteien (Artikel 50 des Übereinkommens) angenommen (siehe Absatz 8). Absatz 7 sieht vor, dass das wissenschaftlich-technische Organ die überarbeiteten Vorschläge erneut vorgelegt bekommt und die Möglichkeit hat, diese mit Empfehlungen der Konferenz der Vertragsparteien vorzulegen.

Artikel 22 – Einrichtung gebietsbezogener Managementinstrumente einschließlich Meeresschutzgebieten

Artikel 22 definiert die Befugnisse der Konferenz der Vertragsparteien (Artikel 47 des Übereinkommens) im Hinblick auf die Einrichtung gebietsbezogener Managementinstrumente einschließlich Meeresschutzgebieten. Nach Absatz 1 Buchstabe a fasst die Konferenz der Vertragsparteien Beschlüsse zur Einrichtung und der damit zusammenhängenden Maßnahmen. Absatz 1 Buchstabe b und c legen Verfahren für die Koordinierung mit und zwischen einschlägigen Rechtsinstrumenten und rechtlichen Rahmen sowie den zuständigen weltweiten, regionalen, subregionalen und sektoralen Organen fest. Absatz 1 Buchstabe b sieht vor, dass die Konferenz der Vertragsparteien Beschlüsse über Maßnahmen treffen kann, die mit denen von einschlägigen Rechtsinstrumenten und rechtlichen Rahmen sowie den zuständigen weltweiten, regionalen, subregionalen und sektoralen Organen bereits festgelegten kompatibel sind. Nach Absatz 1 Buchstabe c kann die Konferenz der Vertragsparteien auch Empfehlungen abgeben, um die Verabschiedung von Maßnahmen im Anwendungsbereich von anderen einschlägigen Rechtsinstrumenten und rechtlichen Rahmen sowie Maßnahmen in der Zuständigkeit von weltweiten, regionalen, subregionalen und sektoralen Organen zu fördern. Absatz 2 stellt für die Einrichtung von gebietsbezogenen Managementinstrumenten einschließlich Meeresschutzgebieten klar, dass die Beschlüsse der Konferenz der Vertragsparteien die Zuständigkeiten anderer einschlägiger Rechtsinstrumente und rechtlicher Rahmen sowie weltweiter, regionaler, subregionaler und sektoraler Organe achten und diese nicht untergraben dürfen. Nach Absatz 3 werden Vorkehrungen für regelmäßige Konsultationen mit anderen einschlägigen Rechtsinstrumenten und rechtlichen Rahmen sowie den zuständigen weltweiten, regionalen, subregionalen und sektoralen Organen getroffen, die das Ziel der Verbesserung der Zusammenarbeit haben. Absatz 4 enthält eine Ermächtigungsklausel, die es der Konferenz ermöglicht, einen Mechanismus für die Anerkennung von unter anderen Gremien bereits eingerichteter gebietsbezogener Managementinstrumente einschließlich Meeresschutzgebieten zu ermöglichen. Absatz 5 beschreibt, dass Beschlüsse oder Empfehlungen der Konferenz der Vertragsparteien keine Maßnahmen untergraben dürfen, die in Gebieten innerhalb nationaler Hoheitsbefugnisse bereits ergriffen wurden. Für die Berücksichtigung von Rechten und Pflichten aller Staaten wird auf das SRÜ verwiesen. Ebenso wird geregelt, dass in den Fällen, in denen eine Maßnahme nach Teil III des Übereinkommens in Meeresgebieten außerhalb nationaler Hoheitsbefugnisse die Ausübung der souveränen Rechte eines Staates beeinträchtigen könnte, diese Maßnahme den souveränen Rechten des Staates Rechnung tragen muss. Zu diesem Zweck wird ein Konsultationsverfahren eingeführt. Absatz 6 regelt Fälle, in denen nach Teil III des Übereinkommens eingerichtete gebietsbezogene Managementinstrumente einschließlich Meeresschutzgebieten zu einem späteren Zeitpunkt ganz oder teilweise in nationale Hoheitsbefugnisse eines Küstenstaats übergehen. Als Rechtsfolge treten die nach Teil III des Übereinkommens eingerichteten gebietsbezogenen Managementinstrumente einschließlich Meeresschutzgebieten in den in nationale Hoheitsbefugnisse fallenden Gebieten unverzüglich außer Kraft. Die Teile, die in Gebieten außerhalb nationaler Hoheitsgewalt verbleiben, bleiben zunächst in Kraft. Die Konferenz der Vertragsparteien berät auf der nächsten Tagung über die Anpassung oder Aufhebung. Absatz 7 behandelt Fälle, in denen sich der Anwendungsbereich anderer einschlägiger Rechtsinstrumente und rechtlicher Rahmen sowie die Zuständigkeit weltweiter, regionaler, subregionaler und sektoraler Organe ändert, oder ein solches neues Gremium geschaffen wird. Als Rechtsfolge bleiben nach Teil III des Übereinkommens angenommene gebietsbezogene Managementinstrumente einschließlich Meeresschutzgebieten bestehen, bis die Konferenz der Vertragsparteien diese überprüft und in enger Koordinierung mit Vertretungen der betroffenen Instrumente, Rahmen, oder Organe die Beibehaltung, Änderung oder Aufhebung beschließt.

Artikel 23 – Beschlussfassung

Artikel 23 regelt die Modalitäten der Beschlussfassung der Konferenz der Vertragsparteien zu Teil III des Übereinkommens. Die Absätze 1 und 2 regeln Verfahrensdetails, wonach sich die Konferenz der Vertragsparteien grundsätzlich um Konsensentscheidungen bemühen soll. Jedoch besteht auch die Möglichkeit der Mehrheitsentscheidung mit Dreiviertelmehrheit, wenn die Konferenz der

Vertragsparteien vorher mit Zweidrittelmehrheit beschlossen hat, dass kein Konsens gefunden werden kann. Diese Möglichkeit ist im internationalen Hochseeschutz eine Neuerung. Beschlüsse zu Erhaltungsmaßnahmen unter dem Übereinkommen über die Erhaltung der lebenden Meeresschätze der Antarktis müssen beispielsweise im Vergleich im Konsens erfolgen. Absatz 3 legt fest, dass die Beschlüsse 120 Tage nach ihrer Annahme in Kraft treten, und unterstreicht die Verbindlichkeit für alle Vertragsparteien.

Die Absätze 4 bis 10 befassen sich mit dem zweiten Teil der Beschlussfassung, in dem sie Vertragsparteien die Möglichkeit einräumt, Einspruch gegen die Beschlüsse der Konferenz der Vertragsparteien nach Teil III des Übereinkommens einzulegen. Das komplexe Einspruchsverfahren wird etabliert, um die Universalität nach Teil III des Übereinkommens zu stärken und gleichzeitig einen sinnvollen Einspruchsmechanismus einzuführen. Absatz 5 verdeutlicht, dass Staaten die Einspruchsmöglichkeit nicht willkürlich nutzen sollten. Dafür werden Bedingungen für die Einspruchsmöglichkeit festgeschrieben, deren Festlegung Gegenstand umfangreicher Verhandlungen war. Soweit eine Vertragspartei Einspruch nach Absatz 5 gegen einen Beschluss erhebt, muss sie nach Absatz 6 alternative Maßnahmen zu den Maßnahmen ergreifen, gegen die sie Einspruch erhoben hat. Diese alternativen Maßnahmen müssen eine gleichwertige Wirkung haben und dürfen nicht der Wirksamkeit der durch die Konferenz der Vertragsparteien angenommenen Beschlüsse entgegenstehen. Einzige Ausnahme von dieser Vorgabe ist das Entgegenstehen von Rechten und Pflichten aus dem SRÜ. Absatz 7 legt eine Berichterstattungspflicht über die Durchführung gleichwertiger Maßnahmen für Vertragsparteien fest, die von ihrem Einspruchsrecht nach Absatz 4 Gebrauch machen, und verweist auf die allgemeine Regelung zur Überwachung und Überprüfung von Maßnahmen nach Artikel 26 des Übereinkommens. Die Absätze 8 und 9 zielen darauf ab, konstruktive Ansätze für die Wirkung eines Einspruchs nach Absatz 4 zu etablieren. Durch Absatz 8 wird alle drei Jahre eine Erneuerungspflicht eines Einspruchs festgeschrieben. In den Fällen, in denen eine Erneuerung des Einspruchs nach Absatz 8 nicht vorgenommen wird, legt Absatz 9 die Rechtsfolge fest, dass der Einspruch automatisch als zurückgenommen gilt. Absatz 10 etabliert eine Transparenzklausel für das Sekretariat (Artikel 50 des Übereinkommens).

Artikel 24 – Notmaßnahmen

Artikel 24 etabliert ein Verfahren, mit dem die Konferenz der Vertragsparteien in der Lage ist, unverzüglich auf Naturereignisse oder von Menschen verursachte Katastrophen, die schwere oder irreversible Schäden an der Meeresumwelt der Hochsee verursachen, zu reagieren. Ziel der Maßnahmen nach Absatz 1 ist es, daraus resultierende schwere oder unumkehrbare Schäden einzudämmen. Nach Absatz 2 können diese Notfallmaßnahmen nur durch die Konferenz der Vertragsparteien beschlossen werden, wenn eine andere rechtzeitige Reaktion nach dem Übereinkommen oder durch einschlägige Rechtsinstrumente und rechtliche Rahmen sowie die zuständigen weltweiten, regionalen, subregionalen und sektoralen Organe nicht rechtzeitig oder unzureichend möglich ist. Absatz 3 beschreibt, welche Erkenntnisse und Informationen für die Notmaßnahmen herangezogen werden sollen und welche Akteure Notmaßnahmen vorschlagen können. Notmaßnahmen können auch zwischen den Tagungen angenommen werden und müssen dann auf der nächsten Konferenz der Vertragsparteien erneut zur Beschlussfassung angenommen werden. Nach Absatz 4 sind Notmaßnahmen zeitlich befristet und enden zwei Jahre nach ihrem Inkrafttreten, es sei denn, sie werden von der Konferenz der Vertragsparteien früher beendet. Hierzu müssen die Notmaßnahmen entweder durch andere Maßnahmen nach Artikel 19 des Übereinkommens ersetzt werden oder durch Maßnahmen unter anderen einschlägigen Rechtsinstrumenten und rechtlichen Rahmen sowie den zuständigen weltweiten, regionalen, subregionalen und sektoralen Organen. Eine dritte Möglichkeit ist ein Beschluss der Konferenz der Vertragsparteien, wonach die Umstände, die zur Erforderlichkeit der Notmaßnahmen geführt haben, nicht mehr vorliegen. Absatz 5 legt fest, dass das wissenschaftlich-technische Organ (Artikel 49 des Übereinkommens) bei Bedarf Leitlinien zur Festlegung von Notmaßnahmen ausarbeiten kann, die von der Konferenz der Vertragsparteien angenommen werden.

Artikel 25 – Durchführung

Nach Absatz 1 sind die Vertragsparteien dafür verantwortlich, dass Tätigkeiten, die ihrer Hoheitsbefugnis oder Kontrolle unterstehen und in Gebieten außerhalb nationaler Hoheitsgewalt stattfinden, im Einklang mit den nach Teil III des Übereinkommens angenommenen Beschlüssen stehen. Absatz 2 stellt klar, dass Vertragsparteien nicht daran gehindert sind, zusätzlich zu den Maßnahmen nach Teil III des Übereinkommens auch strengere Maßnahmen in Bezug auf ihre Staatsangehörigen, Schiffe oder andere in Bezug auf ihre Hoheitsbefugnis oder ihrer Kontrolle unterstehenden Tätigkeiten zu setzen. Absatz 3 legt dar, dass die Durchführungspflicht nach Absatz 1 nicht zu einer unmittelbar oder mittelbar unverhältnismäßigen Last für kleine Inselstaaten, die Entwicklungsstaaten sind, oder am wenigsten entwickelten Ländern führen soll. Absatz 4 stellt sicher, dass die Vertragsparteien unter den einschlägigen Rechtsinstrumenten, bei denen sie beteiligt sind, die Annahme von Maßnahmen zur Unterstützung der nach Teil III des Übereinkommens erlassenen Beschlüsse fördern. Ebenso gilt die Pflicht zur Koordinierung der Umsetzung erlassener Beschlüsse mit rechtlichen Rahmen sowie zuständigen weltweiten, regionalen, subregionalen und sektoralen Organen. Die effektive Koordinierung mit und zwischen dem Übereinkommen und den einschlägigen Rechtsinstrumenten und rechtlichen Rahmen sowie den zuständigen weltweiten, regionalen, subregionalen und sektoralen Organen ist ein Schlüsselelement für die Effizienz der nach Teil III des Übereinkommens erlassenen Beschlüsse. Nach Absatz 5 werden die Vertragsparteien aufgefordert, Nichtvertragsstaaten zu ermutigen oder Maßnahmen zur Unterstützung der Beschlüsse nach Teil III des Übereinkommens anzunehmen. Absatz 6 weist darauf hin, dass die Verpflichtung zur Zusammenarbeit bei der Erhaltung und nachhaltigen Nutzung der biologischen Vielfalt in Gebieten außerhalb nationaler Hoheitsgewalt nach dem SRÜ weiterhin auch für Staaten gilt, die nicht Vertragspartei eines einschlägigen rechtlichen Rahmens oder Mitglied eines zuständigen weltweiten, regionalen, subregionalen oder sektoralen Organs sind und sich auch nicht anderweitig bereit erklärt haben, die von den beschriebenen Akteuren getroffenen Maßnahmen anzuwenden.

Artikel 26 – Überwachung und Überprüfung

Nach Absatz 1 sind die Vertragsparteien verpflichtet, regelmäßig gemeinsam oder einzeln einen Bericht über die Durchführung der nach Teil III des Übereinkommens zu Meeresschutzgebieten und der damit verbundenen Maßnahmen zu erstatten. Die Berichte werden zur Transparenz durch das Sekretariat öffentlich zugänglich gemacht. Ähnliche Berichtspflichten sind auch in anderen multilateralen Umweltübereinkommen, zum Beispiel in Artikel 26 des Übereinkommens über die biologische Vielfalt, zu finden. Nach Absatz 2 werden einschlägige Rechtsinstrumente und rechtliche Rahmen sowie die zuständigen weltweiten, regionalen, subregionalen und sektoralen Organe verpflichtet, Informationen über die Durchführung von Maßnahmen zu übermitteln, die zur Förderung der Ziele der nach Artikel 19 des Übereinkommens eingerichteten Maßnahmen dienen. In den Absätzen 3 und 4 wird die Rolle des wissenschaftlich-technischen Organs bei der Überwachung, Überprüfung und Bewertung der Wirksamkeit der eingerichteten gebietsbezogenen Managementinstrumente einschließlich Meeresschutzgebieten festgelegt. Absatz 5 erteilt der Konferenz der Vertragsparteien die Befugnis, bei Bedarf im Anschluss an die Überprüfung durch das wissenschaftlich-technische Organ nach Absatz 4 Beschlüsse anzunehmen. Daneben kann die Konferenz der Vertragsparteien Empfehlungen zur Änderung, Ausweitung oder Aufhebung von Maßnahmen nach Artikel 19 des Übereinkommens abgeben.

Teil IV – Umweltverträglichkeitsprüfungen

UVPs sind ein gängiges Instrument in nationalen und internationalen Rahmenwerken, um Entscheidungsträger über die wahrscheinlichen Umweltauswirkungen eines vorgeschlagenen Projekts zu informieren. Der Begriff wird im SRÜ nicht ausdrücklich erwähnt, jedoch wird in Artikel 206 SRÜ eine weitgehend gleichwertige Verpflichtung festgeschrieben, die für die Meeresumwelt einschließlich der Meeresgebiete außerhalb nationaler Hoheitsbefugnisse gilt. Hiernach werden Vertragsparteien des SRÜ dazu verpflichtet, die potenziellen Auswirkungen von Tätigkeiten unter ihrer Hoheitsgewalt und Kontrolle zu prüfen, wenn sie begründeten Anlass zu der Annahme haben, dass diese Tätigkeiten eine erhebliche Verschmutzung oder erhebliche und schädliche Veränderungen der Meeresumwelt in Gebieten außerhalb nationaler Hoheitsbefugnisse verursachen können. Bisher gibt es keine einheitlichen UVP-Anforderungen oder Standards für Gebiete außerhalb nationaler Hoheitsgewalt. Teil IV des Übereinkommens füllt diese Lücke und legt allgemeine Anforderungen für die Bewertung geplanter menschlicher Aktivitäten in Meeresgebieten außerhalb nationaler Hoheitsbefugnisse fest, die sich potenziell auf die marine Biodiversität oder Meeresumwelt auswirken können.

Artikel 27 – Ziele

Artikel 27 beschreibt sechs Ziele für die UVP nach Teil IV des Übereinkommens. Nach Artikel 27 Buchstabe a sollen Bestimmungen des SRÜ zu UVPs in Gebieten außerhalb nationaler Hoheitsgewalt zur Anwendung gebracht werden.

Artikel 28 – Verpflichtung zur Durchführung von Umweltverträglichkeitsprüfungen

Artikel 28 enthält die allgemeine Verpflichtung zur Durchführung von UVPs im Rahmen des Übereinkommens und legt auch den Geltungsbereich des Teils IV des Übereinkommens fest.

Absatz 1 legt fest, dass die Verpflichtung zur Durchführung einer UVP für geplante Tätigkeiten gilt, die in Gebieten außerhalb von nationalen Hoheitsbefugnissen durchgeführt werden sollen. Die Verpflichtung gilt für die Vertragspartei, unter deren Hoheitsbefugnis oder Kontrolle eine geplante Tätigkeit stattfinden wird. Die Verpflichtung verlangt von der Vertragspartei, sicherzustellen, dass eine UVP durchgeführt wird, was bedeutet, dass die tatsächliche UVP von einer anderen Stelle, einschließlich des Befürworters der geplanten Tätigkeit, durchgeführt werden kann. Die Vertragspartei bleibt jedoch beteiligt und verantwortlich für den Prozess.

Die Absätze 2 und 3 sind Teil eines Kompromisses und erweitern den geographischen Anwendungsbereich des Teils IV des Übereinkommens für bestimmte Aktivitäten innerhalb nationaler Hoheitsbefugnisse. Diese Fälle betreffen Aktivitäten, die in Gebieten innerhalb nationaler Hoheitsbefugnisse durchgeführt werden und nachteilige Auswirkungen auf Gebiete außerhalb nationaler Hoheitsbefugnisse verursachen können. Dies gilt nicht für Fälle, in denen die Vertragspartei bereits eine innerstaatliche UVP durchführt. Die Bedingungen von Absatz 2 Buchstabe a bis c müssen hierbei eingehalten werden. Nach Absatz 3 kann das wissenschaftlich-technische Organ nach Eingang der in Absatz 2 Buchstabe a genannten Informationen Stellungnahmen übermitteln.

Artikel 29 – Verhältnis zwischen diesem Übereinkommen und den nach den einschlägigen Rechtsinstrumenten und rechtlichen Rahmen sowie bei den zuständigen weltweiten, regionalen, subregionalen und sektoralen Organen vorgesehenen Verfahren für Umweltverträglichkeitsprüfungen

Artikel 29 behandelt das Verhältnis zwischen diesem Übereinkommen und den UVPs anderer einschlägiger Rechtsinstrumente und rechtlicher Rahmen sowie den bei zuständigen weltweiten, regionalen, subregionalen und sektoralen Organen vorgesehenen Verfahren. Absatz 1 enthält eine Verpflichtung für die Vertragsparteien, in anderen IFBs, deren Mitglieder sie sind, sowohl die Nutzung von UVPs als auch die Verabschiedung und/oder Umsetzung von UVP-Normen oder Richtlinien, die nach Artikel 38 des Übereinkommens entwickelt werden, zu fördern.

Absatz 2 verpflichtet die Konferenz der Vertragsparteien, Mechanismen für die Zusammenarbeit des wissenschaftlich-technischen Organs mit relevanten IFBs zu entwickeln. Weiter verpflichtet Absatz 3 das wissenschaftlich-technische Organ dazu, mit relevanten IFBs zusammenzuarbeiten, wenn UVP-Normen oder Richtlinien nach Artikel 38 des Übereinkommens entwickelt oder aktualisiert wurden.

Absatz 4 legt die Bedingungen fest, unter denen keine UVP auf Grundlage des Teils IV des Übereinkommens für eine geplante Tätigkeit in Gebieten außerhalb nationaler Hoheitsbefugnisse erforderlich ist, die bereits von einem relevanten IFB geregelt wird. Die Vertragsparteien ent-

scheiden, ob die Bedingungen in Absatz 4 Buchstabe a und b erfüllt sind. Zunächst regelt Absatz 4 Buchstabe a, dass die Vertragspartei feststellt, ob die potenziellen Auswirkungen der geplanten Tätigkeit bereits gemäß den Anforderungen eines anderen IFB bewertet wurden. Zweitens umfasst Buchstabe b zwei unterschiedliche Szenarien, von denen nur eines erfüllt sein muss. Das erste Szenario betrifft eine Situation, in der das andere IFB die Tätigkeit durch die Durchführung einer UVP regelt. In diesem Fall sieht Absatz 4 Buchstabe b Ziffer i vor, dass die unter dem anderen IFB durchgeführte UVP äquivalent zu den Anforderungen des Teils IV des Übereinkommens sein muss. Das zweite Szenario betrifft eine Situation, in der das andere IFB die Tätigkeit auf andere Weise als durch eine UVP regelt. In einem solchen Fall verlangt Absatz 4 Buchstabe b Ziffer ii, dass alle Vorschriften oder Standards des IFB für diese Tätigkeit darauf ausgelegt sind, potenzielle Auswirkungen unterhalb der Schwelle für eine UVP nach Teil IV des Übereinkommens (siehe Artikel 30 Absatz 1 Buchstabe a des Übereinkommens) zu verhindern, zu mildern oder zu bewältigen. Weiterhin müssen diese Vorschriften oder Standards eingehalten werden. Es ist ausreichend, dass die Vertragspartei in Buchstabe b feststellt, dass eine dieser beiden Bedingungen erfüllt ist. Absatz 5 enthält eine Verpflichtung für die Vertragsparteien, über den Vermittlungsmechanismus (Artikel 51 des Übereinkommens) den betreffenden Bericht über die UVP zu veröffentlichen, die unter einem IFB für eine geplante Tätigkeit unter ihrer Hoheitsgewalt oder Kontrolle durchgeführt wurde. Absatz 6 enthält Verpflichtungen für die Vertragsparteien, die Auswirkungen geplanter Aktivitäten zu überwachen und zu überprüfen, für die UVPs unter einem relevanten IFB durchgeführt wurden, es sei denn, dieses IFB hat bereits eigene Anforderungen an die Überwachung und Überprüfung.

Artikel 30 – Schwellenwerte und Faktoren für die Durchführung von Umweltverträglichkeitsprüfungen

Artikel 30 enthält zwei Schwellenwerte und eine Liste von Faktoren, die die Vertragsparteien anwenden müssen, um zu bestimmen, ob eine UVP gemäß Teil IV des Übereinkommens erforderlich ist. Der erste Schwellenwert in Absatz 1 muss verwendet werden, um festzustellen, ob eine Vorprüfung erforderlich ist, und der zweite Schwellenwert in Absatz 1 Buchstabe b muss während des Screenings verwendet werden, um zu bestimmen, ob eine UVP notwendig ist. Der erste Schwellenwert fungiert somit als Filter, um Aktivitäten mit marginalen Auswirkungen von der Regulierung unter dem UVP-Teil auszuschließen. Wenn dieser erste Schwellenwert erreicht wird, muss eine Vorprüfung gemäß den Anforderungen des Absatzes 1 Buchstabe a Ziffer i und ii durchgeführt werden, um festzustellen, ob der zweite Schwellenwert für eine UVP in Absatz 1 Buchstabe b erreicht wird. Der zweite Schwellenwert ist derselbe wie der bestehende Schwellenwert in Artikel 206 SRÜ. Daher gibt es weiterhin nur einen Schwellenwert für die Durchführung einer UVP im Übereinkommen. Wenn dieser zweite Schwellenwert für eine UVP erreicht wird, muss die Vertragspartei die UVP gemäß den Anforderungen des Übereinkommens unter Artikel 31 des Übereinkommens fortsetzen. Wenn der UVP-Schwellenwert nicht erreicht wird, muss die Vertragspartei keine weiteren Schritte gemäß dem Übereinkommen unternehmen, außer der Veröffentlichung relevanter Informationen über den Vermittlungsmechanismus (Artikel 51 des Übereinkommens). Absatz 2 enthält eine nicht abschließende Liste von Faktoren, die die Vertragsparteien für die Auslegung beider Schwellenwerte in Absatz 1 anwenden müssen, um festzustellen, ob eine geplante Tätigkeit diese erfüllt.

Artikel 31 – Verfahren für Umweltverträglichkeitsprüfungen

Artikel 31 enthält den Prozess für die Durchführung einer UVP nach dem Übereinkommen. Absatz 1 umfasst die verschiedenen Schritte der UVP, während die Absätze 2 und 3 zusätzliche Elemente im Zusammenhang mit dem Kapazitätsaufbau widerspiegeln. Absatz 1 Buchstabe a enthält die Vorprüfung, in dem die Vertragspartei bestimmen muss, ob eine UVP erforderlich ist oder nicht. Die Prüfung basiert auf den Schwellenwerten und Faktoren in Artikel 30 des Übereinkommens. Wenn eine Vertragspartei feststellt, dass keine UVP erforderlich ist, muss sie relevante Informationen über den Vermittlungsmechanismus gemäß Absatz 1 Buchstabe a Ziffer i veröffentlichen. Diese Veröffentlichung gibt Vertragsparteien die Möglichkeit, ein spezielles Verfahren für die Vorprüfung nach Artikel 30 Absatz 1 Buchstabe a Ziffer ii bis vi des Übereinkommens auszulösen. Dieser Mechanismus ermöglicht es anderen Vertragsparteien, das wissenschaftlich-technische Organ einzubeziehen, wenn sie Bedenken hinsichtlich der Feststellung der Vertragspartei haben, dass für die geplante Tätigkeit keine UVP erforderlich ist. Absatz 1 Buchstabe b bis f enthält die Kernelemente der eigentlichen UVP in Form der verschiedenen Schritte, die die Vertragspartei sicherstellen muss, sobald sie feststellt, dass eine UVP durchgeführt werden muss. Diese Schritte umfassen die Festlegung des Umfangs des Untersuchungsrahmens (Buchstabe b), die Bewertung und Evaluierung der Auswirkungen (Buchstabe c) sowie die Verhütung, Minderung und das Management potenzieller negativer Auswirkungen (Buchstabe d). Sie decken die Bewertung der wesentlichen umwelt- und aller damit verbundenen nicht-umweltbezogenen Auswirkungen der geplanten Tätigkeit ab, einschließlich kumulativer Auswirkungen und Auswirkungen in Gebieten innerhalb der nationalen Hoheitsgewalt sowie die Analyse von Alternativen und öffentliche Bekanntmachung und Konsultation während der UVP. Absatz 1 Buchstabe e und f verweist auf die Artikel 32 und 33 des Übereinkommens zur Vorbereitung sowie Veröffentlichung eines UVP-Berichts. Absatz 2 ermöglicht es den Vertragsparteien, gemeinsame UVPs durchzuführen, einschließlich kleiner Inselstaaten, die Entwicklungsländer sind. Absatz 3 operationalisiert den Kapazitätsaufbau für UVPs. Er fordert die Erstellung eines Expertenpools unter dem wissenschaftlich-technischen Organ, der auf Anfrage Vertragsparteien mit begrenzten Kapazitäten hinsichtlich UVPs beraten und unterstützen kann.

Artikel 32 – Öffentliche Bekanntmachung und Konsultation

Artikel 32 enthält die Anforderungen an die öffentliche Bekanntmachung und Konsultation im Rahmen von UVPs, die gemäß dem Übereinkommen durchgeführt werden. Absatz 1 enthält allgemeine Anforderungen für das Übereinkommen, um eine öffentliche Bekanntmachung sowie geplante und effektive, zeitlich gebundene Beteiligungsmöglichkeiten während der gesamten UVP sicherzustellen, die durch den Vermittlungsmechanismus (Artikel 51

des Übereinkommens) und das Sekretariat (Artikel 50 des Übereinkommens) erleichtert werden. Die Absätze 1 bis 3 umfassen eine Vielzahl von Akteuren, die Teil dieses Prozesses sein können. Absatz 1 ermöglicht die Teilnahme aller Staaten und erwähnt spezifisch zwei Kategorien von Staaten, nämlich angrenzende Küstenstaaten und alle anderen an die Tätigkeit angrenzenden Staaten, vorausgesetzt, dass diese möglicherweise zu den am stärksten betroffenen Staaten gehören.

Absatz 2 legt fest, wie die Bestimmung eines möglicherweise am stärksten betroffenen Staates vorzunehmen ist. Absatz 1 ermöglicht auch die Teilnahme von Interessenträgern der UVP, die in einer nicht erschöpfenden Liste in Absatz 3 näher ausgeführt werden. Absatz 4 enthält weitere allgemeine Anforderungen an die öffentliche Bekanntmachung und Konsultation zu UVPs gemäß dem Übereinkommen und enthält auch eine besondere Anforderung für die öffentliche Bekanntmachung und Konsultation, die für Inselstaaten, die Entwicklungsländer sind, gelten. Absatz 5 enthält Anforderungen, wie die Vertragsparteien mit den inhaltlichen Kommentaren umgehen sollten, die sie im Rahmen der Konsultationen erhalten. Absatz 6 enthält besondere Vorgaben zur Bekanntmachung und Konsultation für geplante Aktivitäten, die Gebiete der Hohen See betreffen, die vollständig von ausschließlichen Wirtschaftszonen von Staaten umgeben sind. Absatz 7 verpflichtet die Vertragsparteien, den Zugang zu Informationen, die die UVP gemäß dem Übereinkommen betreffen, sicherzustellen, mit Ausnahme von vertraulichen oder geschützten Informationen.

Artikel 33 – Berichte über die Umweltverträglichkeitsprüfung

Artikel 33 enthält die Anforderungen an die Vorbereitung und Veröffentlichung eines UVP-Berichts. Dies ist der letzte Schritt der UVP und erfordert die Erstellung sowohl eines Entwurfs als auch eines endgültigen UVP-Berichts. Absatz 1 enthält die allgemeine Verpflichtung für die Vertragsparteien, sicherzustellen, dass ein UVP-Bericht erstellt wird. Absatz 2 listet die Informationen, die ein UVP-Bericht mindestens enthalten sollte. Absatz 3 verpflichtet die Vertragsparteien, den Entwurf des UVP-Berichts während des öffentlichen Konsultationsprozesses über den Vermittlungsmechanismus verfügbar zu machen, um dem wissenschaftlich-technischen Organ zu ermöglichen, diesen Bericht zu prüfen und zu bewerten. Absatz 4 ermöglicht es dem wissenschaftlich-technischen Organ, Kommentare zum Entwurf des UVP-Berichts abzugeben, und verlangt von den Vertragsparteien, diese zu berücksichtigen. Absatz 5 verpflichtet die Vertragsparteien, die endgültigen UVP-Berichte zu veröffentlichen, einschließlich über den Vermittlungsmechanismus. Das Sekretariat ist ebenfalls verpflichtet, die Vertragsparteien rechtzeitig über solche Veröffentlichungen zu informieren. Die Absätze 6 und 7 verlangen vom wissenschaftlich-technischen Organ, die veröffentlichten endgültigen UVP-Berichte sowie die veröffentlichten Informationen, die für die Vorprüfung verwendet wurden, zu berücksichtigen. In beiden Fällen dient dies der Entwicklung von Richtlinien und der Ermittlung bewährter Praktiken.

Artikel 34 – Entscheidung

Absatz 1 legt fest, dass die Partei, welche die Hoheitsbefugnis oder Kontrolle über die geplante Tätigkeit hat, entscheiden muss, ob sie diese Tätigkeit genehmigen wird oder nicht. Diese Verantwortung wird nicht, wie teils in den Verhandlungen gefordert, an die Konferenz der Vertragsparteien übertragen. Die Absätze 2 und 3 enthalten eine Reihe von Verpflichtungen, die eine Partei bei ihrer Entscheidungsfindung beachten muss. Zunächst verlangt Absatz 2 von einer Partei, die Ergebnisse der UVP in ihrer Entscheidungsfindung vollständig zu berücksichtigen. Zweitens verlangt Absatz 2 von der Partei, einen Prüfumfang anzuwenden, wonach die geplante Aktivität nur genehmigt werden kann, wenn sie unter Berücksichtigung von Verringerungs- und Bewältigungsmaßnahmen festgestellt hat, dass sie alle angemessenen Anstrengungen unternommen hat, um sicherzustellen, dass die Aktivität auf eine Weise durchgeführt werden kann, die mit der Verhinderung erheblicher nachteiliger Auswirkungen auf die marine Umwelt vereinbar ist. Es obliegt der Vertragspartei, zu bestimmen, ob diese Voraussetzung zutrifft. Absatz 3 verpflichtet die Partei, ihre Entscheidungsdokumente, einschließlich über den Vermittlungsmechanismus, zu veröffentlichen. Absatz 4 operationalisiert darüber hinaus den Kapazitätsaufbau im Bereich der UVPs, indem er der Konferenz der Vertragsparteien die Möglichkeit gibt, einer Partei, die dies anfordert, Beratung und Unterstützung bei der Entscheidungsfindung anzubieten.

Artikel 35 – Überwachung der Auswirkungen genehmigter Tätigkeiten

Artikel 35 enthält Verpflichtungen zur Überwachung der tatsächlichen Auswirkungen genehmigter Aktivitäten. In Übereinstimmung mit der bestehenden Verpflichtung in Artikel 204 Absatz 2 SRÜ verlangt er von den Vertragsparteien, die Auswirkungen genehmigter Aktivitäten zu überwachen, um festzustellen, ob diese nachteilige Auswirkungen auf die Meeresumwelt haben. Diese Überwachung umfasst umwelt- und alle damit verbundenen nicht-umweltbezogenen Auswirkungen.

Artikel 36 – Berichterstattung über die Auswirkungen genehmigter Tätigkeiten

Artikel 36 enthält Anforderungen an die Berichterstattung über die Auswirkungen genehmigter Aktivitäten. Damit operationalisiert er die bestehende Verpflichtung in Artikel 205 SRÜ. Absatz 1 verlangt von den Vertragsparteien, regelmäßig über die Auswirkungen und die Ergebnisse der gemäß Artikel 35 des Übereinkommens erforderlichen Überwachung zu berichten. Absatz 2 verpflichtet die Vertragsparteien, ihre Überwachungsberichte öffentlich zugänglich zu machen, einschließlich über den Vermittlungsmechanismus. Daneben ermöglicht es dem wissenschaftlich-technischen Organ, solche Berichte zu prüfen und zu bewerten. Absatz 3 verlangt vom wissenschaftlich-technischen Organ, die Überwachungsberichte zu berücksichtigen, um Richtlinien zu entwickeln und bewährte Praktiken für die Überwachung der Auswirkungen zu ermitteln.

Artikel 37 – Überprüfung genehmigter Tätigkeiten und ihrer Auswirkungen

Nach Absatz 1 müssen Parteien sicherstellen, dass eine Überprüfung der Auswirkungen autorisierter Aktivitäten erfolgt. Diese erfolgt auf Grundlage der Informationen, die im Rahmen der Überwachung der Auswirkungen der Aktivitäten gemäß Artikel 35 des Übereinkommens ge-

sammelt wurden. Die Absätze 2 bis 4 behandeln ein Szenario, in dem die Aktivität unvorhergesehene erhebliche nachteilige Auswirkungen hat, und legen die Verpflichtungen, Rollen und relevanten Verfahren für drei verschiedene Akteure fest: die Partei, die die Aktivität genehmigt hat, das wissenschaftlich-technische Organ sowie andere Vertragsparteien. Absatz 2 verlangt von der Vertragspartei mit Hoheitsbefugnis oder Kontrolle über eine Aktivität, spezifische Folgeaktionen zu ergreifen, falls sie unvorhergesehene erhebliche nachteilige Auswirkungen feststellt. Absatz 3 ermöglicht es dem wissenschaftlich-technischen Organ, die Partei, die die Tätigkeiten genehmigt hat, zu benachrichtigen und Empfehlungen abzugeben, wenn das wissenschaftlich-technische Organ auf der Grundlage der gemäß Artikel 36 des Übereinkommens erhaltenen Überwachungsberichte der Ansicht ist, dass die Aktivität unvorhergesehene signifikante nachteilige Auswirkungen haben könnte. Wenn die Partei mit Hoheitsbefugnis oder Kontrolle über die Aktivität ebenfalls solche Auswirkungen feststellt, gelten die Verpflichtungen gemäß Absatz 2 für sie. Absatz 4 ermöglicht es Parteien, das wissenschaftlich-technische Organ miteinzubeziehen, wenn sie Bedenken haben, dass die Aktivität unvorhergesehene erhebliche nachteilige Auswirkungen haben könnte. Diese Möglichkeit ist der Beteiligungsmöglichkeit des wissenschaftlich-technischen Organs im Rahmen der Vorprüfung nach Artikel 30 Absatz 1 Buchstabe a des Übereinkommens ähnlich. Absatz 5 regelt die öffentliche Bekanntmachung und Konsultation während der Überwachungs-, Berichts- und Überprüfungsprozesse im Rahmen des UVP-Teils. Vertragsparteien müssen hiernach die gleichen Interessenträger über den Vermittlungsmechanismus informieren, die sie auch während des UVP-Prozesses in der öffentlichen Bekanntmachung und Konsultation berücksichtigen wird (siehe Artikel 32 des Übereinkommens). Die Partei kann diese Akteure auch während der Überwachungs-, Berichts- und Überprüfungsprozesse konsultieren, ist jedoch nicht dazu verpflichtet. Absatz 6 enthält zwei Veröffentlichungspflichten für die Vertragsparteien in Bezug auf Berichte über die Überprüfung der Auswirkungen und geänderte Entscheidungen.

Artikel 38 – Vom wissenschaftlich-technischen Organ zu entwickelnde Normen beziehungsweise Richtlinien für Umweltverträglichkeitsprüfungen

Artikel 38 enthält Regelungen zu Normen und Richtlinien, die das wissenschaftlich-technische Organ entweder entwickeln muss oder kann, um den Teil IV des Übereinkommens weiterzuentwickeln. Absatz 1 enthält eine verbindliche Liste von sieben Themen, für die das wissenschaftlich-technische Organ Normen und Richtlinien zur Vorlage und Annahme durch die Konferenz der Vertragsparteien entwickeln muss. Absatz 2 enthält eine optionale Liste von zwei Themen, für die das wissenschaftlich-technische Organ Normen oder Richtlinien zur Vorlage und Annahme durch die Konferenz der Vertragsparteien entwickeln kann, aber nicht verpflichtet ist. Dies umfasst nach Absatz 2 die Möglichkeit, nicht abschließende Listen zu entwickeln mit denen Aktivitäten gelistet werden, die entweder in jedem oder in keinem Fall einer UVP bedürfen. Absatz 3 stellt die rechtlich bindende Natur von Normen nach Absatz 1 klar, die nach Artikel 74 des Übereinkommens als Anlage aufgeführt werden.

Artikel 39 – Strategische Umweltprüfungen

Artikel 39 betrifft Strategische Umweltprüfungen (im Folgenden: SUP). Absatz 1 enthält die erste strategische Umweltprüfung für Vertragsstaaten für Pläne und Programme im Zusammenhang mit ihren Hoheitsbefugnissen oder ihrer Kontrolle unterstehenden Tätigkeiten in Gebieten außerhalb nationaler Hoheitsbefugnisse. Die Verpflichtung besteht im Kern darin, dass Vertragsparteien in Erwägung ziehen, eine solche SUP durchzuführen. Absatz 2 stellt eine zweite Möglichkeit für eine SUP auf, der es der Konferenz der Vertragsparteien ermöglicht, eine SUP durchzuführen, um den Status eines bestimmten Gebiets oder einer bestimmten Region zu bewerten. Absatz 3 enthält die Verpflichtung für die Parteien, die Ergebnisse aller relevanten SUPs, die im Rahmen des Übereinkommens durchgeführt wurden, bei der Durchführung von UVPs unter dem Übereinkommen zu berücksichtigen. Absatz 4 fordert die Konferenz der Vertragsparteien auf, Leitlinien für die Durchführung beider Arten von SUPs zu entwickeln (siehe auch Artikel 38 Absatz 1 Buchstabe g des Übereinkommens).

Teil V – Kapazitätsaufbau und Weitergabe von Meerestechnologie

Der Teil V des Übereinkommens befasst sich mit dem Kapazitätsaufbau und dem Transfer von Meerestechnologie (englisch: Capacity-building and Transfer of Marine Technology, im Folgenden: CBTMT) für Entwicklungsländer. CBTMT wird neben gebietsbezogenen Managementinstrumenten, UVPs sowie der Nutzung maringenetischer Ressourcen und damit verbundenem gerechtem Vorteilsausgleich als zentraler Baustein für den Schutz und die nachhaltige Nutzung der Hohen See betrachtet. Diese Bedeutung wird auch in der Präambel des Übereinkommens ausdrücklich betont.

Artikel 40 – Ziele

Artikel 40 definiert die Ziele für den Kapazitätsaufbau und den Transfer von Meerestechnologie im Rahmen des Übereinkommens. Zu diesen Zielen zählt, dass Vertragsparteien, insbesondere Entwicklungsstaaten, bei der Umsetzung des Übereinkommens unterstützt sowie eine gerechte Zusammenarbeit und effektive Partizipation ermöglicht werden. Darüber hinaus sollen technologische und wissenschaftliche Kapazitäten für den Schutz und die Nutzung der Hohen See gestärkt werden, unter anderem durch einen verbesserten Zugang zu Meerestechnologie. Auch soll Wissen über den Schutz und die Nutzung der Hohen See erweitert, verbreitet und zugänglich gemacht werden.

Entwicklungsstaaten – insbesondere die am wenigsten entwickelten Länder (im Folgenden: LDCs), Binnenentwicklungsländer (im Folgenden: LLDCs), geografisch benachteiligte Staaten, kleine Inselentwicklungsstaaten (im Folgenden: SIDS), afrikanische Küstenstaaten, Archipelstaaten sowie Entwicklungsländer mit mittlerem Einkommen – sollen durch CBTMT-Maßnahmen bei der Erreichung der Ziele des Übereinkommens besonders unterstützt werden. Diese umfassen die Nutzung von maringenetischen Ressourcen und gerechten Vorteilsausgleich (Artikel 9 des Übereinkommens), die Einrichtung flächenbezogener Schutz- und Managementmaßnahmen wie Meeresschutzgebiete (Artikel 17 des Übereinkom-

mens) sowie die Durchführung von Umweltverträglichkeitsprüfungen (Artikel 41 des Übereinkommens).

Artikel 41 – Zusammenarbeit beim Kapazitätsaufbau und bei der Weitergabe von Meerestechnologie

In Artikel 41 verpflichten sich die Vertragsparteien zur Zusammenarbeit für die Erreichung der Ziele des Übereinkommens, entweder unmittelbar oder über relevante Rechtsinstrumente, Rahmenwerke oder Organisationen zusammenzuarbeiten. Dies betrifft insbesondere auch den Kapazitätsaufbau sowie die Entwicklung und den Transfer von Meerestechnologie.

Die Zusammenarbeit der Vertragsparteien soll auf allen Ebenen und in sämtlichen relevanten Formen erfolgen, etwa durch Partnerschaften mit StakeholderInnen wie dem Privatsektor, der Zivilgesellschaft sowie indigenen Völkern und ortsansässigen Gemeinschaften als Träger von traditionellem Wissen. Ebenso soll die Kooperation und Koordination zwischen einschlägigen Rechtsinstrumenten, Rahmenwerken und Organisationen gestärkt werden.

Bei der Umsetzung dieses Teils des Übereinkommens sollen die Vertragsparteien den besonderen Bedürfnissen von Entwicklungsstaaten Rechnung tragen. Dabei ist sicherzustellen, dass Kapazitätsaufbau und Technologietransfer nicht mit belastenden Berichtspflichten verbunden sind.

Artikel 42 – Modalitäten für den Kapazitätsaufbau und die Weitergabe von Meerestechnologie

Artikel 42 regelt die Modalitäten für den Kapazitätsaufbau und den Transfer von Meerestechnologie.

Vertragsparteien verpflichten sich im Rahmen ihrer Möglichkeiten, Ressourcen für den Kapazitätsaufbau und Meerestechnologietransfer bereitzustellen und Zugang zu entsprechenden Maßnahmen zu ermöglichen. Dabei sind nationale Prioritäten, Strategien und Pläne der Entwicklungsländer zu beachten und die besonderen Bedürfnisse von SIDS und LDCs im Einklang mit den Vorgaben des Übereinkommens zu berücksichtigen.

Kapazitätsaufbau und Technologietransfer sollen als ländergesteuerte, effektive, transparente und iterative Prozesse erfolgen. Zudem sollen sie partizipativ, themenübergreifend und geschlechtergerecht gestaltet sein. Bestehende Programme und Erfahrungen sollen, sofern sinnvoll, genutzt und nicht dupliziert werden. Effizienz und Ergebnisorientierung sollen, wo möglich, im Vordergrund stehen.

Abschließend legt Artikel 42 fest, dass sich Kapazitätsaufbau und Technologietransfer an den konkreten Bedürfnissen und Anforderungen von Entwicklungsländern, insbesondere von SIDS und LDCs, orientieren müssen. Diese Bedarfe können fallweise, subregional oder regional ermittelt und sowohl von den betreffenden Staaten selbst als auch durch das CBTMT-Komitee oder den Clearing-House-Mechanismus identifiziert und unterstützt werden.

Artikel 43 – Zusätzliche Modalitäten für die Weitergabe von Meerestechnologie

Artikel 43 formuliert die langfristige Vision der Vertragsparteien, Technologieentwicklung und -transfer im Sinne einer inklusiven und gerechten Zusammenarbeit umfassend umzusetzen. Damit wird der Fokus des Übereinkommens auf eine faire und gerechte Umsetzung erneut betont.

Der Artikel nennt zudem Zusatzmodalitäten für den Technologietransfer, die über die in Artikel 42 des Übereinkommens genannten hinausgehen: Er soll zu fairen und günstigen Bedingungen, im Einklang mit gemeinsam vereinbarten Bedingungen und unter Berücksichtigung der Ziele des Übereinkommens erfolgen.

Die Vertragsparteien verpflichten sich, wirtschaftliche und rechtliche Rahmenbedingungen zu schaffen, die den Transfer mariner Technologien an Entwicklungsländer unterstützen und fördern, beispielsweise durch die Schaffung von Anreizen für Unternehmen und Institutionen. Dabei sollen insbesondere die besonderen Bedürfnisse von SIDS und LDCs berücksichtigt werden.

Ein weiteres zentrales Element des Technologietransfers ist die Wahrung sämtlicher Rechte an den betreffenden Technologien sowie die Berücksichtigung der legitimen Interessen aller beteiligten Akteure, sowohl der InhaberInnen als auch der EmpfängerInnen.

Abschließend legt Artikel 43 fest, dass Meerestechnologien, die im Rahmen des Übereinkommens übertragen werden, angemessen, möglichst zuverlässig, erschwinglich, dem aktuellen Stand der Technik entsprechend, umweltverträglich und für Entwicklungsländer gut nutzbar sein sollen.

Artikel 44 – Formen des Kapazitätsaufbaus und der Weitergabe von Meerestechnologie

Artikel 44 benennt mehrere Formen des Kapazitätsaufbaus und des Transfers mariner Technologien, die zur Erreichung der in Artikel 40 des Übereinkommens festgelegten Ziele beitragen können. Die aufgeführte Liste ist jedoch nicht abschließend; auch weitere Maßnahmen sind zulässig. Zudem verweist der Artikel auf Anhang II des Übereinkommens, in dem weitere Formen des Kapazitätsaufbaus und Technologietransfers benannt werden.

Die in Artikel 44 genannte Liste umfasst unter anderem das Teilen, die Verbreitung und die Nutzung relevanter Daten und Informationen und Bewusstseinsschärfung, auch in Bezug auf traditionelles Wissen indigener Völker und ortsansässiger Gemeinschaften unter Wahrung des Grundsatzes der freiwilligen und auf Kenntnis der Sachlage gegründeten vorherigen Zustimmung (im Folgenden: FPIC), die Entwicklung und Stärkung relevanter Infrastruktur und des erforderlichen Fachpersonals, den Ausbau institutioneller Kapazitäten und nationaler rechtlicher Rahmenbedingungen, den Aufbau von Kompetenzen im Personal- und Finanzmanagement, die Entwicklung und Weitergabe von Leitlinien und Standards, die Förderung von Forschungs- und Entwicklungsprogrammen sowie die Entwicklung von Kapazitäten und Instrumenten für ein wirksames Monitoring menschlicher Aktivitäten im Anwendungsbereich des Übereinkommens.

Die Vertragsparteienkonferenz kann diese indikative Liste regelmäßig und bei Bedarf auf Grundlage der Empfehlungen des CBTMT-Komitees überprüfen, weiterentwickeln und durch praktische Handreichungen ergänzen. Ziel ist es, auf technologische Entwicklungen und Innovationen zu reagieren sowie auf sich verändernde Anforderungen von Staaten und Regionen angemessen einzugehen.

Artikel 45 – Überwachung und Überprüfung

Artikel 45 legt fest, dass der Kapazitätsaufbau sowie der Transfer mariner Technologien überwacht und regelmäßig überprüft werden sollen. Diese Aufgabe übernimmt das CBTMT-Komitee unter der Autorität der Vertragsparteienkonferenz.

Ziele der Überprüfung sind es zum einen, die Bedarfe von Entwicklungsländern im Bereich Kapazitätsaufbau und Technologietransfer zu erfassen und zu beurteilen, insbesondere unter Berücksichtigung der besonderen Bedürfnisse von SIDS und LDCs. Zum anderen umfasst die Überprüfung eine Bewertung der bereitgestellten und benötigten Unterstützung, die Analyse bestehender Lücken, die Identifizierung und Mobilisierung von Finanzmitteln im Rahmen des in Artikel 52 des Übereinkommens vorgesehenen Finanzierungsmechanismus, die Leistungsmessung auf Grundlage gemeinsam vereinbarter Indikatoren sowie die Formulierung von Empfehlungen für Folgeaktivitäten.

Vertragsparteien sind verpflichtet, dem CBTMT-Komitee Berichte vorzulegen, um das Monitoring zu unterstützen. Das Berichtsformat und die Häufigkeit der Berichtserstattung werden von der Vertragsparteienkonferenz auf Grundlage der Empfehlungen des CBTMT-Komitees festgelegt. Dabei sollen auch Beiträge von Regionalorganisationen berücksichtigt und die Berichte möglichst breit zugänglich gemacht werden. Die Berichtspflichten sollen einheitlich und möglichst wenig belastend ausgestaltet sein, insbesondere im Hinblick auf Zeit- und Kostenaufwand für Entwicklungsländer.

Artikel 46 – Ausschuss für den Kapazitätsaufbau und die Weitergabe von Meerestechnologie

Artikel 46 etabliert das in den Artikeln 42, 44 und 45 des Übereinkommens erwähnte Komitee für Kapazitätsaufbau und den Transfer mariner Technologien (CBTMT-Komitee). Das Komitee soll sich aus Mitgliedern zusammensetzen, die über angemessene Qualifikationen verfügen und unabhängig sowie im besten Sinne des Übereinkommens handeln. Die Mitglieder werden von den Vertragsparteien nominiert und von der Vertragsparteienkonferenz gewählt. Dabei ist auf Geschlechtergerechtigkeit sowie eine ausgewogene geografische Verteilung zu achten, um eine angemessene Vertretung von LDCs, SIDS und LLDCs sicherzustellen.

Die Geschäftsordnung und operativen Modalitäten des Komitees werden von der Vertragsparteienkonferenz auf ihrer ersten Sitzung verabschiedet und basieren auf einem Entwurf, der durch die Vorbereitungskommission ausgearbeitet wird.

Empfehlungen und Berichte des Komitees sollen von der Vertragsparteienkonferenz nach Maßgabe ihrer Relevanz und Zweckmäßigkeit genutzt werden.

Teil VI – Institutionelle Regelungen

Unter dem Übereinkommen werden Institutionen etabliert, die die Aufgaben für die Durchführung des Übereinkommens wahrnehmen.

Artikel 47 – Konferenz der Vertragsparteien

Dieser Artikel etabliert eine Konferenz der Vertragsparteien (englisch: Conference of Parties) unter dem Übereinkommen. Die Konferenz der Vertragsparteien dient als Hauptentscheidungsgremium des Übereinkommens und setzt sich aus den Vertragsparteien des Übereinkommens zusammen. Die Konferenz der Vertragsparteien spielt in allen Kapiteln des Übereinkommens als übergeordnetes Gremium eine Rolle. Die Einrichtung einer Konferenz der Vertragsparteien mit weitreichenden Funktionen als zentraler Bestandteil der Funktionsweise des Übereinkommens stellt eine wesentliche Neuerung gegenüber dem Ansatz des SRÜ dar. Die Tagung der Vertragsstaaten des SRÜ (englisch: Meeting of State Parties, im Folgenden: SPLOS) sieht nur wenige Bereiche für die Beschlussfassung vor.

Absatz 2 legt fest, wann die erste Konferenz der Vertragsparteien einberufen wird. Daneben wird festgeschrieben, dass die Konferenz der Vertragsparteien selbst den zeitlichen Rhythmus der folgenden Konferenz der Vertragsparteien festlegen wird. Absatz 3 bestimmt, dass sich die Konferenz der Vertragsparteien in der Regel am Sitz des Sekretariats (vergleiche Artikel 50 des Übereinkommens) oder am Sitz der Vereinten Nationen treffen wird. Gemäß Absatz 4 wird die Konferenz der Vertragsparteien in ihrer ersten Sitzung Verfahrensregeln für sich selbst und für ihre nachgeordneten Organe annehmen. Bis zum Zeitpunkt in dem die Konferenz der Vertragsparteien sich neue Regeln gibt, werden die Verfahrensregeln der für die Verhandlungen über das Übereinkommen einberufenen zwischenstaatlichen Konferenz (englisch: Intergovernmental Conference) gelten.

Absatz 5 legt fest, dass die Konferenz der Vertragsparteien sich bemüht, grundsätzlich Entscheidungen im Konsens zu treffen. Soweit alle Versuche, Konsens zu erzielen, erschöpft sind, ist auch eine Entscheidungsfindung zu Sachfragen mit einer Zweidrittelmehrheit der anwesenden und abstimmenden Vertragsparteien möglich. Bei Prozessfragen ist eine einfache Mehrheit der anwesenden und abstimmenden Vertragsparteien für die Entscheidungsfindung möglich. Diese Möglichkeiten der Mehrheitsentscheidung gelten jedoch nur für die Fälle, in denen das Übereinkommen selbst nichts anderes festlegt. Fälle, in denen das Übereinkommen abweichende Regelungen für Mehrheitsentscheidungen trifft, sind Artikel 14 Absatz 7, Artikel 23 Absatz 2 und Artikel 47 Absatz 6 Buchstabe e des Übereinkommens, die beide Entscheidungen mit Dreiviertelmehrheiten ermöglichen.

Absatz 6 beschreibt die Aufgaben und Funktionen, die die Konferenz der Vertragsparteien zur Überprüfung und Bewertung des Übereinkommens wahrnimmt. Insbesondere fördert die Konferenz der Vertragsparteien, ähnlich wie das Sekretariat nach Artikel 50 Absatz 4 Buchstabe e des Übereinkommens, die Koordinierung mit und zwischen einschlägigen Rechtsinstrumenten und rechtlichen Rahmen sowie den zuständigen weltweiten, regionalen, subregionalen und sektoralen Organen. Daneben setzt die Konferenz der Vertragsparteien unter anderem die notwendigen Nebenorgane ein, wie zum Beispiel das wissenschaftlich-technische Organ nach Artikel 49 des Übereinkommens. Als Generalklausel wird der Konferenz der Vertragsparteien die Wahrnehmung aller sonstigen für die Durchführung des Übereinkommens relevanten Aufgaben übertragen. Nach Absatz 6 Buchstabe e kann die Konferenz der Vertragsparteien einen Haushalt für die Umsetzung des Übereinkommens und die Häufigkeit der Finanzperiode mit einer Dreiviertelmehrheit festlegen, wenn alle Bemühungen um einen Konsens erschöpft sind.

Diese für multilaterale Umweltübereinkommen unübliche Möglichkeit der Mehrheitsentscheidung bei Haushaltsfragen war ein wichtiger Kompromiss, um die Mehrheitsentscheidungen bei der Ausweisung nach Artikel 23 Absatz 2 des Übereinkommens zu ermöglichen.

Gemäß Absatz 7 kann die Konferenz der Vertragsparteien den Internationalen Seegerichtshof um ein Gutachten darüber ersuchen, ob ein ihr vorliegender Vorschlag mit dem Übereinkommen konform ist. Ausgenommen ist diese Möglichkeit nach Absatz 7 Satz 2 für Angelegenheiten, die in die Zuständigkeit von anderen weltweiten, regionalen, subregionalen oder sektoralen Organen fallen, oder Souveränitätsstreitigkeiten betreffen.

Nach Absatz 8 wird die Konferenz der Vertragsparteien auch mit der Überprüfung der Angemessenheit und Wirksamkeit des Übereinkommens als Ganzes betraut. Sie kann gegebenenfalls erforderliche Mittel zur Stärkung der Durchführung des Übereinkommens vorschlagen.

Artikel 48 – Transparenz

Artikel 48 legt verschiedene Transparenzerfordernisse für die Arbeit der Konferenz der Vertragsparteien fest. Nach Absatz 1 fördert die Konferenz der Vertragsparteien selbst die Transparenz unter anderem bei der Beschlussfassung. Nach Absatz 2 steht die Konferenz der Vertragsparteien sogenannten Beobachtern offen. Der Beobachterstatus wird nach Maßgabe der Geschäftsordnung oder durch die Konferenz der Vertragsparteien selbst bestimmt. Der Beobachterstatus wird in der Praxis für Interessenvertreter unter anderem aus der Zivilgesellschaft, indigenen Völkern und ortsansässigen Gemeinschaften mit einschlägigem traditionellem Wissen, oder der Wissenschaft wichtig sein. Nach Absatz 3 wird ein Schwerpunkt auf die Verbreitung von Informationen zur besseren Beteiligung unter anderem der oben genannten Interessenvertreter gelegt. Absatz 4 benennt Interessenvertreter, die sich um den Beobachterstatus für die Konferenz der Vertragsparteien bewerben können.

Artikel 49 – Wissenschaftlich-technisches Organ

Nach Artikel 49 Absatz 1 wird ein wissenschaftlich-technisches Organ eingesetzt. Nach Absatz 2 werden für die Mitglieder des wissenschaftlich-technischen Organs bestimmte Fähigkeiten vorausgesetzt. Die in Artikel 47 Übereinkommen beschriebene Konferenz der Vertragsparteien legt auf der ersten Sitzung unter anderem die Arbeitsmodalitäten und das Auswahlverfahren für die Mitglieder fest. Gemäß Absatz 3 wird die Zusammenarbeit zwischen dem wissenschaftlich-technischen Organ und einschlägigen Rechtsinstrumenten und rechtlichen Rahmen sowie den zuständigen weltweiten, regionalen, subregionalen und sektoralen Organen sowie anderen Wissenschaftlern und Sachverständigen gefördert. Nach Absatz 4 ist die Hauptfunktion des wissenschaftlich-technischen Organs die Beratung der Konferenz der Vertragsparteien zu wissenschaftlichen Fragen. Eine Reihe von Aufgaben für das wissenschaftlich-technische Organ ergeben sich aus dem Übereinkommen selbst, siehe zum Beispiel Artikel 19 Absatz 5 des Übereinkommens, wonach das wissenschaftlich-technische Organ bei Bedarf die in Anlage I genannten Kriterien überarbeiten kann.

Artikel 50 – Sekretariat

Nach Artikel 50 Absatz 1 wird ein Sekretariat eingerichtet. Die in Artikel 47 des Übereinkommens etablierte Konferenz der Vertragsparteien wird auf der ersten Konferenz der Vertragsparteien Beschlüsse zur Aufgabenübertragung auf das Sekretariat treffen, einschließlich der Festlegung über den Sitz des Sekretariats. Nach Absatz 2 werden die Aufgaben bis zur Einberufung eines festen Sekretariats durch die VN-Seerechtsabteilung („DOALOS“) als Interimssekretariat wahrgenommen. In den Verhandlungen war die Organisation des Sekretariats strittig und die Möglichkeit, ein selbstständiges Sekretariat einzuberufen, eine für Deutschland wichtige Verhandlungsposition. Der Grad der Eigenständigkeit des zukünftigen Sekretariats beziehungsweise dessen Verbindung zum VN-System ist noch Gegenstand von Verhandlungen. Die erste Konferenz der Vertragsparteien wird auch darüber entscheiden. Absatz 3 räumt dem Sekretariat und dem zukünftigen Sitzstaat die Möglichkeit ein, ein Sitzabkommen zu schließen. Des Weiteren legt Absatz 4 die Hauptfunktionen des Sekretariats fest, unter anderem die Organisation der Tagung der Konferenz der Vertragsparteien, aber auch die Zusammenarbeit mit Sekretariaten anderer einschlägiger internationaler Organe.

Artikel 51 – Vermittlungsmechanismus

Nach Artikel 51 Absatz 1 wird ein Vermittlungsmechanismus eingesetzt. Dieser besteht aus einer offen zugänglichen Arbeitsplattform, wobei die genauen Arbeitsmodalitäten von der Konferenz der Vertragsparteien (Artikel 47 des Übereinkommens) eingerichtet werden. Durch diese Offenheit soll der Vermittlungsmechanismus zukunftssicher ausgestaltet werden können, ohne völkerrechtliche Einschränkungen zu den IT-Bestimmungen. Nach Absatz 3 dient der Vermittlungsmechanismus hauptsächlich als zentrale Plattform für die Verbreitung von Informationen zur Operationalisierung aller vier Hauptkapitel (Teil II, Teil III, Teil IV und Teil V) des Übereinkommens. Nach Absatz 4 wird das administrative Management des Vermittlungsmechanismus dem Sekretariat (Artikel 50 des Übereinkommens) überlassen, jedoch auch die Möglichkeit der Zusammenarbeit mit weiteren Akteuren offengelassen. Nach Absatz 5 wird eine Verpflichtung geschaffen, bei der Verwaltung des Vermittlungsmechanismus die besonderen Bedürfnisse von Entwicklungsstaaten sowie die besonderen Umstände der kleinen Inselstaaten, die Entwicklungsstaaten sind, zu berücksichtigen. Gemäß Absatz 6 wird die Interpretation des Übereinkommens dahingehend konkretisiert, dass daraus keine Verpflichtung zur Offenlegung von Informationen erfolgt, die nach innerstaatlichem Recht einer Vertragspartei oder anderem anwendbarem Recht vor Offenlegung geschützt ist. Dies ist beispielsweise für Patentgeheimnisse oder Geschäftsgeheimnisse relevant.

Teil VII – Finanzielle Mittel und Finanzierungsmechanismus

Artikel 52 – Finanzmittel

Absatz 1 legt fest, dass jede Vertragspartei im Rahmen ihrer Möglichkeiten Finanzierungsmittel für die Umsetzung des Übereinkommens bereitzustellen hat. Hierbei werden die nationalen Politiken, Prioritäten, Pläne und Programme berücksichtigt. Die Formulierung findet sich auch in anderen Übereinkommen, wie zum Beispiel in Ar-

tikel 13 Absatz 1 des Minamata-Übereinkommens, wieder. Absatz 2 legt fest, dass die unter dem Übereinkommen geschaffenen Einrichtungen durch die Pflichtbeiträge der Vertragsparteien finanziert werden. Absatz 3 etabliert einen Finanzierungsmechanismus, der Entwicklungsstaaten bei der Umsetzung des Übereinkommens unterstützen soll. Der Mechanismus unterstützt unter anderem durch Finanzmittel den Kapazitätsaufbau und die Weitergabe von Meerestechnologie. Die Etablierung eines Finanzierungsmechanismus war eine wesentliche Forderung von Entwicklungsländern während der Verhandlungen des Übereinkommens. Absatz 4 legt die Zusammensetzung des Finanzierungsmechanismus fest, der sich aus drei verschiedenen Finanzierungsquellen zusammensetzt. Der Finanzierungsmechanismus umfasst einen freiwilligen Treuhandfonds, der durch die Konferenz der Vertragsparteien eingerichtet wird und es Vertretern von Entwicklungsstaaten durch finanzielle Unterstützung erleichtern soll, an den Sitzungen der Gremien des Übereinkommens teilzunehmen. Daneben wird ein Sonderfonds eingerichtet, der sich vorerst aus jährlichen Beiträgen nach Artikel 14 Absatz 6 des Übereinkommens nach Inkrafttreten des Übereinkommens finanziert. Hierbei handelt es sich um Beiträge in Höhe von 50 Prozent des Pflichtbeitrags von Vertragsparteien, die entwickelte Länder sind. Die Zahlungen erfolgen so lange, bis die Konferenz der Vertragsparteien einen Beschluss über Zahlungen nach Artikel 14 Absatz 7 des Übereinkommens trifft. Als dritte Quelle des Sonderfonds werden freiwillige zusätzliche Beiträge von Vertragsparteien sowie von privaten Rechtsträgern genannt. Neben dem freiwilligen Treuhandfonds und dem Sonderfonds setzt sich der Finanzierungsmechanismus aus dem Treuhandfonds der Globalen Umweltfazilität zusammen. Die Globale Umweltfazilität dient mehreren bedeutenden multilateralen Umweltübereinkommen als Finanzierungsmechanismus, wie zum Beispiel der Klimarahmenkonvention, dem Übereinkommen über die biologische Vielfalt und dem Übereinkommen zur Bekämpfung der Wüstenbildung. Die Konferenz der Vertragsparteien gibt Leitlinien für allgemeine Strategien, Politiken, Programmprioritäten und die Voraussetzungen für den Zugang zu finanziellen Mitteln und deren Verwendung vor. Absatz 5 eröffnet der Konferenz der Vertragsparteien (Artikel 47 des Übereinkommens) die Möglichkeit, zukünftig zusätzliche Fonds als Teil des Finanzierungsmechanismus zu schaffen. Absatz 6 beschreibt die spezifischen Aktivitäten und Programme für die der Sonderfonds und die Globale Umweltfazilität als Teil des Finanzierungsmechanismus (Absatz 4) eingesetzt werden können. Absatz 7 enthält allgemeine Anforderungen an die Sicherstellung effizienter Finanzierung und legt fest, dass bei der Verwendung der Finanzmittel doppelte Förderungen vermieden werden sollen. Ebenso soll auf Kompatibilität und Kohärenz bei der Ausgabe der Mittel geachtet werden. Absatz 8 öffnet die Finanzierung der Umsetzung des Übereinkommens für weitere Quellen, einschließlich privater Akteure und internationaler Organisationen. Absatz 9 stellt klar, dass der Finanzierungsmechanismus unter der Aufsicht und Leitung der Konferenz der Vertragsparteien arbeitet und die Konferenz der Vertragsparteien zu diesem Zwecke auch Leitlinien für die inhaltliche Ausgestaltung der Finanzierungsprioritäten oder dem Zugang zu den Mitteln geben kann.

Absatz 10 legt fest, dass die Globale Umweltfazilität und die Konferenz der Vertragsparteien Vereinbarungen zur Zusammenarbeit treffen. Nach Absatz 11 legt die Konferenz der Vertragsparteien ein Ressourcenmobilisierungsziel bis 2030 für Finanzmittel für den Sonderfonds fest. Nach Absatz 12 wird der Finanzierungsmechanismus mit einem bedarfsorientierten Ansatz organisiert, wobei Entwicklungsstaaten besondere Berücksichtigung finden. Für den Sonderfonds soll ein vereinfachtes Antrags- und Genehmigungsverfahren etabliert werden, um den Zugang zu Finanzmitteln effizient zu gestalten. Nach Absatz 13 sollen Vertragsparteien internationalen Organisationen nahelegen, Entwicklungsländern im Hinblick auf Kapazitätsengpässe bevorzugte Behandlung bei der Verteilung von Finanzmitteln zu gewähren. Nach Absatz 14 setzt die Konferenz der Vertragsparteien einen Finanzausschuss für finanzielle Mittel ein. Bei der Zusammensetzung der Mitglieder wird auf Geschlechterverhältnisse und eine gerechte geographische Repräsentanz geachtet. Eine Aufgabe des Finanzausschusses wird die Berichterstattung und Abgabe von Empfehlungen zur Mobilisierung von Finanzmitteln sein. Absatz 15 legt fest, dass die Konferenz der Vertragsparteien nach Prüfung der Berichte des Finanzausschusses (Absatz 14) geeignete Maßnahmen ergreifen soll. Nach Absatz 16 ist die Konferenz der Vertragsparteien verpflichtet, eine regelmäßige Überprüfung des finanziellen Mechanismus auf dessen Angemessenheit und Wirksamkeit und den Zugang zu Finanzmitteln durchzuführen.

Teil VIII – Durchführung und Einhaltung

Artikel 53 – Durchführung

Artikel 53 schafft die Verpflichtung, für die Vertragsparteien erforderliche Maßnahmen zu ergreifen, die für die Umsetzung des Übereinkommens notwendig sind. Diese können verschieden ausgestaltet sein und Gesetzgebungs-, Verwaltungs- oder politische Maßnahmen umfassen.

Artikel 54 – Überwachung der Durchführung

Artikel 54 legt fest, dass jede Vertragspartei dafür verantwortlich ist, die Einhaltung der Verpflichtungen, die sich aus dem Übereinkommen ergeben, zu überwachen. Jede Vertragspartei erstattet der Konferenz der Vertragsparteien (Artikel 47 des Übereinkommens) zukünftig Bericht über die Maßnahmen, die sie zur Umsetzung des Übereinkommens ergreift. Die genauen Modalitäten und zeitlichen Intervalle für die Berichterstattung werden durch die Konferenz der Vertragsparteien festgelegt.

Artikel 55 – Ausschuss für die Durchführung und Einhaltung

Artikel 55 richtet einen Ausschuss für die Durchführung und Einhaltung des Übereinkommens ein. Die Rolle des Ausschusses ist vermittelnd und weder konfrontativ noch bestrafend. Absatz 2 legt die Zusammensetzung der Mitglieder fest, die von der Konferenz der Vertragsparteien (Artikel 47 des Übereinkommens) gewählt werden. Dabei wird unter anderem Wert auf ein ausgeglichenes Geschlechterverhältnis und eine ausgeglichene geographische Repräsentanz durch die Mitglieder gelegt. Absatz 3 erläutert die Betriebsmodalitäten des Ausschusses und legt den Prüfungsmaßstab auf individueller und systemischer Ebene fest. Absatz 4 ermöglicht dem Ausschuss Zugang zu relevanten Informationen bei den Organen des Übereinkommens, zum Beispiel dem wissenschaftlich-technischen Organ nach Artikel 49 des Übereinkommens,

aber auch bei anderen einschlägigen Rechtsinstrumenten und rechtlichen Rahmen sowie den zuständigen weltweiten, regionalen, subregionalen und sektoralen Organen.

Teil IX – Beilegung von Streitigkeiten

Das Übereinkommen wird im Zusammenhang und in Übereinstimmung mit dem SRÜ ausgelegt und angewendet (Artikel 5 des Übereinkommens). Es verfolgt das allgemeine Ziel, die Erhaltung und nachhaltige Nutzung der biologischen Vielfalt der Meere von Gebieten außerhalb nationaler Hoheitsbefugnisse auch durch die wirksame Durchführung der einschlägigen SRÜ-Bestimmungen sicherzustellen (Artikel 2 des Übereinkommens).

Zu diesem Zweck enthält das Übereinkommen ein integrales und umfassendes Streitbeilegungssystem, das im Wesentlichen die bewährten Regelungen des Teils XV des SRÜ übernimmt – einschließlich der darin vorgesehenen obligatorischen Verfahren, die zu bindenden Entscheidungen führen (Teil XV Abschnitt 2 SRÜ), in denen der Internationale Seegerichtshof, der Internationale Gerichtshof sowie Schiedsgerichte eine zentrale Rolle einnehmen.

Die Übernahme dieser obligatorischen SRÜ-Streitbeilegungsmechanismen in den Regierungsverhandlungen zum Übereinkommen war eines der Hauptanliegen der SRÜ-Vertragsparteien. Sie sichert die zukunftsfeste und wirksame Anwendung des Übereinkommens sowie die Auslegung seiner Regelungen im Einklang mit dem SRÜ. Durch sorgsam ausgehandelte Sprache in Artikel 60 Absatz 2 des Übereinkommens wurde die Übernahme dieser Streitbeilegungsmechanismen auch für Nichtvertragsparteien des SRÜ für Zwecke des Übereinkommens akzeptabel, ohne ihren Status zu berühren.

Die Konferenz der Vertragsparteien kann außerdem nach Artikel 47 Absatz 7 des Übereinkommens auch beschließen, den Internationalen Seegerichtshof um ein Gutachten zu einer Rechtsfrage darüber zu ersuchen, ob ein ihr vorliegender Vorschlag zu einer in ihre Zuständigkeit fallenden Angelegenheit mit dem Übereinkommen vereinbar ist. Ein solcher Beschluss kann helfen, schon im Vorfeld mögliche Rechtsstreitigkeiten zu vermeiden und die Arbeit der Konferenz der Vertragsparteien auf eine rechtssichere Grundlage zu stellen. Rechtsgutachten sind (anders als streitige Entscheidungen) nicht verbindlich, genießen aber in der Regel dennoch hohe Autorität.

Artikel 56 – Verhütung von Streitigkeiten

Artikel 56 verpflichtet die Vertragsparteien zur Zusammenarbeit, um Streitigkeiten zu verhüten.

Artikel 57 – Verpflichtung zur Beilegung von Streitigkeiten durch friedliche Mittel

Artikel 57 verpflichtet die Vertragsparteien, Streitigkeiten über die Auslegung oder Anwendung des Übereinkommens auf friedliche Weise zu lösen, und bietet eine Reihe von Optionen zu diesem Zweck an. Zu diesen zählen, in Anlehnung an Artikel 279 SRÜ sowie Artikel 33 Absatz 1 der Charta der Vereinten Nationen: Verhandlung, Untersuchung, Vermittlung, Vergleich, Schiedsverfahren, gerichtliche Entscheidung, Inanspruchnahme regionaler Organisationen oder Vereinbarungen oder andere friedliche Mittel eigener Wahl.

Artikel 58 – Beilegung von Streitigkeiten durch die von den Vertragsparteien gewählten friedlichen Mittel

Artikel 58 bestätigt das Recht der Vertragsparteien, jederzeit zu vereinbaren, Streitigkeiten zwischen ihnen über die Auslegung oder Anwendung des Übereinkommens durch friedliche Mittel eigener Wahl zu lösen. Artikel 280 SRÜ enthält eine gleichlautende Regelung.

Artikel 59 – Streitigkeiten technischer Art

Artikel 59 benennt für Streitigkeiten technischer Art eine weitere Option friedlicher Streitbeilegung. So können die Vertragsparteien ihre Streitigkeit auch an ein von ihnen eingesetztes Ad-hoc-Expertengremium verweisen. Dieses berät sich mit den Vertragsparteien und bemüht sich um eine zügige Beilegung der Streitigkeit ohne Rückgriff auf die bindenden Verfahren zur Streitbeilegung nach Artikel 60 des Übereinkommens. Diese Option weist zahlreiche Ähnlichkeiten mit anderen bekannten Optionen friedlicher Streitbeilegung wie Verhandlung, Untersuchung, Vermittlung oder Vergleich auf. Eine trennscharfe Abgrenzung erscheint kaum möglich, ist aber auch nicht notwendig, da die Vertragsparteien nach den Artikeln 57 und 58 des Übereinkommens ihre Streitigkeit durch friedliche Mittel eigener Wahl lösen können.

Artikel 60 – Verfahren zur Beilegung von Streitigkeiten

Absatz 1 legt fest, dass Streitigkeiten über die Auslegung oder Anwendung des Übereinkommens im Einklang mit den in Teil XV SRÜ vorgesehenen Bestimmungen über die Streitbeilegung beigelegt werden. Dabei handelt es sich um die Artikel 279 bis 299 SRÜ sowie die nach diesen Artikeln jeweils anwendbaren Anlagen V, VI, VII und VIII SRÜ über den Vergleich (Artikel 284 in Verbindung mit Anlage 5 SRÜ) sowie die in Artikel 287 SRÜ erwähnten obligatorischen Verfahren, die zu bindenden Entscheidungen führen, nach Anlagen VI bis VIII SRÜ (Statut des Internationalen Seegerichtshofs, Schiedsverfahren und Besonderes Schiedsverfahren).

Die hinsichtlich der obligatorischen Verfahren in Artikel 287 SRÜ geregelte Freiheit, durch schriftliche Erklärung bei Unterzeichnung, Ratifizierung, Beitritt oder zu jedem späteren Zeitpunkt zwischen dem Internationalen Seegerichtshof, dem Internationalem Gerichtshof, einem in Übereinstimmung mit Anlage VII SRÜ gebildeten Schiedsgericht oder einem in Übereinstimmung mit Anlage VIII SRÜ gebildeten besonderen Schiedsgericht für eine oder mehrere der dort aufgeführten Arten von Streitigkeiten wählen zu können, gilt auch im Rahmen des Übereinkommens. Für Vertragsparteien, die auch Vertragsparteien des SRÜ sind, gelten dabei nach Artikel 60 Absatz 3 des Übereinkommens grundsätzlich dieselben Verfahren als angenommen, die sie auch nach Artikel 287 SRÜ gewählt haben. Sie können für Streitigkeiten unter dem Übereinkommen aber nach Artikel 60 Absatz 3 des Übereinkommens auch jederzeit ein anderes Verfahren wählen (siehe unten zu Absatz 3). Für Nichtvertragsparteien des SRÜ enthält Artikel 60 Absatz 2, 5, 6 und 7 des Übereinkommens jeweils analoge Regelungen, um für Zwecke der Streitbeilegung unter dem Übereinkommen die SRÜ-Regeln jeweils entsprechend anwenden zu können (siehe unten zu den jeweiligen Absätzen).

Absatz 2 enthält eine Fiktion für die Beilegung von Streitigkeiten mit einer Vertragspartei des Übereinkommens,

die keine Vertragspartei des SRÜ ist. Nach dieser Fiktion gelten die Bestimmungen des Teils XV und der Anlagen V, VI, VII und VIII SRÜ für die Zwecke der Streitbeilegung unter dem Übereinkommen auch für diese als übernommen. Diese Fiktion ermöglicht die Anwendung der SRÜ-Streitbeilegungsregeln auch für Streitigkeiten mit Nichtvertragsparteien des SRÜ, ohne ihre Rechtsstellung als SRÜ-Nichtvertragsparteien zu berühren (vergleiche Artikel 5 Absatz 3 des Übereinkommens). Dadurch können im Ergebnis auch SRÜ-Nichtvertragsparteien dem Übereinkommen beitreten und für dessen Zwecke die Streitbeilegung nach den bewährten SRÜ-Streitbeilegungsmechanismen akzeptieren, ohne damit ihre Rechtsstellung als SRÜ-Nichtvertragsparteien zu beeinträchtigen.

Absatz 3 sieht vor, dass jedes Verfahren, das eine Vertragspartei des Übereinkommens, die auch SRÜ-Vertragspartei ist, gemäß Artikel 287 SRÜ akzeptiert hat, auch für die Beilegung von Streitigkeiten nach Teil IX des Übereinkommens gilt, sofern diese Vertragspartei nicht bei der Unterzeichnung, Ratifikation, Genehmigung oder Annahme des Übereinkommens oder dem Beitritt dazu oder jederzeit danach ein anderes Verfahren gemäß Artikel 287 SRÜ zur Streitbeilegung im Rahmen des Übereinkommens wählt. Nach Artikel 287 Absatz 1 SRÜ können SRÜ-Vertragsparteien zu jedem Zeitpunkt durch schriftliche Erklärung eines oder mehrere von vier Gerichten wählen, die aufgrund des SRÜ Zuständigkeiten für obligatorische Verfahren haben: den Internationalen Seegerichtshof (Anlage VI SRÜ), den Internationalen Gerichtshof, Schiedsgerichte (Anlage VII SRÜ) und besondere Schiedsgerichte (Anlage VIII SRÜ). Liegt eine gültige Erklärung nicht vor, so ist ein Schiedsgericht (Anlage VII SRÜ) zuständig. Haben die Streitparteien demselben Verfahren zugestimmt, so kann die Streitigkeit nur diesem unterworfen werden. Haben die Streitparteien nicht demselben Verfahren zugestimmt, so kann die Streitigkeit nur einem Schiedsgericht (Anlage VII SRÜ) unterbreitet werden. Die Streitparteien können jedoch abweichende Regelungen treffen.

Deutschland hat anlässlich seines Beitritts zum SRÜ 1994 durch Erklärung nach Artikel 287 Absatz 1 SRÜ eine Streitbeilegung durch den Internationalen Seegerichtshof, Schiedsgerichte nach Anlage VII SRÜ und den Internationalen Gerichtshof akzeptiert (in dieser Rangfolge). Eine nach Artikel 287 Absatz 1 SRÜ abgegebene Erklärung kann jederzeit widerrufen werden. Im Falle eines Widerrufes bleibt sie aber noch drei Monate in Kraft und berührt anhängige Verfahren nicht, sofern die Streitparteien nichts anderes vereinbaren. Erklärungen und Mitteilungen nach Artikel 287 SRÜ werden beim Generalsekretär der Vereinten Nationen hinterlegt.

Absatz 4 sieht vor, dass auch jede Erklärung gemäß Artikel 298 SRÜ, die eine Vertragspartei des Übereinkommens, die zugleich SRÜ-Vertragspartei ist, abgegeben hat, auch für die Beilegung von Streitigkeiten nach Teil IX des Übereinkommens gilt, sofern die betreffende Vertragspartei nicht bei Unterzeichnung, Ratifikation, Genehmigung oder Annahme dieses Übereinkommens oder dem Beitritt dazu oder jederzeit danach eine andere Erklärung gemäß Artikel 298 SRÜ zur Beilegung von Streitigkeiten nach Teil IX des Übereinkommens abgegeben hat. Nach Artikel 298 SRÜ können Staaten zu jedem Zeitpunkt schriftlich erklären, dass sie für bestimmte Arten von Streitigkeiten einem oder mehreren der in Teil VX Abschnitt 2 SRÜ vorgesehenen Verfahren nicht zustimmen. Dies gilt für (a) Abgrenzung von Meeresgebieten (Artikel 15, 74 und 83 SRÜ), historische Buchten und historische Rechtstitel; (b) militärische Handlungen und Vollstreckungshandlungen; (c) Aufgaben des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen. Alle in Artikel 298 SRÜ vorgesehenen Erklärungen und Mitteilungen werden beim Generalsekretär der Vereinten Nationen hinterlegt. Eine neue Erklärung oder die Rücknahme einer Erklärung berührt nicht bereits anhängige Verfahren, sofern die Parteien nichts anderes vereinbaren. Deutschland hat bisher keine fakultativen Ausnahmen nach Artikel 298 SRÜ erklärt.

Absatz 5 eröffnet für Vertragsparteien des Übereinkommens, die keine SRÜ-Vertragsparteien sind, für die jedoch die SRÜ-Streitbeilegungsregeln gemäß Absatz 2 als übernommen gelten, die Möglichkeit, in entsprechender Weise wie in Artikel 287 SRÜ vorgesehen, bei der Unterzeichnung, Ratifikation, Genehmigung oder Annahme des Übereinkommens, dem Beitritt dazu oder jederzeit danach durch schriftliche Erklärung gegenüber dem Verwahrer eines oder mehrere der in Artikel 287 SRÜ genannten Mittel zur Beilegung von Streitigkeiten über die Auslegung und Anwendung des Übereinkommens zu wählen: (a) den Internationalen Seegerichtshof; (b) den Internationalen Gerichtshof; (c) ein in Übereinstimmung mit Anlage VII SRÜ gebildetes Schiedsgericht; (d) ein in Übereinstimmung mit Anlage VIII SRÜ für eine oder mehrere der in der betreffenden Anlage aufgeführten Arten von Streitigkeiten gebildetes besonderes Schiedsgericht.

Absatz 6 regelt in Satz 1 den Fall, dass eine Vertragspartei des Übereinkommens, die keine SRÜ-Vertragspartei ist, keine Erklärung nach Absatz 5 abgegeben hat. Dann wird – analog Artikel 287 Absatz 3 SRÜ – angenommen, dass sie der Option in Absatz 5 Buchstabe c zugestimmt hat, das heißt einem Schiedsverfahren in Übereinstimmung mit Anlage VII SRÜ. Die Sätze 2 und 3 von Absatz 6 regeln die Fälle, in denen die Streitparteien demselben oder aber verschiedenen Verfahren zur Beilegung der Streitigkeit zugestimmt haben, und setzen auch hier jeweils die analogen Regelungen des Artikels 287 Absatz 4 und 5 SRÜ entsprechend um. Für die nach Absatz 5 abgegebenen Erklärungen sowie ihre Rechtsfolgen auf bereits anhängige Verfahren verweist Absatz 6 Satz 4 wiederum auf die entsprechenden Regelungen in Artikel 287 Absatz 6 und 8 SRÜ.

Absatz 7 eröffnet auch Vertragsparteien des Übereinkommens, die keine SRÜ-Vertragsparteien sind, in analoger Anwendung des Artikels 298 SRÜ die Möglichkeit, bei der Unterzeichnung, Ratifikation, Genehmigung oder Annahme des Übereinkommens, dem Beitritt dazu oder jederzeit danach schriftlich zu erklären, dass sie einem oder mehreren der in Teil XV Abschnitt 2 SRÜ vorgesehenen Verfahren in Bezug auf eine oder mehrere der in Artikel 298 SRÜ genannten Arten von Streitigkeiten für die Beilegung von Streitigkeiten nach Teil IX des Übereinkommens nicht zustimmt (fakultative Ausnahme). Für eine solche Erklärung gelten die Regeln des Artikels 298 SRÜ.

Absatz 8 stellt klar, dass die Streitbeilegungsregeln des Artikels 60 des Übereinkommens weitere Streitbeilegungsverfahren unberührt lassen, die die Vertragsparteien im Rahmen anderer einschlägiger Rechtsinstrumente, rechtlicher Rahmen oder Mitgliedschaften in Bezug auf

die Auslegung oder Anwendung dieser Instrumente und Rahmen vereinbart haben.

Absatz 9 enthält eine Klarstellung in zweifacher Hinsicht. Zum einen stellt er klar, dass das Übereinkommen selbst keinem Gerichtshof oder Gericht die Zuständigkeit für eine Streitigkeit überträgt, die die gleichzeitige Prüfung des Rechtsstatus eines Gebiets als Gebiet innerhalb nationaler Hoheitsbefugnisse betrifft oder notwendigerweise umfasst, ebenso wenig die Zuständigkeit für eine Streitigkeit über die Souveränität oder andere Rechte einer Vertragspartei über Festland- oder Inselgebiete oder einen Anspruch darauf. Auf der anderen Seite stellt Absatz 9 aber auch klar, dass er nicht so auszulegen ist, dass er die Zuständigkeit eines Gerichts oder Gerichtshofs nach Teil XV Abschnitt 2 SRÜ beschränkt. Hintergrund ist, dass die Vertragsparteien mit dem Übereinkommen keine neuen Mechanismen für die Prüfung oder Beilegung von Streitigkeiten über Land- und Seegebiete einführen, andererseits aber auch die bewährten SRÜ-Streitbeilegungsmechanismen in keiner Weise einschränken wollten.

Absatz 10 enthält die weitere Klarstellung, dass das Übereinkommen auch nicht als Grundlage für die Geltendmachung oder Verweigerung von Ansprüchen auf Souveränität, souveräne Rechte oder Hoheitsbefugnisse über Land- und Seegebiete herangezogen werden darf. Streitigkeiten über solche Ansprüche können nicht durch oder mithilfe des Übereinkommens entschieden oder gelöst werden. Weder enthält noch schafft das Übereinkommen hierzu materiell-rechtliche Regelungen oder Verfahren. Es baut vielmehr auf dem SRÜ sowie allgemeinem Völkerrecht auf.

Artikel 61 – Vorläufige Vereinbarungen

Artikel 61 verpflichtet die Streitparteien bis zur Beilegung einer Streitigkeit in Übereinstimmung mit Teil IX des Übereinkommens, sich nach besten Kräften zu bemühen, vorläufige Vereinbarungen praktischer Art zu treffen. Dieser Rechtsgedanke ist angelehnt an die ähnlichen Regelungen für benachbarte oder gegenüberliegende Küstenstaaten in Artikel 74 Absatz 3 und Artikel 83 Absatz 3 SRÜ für den Zeitraum bis zum Abschluss einer Übereinkunft zwischen ihnen über die Abgrenzung ihrer jeweiligen ausschließlichen Wirtschaftszonen und Festlandsockel.

Teil X – Nichtvertragsparteien dieses Übereinkommens

Artikel 62 – Nichtvertragsparteien dieses Übereinkommens

Artikel 62 schafft für die Vertragsparteien eine Verpflichtung, Nichtvertragsparteien dazu zu ermutigen, ebenfalls Vertragsparteien des Übereinkommens zu werden sowie Gesetze und Vorschriften zu verabschieden, die mit dem Übereinkommen im Einklang stehen. Dies entspricht dem Wunsch der Vertragsparteien nach möglichst universeller Geltung und Umsetzung des Übereinkommens.

Teil XI – Treu und Glauben und Rechtsmissbrauch

Artikel 63 – Treu und Glauben und Rechtsmissbrauch

Artikel 63 übernimmt zwei grundlegende allgemeine Rechtsgrundsätze des Völkerrechts und konkretisiert ihre Anwendung in Bezug auf das Übereinkommen: das Prinzip von Treu und Glauben sowie das Verbot des Rechtsmissbrauchs. Eine ganz ähnliche Bestimmung findet sich in Artikel 300 SRÜ.

Teil XII – Schlussbestimmungen

Die Schlussbestimmungen des Übereinkommens weisen, ähnlich wie die teils entsprechenden Schlussbestimmungen des SRÜ, einige Besonderheiten auf: Vertragsparteien des Übereinkommens können neben Staaten auch Organisationen der regionalen Wirtschaftsintegration (englisch: regional economic integration organization, im Folgenden: REIO) werden, zum Beispiel die Europäische Union (Artikel 64 bis 67). Für das Inkrafttreten sind 60 Ratifikationen beziehungsweise Beitritte erforderlich (Artikel 68). Zur Änderung des Übereinkommens und seiner Anlagen sehen die Artikel 72 und 74 jeweils verschiedene Verfahren vor.

Artikel 64 – Stimmrecht

Artikel 64 Absatz 1 legt als allgemeine Regel fest, dass jede Vertragspartei des Übereinkommens eine Stimme hat, sofern Absatz 2 nichts anderes vorsieht.

Absatz 2 enthält eine Sonderregelung für das Stimmrecht einer REIO, die Vertragspartei des Übereinkommens wird, zum Beispiel die Europäische Union. Nach dieser Klausel, die allgemein als „REIO-Klausel“ bekannt ist, übt eine REIO in Angelegenheiten ihrer Zuständigkeit ihr Stimmrecht mit der Anzahl von Stimmen aus, die der Anzahl ihrer Mitgliedstaaten entspricht, die zugleich Vertragsparteien des Übereinkommens sind. Absatz 2 Satz 2 stellt klar, dass die REIO und ihre Mitgliedstaaten dabei nicht gleichzeitig abstimmen dürfen (ähnlich Artikel 67 Absatz 2 Satz 3 des Übereinkommens).

Die REIO-Klausel ist eine übliche Formulierung in völkerrechtlichen Verträgen, an denen die Europäische Union und ihre Mitgliedstaaten beteiligt sind, wie etwa dem Rahmenübereinkommen der Vereinten Nationen über Klimaänderungen (UNFCCC – Artikel 18 Absatz 2) oder dem Minamata-Übereinkommen über Quecksilber (Artikel 28 Absatz 2).

Artikel 65 – Unterzeichnung

Das Übereinkommen kann von allen Staaten und Organisationen der regionalen Wirtschaftsintegration unterzeichnet werden. Es lag vom 20. September 2023 bis zum 20. September 2025 am Sitz der Vereinten Nationen in New York zur Unterzeichnung auf.

Bis zum 5. November 2025 haben 145 Staaten inklusive der Europäischen Union das Übereinkommen unterzeichnet, darunter alle 27 EU-Mitgliedstaaten. Deutschland gehörte zu den Erstunterzeichnern am 20. September 2023.

Artikel 66 – Ratifikation, Genehmigung, Annahme und Beitritt

Artikel 66 enthält das übliche Erfordernis, dass internationale Übereinkommen der Ratifikation, Genehmigung oder Annahme durch die Staaten und Organisationen der regionalen Wirtschaftsintegration bedürfen. Ab dem Zeitpunkt, wenn es nicht mehr zur Unterzeichnung aufliegt, steht es den Staaten und Organisationen der regionalen Wirtschaftsintegration zum Beitritt offen.

Die Ratifikations-, Genehmigungs-, Annahme- und Beitrittsurkunden werden beim Generalsekretär der Vereinten Nationen hinterlegt. Bis zum 5. November 2025 haben 75 Staaten das Übereinkommen bereits ratifiziert.

Artikel 67 – Aufteilung der Zuständigkeit der Organisationen der regionalen Wirtschaftsintegration und ihrer Mitgliedstaaten in Bezug auf die in diesem Übereinkommen geregelten Angelegenheiten

Artikel 67 Absatz 1 regelt die Verantwortlichkeiten einer Organisation der regionalen Wirtschaftsintegration, zum Beispiel der Europäischen Union, und ihrer Mitgliedstaaten bei der Erfüllung ihrer Verpflichtungen und der Ausübung ihrer Rechte gemäß dem Übereinkommen. Sind sowohl die Organisation als auch einer oder mehrere ihrer Mitgliedstaaten Vertragsparteien, so müssen sie nach Absatz 1 Satz 2 über ihre jeweiligen Verantwortlichkeiten hinsichtlich der Erfüllung ihrer Verpflichtungen aus dem Übereinkommen entscheiden. Ebenso müssen sie sich über die Ausübung ihrer Rechte aus dem Übereinkommen abstimmen (Satz 3).

Absatz 2 verpflichtet jede Organisation der regionalen Wirtschaftsintegration, in ihrer Ratifikations-, Genehmigungs-, Annahme- oder Beitrittsurkunde eine Erklärung über den Umfang ihrer Zuständigkeiten in Bezug auf die vom Übereinkommen erfassten Angelegenheiten abzugeben. Sie sind auch verpflichtet, dem Verwahrer jede maßgebliche Änderung des Umfangs ihrer Zuständigkeit mitzuteilen.

Artikel 68 – Inkrafttreten

Das Übereinkommen tritt 120 Tage nach Hinterlegung der 60. Ratifikations-, Genehmigungs-, Annahme- oder Beitrittsurkunde in Kraft (Absatz 1). Am 19. September 2025 wurde die 60. Ratifikations-, Genehmigungs-, Annahme- oder Beitrittsurkunde hinterlegt. Damit tritt das Übereinkommen am 17. Januar 2026 in Kraft. Die von einer Organisation der regionalen Wirtschaftsintegration hinterlegte Urkunde zählt für diesen Zweck nicht als weitere Urkunde neben den von ihren Mitgliedstaaten hinterlegten Urkunden (Absatz 3).

Nach Hinterlegung der 60. Ratifikations-, Genehmigungs-, Annahme- oder Beitrittsurkunde tritt das Übereinkommen für jeden weiteren Staat oder jede weitere Organisation der regionalen Wirtschaftsintegration, der beziehungsweise die es später ratifiziert, genehmigt, annimmt oder ihm beitritt, am 30. Tag nach Hinterlegung der eigenen Urkunde in Kraft, jedoch nicht vor Ablauf der 120-Tage-Frist nach Absatz 1 (Absatz 2).

Artikel 69 – Vorläufige Anwendung

Artikel 69 schafft für einen Staat oder eine Organisation der regionalen Wirtschaftsintegration die Möglichkeit, das Übereinkommen schon vor seinem Inkrafttreten auf freiwilliger Basis vorläufig anzuwenden, sofern er oder sie der vorläufigen Anwendung durch schriftliche Notifikation an den Verwahrer zum Zeitpunkt der Unterzeichnung oder der Hinterlegung der Ratifikations-, Genehmigungs-, Annahme- oder Beitrittsurkunde zustimmt (Absatz 1). Die vorläufige Anwendung endet durch einen Staat oder eine Organisation der regionalen Wirtschaftsintegration mit Inkrafttreten des Übereinkommen für diesen Staat oder diese Organisation oder sobald diese dem Verwahrer schriftlich ihre Absicht notifizieren, die vorläufige Anwendung zu beenden (Absatz 2).

Artikel 70 – Vorbehalte und Ausnahmen

Artikel 70 stellt klar, dass Vorbehalte und Ausnahmen nur zulässig sind, wenn sie ausdrücklich in anderen Bestimmungen des Übereinkommens vorgesehen sind. Diese Regelung entspricht der gleichlautenden Regelung des Artikels 309 SRÜ.

Vorbehalte sind weder im SRÜ noch im Übereinkommen vorgesehen. Ausnahmen lässt das Übereinkommen nur in Artikel 10 zu sowie außerdem durch die Verweisung in Artikel 60 auf die SRÜ-Streitbeilegungsmechanismen in den Regelungen des Artikels 298 SRÜ.

Deutschland beabsichtigt, ebenso wie die Europäische Union, bei der Ratifikation des Übereinkommens von der fakultativen Ausnahme des Artikels 10 Absatz 1 des Übereinkommens Gebrauch zu machen, um die rückwirkende Anwendung des Übereinkommens auf die Nutzung maringenetischer Ressourcen und digitaler Sequenzinformationen über maringenetische Ressourcen von Gebieten außerhalb nationaler Hoheitsbefugnisse, die vor dem Inkrafttreten des Übereinkommens gesammelt oder generiert wurden, auszuschließen.

Artikel 71 – Erklärungen

Artikel 71 lässt bei der Unterzeichnung, Ratifikation, Genehmigung oder Annahme des Übereinkommens oder dem Beitritt dazu Erklärungen zu. Dazu zählen insbesondere auch solche Erklärungen, die darauf abzielen, Gesetze oder sonstige Vorschriften des betreffenden Staates oder der betreffenden Organisation der regionalen Wirtschaftsintegration mit den Bestimmungen des Übereinkommens in Einklang zu bringen. Solche Erklärungen dürfen aber nicht darauf abzielen, die Rechtswirkung der Bestimmungen des Übereinkommens in ihrer Anwendung auf diesen Staat oder diese Organisation der regionalen Wirtschaftsintegration auszuschließen oder zu ändern. Eine entsprechende Regelung findet sich auch in Artikel 310 SRÜ.

Artikel 72 – Änderung

Artikel 72 regelt das Verfahren für Änderungen des Übereinkommens und deren Inkrafttreten. Diese Regelungen sind grundsätzlich von den Artikeln 312 bis 316 SRÜ inspiriert, jedoch weniger ausdifferenziert und zum Teil einfacher als diese.

Nach Absatz 1 kann jede Vertragspartei durch schriftliche Mitteilung an das Sekretariat Änderungen des Übereinkommens vorschlagen. Das Sekretariat leitet diese Mitteilung an alle Vertragsparteien weiter. Sofern binnen sechs Monaten nach Weiterleitung mindestens die Hälfte der Vertragsparteien das Ersuchen befürwortet, wird die vorgeschlagene Änderung auf der nächsten Tagung der Konferenz der Vertragsparteien geprüft. Im Vergleich zu Artikel 312 Absatz 1 SRÜ ist die Frist für die Befürwortung durch andere Staaten kürzer (sechs statt zwölf Monate) und es muss keine eigene Änderungskonferenz einberufen werden.

Absatz 2 bestimmt, dass eine Änderung gemäß dem Verfahren in Artikel 47 des Übereinkommens angenommen und anschließend vom Verwahrer allen Vertragsparteien

zur Ratifikation, Genehmigung oder Annahme weitergeleitet wird. Nach Artikel 47 Absatz 5 des Übereinkommens bemüht sich die Konferenz der Vertragsparteien nach Kräften, Beschlüsse durch Konsens anzunehmen. Erst wenn alle Bemühungen um einen Konsens erschöpft sind, werden Beschlüsse der Konferenz der Vertragsparteien zu Sachfragen mit Zweidrittelmehrheit der anwesenden und abstimmenden Vertragsparteien und Beschlüsse zu Verfahrensfragen mit der Mehrheit der anwesenden und abstimmenden Vertragsparteien angenommen. Artikel 312 Absatz 2 SRÜ enthält ähnliche Regeln. Anders als in Artikel 315 SRÜ vorgesehen entfällt im Übereinkommen die Auslegung der Änderungen zur Unterzeichnung als Zwischenschritt zwischen dem Änderungsbeschluss der Konferenz der Vertragsparteien und der anschließend noch erforderlichen Ratifikation, Genehmigung oder Annahme durch die Vertragsparteien nach Absatz 3.

Absatz 3 regelt das Inkrafttreten der Änderungen für die Vertragsparteien, die sie ratifizieren, genehmigen oder annehmen. So treten Änderungen am 30. Tag nach Hinterlegung der Ratifikations-, Genehmigungs- oder Annahmeurkunden durch zwei Drittel der Vertragsparteien, die es zum Zeitpunkt des Änderungsbeschlusses gab, in Kraft. Danach tritt die Änderung für jede weitere Vertragspartei, die ihre Ratifikations-, Genehmigungs- oder Annahmeurkunde zu einer Änderung hinterlegt, jeweils am 30. Tag nach Hinterlegung der eigenen Urkunde in Kraft. Diese Änderungen gelten regelmäßig nur zwischen denjenigen Vertragsparteien, die diese ratifiziert, genehmigt oder angenommen haben oder nach Absatz 6 Buchstabe a als Vertragspartei dem so geänderten Übereinkommen beigetreten sind. Grundsätzlich finden die Bestimmungen über Ratifikation, Genehmigung, Annahme oder Beitritt (Artikel 66 des Übereinkommens), den Verwahrer (Artikel 75 des Übereinkommens) und verbindliche Wortlaute (Artikel 76 des Übereinkommens) auch auf Änderungen Anwendung.

Absatz 4 eröffnet die Möglichkeit für die Konferenz der Vertragsparteien, zum Zeitpunkt des Beschlusses einer Änderung für deren Inkrafttreten eine kleinere oder größere als die nach Artikel 72 erforderliche Anzahl von Ratifikationen, Genehmigungen oder Annahmen vorzusehen. Artikel 316 Absatz 2 SRÜ enthält eine vergleichbare Regelung.

Absatz 5 stellt klar, dass für die Zwecke der Absätze 3 und 4 bei der Zählung der hinterlegten Urkunden die von einer Organisation der regionalen Wirtschaftsintegration (zum Beispiel der Europäischen Union) hinterlegte Urkunde nicht als zusätzliche Urkunde zu den von den Mitgliedstaaten dieser Organisation hinterlegten Urkunden gezählt wird.

In Absatz 6 ist vorgesehen, dass Staaten oder Organisationen der regionalen Wirtschaftsintegration, die erst nach dem Inkrafttreten von Änderungen des Übereinkommens Vertragsparteien werden, sofern sie keine abweichende Absicht äußern, als Vertragsparteien des so geänderten Übereinkommens gelten. Im Verhältnis zu Vertragsparteien, die durch die Änderung nicht gebunden sind, gelten sie dagegen als Vertragspartei des nicht geänderten Übereinkommens. Diese Regeln entsprechen den im Wesentlichen gleichlautenden Bestimmungen in Artikel 316 Absatz 4 SRÜ.

Artikel 73 – Kündigung

Das Übereinkommen kann jederzeit ohne Angabe von Gründen gekündigt werden. Die Kündigung wird aber erst ein Jahr nach Eingang der entsprechenden Notifikation beim Generalsekretär der Vereinten Nationen wirksam, sofern in der Notifikation nicht ein späterer Zeitpunkt angegeben ist. Die Kündigung berührt auch nicht die Pflicht einer Vertragspartei, eine im Übereinkommen übernommene Verpflichtung zu erfüllen, der sie nach dem Völkerrecht unabhängig von dem Übereinkommen unterworfen ist. Die Regelungen des Artikels 73 entsprechen insoweit den gleichlautenden Regeln in Artikel 317 Absatz 1 und 3 SRÜ.

Artikel 74 – Anlagen

Artikel 74 stellt in Absatz 1 fest, dass die Anlagen des Übereinkommens Bestandteil dieses Übereinkommens sind. Diese Regelung entspricht der Regelung des Artikels 318 SRÜ. In den weiteren Absätzen unterscheidet Artikel 74 hinsichtlich der Beschlussfassung über Änderungen des Übereinkommens und deren Inkrafttreten zwischen dem Vorschlag einer neuen Anlage des Übereinkommens, für den die allgemeinen Regeln gelten, und der Änderung einer bestehenden Anlage, für die ein vereinfachtes Verfahren gilt.

Absatz 2 bekräftigt, dass für den Vorschlag einer neuen Anlage des Übereinkommens, die Beschlussfassung darüber sowie das Inkrafttreten der neuen Anlage die allgemeinen Bestimmungen des Artikels 72 über Änderungen des Übereinkommens gelten.

Die Absätze 3 und 4 legen für die Änderung einer bestehenden Anlage ein vereinfachtes Verfahren mit einer Einspruchslösung statt der nach Artikel 72 vorgesehenen Ratifikation, Genehmigung oder Annahme durch die Vertragsparteien fest: Nach Absatz 3 können die bestehenden Anlagen von der Konferenz der Vertragsparteien geändert werden. Jede Vertragspartei kann eine Änderung jeder der Anlagen auf der nächsten Konferenz der Vertragsparteien vorschlagen. Ungeachtet des Artikels 72 muss dieser Änderungsvorschlag dem Sekretariat nur mindestens 150 Tage vor der Tagung übermittelt werden. Das Sekretariat übermittelt nach Erhalt den Vertragsparteien den Wortlaut des Änderungsvorschlags. Das Sekretariat konsultiert erforderlichenfalls auch zuständige Nebenorgane und übermittelt allen Vertragsparteien die Antworten spätestens 30 Tage vor der Tagung. Die auf einer Tagung beschlossenen Änderungen bestehender Anlagen treten automatisch 180 Tage nach dem Abschluss der Tagung der Konferenz der Vertragsparteien, auf der sie beschlossen wurden, für alle Vertragsparteien in Kraft – mit Ausnahme derjenigen Vertragsparteien, die einen Einspruch nach Absatz 4 erheben.

Nach Absatz 4 kann jede Vertragspartei während der in Absatz 3 Buchstabe b vorgesehenen Frist von 180 Tagen durch schriftliche Notifikation an den Verwahrer Einspruch gegen die von der Konferenz der Vertragsparteien beschlossene Änderung erheben. Ein solcher Einspruch kann jederzeit durch schriftliche Notifikation an den Verwahrer wieder zurückgenommen werden. In diesem Fall tritt die Änderung für die betreffende Vertragspartei am 30. Tag nach der Rücknahme des Einspruchs in Kraft. Sofern sich eine von der Konferenz der Vertragsparteien beschlossene Änderung einer bestehenden Anlage auf Gegenstände der Bundesgesetzgebung beziehen sollte,

könnte die 180-Tage-Frist womöglich zu kurz bemessen sein, um rechtzeitig vor Ablauf die von Artikel 59 Absatz 2 des Grundgesetzes vorgeschriebene Zustimmung oder der Mitwirkung der jeweils für die Bundesgesetzgebung zuständigen Körperschaften in der Form eines Bundesgesetzes herbeizuführen. In diesem Fall wäre Deutschland daher verfassungsrechtlich verpflichtet, zunächst gemäß Artikel 74 Absatz 4 des Übereinkommens einen Einspruch gegen die von der Konferenz der Vertragsparteien beschlossene Änderung zu erheben und diesen erst dann zurückzunehmen, wenn die für die Rücknahme erforderlichen innerstaatlichen Voraussetzungen nach Artikel 59 Absatz 2 des Grundgesetzes vorliegen.

Artikel 75 – Verwahrer

Der Verwahrer des Übereinkommens und aller seiner Änderungen oder Revisionen ist der Generalsekretär der Vereinten Nationen. Diese Regelung entspricht Artikel 319 SRÜ.

Artikel 76 – Verbindliche Wortlaute

Das Übereinkommen liegt in den sechs gleichermaßen verbindlichen Sprachfassungen (VN-Sprachen) Arabisch, Englisch, Chinesisch, Französisch, Russisch und Spanisch vor. Das entspricht ebenfalls dem Vorbild des SRÜ (Artikel 320 Absatz 1 SRÜ).

Anlage I – Als Anhalt dienende Kriterien für die Identifizierung von Gebieten

Anlage I enthält eine Liste von indikativen Kriterien, auf denen die Vorschläge nach Artikel 19 des Übereinkommens basieren müssen. Die benannten Kriterien beinhalten unter anderem die bestehenden Kriterien für die Beschreibung ökologisch oder biologisch bedeutsamer Meeresgebiete („Ecologically or biologically significant marine areas – „EBSAs“) unter dem Übereinkommen über die biologische Vielfalt.

Anlage II – Formen des Kapazitätsaufbaus und der Weitergabe von Meerestechnologie

Anlage II geht näher auf die Arten des Kapazitätsaufbaus und des Transfers von Meerestechnologie ein, die bereits in Artikel 1 Nummer 10 und Artikel 44 des Übereinkommens definiert und erläutert werden. Diese Liste ist indikativ und nicht erschöpfend und das Verfahren zur möglichen Überprüfung oder Weiterentwicklung wird in Artikel 44 des Übereinkommens festgelegt.

Erklärungen der Bundesregierung bei Ratifikation

1. Erklärung zur Streitbeilegung nach Artikel 60 Absatz 3 und 4 des Übereinkommens

Mit Bezug auf Artikel 60 Absatz 3 und 4 des Übereinkommens erklärt die Bundesrepublik Deutschland die gleichen Streitbeilegungsmechanismen für sich für anwendbar, wie sie es gemäß den Artikeln 287 und 298 des Seerechtsübereinkommens der Vereinten Nationen am 14. Oktober 1994 (modifiziert durch Mitteilung vom 29. Mai 1996) bei ihrem Beitritt zum Seerechtsübereinkommen erklärt hat.

2. Erklärung zur Aufteilung der Zuständigkeiten der Organisationen der regionalen Wirtschaftsintegration und ihrer Mitgliedstaaten nach Artikel 67 Absatz 2 des Übereinkommens

Hinsichtlich der Aufteilung der Zuständigkeiten bei Organisationen der regionalen Wirtschaftsintegration und ihrer Mitgliedstaaten in Bezug auf die in diesem Übereinkommen geregelten Angelegenheiten verweist die Bundesrepublik Deutschland auf die Zuständigkeitserklärung der Europäischen Union gemäß Artikel 67 Absatz 2 des Übereinkommens.

3. Geltendmachen einer Ausnahme nach Artikel 70 in Verbindung mit Artikel 10 Absatz 1 des Übereinkommens

Die Bundesrepublik Deutschland macht nach Artikel 70 und Artikel 10 Absatz 1 des Übereinkommens im Rahmen des Seerechtsübereinkommens der Vereinten Nationen über die Erhaltung und nachhaltige Nutzung der biologischen Vielfalt der Meere von Gebieten außerhalb nationaler Hoheitsbefugnisse eine Ausnahme geltend, um jegliche Rückwirkung gemäß Artikel 10 Absatz 1 Satz 2 des Übereinkommens auszuschließen; daher finden die Bestimmungen dieses Übereinkommens für die Bundesrepublik Deutschland nur Anwendung auf Tätigkeiten im Zusammenhang mit maringenetischen Ressourcen und digitalen Sequenzinformationen über maringenetische Ressourcen von Gebieten außerhalb nationaler Hoheitsbefugnisse, die nach Inkrafttreten des Übereinkommens für die Bundesrepublik Deutschland gesammelt und generiert werden.